



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère de l'Éducation nationale,
de l'Enfance et de la Jeunesse



UNIVERSITY OF LUXEMBOURG
Department of Social Sciences



Avec le soutien du
Fonds social européen

CatMesNEET – Ein Maßnahmenkatalog für junge Menschen mit NEET-Status in Luxemburg

Josepha Nell

Elisabeth Scheier

Michaela Zuniga

Robin Samuel (Projektleiter)

Danksagung

Die Autor*innen möchten sich bei folgenden Personen herzlich für ihre wertvolle Unterstützung bedanken:

Bei allen Teilnehmer*innen der qualitativen Interviews sowie der Fokusgruppe, denn ohne ihre wichtigen Anmerkungen, Überlegungen und Anregungen wäre dieser Bericht nicht in seiner jetzigen Form zustande gekommen.

Bei den studentischen Mitarbeiterinnen Tessy Walch, Marisa Tenbruck und Adelisa Muhovic für ihr starkes Engagement bei der Recherche der Maßnahmen sowie bei der Durchführung der Interviews und der Systematisierung der Informationen.

Bei Simone Charles, Moritz Gansen und Emanuel Schembri für das sorgfältige Lektorat und die Arbeit am Layout.

Bei Nathalie Keipes, Laurent Bauler, Conny Roob und Kim Meyer von der Direction générale du secteur de la jeunesse des Ministère de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse für den regelmäßigen Austausch und die wertvollen Anregungen.

Bei Pascal Flammang und Tania Hoffmann-Biewer vom Fonds Social Européen für die Unterstützung und die freundlichen Ratschläge beim Navigieren der administrativen Prozeduren.

Die in diesem Bericht dargestellten Analysen und Interpretationen sind diejenigen der Autor*innen und entsprechen nicht unbedingt den Haltungen der kommentierenden Personen oder der finanzierenden oder anderweitig beteiligten Institutionen.

Zitierungsvorschlag

Nell, Josepha; Scheier, Elisabeth; Zuniga, Michaela; Samuel, Robin (2022). CatMesNEET – Ein Maßnahmenkatalog für junge Menschen mit NEET-Status in Luxemburg. Université du Luxembourg, Ministère de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse: Esch-sur-Alzette. <http://hdl.handle.net/10993/50940>

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	6
1 Einleitung	7
1.1 Forschungsbedarf	8
1.2 Forschungsfragen und Erkenntnisinteresse	10
2 Theoretischer Hintergrund.....	12
2.1 Jugendliche in Luxemburg	12
2.2 Abriss der Jugend- und Sozialpolitik in Luxemburg.....	15
2.3 NEETs.....	19
2.4 Maßnahmen	25
2.5 Ziele und Zielgruppen.....	28
3 Forschungsprozess.....	37
3.1 Explorative Phase	38
3.2 Feldphase und Auswertungsphase	39
3.2.1 Leitfadengestützte Expert*inneninterviews und informelle Gespräche	39
3.2.2 Rechercheprozess und Erstellen der institutionellen Landkarte	41
3.2.3 Quantitative Befragungen und Datensatz	42
3.2.4 Fokusgruppe	44
4 Darstellung der Ergebnisse	46
4.1 Beschreibung des Feldes.....	46
4.2 Besondere Herausforderungen der Feldarbeit.....	47
4.3 Das NEET-Konzept in der Praxis des Feldes.....	60
4.4 Allgemeine Herausforderungen in der Praxis des Feldes	62

4.5	Netzwerke und Kooperationen	64
4.6	Darstellung der erhobenen Maßnahmen.....	66
4.6.1	<i>Verteilung nach Hauptzielen</i>	<i>66</i>
4.6.2	<i>Geografische Verteilung</i>	<i>69</i>
4.6.3	<i>Verteilung nach Unterzielen</i>	<i>75</i>
4.6.4	<i>Zentrale Haupt- und Unterziele</i>	<i>86</i>
4.6.5	<i>Bereich Wohnen</i>	<i>87</i>
4.6.6	<i>Verbesserung der Mobilität</i>	<i>92</i>
4.6.7	<i>Jugendliche mit multiplen Problemlagen und Bedürfnissen.....</i>	<i>93</i>
4.6.8	<i>Sprachen, in denen die Maßnahmen angeboten werden</i>	<i>105</i>
4.6.9	<i>Zugänge zu Hilfen und Maßnahmen.....</i>	<i>107</i>
4.6.10	<i>Zertifikate</i>	<i>113</i>
4.7	Einschätzungen zum Nutzen des Kataloges	116
5	Reflexion des Forschungsprozesses.....	122
5.1	Darstellung von Spannungsfeldern	122
5.2	Ausblick und weiterer Forschungsbedarf	125
5.3	Besonderheiten der Datenbank.....	129
6	Anhang	131
6.1	Ziele der Maßnahmen	131
6.2	Häufigkeiten der Unterziele	134
6.3	Häufigkeiten der zentralen Unterziele	137
6.4	Übersichtstabelle Überschneidungen zwischen den Unterzielen	139
6.5	Sprachen.....	142

6.6	Liste der Organisation	144
6.7	Maßnahmenanbieter im Bereich Wohnen und Obdachlosenhilfe	154
6.8	Gesprächsleitfaden Fokusgruppe	158
7	Verzeichnisse.....	161
	Tabellenverzeichnis.....	161
	Abbildungsverzeichnis	163
	Literaturverzeichnis.....	164

Abkürzungsverzeichnis

ADEM – Agence pour le Développement de l'Emploi

AEF – Aide à l'Enfance et à la Famille

ARIS – Agents Régionaux d'Inclusion Sociale

ASBL – Association Sans But Lucratif

CDI – Contrat à Durée Indéterminée

FNS – Fonds National de Solidarité

NEET – Not in Education, Employment or Training

OECD – Organisation for Economic Cooperation and Development

ONA – Office National de l'Accueil

ONE – Office National de l'Enfance

ONIS – Office National d'Inclusion Sociale

REVIS – Revenu d'Inclusion Sociale

RMG – Revenu Minimum Garanti

SLEMO – Service Logement en Milieu Ouvert

SNJ – Service National de la Jeunesse

UN – United Nations

1 EINLEITUNG

Zielgruppe des Projektes CatMesNEET (*Catalogue de mesures pour NEETs*) sind Jugendliche und junge Erwachsene mit NEET-Status in Luxemburg. Die Abkürzung NEET steht hier für „*Not in Education, Employment or Training*“ und meint Jugendliche, die keine Schule besuchen, keiner Arbeit nachgehen und sich nicht in beruflicher Ausbildung befinden.

Ausgangspunkt ist ein Auftrag, der sich zum einen aus dem Plan zur Umsetzung der Jugendgarantie (Le Gouvernement du Grand-Duché du Luxembourg, 2014) und zum anderen aus den Erkenntnissen des Luxemburger Jugendberichts von 2015 (Willems et al., 2015) sowie den Ergebnissen der vom *Service national de la Jeunesse* (SNJ) in Auftrag gegebenen Studie „NEETs in Luxembourg“ (Hauret, 2017a) ergibt. Es ist festzustellen, dass es bislang noch keine umfassende Übersicht zu bestehenden Maßnahmen für junge Menschen mit NEET-Status gibt, wodurch die Vermittlung betroffener Jugendlicher in Maßnahmen, die ihren Bedürfnissen entsprechen, erschwert wird. In einem Bericht des SNJ wird dies auf den Punkt gebracht:

„Compte tenu de ce constat, nous nous sommes interrogés sur la pertinence d'un cadre global dans lequel il serait possible de coordonner toutes les mesures pouvant jalonner la vie des jeunes et permettant in fine de leur donner les meilleures chances d'insertion dans la société et sur le marché du travail“.(Service National de la Jeunesse [SNJ], 2017, S. 18).

Die Beschreibungen der Ziele der Maßnahmen sind zudem oft vage gehalten, weshalb daraus nicht abgeleitet werden kann, für welche spezifische Zielgruppe die jeweilige Maßnahme geeignet ist.

Es besteht kein nationaler Überblick über Zertifikate, die für die Teilnahme an einer Maßnahme vergeben werden. Diese Lücke soll ebenfalls in der Studie geschlossen werden. Zum einen wird erhoben, welche Massnahmen ein Zertifikat vergeben und zum anderen, worauf diese Zertifikate abzielen. In der ersten Feldphase wurde von Jugend- und Sozialarbeitern kommuniziert, dass Zertifikate durchaus einen wichtigen Stellenwert bei der Suche nach einem Ausbildungs- und Arbeitsplatz haben können.

Ziel der Studie ist es daher, ein klares und differenziertes Bild der bestehenden Maßnahmen zur Unterstützung der in Luxemburg lebenden jungen Menschen mit einem problematischen NEET-Status im Alter zwischen 15 und 29 Jahren zu geben.

Da der Fokus der Forschung auf Maßnahmen für junge Menschen mit NEET-Status liegt, wird auf individueller Ebene angesetzt, nämlich an der jeweiligen Situation der Betroffenen. Dies bedeutet, dass der Frage nachgegangen wird, welche Maßnahmen Jugendlichen helfen können, um ihrem NEET-Status zu überwinden. Es ist allerdings wichtig, darauf hinzuweisen, dass es auch auf einer strukturellen arbeitsmarktpolitischen Ebene Maßnahmen bedarf, die die NEET-Rate erheblich senken könnten (Bacher et al., 2014). Daher gilt es festzuhalten, dass es sich bei der NEET-Thematik nicht nur um eine Problematik handelt, die auf individueller Ebene gelöst werden kann, sondern dass diese auch Maßnahmen auf struktureller arbeitsmarkt-, sozial-, und bildungspolitischer Ebene verlangt.

Die Studie wurde zu gleichen Teilen vom *Fonds social Européen* (FSE) und dem *Ministère de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse* (MEN) finanziert. Das Projekt wurde formell am 1. Juni 2018 gestartet und am 31. Mai 2020 abgeschlossen.

1.1 Forschungsbedarf

Ein NEET-Status kann auf verschiedenen Ebenen problematisch sein. Auf einer Makroebene verursacht diese nicht produktive Kohorte ökonomische Kosten – einerseits durch fehlende Steuer- und Sozialabgaben, andererseits durch Unterstützungsleistungen, die für diese Gruppe gezahlt werden. Auf einer Mikroebene sind die Probleme unter anderem mit dem Risiko sozialer Exklusion verbunden. Zudem lässt sich beobachten, dass längere oder wiederkehrende Phasen mit NEET-Status das Risiko für dauerhafte Arbeitslosigkeit im späteren Lebensverlauf erhöht. Damit gehen auch erhöhte Risiken für gesundheitliche Probleme und fehlende gesellschaftliche und politische Partizipation einher. Schließlich werden auch hierdurch Kosten verursacht (Bacher et al., 2014; Hauret, 2017a), die von der Gesellschaft getragen werden müssen.

Im Durchschnitt aller OECD-Länder beträgt die NEET-Rate 14,3 % der 18- bis 24-Jährigen (Organisation for Economic Co-Operation and Development (OECD), 2019, S. 63). Die NEET-Rate in Luxemburg liegt bei 9,3 % (OECD, 2019, S. 73). Diese Jugendlichen befinden sich weder in einer Ausbildung noch in einem Arbeitsverhältnis oder einer Schulung. Luxemburg gehört neben beispielsweise Deutschland, Island, den Niederlanden, Norwegen, Schweden, der Schweiz und Slowenien zu den Ländern, deren NEET-Rate unter 10 % beträgt und weist somit im OECD-Vergleich eine niedrige Rate auf. Dennoch sind auch hierzulande Jugendliche mit einem solchen Status mit Problemlagen und Hindernissen konfrontiert, die es zu beseitigen gilt. Insbesondere im Jugendbericht 2015 (Willems et al., 2015) wird auf die NEET-Problematik im

Land hingewiesen. Jugendliche, die eine Ausbildung abbrechen oder Schwierigkeiten haben, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, laufen Gefahr, in weiterer Folge eine brüchige Arbeitsbiografie aufzuweisen.

Im Bericht zur Implementierung der Jugendgarantie wird explizit darauf verwiesen, dass die Unterstützung von Jugendlichen mit NEET-Status durch öffentliche Institutionen besonders wichtig ist. Maßnahmen für diese Zielgruppe können Gefahren wie einer möglichen Delinquenz, Depressionen und Orientierungslosigkeit entgegenwirken.

„Et dans leur cas, il est primordial que les services publics puissent les orienter, ne pas les laisser seuls, de sorte à leur éviter de s'abandonner au désespoir voire de tomber dans la délinquance. C'est la raison pour laquelle une stratégie solide en faveur de l'accompagnement, est nécessaire, puisqu'elle consiste à activement contacter les NEET et à leur proposer des points de contact où ils pourront obtenir davantage d'informations et de conseils“ (Le Gouvernement du Grand-Duché du Luxembourg, 2014, S. 7).

Im Jugendgarantieplan wird zudem festgestellt, dass eine Koordinierung der Maßnahmen für die Gruppe der Jugendlichen mit NEET-Status unabdingbar ist.

„Pour optimiser cette phase d'orientation et le renvoi des jeunes gens vulnérables tout au long d'une série de plusieurs initiatives et acteurs consécutifs, il est nécessaire de mettre en place une base de données centralisée permettant aux administrations de coordonner leurs actions“ (Le Gouvernement du Grand-Duché du Luxembourg, 2014, S. 25).

Wie im theoretischen Teil dieser Arbeit detailliert dargestellt wird, zeigen internationale Studien, dass für Jugendliche, die über einen längeren Zeitraum einen NEET-Status aufweisen, eine Transition auf den Arbeitsmarkt zunehmend herausfordernder wird. Studien im luxemburgischen Kontext bestätigen diese Erkenntnis. Zudem wird in Luxemburg seitens der Expert*innen (Wissenschaftler*innen, Jugend- und Sozialarbeiter*innen) klar darauf hingewiesen, dass es keine strukturierte Übersicht zu den bestehenden Maßnahmen und Institutionen für diese Zielgruppe gibt. Ein solcher Überblick würde zum einen die Vermittlung von Jugendlichen mit einem NEET-Status zu einem adäquaten Angebot erheblich erleichtern und zum anderen eine Vernetzung zwischen den Akteur*innen ermöglichen. Diese Lücke möchte die vorliegende Studie schließen.

1.2 Forschungsfragen und Erkenntnisinteresse

Der Auftrag an das Projektteam von CatMesNEET ergab sich aus den oben dargestellten Gründen. Es sollte ein umfassender Katalog aller in Luxemburg existierenden Maßnahmen für junge Menschen mit NEET-Status erstellt werden – dies sowohl in einer ausführlichen Weise als auch in einer reduzierten Form, die sich an Praktiker*innen aus der sozialen Arbeit aber auch an junge Menschen mit NEET-Status richtet. Zudem sollten die von den Maßnahmen vergebenen Zertifikate untersucht werden. Hier stellt der Luxemburger Jugendbericht (Willems et al., 2015) fest, dass nur eine recht kleine Zahl an Maßnahmen überhaupt Zertifikate vergeben.

Aufbauend auf die Auftragsbeschreibung wurde folgende Forschungsfrage formuliert:

- ➔ *Welche Maßnahmen in Luxemburg adressieren die unterschiedlichen individuellen Risikofaktoren junger Menschen mit problematischem NEET-Status sowie jener, die ein erhöhtes Risiko aufweisen, in einen problematischen NEET-Status zu geraten oder zurückzufallen?*

Unter **individuellen Risikofaktoren** werden jene Faktoren verstanden, mit denen eine Person auf einer persönlichen Ebene konfrontiert ist (z.B. psychische, gesundheitliche, kognitive, finanzielle Probleme, Migrationshintergrund, familiäre Verpflichtungen). Diese Bezeichnung wurde in Abgrenzung zu gesellschaftlichen Risikofaktoren (wie beispielsweise Arbeitsmarktschwankungen, Rezessionen, mangelnde Bildungspolitik, etc.). Diese Unterscheidung ist für die Studie zentral, da ein Fokus auf jene Maßnahmen gelegt wird, die beim Jugendlichen selbst ansetzen ohne die gesellschaftspolitische Verantwortung außer Acht zu lassen. Das bedeutet, NEET-Raten schwanken stark aufgrund gesellschaftspolitischer Veränderungen (Rezessionen, Wirtschaftskrisen etc.). Diese Einflussfaktoren werden in der vorliegenden Studie nicht berücksichtigt, da der Fokus auf Maßnahmen und Angeboten für die Betroffenen selbst gelegt wird.

Einen **problematischen NEET-Status** weisen jene Jugendlichen auf, die über einen längeren Zeitraum (mehrere Monate) in einem NEET-Status verweilen und diesen nur schwer alleine verlassen können. Diese Jugendlichen sind nicht selten mit multiplen Problemlagen konfrontiert. Unterstützende Maßnahmen können ihnen aus ihrer Situation heraushelfen. Der Begriffszusatz „problematisch“ ist deshalb zentral, weil viele Jugendliche in ihrer Biografie mit einem NEET-Status über einen kurzen Zeitraum konfrontiert sein können (z.B. nach dem Abitur). Dieser wird jedoch in der Regel ohne größeren Aufwand oder Hilfe von außen wieder verlassen, indem der Bildungsweg fortgesetzt wird oder eine Transition auf den ersten Arbeitsmarkt stattfindet. Junge Menschen, auf die dies zutrifft, werden in der vorliegenden Studie nicht berücksichtigt.

Hingegen werden in dieser Studie auch jene Jugendlichen berücksichtigt, die über einen kurzen Zeitraum ihren NEET-Status verlassen können, aber Gefahr laufen, wieder in diesen zurückzukehren. Wie im folgenden Kapitel detailliert dargestellt wird, besteht bei Jugendlichen, die einen problematischen NEET-Status aufweisen, eine erhöhte Gefahr, nach einem ersten Verlassen wieder in diesen zurückzufallen.

2 THEORETISCHER HINTERGRUND

Das folgende Kapitel gibt theoretische Einblicke zu den relevanten Begrifflichkeiten, wobei ein konkreter Bezug zu Luxemburg hergestellt wird. In einem ersten Schritt findet eine Annäherung an den Jugendbegriff statt, der im darauffolgenden Abschnitt durch einen Überblick über die jugend- und sozialpolitischen Maßnahmen in Luxemburg ergänzt wird. Im Anschluss wird die NEET-Thematik behandelt, wobei internationale Studien nationalen gegenübergestellt werden. Die letzten zwei Kapitel behandeln den konkreten Forschungskontext, indem die Termini „Maßnahmen“ sowie „Ziele und Zielgruppen“ definiert werden.

2.1 Jugendliche in Luxemburg

Der Jugendbegriff ist einem historischen und gesellschaftlichen Wandel unterworfen. Die Auffassung und das Verständnis der Jugendphase verändert sich permanent, wobei diese Zeit nie als ein klar abgrenzbarer homogener Lebensabschnitt definiert werden kann. Der heutige Jugendbegriff bzw. Abgrenzungsversuche einer Jugendphase hängen historisch eng mit den Themen Schule und Beruf zusammen. So stellen Schäfers und Scherr fest: „[E]rst in Folge der modernen Trennung von Familie, Ausbildung und Erwerbsarbeit sowie der Einführung der allgemeinen Schulpflicht entstand Jugend im modernen Verständnis des Begriffs, d.h. als eine gesellschaftlich institutionalisierte Lebensphase, in der allen Mädchen und Jungen eine Phase des Lernens und der Qualifizierung nach dem Ende der Kindheit und vor dem Eintritt in die Arbeitswelt zugestanden wird“ (Schäfers & Scherr, 2005, S. 19).

In der Jugendforschung wird zwischen zwei Denkansätzen unterschieden. Zum einen wird Jugend als eine Transitionsphase im Sinne eines Übergangs verstanden, der zur Vorbereitung auf das Leben als Erwachsener dient. Zum anderen wird Jugend als ein „Moratorium“ definiert, also als eine eigenständige Lebensphase, in der beispielsweise Jugendkulturen entwickelt werden (Erikson, 1973; Havighurst, 1981; Hurrelmann & Quenzel, 2012). Im vorliegenden Forschungskontext wird der Fokus auf Jugend als Transitionsphase gelegt, da es hier primär um den Übergang zwischen Schule und Berufsleben geht.

Diese Transitionsphase ist dabei auch eine Phase der Identitätssuche, bei der moralische, religiöse und politische Grundhaltungen gefunden werden müssen und in der Jugendliche eine Zukunftsperspektive bezüglich ihrer Lebensführung – inklusive Familiengründung und Berufswahl – entwerfen. Die Identitätsfindung bezieht sich einerseits auf eine individuelle Identität (z.B.

persönliche Einstellungen und Eigenschaften) und andererseits auf die soziale Identität. Unter sozialer Identität werden dabei diejenigen Persönlichkeitsmerkmale verstanden, die sich durch Gruppenzugehörigkeiten und das Einordnen in soziale Kategorien ergeben. Hierzu gehören beispielsweise die Geschlechtsidentität, aber auch die berufliche Identität (Schäfers & Scherr, 2005). In der Jugendphase werden daher Qualifikationen sowie allgemeine Kenntnisse und Fähigkeiten angeeignet, die sich auf eine spätere Berufstätigkeit beziehen. Jugend ist somit gleichsam

„eine Phase der sozialen Platzierung, in der für die künftige soziale Stellung als Erwachsener zentral bedeutsame Festlegungen erfolgen“ (ebd.:23).

Das Gelingen der Transition und der damit einhergehenden Identitätsfindung hängt von einer Reihe sozialer und individueller Faktoren ab.

„[W]elche Entscheidungsmöglichkeiten und Entscheidungszwänge für bestimmte Jugendliche bedeutsam sind, ist auch gegenwärtig noch abhängig von ihrer sozialen Herkunft sowie ihrer Position im Bildungssystem“ (ebd.:50).

Darüber hinaus sind in modernen Gesellschaften eine Reihe weiterer Herausforderungen entstanden, die einer erfolgreichen Identitätsbildung und Transition im Wege stehen können (Luckmann et al., 1980; Schäfers & Scherr, 2005). Dieser Aspekt wird im Nationalen Rahmenplan (Ministère de l'Education nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse, Université du Luxembourg et al., 2018) aufgegriffen. Hier werden die folgenden Merkmale genannt, welche den Entwicklungsprozess in der Jugendphase maßgeblich beeinflussen:

- „Die Verlängerung und Ausdifferenzierung von Bildungsverläufen;
- Veränderte Übergänge vom Bildungssystem zum Arbeitsmarkt;
- Die Pluralisierung von Lebensentwürfen; Der Individualisierungstrend; Die Globalisierung im weitesten Sinne;
- Die ethnisch-kulturelle Heterogenität in der Gesellschaft;
- Die Bedeutung der Medien;
- [...] [Die] Ungleichheit in der Verteilung sozialer und sozioökonomischer Ressourcen“ (ebd.).

Schließlich spielen auch sozialstrukturelle Bedingungen eine erhebliche Rolle für den Transitionsprozess. So besteht die Gefahr des Motivationsverlustes angesichts von

Lehrstellenmangel und Arbeitslosigkeit sowie folglich auch des Scheiterns der Transition aufgrund dieser strukturellen Probleme – trotz Motivation und aktiver Bemühungen der Jugendlichen (Hornstein, 1999).

Eine erfolgreiche Transition kann durch sozialpolitische und sozialpädagogische Maßnahmen begünstigt werden. „Je nachdem, wie der bisherige Sozialisationsprozess verlaufen ist und welche Beratungs- und Bildungsangebote verfügbar sind, sind Jugendliche mehr oder weniger in der Lage, sich die vielfältigen sozialen Erfahrungen und Einflussnahmen bewusst und eigensinnig anzueignen bzw. Distanz zu diesen einzunehmen“ (Schäfers & Scherr, 2005, S. 95). Auf diese Maßnahmen wird in Kapitel 2.4 noch näher eingegangen.

Unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden in diesem Bericht – bezogen auf den konkreten Forschungsgegenstand – Personen verstanden, die ihren Wohnort in Luxemburg haben und die zwischen 15 und 29 Jahren alt sind. Die Alterseingrenzung wird dabei von der entsprechenden Definition der OECD übernommen (OECD, 2019). Im Vergleich zu anderen NEET-Studien in Luxemburg (Hauret, 2017b; Zanardelli, 2015), in denen das Alter auf 16 bis 24 Jahre eingegrenzt wird, ist die Alterseingrenzung hier weiter gefasst. Das Mindestalter von 15 Jahren bietet sich im Hinblick auf die NEET-Thematik an, da mit dem Vollenden des 15. Lebensjahrs die Schulpflicht in Luxemburg erfüllt ist. Darüber hinaus ist es für das vorliegende Forschungsinteresse sinnvoll, die Jugendphase auch nach oben hin weiter zu fassen, denn gerade in modernen Gesellschaften dauert die Jugendphase über den Abschluss der körperlichen sowie psychosexuellen Entwicklung an, da das Ende der Ausbildung und somit der Beginn von Erwerbstätigkeit und Familiengründung häufig erst sehr viel später einsetzt. Diese verlängerte Jugendphase, die auch als Postadoleszenz bezeichnet wird, dauert oft noch bis zum 30. Lebensjahr an (Schader-Stiftung, 2004; Schäfers & Scherr, 2005).

Im Jahr 2019 machten junge Menschen zwischen 15 und 29 Jahren 19,12% der Gesamtbevölkerung Luxemburgs aus. Eine Besonderheit der Luxemburger Bevölkerung stellt dabei ihr hoher Ausländeranteil dar. Im Jahr 2019 waren 47,5 % der Bevölkerung Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft. Davon stellten portugiesische Staatsbürger*innen mit 32,8 % der Nicht-Luxemburger*innen den größten Anteil dar. Unter den Jugendlichen zwischen 15 und 29 Jahren finden sich 42,14% Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft. In der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen machen junge Erwachsene mit ausländischer Staatsbürgerschaft mit 50,3 % sogar knapp die Mehrheit aus. Zusätzlich zu diesem großen Anteil von nicht-luxemburgischen Staatsbürger*innen gibt es eine hohe Zahl Jugendlicher mit Migrationshintergrund (1. oder 2. Generation), die bereits die luxemburgische Nationalität

besitzen. Verlässliche Zahlen hierzu wurden zuletzt im Zensus 2011 erfasst. Laut Zensus 2011 hatten insgesamt nur 35 % der in Luxemburg ansässigen Bevölkerung keinen (direkten oder indirekten) Migrationshintergrund. Bei den Jugendlichen zwischen 15 und 29 Jahren findet sich diese Verteilung wieder. So hatten etwa 61 % der 15- bis 19-Jährigen (ca. 22 % direkt und ca. 39 % indirekt), etwa 60 % der 20- bis 24-Jährigen (ca. 32 % direkt und ca. 28 % indirekt) sowie etwa 66 % der 25- bis 29-Jährigen (ca. 45 % direkt und ca. 21 % indirekt) einen Migrationshintergrund (Quelle: STATEC).

2.2 Abriss der Jugend- und Sozialpolitik in Luxemburg

Ziel der vorliegenden Studie ist es, die Angebotslandschaft für Jugendliche mit NEET-Status oder solchen, die Gefahr laufen, in einen NEET-Status (zurück) zu fallen, zu erfassen und die jeweiligen Maßnahmen zu dokumentieren. Um die aktuellen Strukturen und Angebote besser verstehen zu können, ist es sinnvoll, sich die Geschichte der Jugend- und Sozialpolitik sowie der Jugendarbeit und sozialen Hilfen in Luxemburg zu vergegenwärtigen. Aus diesem Grund wird im Folgenden auf Grundlage des Beitrags von Ralph Schroeder im *Handbuch Offene Jugendarbeit in Luxemburg* ein kurzer Abriss der wichtigsten sozial- und jugendpolitischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte dargestellt (Schroeder, 2013).

Die *Conférence Générale de la Jeunesse Luxembourgeoise* stellte im Jahr 1961 einen ersten Meilenstein in der Geschichte der Jugend- und Sozialpolitik dar. Sie ebnete den Weg für die Gründung eines unabhängigen Dachverbandes der Jugendorganisationen im Jahr 1987. In den späten 1960er Jahren entwickelte sich die Bewegung selbstverwalteter Jugendhäuser, die als Vorreiter für die heutigen Strukturen der Jugendhäuser (*maisons de jeunes*) verstanden werden können. 1964 entstand im Unterrichtsministerium der *Service national de la jeunesse* (SNJ) als erster öffentlicher Träger der Jugendarbeit in Luxemburg. Zwanzig Jahre später, im Jahr 1984, wurde der SNJ zu einer öffentlichen Verwaltungseinrichtung. Mit dieser Entwicklung entstand auch das Modell der regionalen Jugendarbeiter*innen. Diese waren zuerst Lehrer*innen, die stundenweise zur Jugendarbeit freigestellt wurden. Allerdings zeigte sich bald, dass durch dieses Modell die gewünschten Zielgruppen nur sehr bedingt erreicht werden konnten. Insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund, die als besondere Zielgruppe mit der zunehmenden Einwanderung seit den 1970er-Jahren zum Thema wurden, konnten durch die Angebote kaum erreicht werden. Dennoch lässt sich eine fortschreitende Professionalisierung der Jugendarbeit ab den 1970er-Jahren konstatieren. Mit der Einführung der Schulpflicht für Kinder mit Behinderung im Jahr 1973 entstand die Abteilung der *éducation différenciée* sowie die neue Ausbildung zum *moniteur d'éducation différenciée*. Aus diesem Berufsbild entwickelte sich im

späteren Verlauf der heutige Beruf des*der Erzieher*in (*éducateur/éducatrice*). Die Erzieher*innenausbildung stellte fortan die Basis für alle Berufe im Bereich der sozialen Arbeit dar. Parallel hierzu kam es zur Einführung der Konventionen zwischen privaten Trägern und dem Staat. Diese stellten ein neues Instrument zur Finanzierung sozialer Arbeit dar und begünstigten so die Entwicklung des Modells der *Associations sans but lucratif* (asbl), das bis heute große Bedeutung für den sozialen Sektor hat. Mit dem ASFT-Gesetz (*Action socio-familiale et thérapeutique*) wurde 1998 dann eine erste juristische Grundlage für die Konventionen geschaffen. Das Gesetz beinhaltet die Anknüpfung der Konvention an ein sogenanntes *Agrément*, also eine staatliche Zulassung der privaten Träger. Diese wiederum gilt als Garantie für Mindestnormen und Mindestqualität der Dienste bzw. Dienstleistungen vor allem in Bezug auf Strukturqualität; dazu gehören etwa Regelungen von Infrastruktur, Personal und Qualifikationen. Mit dem *Agrément pour gestionnaires de services pour jeunes (règlement grand-ducal du 28 janvier 1999)* entstand schließlich eine erste bindende Definition der Offenen Jugendarbeit, die bis heute Gültigkeit hat. In Artikel 6 des *Règlement* werden deren Aufgaben wie folgt definiert:

Art. 6. Les services définis à l'article 5 ont essentiellement pour mission:

- 1. de contribuer à l'épanouissement des jeunes en construisant avec eux les moyens leur permettant de prendre conscience de leurs aptitudes et de les développer, d'expérimenter, de s'exprimer et de développer une citoyenneté critique, active et responsable;*
- 2. de participer à la prévention, à l'insertion sociale et professionnelle et à l'intégration dans le tissu local et régional;*
- 3. d'encourager les usagers à se structurer en groupes, en valorisant les attitudes de confiance en soi et de solidarité et en favorisant l'intégration des problématiques individuelles dans une dynamique collective;*
- 4. de participer au développement d'une politique socio-collective de démocratisation par la mise à disposition d'outils de participation en donnant une attention particulière aux catégories sociales dont les conditions économiques, sociales et culturelles sont les moins favorables;*
- 5. de garantir par des actions diversifiées et une participation active des jeunes à la conception, la réalisation, la gestion et l'évaluation des actions. Ils favorisent l'implication des jeunes et tentent de mettre en œuvre des projets de développement socioculturel au niveau local voire régional.*

Zwischen 1995 und 1998 entstanden erste Leitlinien der Jugendpolitik, die in drei Aktionsplänen zu den Themen Jugendbeteiligung, Jugendinformation und Ehrenamt formuliert wurden. Seit

Anfang der Nullerjahre hat sich das metaphorische Dreieck des Jugendfeldes in Luxemburg etabliert. Dieses besteht einerseits aus dem Jugendministerium, das 1994 aus dem 1989 gegründeten Staatssekretariat für Jugend im Bildungsministerium entstand (heute die *Direction générale du secteur de la jeunesse*, auch bekannt als *Service de la jeunesse*, angesiedelt am Ministerium für Bildung, Kindheit und Jugend), andererseits aus der Jugendforschung an der Universität Luxemburg, mit der vormals der SNJ und das *Centre d'études sur la situation des jeunes en Europe* (CESIJE) beauftragt waren, sowie aus dem SNJ, der für die praktische Umsetzung im Feld zuständig ist.

Im Jahr 2008 wurde das Jugendgesetz verabschiedet. Dieses enthielt bereits die Einführung des *Plan d'action national pour la jeunesse* (Jugendpakt). Zusätzlich wurden hierdurch ein interministerielles Komitee zum Thema Jugend, das Jugendparlament und der strukturierte Dialog eingeführt. Auch der fünfjährige Jugendbericht, der an der Universität Luxemburg verfasst wird und erstmalig 2010 veröffentlicht wurde, basiert auf dem Jugendgesetz von 2008 (Residori et al., 2015). Das Gesetz wurde seither mehrmals modifiziert, zuletzt im Jahr 2018, wodurch zusätzlich zur Strukturqualität der Maßnahmen, die erstmals im ASFT-Gesetz formuliert worden waren, nun auch die Prozessqualität, also die Qualität der pädagogischen Methoden, gesetzlich geregelt wurden (*Ministère de l'Education nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse, Université du Luxembourg et al.*, 2018). Die Ausformulierung der Bedingungen für diese Qualitätssicherung finden sich im aktuellen Nationalen Rahmenplan zur non-formalen Bildung im Kindes- und Jugendalter (ebd.). (European Commission, 2012)

Bereits das Jugendgesetz verweist auf die Wichtigkeit des Konzepts der Transversalität (*Loi sur la jeunesse du 4 juillet 2008, Art. 2*):

(3) La politique de la jeunesse est une politique transversale fondée sur la connaissance de la situation des jeunes et une consultation active des jeunes sur les questions les concernant.

Auch der Jugendpakt 2012-2014 greift den Aspekt der Transversalität auf. Diese jugendpolitische Ausrichtung wird dort wie folgt zusammengefasst (*Ministère de la Famille et de l'Intégration, Luxembourg*, 2012, S. 5).

Les mesures de la politique de la jeunesse concernent aussi bien le secteur de la jeunesse lui-même, que les autres secteurs influant sur la vie du jeune tels l'éducation et la formation, le travail et la santé pour n'en nommer que les plus importants. Le Pacte pour la Jeunesse reprend cette vision transversale.

Diese ressortübergreifende Ausrichtung der luxemburgischen Jugendpolitik wird mit dem Jugendpakt 2017-2020 weitergeführt. Thematisch stehen Transitionsprozesse von Jugendlichen

in den Bereichen Arbeit, Wohnen und Bürgerschaft im Mittelpunkt des Papiers. Dabei wird explizit betont, dass diese Themen mit vielen anderen Bereichen und sozialen Fragen in enger Verbindung stehen. Aus diesem Grund wird ebenfalls die Notwendigkeit der Netzwerkarbeit zwischen verschiedenen ministeriellen Abteilungen betont. Im Hinblick auf die Arbeitsmarkttransition junger Menschen nennt der Jugendpakt eine ganze Reihe von Hindernissen, die einer erfolgreichen Transition im Weg stehen können; dazu zählen etwa soziale Exklusion, fehlende familiäre Unterstützung und Gewalterfahrungen.

Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf das vorliegende Forschungsthema müssen in Bezug auf nicht gelingende Transitionen, ganz im Sinne der Transversalität, auch gesetzliche Regelungen aus dem Bereich Familie, Kindheit und Behinderung berücksichtigt werden. Hierzu gehört das Jugendschutzgesetz von 1992 (zuletzt modifiziert am 1.8.2019). Im Fokus des Gesetzes stehen „der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Vernachlässigung und Verwahrlosung“ sowie der „Schutz der Gesellschaft vor delinquenten Jugendlichen“ (Jäger & Peters, 2017, S. 18). Es regelt Hilfen in diesen Bereichen, die vor allem als Eingriffe in die Familien verstanden werden, mit dem Ziel, Kind und Gesellschaft zu schützen. Zielgruppe sind hierbei sowohl Eltern und Erziehungsberechtigte als auch Kinder und Jugendliche sowie junge Erwachsene bis zum Alter von maximal 25 Jahren. Ein zentraler Akteur ist dabei das Jugendgericht, das für die Bereiche Fremdunterbringung, Erziehung und Schutz zuständig ist (ebd.). Veranlasste Maßnahmen in diesem Bereich beinhalten: „Tadel (und ggf. Überwachung), der Verbleib des Kindes in der Familie unter bestimmten Auflagen (z.B. Bildungsmaßnahmen, gemeinnützige Arbeit), eine *assistance éducative* (als ambulante Hilfe), eine Platzierung in einer Institution (mit unterschiedlichen Zielsetzungen, ggf. auch der Umerziehung – *rééducation*)“ (Jäger & Peters, 2017, S. 18). Weiterhin wird die luxemburgische Gesetzgebung durch die UN-Kinderrechtskonvention von 1989 (1993 in Luxemburg ratifiziert) sowie die UN-Behindertenrechtskonvention von 2006 (2011 in Luxemburg ratifiziert) beeinflusst. Während sich die UN-Behindertenrechtskonvention in einem Aktionsplan der luxemburgischen Regierung niederschlägt, spiegelt die UN-Kinderrechtskonvention sich im Gesetz zur *Aide à l'Enfance et à la Famille* (AEF) von 2008 wieder. Die Zuständigkeit obliegt hier dem Ministerium für Bildung, Kindheit und Jugend. Zielgruppe sind sowohl Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre als auch junge Erwachsene bis 27 Jahre, die sich in einer Notsituation befinden. Das Gesetz soll sowohl Kinderrechte fördern als auch – im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention – das Kindswohl an oberste Stelle setzen (Jäger & Peters, 2017).

„Dabei wendet es sich gegen jede Form häuslicher Gewalt, betont die Partizipation der Kinder und Eltern im Hilfeprozess und strebt ambulante Interventionen an, die niederschwellig und freiwillig sind. Sie sollen Eltern bei der Erziehung und Versorgung unterstützen und präventiv in dem Sinne wirken, dass intensivere und eingriffstiefere Maßnahmen, wie z.B. eine stationäre Hilfe, vermieden werden können“ (ebd.:21).

Zudem wurde durch das AEF das *Office National de l'Enfance* (ONE) als nationales Jugendamt geschaffen. Zentrale Aufgaben des ONE sind die Koordination und Finanzierung der Hilfen sowie die Datenerhebung bezüglich Kinder und Jugendlichen in Notsituationen (ebd.).

Zu den Strukturen, Institutionen und Trägern im Sozial- und Jugendbereich, die hier teilweise bereits Erwähnung gefunden haben, finden sich detailliertere Ausführungen in Kapitel 4.1.

2.3 NEETs

Während besonders die oben genannten Perspektiven der Jugendforschung sowie die Instrumente der Jugendpolitik (etwa der Jugendpakt und der Jugendbericht) die Arbeitsmarkttransition junger Menschen schon immer berücksichtigten, rückte das Thema mit der Wirtschaftskrise von 2008 und der in der Folge drastisch steigenden Jugendarbeitslosigkeit in Europa nochmals verstärkt in den Fokus. Auf EU-Ebene wurden verschiedene Maßnahmen und Vorgaben lanciert, die die Politikgestaltung in den Mitgliedsstaaten in dieser Hinsicht beeinflussten (European Court of Auditors, 2017). So wurde ab 2010 in den EU-Mitgliedsstaaten die Jugendgarantie eingeführt (European Commission, 2012). Diese besagt, „die Zusage aller EU-Länder, zu gewährleisten, dass alle **jungen Menschen unter 30 Jahren** ein hochwertiges Angebot für eine Beschäftigung, eine Weiterbildungsmaßnahme, eine Lehrstelle, einen Ausbildungsplatz oder ein Praktikum erhalten, und zwar innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre Bildung bzw. Ausbildung abgeschlossen haben.“ (European Commission, 2022).

Mit diesen politischen Instrumenten auf Ebene der EU fand auch das Konzept des NEET-Status vermehrt Eingang in die luxemburgische Jugendpolitik.

Der Begriff NEET umreißt dabei eine sehr heterogene Gruppe, in die Personen mit sehr unterschiedlichen Merkmalen, Lebenssituationen und Problemlagen miteinbegriffen sind. Wie im Folgenden näher erläutert wird, bedarf es auch aus diesem Grund einer intensiven Auseinandersetzung mit diesem Begriff/Term. Da nicht alle jungen Menschen mit NEET-Status Schwierigkeiten bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt haben und ein kurzzeitiger NEET-

Status in den meisten Fällen ohne externe Hilfe schnell wieder verlassen werden kann, wird bei diesem Forschungsprojekt auf einen „problematischen NEET-Status“ fokussiert.

Erste Studien zu dieser Zielgruppe wurden in Großbritannien durchgeführt (Furlong, 2006), wobei sich das Interesse kontinuierlich auf ganz Europa ausbreitete. Untersuchungen zu Jugendlichen mit NEET-Status in Luxemburg wurden seit dem Jahr 2012 lanciert (Milmeister & Berg, 2012) und fanden zusehends Eingang in die luxemburgische Forschungslandschaft (Hauret, 2017a; Willems et al., 2015; Zanardelli, 2015). Indem die landesweit bestehenden Maßnahmen für diese Zielgruppe in den Fokus genommen werden, schließt das vorliegende Projekt an die bereits durchgeführten Studien zum Phänomen NEET in Luxemburg an.

Innerhalb der Europäischen Union sind 51,2 % der Jugendlichen mit einem NEET-Status als arbeitslos registriert. Die übrigen Jugendlichen (48,8 %) können als ökonomisch inaktiv bezeichnet werden (Bacher et al., 2014, S. 19).

Im Jahr 2019 veröffentlichte die OECD folgende Tabelle, die einen Vergleich zwischen den unterschiedlichen Ländern und deren NEET-Rate ermöglicht:

Tabelle 1: Anteil 18- bis 24-Jähriger (in %), die sich in Ausbildung bzw. nicht in Ausbildung befinden, nach Arbeitsmarktstatus 2018 (OECD, 2019, S. 73)

	In Ausbildung						Nicht in Ausbildung					Gesamt
	Beschäftigt			Erwerbslos	Nicht im Arbeitsmarkt	Gesamt	Beschäftigt	NEETs			Gesamt	
	In dualer Ausbildung	Sonstige Beschäftigung	Gesamt					Erwerbslos	Nicht im Arbeitsmarkt	Gesamt		
	(1)	(2)	(3)= (1) + (2)	(4)	(5)	(6) = (3) + (4) + (5)	(7)	(8)	(9)	(10)= (8) + (9)	(11)= (7) + (10)	(12)= (6) + (11)
OECD-Länder												
Australien	5	28	33	2,9	16	52	37	4,6	7,0	11,6	48	100
Österreich	7	13	20	1,8	29	50	38	4,5	6,7	11,1	50	100
Belgien	0	5	6	1,0	56	63	25	5,2	6,9	12,1	37	100
Kanada	x(2)	23 ^d	23	2,0	25	49	38	5,1	7,4	12,5	51	100
Chile ^a	x(2)	9 ^d	9	3,0	38	50	28	6,6	15,3	21,9	50	100
Kolumbien	a	10	10	3,0	17	30	43	10,6	15,9	26,5	70	100
Tschechien	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Dänemark	x(2)	35 ^d	35	3,2	25	63	27	3,1	7,5	10,7	37	100
Estland	c	22	22	2,9	28	53	35	3,8	7,4	11,2	47	100
Finnland	x(2)	20 ^d	20	6,0	31	57	30	6,0	7,1	13,1	43	100
Frankreich	7	5	12	0,9	41	53	29	10,4	7,8	18,2	47	100
Deutschland	16	16	32	1,0	30	62	28	3,1	6,5	9,6	38	100
Griechenland	a	5	5	1,7	56	63	15	14,0	8,2	22,3	37	100
Ungarn	a	2	2	c	47	50	36	4,2	10,5	14,6	50	100
Island	a	37	37	2,3	12	51	43	2,2	3,7	5,9	49	100
Irland	a	20	20	1,9	34	56	32	5,0	7,6	12,5	44	100
Israel	x(2)	10 ^d	10	0,6	19	30	53	2,8	14,0	16,9	70	100
Italien	m	3	3	0,7	49	53	22	11,5	14,3	25,7	47	100
Japan	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Republik Korea	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Lettland	a	14	14	c	41	56	32	7,1	5,1	12,2	44	100
Litauen	a	14	14	1,0	47	63	26	5,4	6,5	11,9	37	100
Luxemburg	a	14	15	2,4	46	63	27	3,4	6,0	9,3	37	100
Mexiko	a	10	10	0,8	27	38	41	3,1	18,5	21,6	62	100
Niederlande	x(2)	41 ^d	41	2,8	22	65	28	1,6	5,3	6,9	35	100
Neuseeland	a	22	22	1,8	18	41	47	4,9	7,1	11,9	59	100
Norwegen	1	20	21	2,5	28	51	40	2,7	6,0	8,8	49	100
Polen	a	10	10	1,0	44	55	32	4,6	7,9	12,5	45	100
Portugal	a	6	6	1,4	47	54	31	8,9	5,6	14,5	46	100
Slowakei	c	3	3	c	51	54	33	7,0	6,6	13,6	46	100
Slowenien	x(2)	22 ^d	22	1,3	43	67	23	4,5	5,0	9,5	33	100
Spanien	x(2)	8 ^d	8	3,7	48	59	21	12,0	8,2	20,2	41	100
Schweden	a	17	17	6,1	30	53	38	3,7	5,9	9,6	47	100
Schweiz	19	15	34	1,8	19	55	36	4,6	4,4	9,0	45	100
Türkei	a	14	14	3,3	23	40	30	7,6	22,2	29,8	60	100
Ver. Königreich	5	14	18	1,5	23	43	44	5,0	8,8	13,8	57	100
Vereinigte Staaten	x(2)	20 ^d	20	1,3	26	47	39	3,9	10,3	14,2	53	100
OECD-Durchschnitt	m	15	17	2,2	33	53	33	5,7	8,6	14,3	47	100
EU23-Durchschnitt	m	14	16	2,2	39	57	30	6,1	7,3	13,4	43	100

Der NEET-Begriff wird in der einschlägigen Fachliteratur durchaus skeptisch gesehen (Bynner & Parsons, 2002; Milmeister & Berg, 2012; Yates & Payne, 2006). Deshalb ist eine klare Darstellung davon, was in diesem Forschungskontext unter NEET verstanden wird und welche Jugendlichen den Gegenstand des Forschungsprojektes bilden, zentral.

Das Akronym NEET (Not in Education, Employment or Training) benennt Jugendliche, die sich zum Erhebungszeitraum weder in einem Ausbildungs-, Arbeits-, oder Schulungsverhältnis befinden (Furlong, 2006; Milmeister & Berg, 2012). Dieser weit gefasste Begriff offenbart bereits seine eigene starke Heterogenität, insofern er, wie schon erwähnt, Personen mit ganz unterschiedlichen Merkmalen, Lebenssituationen und individuellen Problemlagen miteinschließt

(Hauret, 2017a; Milmeister & Berg, 2012; Yates & Payne, 2006; Zanardelli, 2015). Es besteht beispielsweise ein erheblicher Unterschied zwischen Jugendlichen, die über einen sehr langen Zeitraum arbeitslos sind, und solchen, die erst vor einigen Monaten ihre Ausbildung abgeschlossen haben. Jugendliche, die bereits über einen längeren Zeitraum arbeitslos sind, empfinden den Zugang zum Arbeitsmarkt mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit als schwieriger (Bacher et al., 2014, S. 19).

Die beschriebene Heterogenität spiegelt sich allerdings kaum in den statistischen Erhebungen zu jungen Menschen mit NEET-Status wieder. Diese berücksichtigen weder die Dauer, die eine Person im NEET-Status zubringt, noch das Wiederkehren dieses Status in den individuellen Biografien. Damit können solche Statistiken zur Verzerrung des Gesamtbildes beitragen. NEET-Zahlen variieren von Monat zu Monat stark – so beispielsweise in den Phasen kurz nachdem Schulabschlüsse erworben wurden. In dieser Zeit kommt es zu einem starken Anstieg der NEET-Raten, da sich besonders viele junge Menschen in einer Transitionsphase zwischen Schule und Arbeit befinden (Hauret, 2017a; Zanardelli, 2015).

Der NEET-Begriff hat noch eine weitere Schlagseite, denn er birgt die Gefahr, dass andere, potentiell relevantere Problemlagen einer Person im Zuge von Hilfsmaßnahmen übersehen werden und der Fokus ausschließlich auf die schnelle Integration in den Arbeitsmarkt oder die Ausbildung gelegt wird. Es kann dadurch verdeckt werden, dass betroffene Jugendliche zunächst andere Hilfestellungen benötigten, die sie überhaupt erst auf den Arbeitsmarkt bzw. die Rückkehr ins Bildungssystem vorbereiten (Holte, 2017; Yates & Payne, 2006).

Zudem variieren das Verständnis von NEET und die Gründe, die zu einem NEET-Status führen, sehr stark in Abhängigkeit von den jeweiligen soziokulturellen Gegebenheiten, sodass internationale Vergleiche, aber auch die Übertragbarkeit von Beobachtungen zum NEET-Phänomen aus einem Land auf ein anderes sehr problematisch sind (Bacher et al., 2014; Milmeister & Berg, 2012).

Laetitia Hauret ist es gelungen, eine recht ausdifferenzierte Typologie der jungen Menschen mit NEET-Status in Luxemburg zu erstellen. Diese ist mit ihren acht Typen im Vergleich zu anderen Typologisierungsversuchen in der einschlägigen Literatur – in der oft nur drei oder vier Typen unterschieden werden (Hauret, 2017a, 2017b; Willems et al., 2015) – sehr nuanciert. Hauret hat für ihre Studie über 3000 junge Menschen befragt, die sich im Zeitraum der Studie in einer NEET-Situation befanden. Berücksichtigt wurden dabei Personen im Alter zwischen 17 und 24 Jahren.

Zusätzlich zur standardisierten Befragung kam ein Test zur Messung der kognitiven Fähigkeiten zum Einsatz.

Hauret (2017a, 2017b) identifiziert für Luxemburg die folgenden acht NEET-Typen:

1. Junge Menschen mit gesundheitlichen Problemen (7 %): Diese besitzen meist gehobene kognitive Fähigkeiten und fundierte Sprachkenntnisse, haben aber dennoch ein niedriges Bildungsniveau. Durch ihre gesundheitlichen Probleme gestaltet sich die Arbeitssuche schwierig. Sie haben meist eine sozial privilegierte Herkunft und keinen Migrationshintergrund.
2. Junge Mütter mit geringen Ressourcen (5 %): In dieser Gruppe befinden sich viele Schulabbrecherinnen, die kognitiven Fähigkeiten sind eher gering und die Arbeitssuche gestaltet sich generell schwierig (unter anderem wegen der Schwierigkeit, Arbeit und Familie vereinen zu müssen). Viele möchten ihre Ausbildung gerne beenden. Der überwiegende Teil (84,7 %) weist einen Migrationshintergrund auf (erste oder zweite Generation).
3. Junge Menschen mit gewähltem NEET-Status (6 %): In dieser Gruppe befinden sich vor allem junge Mütter, deren Eltern ein niedriges Bildungsniveau aufweisen, die selbst allerdings ein eher hohes Bildungsniveau haben. Sie sind freiwillig in einer NEET-Situation und geben an, nicht nach Arbeit zu suchen und darüber hinaus Stellenangebote abzulehnen. Diese meist jungen Frauen sind häufig im eigenen Haushalt tätig und haben bezogen auf die Landessprachen Luxemburgs eher geringe Sprachkompetenzen. Es handelt sich vorwiegend um Personen mit Migrationshintergrund (insgesamt 72,9 % davon 46,1 % der zweiten Generation).
4. Demotivierte junge Menschen mit Eingliederungsproblemen (9 %): Diese sind zu einem großen Teil Schulabbrecher*innen und/oder haben ein niedriges Bildungsniveau sowie geringe kognitive Fähigkeiten. Sie zeigen nur wenig Motivation bei der Arbeitssuche und sind sehr schwer auf den Arbeitsmarkt vermittelbar. Zudem neigen sie zu deviantem Verhalten und sind misstrauisch gegenüber öffentlichen Institutionen.
5. Junge Menschen mit deviantem Verhalten (10 %): In dieser Gruppe sind das Bildungsniveau und die kognitiven Fähigkeiten eher hoch. Zudem haben sie bezogen auf die Landessprachen hohe Sprachkompetenzen und eher einen Migrationshintergrund (59,4 %). Auffällig ist auch hier das geringe Vertrauen gegenüber öffentlichen Institutionen. Die Personen in dieser Gruppe sind häufig polizeilich bekannt und konsumieren Drogen.
6. Motivierte junge Menschen mit Eingliederungsproblemen (5 %): Hierbei handelt es sich vorwiegend um Personen mit schwacher sozialer Integration und kaum eigenen Netzwerken. Die

Eltern haben meist einen geringen Bildungsstand und die Betroffenen selbst bezogen auf die Landessprachen große Sprachdefizite, allerdings relativ hohe kognitive Fähigkeiten. Sie neigen zu deviantem Verhalten und weisen dennoch eine hohe Motivation auf.

7. Junge Menschen in einer Übergangsphase (15 %): Hier handelt es sich um junge Menschen mit meist hohem Bildungsniveau und hohen kognitiven Fähigkeiten, die gut auf den Arbeitsmarkt vermittelbar sind. Sie sind in der Regel sozial gut integriert und haben starke soziale Netzwerke. Ihre Arbeitssuche ist von starker Selektion geprägt, d.h. sie lehnen Stellenangebote ab, wenn sie den eigenen Qualifikationen oder Interessen nicht entsprechen.

8. Junge Menschen, die sozial sehr gut integriert und relativ gut vermittelbar sind (43 %): Hierbei handelt es sich um Personen, die nur wenig schlechter sozial integriert sind als junge Menschen in der Übergangsphase. Sie zeigen kein deviantes Verhalten und erhalten meist Unterstützung durch ihre Eltern, allerdings haben sie eher geringe Sprachkompetenzen und kognitive Fähigkeiten.

In einer Synthese zu den verschiedenen Studien zu NEETs in Luxemburg (SNJ, 2017) wird diese letzte Gruppe sehr kritisch betrachtet und in der Folge nicht mehr als Teil der Typologie dargestellt. In den quantitativen Studien konnten keine eindeutigen Gründe für den NEET-Status identifiziert werden. Es bleibt daher unklar, ob der NEET-Status dieser Gruppe als problematisch einzustufen ist oder nicht. Denkbar wäre auch, dass der NEET-Status hier nicht auf individuelle Probleme, sondern auf strukturelle Gründe zurückzuführen ist. Als Beispiele können hier etwa fehlende Bildungs- oder Beschäftigungsmöglichkeiten genannt werden, die den Bedürfnissen der Betroffenen entsprechen (Bacher et al., 2014, S. 52).

Hauret (2017b) stellt für die Typen 1 bis 6 fest, dass diese länger in einem NEET-Status verweilen oder dass ihre Laufbahnen von einem Wiederkehren des NEET-Status geprägt sind. Insbesondere Personen, die diesen sechs NEET-Typen zugeordnet werden können, sind potentielle Adressaten von Unterstützungsangeboten. Vor allem die Beobachtung, dass viele junge Menschen häufig wieder in den NEET-Status zurückfallen, macht es notwendig, im Rahmen des CatMesNEET-Projektes nicht ausschließlich Personen zu berücksichtigen, die aktuell einen NEET-Status haben, sondern auch diejenigen miteinzubeziehen, die den NEET-Status zwar verlassen haben, aber stark gefährdet sind, wieder in den Status zurückzufallen.

Zu beachten ist zusätzlich, dass Personen mit (problematischem) NEET-Status überproportional oft einen Migrationshintergrund haben, worunter Personen mit portugiesischem Migrationshintergrund besonders stark vertreten sind (Hauret, 2017a; Willems et al., 2015;

Zanardelli, 2015). Dies kann zum einen ein erhöhtes Risiko bedeuten, von manchen der oben benannten Schwierigkeiten von jungen Menschen mit NEET-Status betroffen zu sein – etwa im Bereich der Sprachkompetenzen und schulischer Probleme, die zu einem geringeren Bildungsniveau führen können; zum anderen ist unter Umständen weniger Unterstützung durch das soziale Umfeld gegeben (beispielsweise bei selbst zugewanderten Jugendlichen ohne familiäre Beziehungen in Luxemburg). Es ist außerdem denkbar, dass strukturelle Benachteiligungen, Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen eine bedeutende Rolle in den Bildungsbiografien und bei der Arbeitssuche der Betroffenen einnehmen. Einige Anhaltspunkte in diese Richtung finden sich in der Auswertung der qualitativen Befragung, die im Zuge des Jugendberichts 2015 durchgeführt wurde (Hauret, 2017a; Willems et al., 2015; Zanardelli, 2015).

Auch die Dauer des NEET-Status ist relevant und muss bei Studien zu dieser Zielgruppe berücksichtigt werden. Jugendlichen, die längere Phasen in einer NEET-Situation durchleben, fällt der aktive Zugang zum Arbeitsmarkt zusehends schwerer. Selbiges trifft auf Jugendliche zu, die häufig in einen NEET-Status zurückfallen (Bacher et al., 2014).

Das Fehlen einer Fahrerlaubnis ist ebenfalls ein Faktor, der zu einer Benachteiligung führen kann. Insbesondere in Luxemburg ist dies relevant, da potentielle Ausbildungs- und Arbeitsorte nicht erreicht werden können.

2.4 Maßnahmen

Der Begriff „Maßnahme“ ist recht weit gefasst. Er bezeichnet im weitesten Sinne eine „Handlung, Regelung o.Ä., die etwas Bestimmtes bewirken soll“ (Bibliographisches Institut, 2015).

Für das konkrete Forschungsvorhaben ist es daher unabdingbar, den Begriff näher zu bestimmen. Das vorliegende NEET-Konzept ist im Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik angesiedelt. Angesichts dessen orientiert sich das zugrunde liegende Verständnis von „Maßnahmen für junge Menschen mit NEET-Status“ an der Definition, die sich im Dritten Buch Sozialgesetzbuch (Arbeitsförderung) der Bundesrepublik Deutschland wiederfindet. Hier werden unter § 45 SGB III „Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung“ näher beschrieben:

(1) Ausbildungsuchende, von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitsuchende und Arbeitslose können bei Teilnahme an Maßnahmen gefördert werden, die ihre berufliche Eingliederung durch

- 1. Heranführung an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt,*
- 2. Feststellung, Verringerung oder Beseitigung von Vermittlungshemmnissen,*

3. Vermittlung in eine versicherungspflichtige Beschäftigung,
4. Heranführung an eine selbständige Tätigkeit oder
5. Stabilisierung einer Beschäftigungsaufnahme unterstützen (Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung).

Unter „Maßnahme“ werden also im Kontext der Forschungsfrage alle Angebote und Programme verstanden, die explizit eines oder mehrere der fünf oben aufgelisteten Ziele verfolgen.

Zu den hier definierten „Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung“ finden sich auch Entsprechungen im Luxemburgischen Code du Travail (Livre V und Livre VI) (Code du travail, 2020). So werden einige relevante Maßnahmen beispielhaft in Livre VI, Chapitre IV, Titre III angeführt. Konkrete Maßnahmenbeschreibungen, die den oben zitierten Kriterien entsprechen, finden sich auch in Livre V, Chapitres II, III und IV.

Im vorliegenden Kontext werden Maßnahmen untersucht, die konkret Unterstützungsleistungen für Menschen mit „problematischem NEET-Status“ anbieten. Wie bereits in den vorangegangenen Kapiteln dargelegt, kann Jugendpolitik und Jugendarbeit nicht als in sich geschlossenes System funktionieren. Problematiken und Herausforderungen, die in den Bereich der Jugendpolitik fallen, wie hier Arbeitsmarkttransitionen bzw. NEET-Status, haben immer auch Berührungspunkte mit anderen Ressorts. Dementsprechend zielt die Jugendpolitik in Luxemburg auf Transversalität ab (Ministère de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse [MENJE], 2017; Residori et al., 2015) und versucht damit, der Heterogenität der Bevölkerungsgruppe „Jugend“ gerecht zu werden. Wie im Abschnitt zum NEET-Begriff näher erläutert, ist auch die Gruppe der Jugendlichen mit NEET-Status sehr heterogen. Maßnahmen sollten deshalb dieser Heterogenität entsprechen und ebenfalls eine starke Facettenhaftigkeit haben. *„Policy therefore needs to be tailor-made to the specific issues at hand“ (Le Gouvernement du Grand-Duché du Luxembourg, 2014).* Wie Yates & Payne (2006) ebenso wie auch Holte (2017) feststellen, birgt der Fokus auf den NEET-Status von jungen Menschen auch die Gefahr, andere Problemlagen zu verschleiern. Hierdurch kann es geschehen, dass Betroffene in Maßnahmen gedrängt werden, für die sie nicht bereit sind (Yates & Payne, 2006), während ihnen die eigentlich benötigte Hilfe versperrt bleibt.

Die Heterogenität der NEET-Gruppen spiegelt sich folglich in der Heterogenität der Maßnahmen wieder. Diese unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich ihrer Dauer, ihrer Inhalte und ihrer Kompetenzvermittlungen erheblich voneinander, sondern auch im Hinblick auf ihre Ziele und ihre Ab- und Anschlüsse.

Bei all der Differenziertheit müssen die Maßnahmen jedoch auch bestimmte Merkmale erfüllen, um in den Katalog aufgenommen zu werden. Dadurch sollen die Qualität und Abgrenzbarkeit des Kataloges gewährleistet werden. Folgende Kriterien müssen erfüllt werden:

1. Das Angebot ist öffentlich.
2. Es handelt sich um ein formalisiertes Angebot, das bedeutet, es werden auf Grundlage eines festgelegten Konzeptes Inhalte und Ziele der Maßnahme definiert.
3. Das Angebot erfüllt gewisse Qualitätsstandards, das heißt, es wird angeboten und begleitet von Personen, die eine Expertise in dem spezifischen Bereich aufweisen.
4. Die Inhalte und Ziele der Maßnahme entsprechen explizit einem oder mehreren der festgelegten Risikofaktoren (siehe folgend).
5. Die Angebote sollen den Jugendlichen die nötigen Ressourcen vermitteln, damit sie später selbstständig ihren NEET-Status verlassen können.
6. Die Maßnahme wird durch Personen vermittelt, es findet eine persönliche Interaktion statt (nicht nur eine Webseite mit Informationen zum Thema).
7. Die Inhalte und Ziele der Maßnahme richten sich direkt an die Jugendlichen und nicht an eine höhere Ebene (z.B. Dachverbände oder ministerielle Abteilungen).
8. Die Angebote und Maßnahmen dürfen nicht gewinnorientiert sein und es muss ihnen ein sozialer Grundgedanke innewohnen (es wird zum Beispiel eine Werkstatt, in der Jugendliche lernen, ihre Fahrräder zu reparieren, in den Katalog aufgenommen, nicht aber eine normale Fahrradwerkstatt).

Alle erhobenen Massnahmen werden nach diesen Kriterien überprüft zudem werden, wenn es als sinnvoll und notwendig erachtet wird, Maßnahmen zusammengefasst (zum Beispiel Sprachkurse, Fortbildungskurse, Ateliers etc.). Es ist wichtig, hervorzuheben, dass in diesem Projekt nur solche Maßnahmen betrachtet werden, die auf der Mikroebene ansetzen und sich an den individuellen Biografien orientieren. Andere Maßnahmen, die sich zwar auch direkt auf die NEET-Problematik beziehen, dabei aber auf der Meso- oder Makroebene wirken sollen – etwa die Schaffung neuer Institutionen oder Arbeitsmarktreformen – werden hier nicht betrachtet. Selbstverständlich ist ein Wissen über Maßnahmen im letzteren Sinne ebenfalls relevant um eine umfassende Kenntnis des Forschungsfeldes zu erlangen.

2.5 Ziele und Zielgruppen

Im Zuge der explorativen Phase des Forschungsprozesses wurden individuelle Risikofaktoren ermittelt, die einen NEET-Status begünstigen bzw. zu einer NEET-Situation führen können. Grundlage der identifizierten Risikofaktoren sind Studien von Hauret (2017a, 2017b) und Bacher (2014). Zudem wurden Gespräche mit Sozialarbeiter*innen, Fachpersonal und Personen in leitenden Funktionen von entsprechenden Institutionen geführt. Diese evaluierten und ergänzten die im Zuge der Literaturrecherche erstellte Liste der individuellen Risikofaktoren. Bacher (2014) verweisen auf die internationale Literatur zu NEETs, in der betont wird, dass oft nicht nur ein Risikofaktor, sondern meist multiple Problemlagen zu einem NEET-Status führen.

Folgende Risikofaktoren wurden auf Grundlage der Literaturrecherche sowie der Expert*inneninterviews identifiziert:

Tabelle 2: Identifizierte Risikofaktoren

RISIKOFAKTOREN
niedriges Bildungsniveau
früher Schulabbruch
Lernschwierigkeiten
schlechte Schul- und Berufserfahrungen geringe kognitive Kapazitäten
geringe Beherrschung einer oder mehrerer der luxemburgischen Landessprachen
schwierige familiäre Umstände
fehlende Unterstützung durch das eigene Umfeld
negativer Einfluss der Peergroup
familiäre Verpflichtungen
Schwangerschaft
Obdachlosigkeit und prekäre Wohnverhältnisse
schlechte materielle Lebensbedingungen
aggressives Verhalten
delinquentes Verhalten
gesundheitliche Probleme (physisch und psychisch)
Suchtverhalten
Schwierigkeiten bei der sozialen Eingliederung
fehlende aktive Bemühungen bzw. fehlende Motivation
Orientierungslosigkeit bzw. Gefühl der Überforderung
Unselbstständigkeit
fehlendes Selbstvertrauen/fehlendes Gefühl der Selbstwirksamkeit
fehlende Berufserfahrungen
prekäre Arbeitsverhältnisse
fehlende Aufenthalts- bzw. Arbeitsgenehmigung
Diskriminierung
eingeschränkte Mobilität

Die identifizierten Risikofaktoren wurden für die Erhebung und die darauffolgende Auswertung des Fragebogens in Ziele umformuliert. Die Zielfaktoren wurden in einem zweiten Schritt thematisch kategorisiert und in insgesamt sechs Schwerpunkte gegliedert, die wie folgt definiert werden:

1. Bildungs-, ausbildungs- und berufsbezogene Ziele

Diese Ziele beziehen sich auf Bereiche, die eine Verbesserung der Ausbildung bzw. des Berufes mit sich bringen. Damit sind jene Bereiche gemeint, die sich konkret auf einen problematischen NEET-Status beziehen. Es soll eine messbare Veränderung durch die Maßnahme erzielt werden, wie beispielsweise bei einem Sprachkurs oder einer Beratung, die sich auf einen weiteren Bildungs- oder Berufsweg bezieht. Neben Beratung, Information und Orientierung fallen aber auch Unterstützungsmaßnahmen bei kognitiven Schwierigkeiten oder Lernproblemen in diesen Bereich. Zudem werden Ausbildungen (die für die Arbeitssuche fördernd sind) und Kurse (die eine Zusatzqualifikation darstellen) miteinbezogen. Auch Angebote und Maßnahmen, die Soft Skills (Verhalten am Arbeitsplatz, Bewerbungstraining, usw.) vermitteln, werden hier subsumiert. In diesem Sinne werden in der Kategorie der bildungs-, ausbildungs- und berufsbezogenen Ziele sowohl Maßnahmen erfasst, die einem bereits bestehenden NEET-Status entgegenwirken, als auch solche, die präventiv ansetzen und dazu geeignet sind, einem NEET-Status vorzubeugen.

Folgende Risikofaktoren betreffen diese Zielgruppe:

Tabelle 3: Risikofaktoren

RISIKOFAKTOREN
niedriges Bildungsniveau
früher Schulabbruch
Lernschwierigkeiten
geringe kognitive Kapazitäten
schlechte Beherrschung einer oder mehrerer der luxemburgischen Landessprachen
fehlende Berufserfahrungen

Folgende Ziele werden dieser Kategorie zugeordnet:

Tabelle 4: Ziele

ZIELE
Orientierungshilfe und Beratung bei Schulabbruch, Arbeitssuche und Selbstständigkeit (Firmengründung)
Erwerb und Anerkennung von Bildungsabschlüssen (durch einen zweiten Bildungsweg) und Zertifizierung von Fähigkeiten
Hilfestellungen bei Lernschwierigkeiten (z.B. Dyslexie und Dyskalkulie) und anderweitigen Problemen in der Schule
Unterstützung von Jugendlichen mit geringen kognitiven Fähigkeiten
Stärkung arbeitsmarktbezogener sozialer Kompetenzen (z.B. Bewerbungstraining; Verhalten am Arbeitsplatz, Soft Skills)
Vermittlung von Zusatzqualifikationen und Vertiefung von bereits vorhandenem fachspezifischem Wissen (z.B. Kurse in speziellen Bereichen wie Finanz-, Bankwesen usw., Erste-Hilfe-Kurse)
Spracherwerb bzw. Stärkung der Sprachkompetenzen bezogen auf eine der luxemburgischen Landessprachen; Alphabetisierung, Gebärdensprache, Braille
Vermittlung erster praktischer Erfahrungen auf dem/für den Arbeitsmarkt (z.B. <i>Ateliers protégés</i> ; Workshops, Praktika; Freiwilligendienste; Babysitterkurse; CDD; CAE; CIE ...)

2. Soziale und gesellschaftsbezogene Ziele

Es sollen den Jugendlichen Ziele vermittelt werden, die dazu beitragen können, ihre soziale Situation in Gruppen zu verbessern. In diesen Bereich fallen dementsprechend beispielsweise Maßnahmen zur Stärkung von Opfern von Diskriminierung und Mobbing, aber auch Angebote, die präventiv bei aggressivem und asozialem Verhalten in der Gruppe wirken. Zudem sind hier Maßnahmen zusammengefasst, die zentrale soziale Verhaltensweisen vermitteln, die bisher von der Kernfamilie sowie dem sozialen Umfeld nicht abgedeckt wurden (Pünktlichkeit, Vertrauen in die eigenen Kompetenzen). Es sollen also sowohl persönliche Ziele gefördert werden (Steigerung der Motivation/Aktivierung; Stärkung der Selbstständigkeit, des Selbstbewusstseins/Empowerment) als auch Verhaltensweisen vermittelt werden, die in Gruppen notwendig sind.

Folgende Risikofaktoren fallen in diese Zielgruppe:

Tabelle 5: Risikofaktoren

RISIKOFAKTOREN
schlechte Schul- und Berufserfahrungen
fehlende Unterstützung durch das eigene Umfeld
aggressives Verhalten
delinquentes Verhalten
Schwierigkeiten bei der sozialen Eingliederung
fehlende aktive Bemühungen bzw. fehlende Motivation
Orientierungslosigkeit bzw. Gefühl der Überforderung
Unselbstständigkeit
fehlendes Selbstvertrauen/fehlendes Gefühl der Selbstwirksamkeit
Diskriminierung

Folgende Ziele werden dieser Kategorie zugeordnet:

Tabelle 6: Ziele

ZIELE
gesellschaftliche Partizipation (soziale Teilhabe von marginalisierten Gruppen)
Präventionsarbeit bei aggressivem und sozial auffallendem Verhalten (in der Gruppe, in der Schule und am Arbeitsplatz) und Unterstützung von bereits straffällig oder delinquent gewordenen Jugendlichen
Steigerung der Motivation/Aktivierung; Stärkung der Selbstständigkeit, des Selbstbewusstseins/Empowerment (Anregung, Ziele zu definieren und Projekte umzusetzen, Vermittlung von Vertrauen zu sich selbst, Förderung der Kreativität)
Kompensation von fehlender Unterstützung, Begleitung und Orientierung durch das soziale Umfeld (Orientierungshilfen, Schaffen von Tagesstrukturen) und Hilfe bei administrativen Angelegenheiten (Beantragen von staatlichen Leistungen; Ausfüllen von Formularen, Orientierungshilfe bei administrativen Vorgängen; Post/Rechnungen etc.)
Stärkung von Opfern von Diskriminierung (ethnische Zugehörigkeit, Hautfarbe, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Behinderung etc.) und Mobbing (Aufarbeitung schlechter Schul- und Berufserfahrungen)
Unterstützung von Menschen mit Migrationshintergrund (soziale und kulturelle Integration, allgemeine Beratungs- und Unterstützungsangebote)

3. Familien- und umfeldbezogene Ziele

In diesen Bereich fallen Angebote, die bei familiären Problemen sowie bei Schwierigkeiten mit dem sozialen Umfeld (Peergroup) helfen sollen. Zum einen sind Angebote gemeint, die bei Betreuungspflichten (Pflege von Angehörigen, Betreuung von Kindern, Schwangerschaft) unterstützend wirken sollen, zum anderen Maßnahmen, die bei Opfern von familiärer und häuslicher Gewalt wirken. Allgemeine Familienarbeit fällt ebenfalls in diese Kategorie. Berücksichtigt werden hier jene Risikofaktoren, die sich auf familiäre Probleme sowie Verpflichtungen beziehen, welche einen bestehenden NEET-Status begründen bzw. dazu beitragen können, dass ein solcher entsteht. Dabei ist es wichtig, zu betonen, dass der Fokus hierbei auf einem problematischen NEET-Status liegt, also auf einem NEET-Status, der längere Zeit anhält und den die Betroffenen nicht ohne Hilfestellungen selbst beenden können.

Folgende Risikofaktoren fallen in diese Zielgruppe:

Tabelle 7: Risikofaktoren

RISIKOFAKTOREN
schwierige familiäre Umstände
negativer Einfluss der Peergroup
familiäre Verpflichtungen
Schwangerschaft

Folgende Ziele werden dieser Kategorie zugeordnet:

Tabelle 8: Ziele

ZIELE
Verbesserung der familiären Situation im Falle einer dysfunktionalen Familie (z.B. durch Familienarbeit; Hilfestellungen bei Familienbeziehungen, Reintegration in die Herkunftsfamilie, Prävention bei Gewalt in der Familie)
Verbesserung der sozialen Situation (z.B. Hilfestellungen bei problematischen Paar- und anderen Beziehungen, darunter etwa schlechter Einfluss der Peergroup)
Hilfestellungen für Opfer von Gewalt (physischer und psychischer Missbrauch)
Beratung/Begleitung von Jugendlichen mit familiären Verpflichtungen (Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen etc.)
Beratung und/oder Hilfestellungen für Schwangere

4. Materielle und lebensstandardbezogene Ziele

Hierunter fallen Ziele, die sich auf eine Verbesserung des materiellen Lebensstandards beziehen, beispielsweise Wohnraum, allgemeine finanzielle Mittel (Stipendien, Förderungen) und Sachleistungen (Computer, Handy, Kleidung). Zudem werden in diesen Bereich jene Maßnahmen aufgenommen, die eine Verbesserung von prekären Arbeitsverhältnissen anstreben, da prekär beschäftigte Arbeitnehmer*innen einem hohen Risiko ausgesetzt sind, in einen NEET-Status zu geraten bzw. zurückzufallen. Auch Maßnahmen zur Verbesserung der Mobilitätsmöglichkeiten werden hier berücksichtigt. Besonders junge Menschen aus ländlichen

Gegenden mit geringen finanziellen Ressourcen sind hier betroffen. Aufgrund häufig fehlender Mobilitätsmöglichkeiten kann ihre Teilhabe am Arbeits- und Ausbildungsmarkt signifikant eingeschränkt sein. Für junge Erwachsene, die einen Flüchtlingsstatus haben, werden Maßnahmen, die es ihnen ermöglichen, einen materiellen Lebensstandard in Luxemburg aufzubauen (Aufenthaltsgenehmigung, Arbeitsgenehmigung) ebenfalls hierunter subsumiert.

Folgende Risikofaktoren fallen in diese Zielgruppe:

Tabelle 9: Risikofaktoren

RISIKOFAKTOREN
Obdachlosigkeit und prekäre Wohnverhältnisse
schlechte materielle Lebensbedingungen
prekäre Arbeitsverhältnisse
fehlende Aufenthalts- bzw. Arbeitsgenehmigung
fehlende bzw. eingeschränkte Mobilitätsmöglichkeiten

Folgende Ziele werden dieser Kategorie zugeordnet:

Tabelle 10: Ziele

ZIELE
Vermittlung von Wohnraum/betreutes Wohnen/Obdachlosenhilfe
Verbesserung der materiellen/finanziellen Umstände (z.B. staatliche Leistungen; juristische Beratung; (Sach-)Spenden; Zur-Verfügung-Stellen von benötigten Materialien: Computer, Handy, Kleidung etc.)
Beratung/Unterstützung bei problematischen/prekären Arbeitsverhältnissen
Unterstützung beim Erwerb einer Aufenthalts- bzw. Arbeitsgenehmigung
Verbesserung der Mobilitätsmöglichkeiten

5. Gesundheits- und beeinträchtigungsbezogene Ziele

In diese Rubrik fallen alle Bereiche, die sich auf gesundheitliche Probleme beziehen, wobei sowohl psychische (Sucht, Essstörungen, Angststörungen, Depressionen) als auch körperliche Beeinträchtigungen aufgenommen werden. Die Unterstützungsmaßnahmen sollen nicht nur den Betroffenen, sondern auch ihren Angehörigen helfen.

Folgende Risikofaktoren fallen in diese Zielgruppe:

Tabelle 11: Risikofaktoren

RISIKOFAKTOREN
gesundheitliche Probleme (physisch und psychisch)
Suchtverhalten

Folgende Ziele werden dieser Kategorie zugeordnet:

Tabelle 12: Ziele

ZIELE
Unterstützung (der Betroffenen und ihrer Angehörigen) bei Suchtverhalten (z.B. Drogen-, Computer- oder Handysucht)
Unterstützung (der Betroffenen und ihrer Angehörigen) bei körperlichen oder Sinnesbeeinträchtigungen
Unterstützung (der Betroffenen und ihrer Angehörigen) bei geistigen Beeinträchtigungen
Unterstützung (der Betroffenen und ihrer Angehörigen) bei psychischen Beeinträchtigungen (z.B. bei Essstörungen, Depression, Psychosen, Trauma)
Unterstützung (der Betroffenen und ihrer Angehörigen) bei chronischen und langen/schweren Erkrankungen, bei seltenen Erkrankungen und Syndromen
Gesundheitsprävention, medizinische Grundversorgung, Sexualpädagogik und Geschlechterarbeit

Die vollständige Liste der Ziele der Maßnahmen ist dem Anhang zu entnehmen.

3 FORSCHUNGSPROZESS

Es wurde bereits zu Beginn der Forschungsarbeit offensichtlich, dass der Forschungsauftrag wissenschaftlich nicht klar abgrenzbar ist und in sich sehr differenziert interpretiert werden kann.

Auf der einen Seite stand das Akronym NEET, das in erster Line bedeutet, dass sich ein*e Jugendliche*r weder in einer Schulung, Ausbildung oder Arbeit befindet. Der Begriff an sich verweist noch nicht auf eine Problematik. Jugendliche, die eine Ausbildung oder Schule abgeschlossen haben, befinden sich, bevor sie mit einer Arbeit oder Weiterbildung anfangen, in einer NEET-Situation. Diese wird in den meisten Fällen nach einigen Wochen wieder erfolgreich verlassen (Hauret, 2017a; Zanardelli, 2015). Im Fokus der Studie stehen jene Jugendlichen, die einen problematischen NEET-Status aufweisen, jene also, denen es schwerfällt, aus diesem Status wieder hinauszugelangen. Die Ursachen dafür können sehr unterschiedlich sein. Ziel war es, auf die individuellen, heterogenen Ursachen eines länger als ein Jahr anhaltenden NEET-Status einzugehen.

Auf der anderen Seite musste ein Konsens zum Begriff „Maßnahme“ gefunden werden. Der ursprüngliche Gedanke, den Katalog auf Maßnahmen zu beschränken, die konkret eine erfolgreiche Transition auf den Arbeitsmarkt zum Ziel haben, wurde nach der Phase der Literaturrecherche sowie der ersten Expert*inneninterviews tiefgehend hinterfragt. Die Ursachen für einen langanhaltenden Verbleib im NEET-Status sind vielfältig und die betroffenen Jugendlichen sind in den meisten Fällen mit mehreren Risikofaktoren konfrontiert. Das heißt, dass es vorwiegend Kombinationen von Risikofaktoren sind, die zu einem NEET-Status führen (Bacher et al., 2014). Ein Fokussieren auf eine erfolgreiche Transition auf den Arbeitsmarkt greift daher zu kurz; viel zentraler ist es, in einem Katalog für Jugendliche mit einem NEET-Status bereits auf die vorgeschalteten multiplen Problemlagen einzugehen. Aufbauend darauf werden Maßnahmen identifiziert, die Jugendliche unterstützen, ihren NEET-Status zu überwinden.

Im Zuge des Projektes fand eine Methoden- und Datentriangulation statt. Dabei kamen die folgenden Methoden zum Einsatz:

- informelle, offene Gespräche
- leitfadengestützte Expert*inneninterviews
- institutionelle Landkarte
- standardisierte Fragebögen
- Erstellen einer Datentabelle
- Durchführen einer Fokusgruppe

Der Forschungsprozess lässt sich als ein hermeneutischer Prozess verstehen (Soeffner, 2011) . Im Forschungsverlauf werden die genannten Methoden teilweise parallel, teilweise aufeinander aufbauend angewendet. Dabei lassen sich mehrere Forschungsphasen unterscheiden: eine explorative Phase, eine Feldphase und eine Auswertungsphase. Innerhalb dieser Phasen finden unterschiedliche Schwerpunktsetzungen statt, wobei allerdings zu betonen ist, dass es sich hier nicht um einen streng chronologischen Ablauf handelt, sondern die verschiedenen Phasen teilweise parallel und überlappend bearbeitet werden.

3.1 Explorative Phase

In der explorativen Phase fand zum einen eine Literaturrecherche zum Forschungsthema statt, zum anderen wurden relevante Dokumente und Informationen zur institutionellen Organisation in Luxemburg in Bezug auf den Forschungsgegenstand recherchiert und gesichtet (Gesetzestexte, offizielle Vereinbarungen, Internetauftritte von Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, Zeitungsartikel etc.).

Aus der Recherchearbeit ließen sich erste relevante Akteure identifizieren, die zum Teil kontaktiert und um informelle Gespräche gebeten wurden. Hierzu zählen Wissenschaftler*innen, die zum Thema gearbeitet haben, Praktiker*innen aus dem Feld, Mitarbeiter*innen von diversen Trägern, Behörden, Ministerien und andere Personen, die bezogen auf das Forschungsinteresse als Expert*innen bezeichnet werden können. Mit diesen Personen fanden im Zuge der explorativen Phase zunächst informelle Gespräche statt. Diese sind in Anlehnung an Girtlers „erö-pisches Gespräch“ gestaltet (Girtler, 2001). Das bedeutet, dass es sich hierbei explizit um nicht-strukturierte Interviews handelt. Die interviewte Person wird als Expert*in des Feldes verstanden und der Gesprächsverlauf entsteht durch die Gesprächssituation selbst. Es kommen weder

vorgefertigte Fragen, noch Aufnahmegeräte zum Einsatz. Allerdings wird dem Gespräch ein thematischer Rahmen gesetzt (der Forschungsgegenstand) und relevante Informationen werden schriftlich festgehalten.

Diese informellen Gespräche lieferten wichtige Hinweise für weitere Recherchen sowie auf andere relevante Akteure, die wiederum für Gespräche angefragt werden konnten.

Literatur- und Dokumentenrecherche sowie die Informationen aus den informellen Gesprächen lieferten einen Eindruck der institutionellen Landschaft in Luxemburg. Hierzu wurde in der explorativen Phase bereits ein erster Visualisierungsversuch unternommen, indem insbesondere die relevanten Regierungsinstitutionen in einer „institutionellen Landkarte“ dargestellt wurden. Diese wurde im weiteren Forschungsverlauf modifiziert und ergänzt.

3.2 Feldphase und Auswertungsphase

In der Feldphase und Auswertungsphase wurde ein hermeneutisches Paradigma zugrunde gelegt, das bedeutet, dass die Ergebnisse einer Forschungsphase in die darauffolgende Erhebungsphase bereits integriert wurden. Themen, die in den Expert*innengesprächen als zentral beschrieben wurden (wie beispielsweise Zugänge, Maßnahmen für Jugendliche mit niedrigem Bildungsabschluss, Maßnahmen für Menschen mit Migrationshintergrund etc.), wurden in den standardisierten Fragebogen für die Telefoninterviews entsprechend eingearbeitet (siehe auch Glaser & Strauss, 1998).

3.2.1 Leitfadengestützte Expert*inneninterviews und informelle Gespräche

Insgesamt wurden elf Expert*inneninterviews mit Sozial- und Jugendarbeiter*innen geführt. Zusätzlich fanden, besonders in der Anfangsphase des Projektes, informelle Gespräche mit Expert*innen aus verschiedenen Institutionen statt, darunter Gespräche mit Verantwortlichen für Behindertenpolitik im Familienministerium, leitendes Personal der *Maison d'Orientation*, Verantwortliche des *Centre de Prévention des Toxicomanies* (CePT), leitende Angestellte des Arbeitsministeriums und der *Agence pour le développement de l'emploi* (ADEM), Jugendarbeiter*innen, die explizit mit Jugendlichen mit NEET-Status arbeiten und Wissenschaftler*innen verschiedener Forschungsinstitutionen, die zur NEET-Thematik in Luxemburg geforscht und publiziert haben.

Die Expert*inneninterviews wurden als leitfadengestützte Interviews geführt (Liebold & Trinczek, 2009; Meuser & Nagel, 2010). Als Expert*innen wurden dabei Personen verstanden, die aufgrund

ihrer Rolle in relevanten Institutionen und Organisationen über ein privilegiertes Wissen in Bezug auf den Forschungsgegenstand verfügen (vgl. ebd).

Mit dieser Interviewmethode wurden die folgenden Forschungsinteressen verfolgt:

- Auskünfte und Hinweise zu relevanten Angeboten, Institutionen und Akteuren
- Erläuterungen von und Einsichten in die Funktionsweisen der verschiedenen Teilsysteme (z.B. Kooperationen, Auswahl passender Maßnahmen, hierarchische Beziehungen etc.) sowie Einblicke in die Ziele, die Zielgruppe(n), das Vorgehen etc. innerhalb bestehender Maßnahmen
- Anforderungen und Erwartungen an den zu erstellenden Maßnahmenkatalog: Welche Kriterien müssen erfüllt sein, damit der Maßnahmenkatalog tatsächlich praktischen Nutzen hat?
- Einschätzung der Zertifikate: Werden diese zur Integration in den Arbeitsmarkt genutzt? Welchen Effekt haben Sie? Wie gehen Maßnahmenteilnehmer*innen und Arbeitgeber*innen mit den Zertifikaten um?

Die Interviews wurden mit Hilfe der Transkriptions-Software F4 verschriftlicht und mittels ATLAS.ti computergestützt ausgewertet (Liebold & Trinczek, 2009; Mayring, 2010, 2016). Die Auswertung selbst wurde nach Mayrings qualitativer Inhaltsanalyse durchgeführt (ebd.) Dabei prägten die Ergebnisse vorangegangener Interviews stets das Erkenntnisinteresse und somit den Leitfaden für anschließende Interviews.

Die Ergebnisse und Erkenntnisse aus den informellen Gesprächen lieferten wichtige Hinweise zur Struktur des Forschungsfeldes, für die Konzeption der Studie sowie zur Identifikation von geeigneten Maßnahmen und Expert*innen für die qualitativen Interviews. Die elf Expert*inneninterviews wurden zweimal vor dem Hintergrund jeweils verschiedener Erkenntnisinteressen ausgewertet.

In einer ersten Auswertungsphase im November 2018 wurden die Interviews computergestützt mittels der Software ATLAS.ti auf wichtige Hinweise vor allem zur Identifikation der zu erhebenden Maßnahmen analysiert. Im Zentrum der Auswertung standen die folgenden Themen: Hinweise zur Zielgruppe der Jugendlichen mit NEET-Status (vorhandene Problemlagen und Risikofaktoren); relevante Institutionen und Ansprechpartner*innen; potentiell interessante und relevante Maßnahmen; Hinweise zur Zielgruppe des geplanten Kataloges; Bedingungen für eine

praktikable Nutzung des Kataloges durch Professionelle (Kriterien der Maßnahmen, die bei der quantitativen Befragung erhoben werden sollten). Die Ergebnisse dieser ersten qualitativen Auswertung bildeten eine Grundlage sowohl für die Identifikation geeigneter Maßnahmen als auch für die Konzeption der quantitativen Umfrage.

Die zweite Auswertungsphase fand nach Abschluss der quantitativen Erhebung statt. Die qualitative Auswertung wurde im Februar 2020 ebenfalls mittels ATLAS.ti durchgeführt. Der Fokus lag dieses Mal darauf, Einschätzungen und Hinweise zur Maßnahmenlandschaft zu analysieren. Zentrale Themen hierbei waren:

- die Maßnahmenlandschaft: Bereiche mit gutem/ausreichendem Angebot, fehlende Maßnahmen (Ziele und Zielgruppen), allgemeine Herausforderungen und Probleme bzgl. der Maßnahmenangebote
- Ziele und Zielgruppen der jeweiligen Maßnahmen: Ziele der Maßnahmen, Einschätzungen zur Zielgruppe (Merkmale der NEET-Population bzw. der Zielgruppe der Maßnahme), Einschätzungen zur NEET-Terminologie (z.B. Gebrauch im Arbeitsalltag, Auswirkungen)
- Kooperationen: zwischen Maßnahmenanbietern in verschiedenen sozialen Bereichen, zwischen Maßnahmenanbietern und koordinierenden/steuernden Institutionen (z.B. Sozialarbeiter*innen-ONE, Jugendarbeiter*innen-ADEM etc.)
- Katalog: Einschätzungen zum Nutzen des Kataloges, Einschätzungen zur Zielgruppe des Kataloges, Hinweise für einen Katalog für Jugendarbeiter*innen

Die Ergebnisse der zweiten qualitativen Auswertungsphase prägten wiederum die quantitative Analyse des Datensatzes, indem die Hinweise und Einschätzungen der Expert*innen als Grundlage für konkrete Fragestellungen dienten. Einschätzungen beispielsweise zu fehlenden Angeboten in bestimmten Bereichen wurden mit den vorhandenen quantitativen Daten abgeglichen. Zusätzlich dienten die Beiträge der Expert*innen dazu, einen besseren Eindruck vom Forschungsfeld und seinen etwaigen Besonderheiten zu vermitteln.

3.2.2 *Rechercheprozess und Erstellen der institutionellen Landkarte*

Basierend auf den Ergebnissen der leitfadengestützten Expert*inneninterviews, der Dokumentenanalysen und der (Online-)Recherchen zu (Selbst-)Darstellungen von relevanten Institutionen, Maßnahmenanbietern und Maßnahmenbeschreibungen wurde eine „institutionelle Landkarte“ erstellt (siehe Anhang). Dabei wurde auf die Darstellung hierarchischer Beziehungen weitgehend verzichtet. Vielmehr ging es um eine rein deskriptive Darstellung der vorhandenen

zuständigen Institutionen und Maßnahmenanbieter. Damit die jeweiligen Kooperationen und Beziehungen der Institutionen adäquat erfasst werden konnten, wurde eine eigens erstellte Homepage verwendet, die es erlaubt, mit Hilfe von Verlinkungen Zusammenhänge zwischen den Institutionen zu verdeutlichen. Diese Homepage diente als ein internes Erhebungstool und wurde ausschließlich für die Recherche von Maßnahmen verwendet.

Zudem wurden bereits bestehende Datenbanken durchsucht, die im Rahmen des Projektes relevant waren; hierzu gehörten: resolux.lu, cercle.lu, youthnet.lu, benevolat.public.lu und integration.lu. Auch andere im Internet und in diversen Broschüren verfügbare Listen von gemeinnützigen Organisationen (asbl) in Luxemburg wurden systematisch nach relevanten Maßnahmenanbietern durchsucht.

Durch diesen zweifachen Rechercheansatz sollte eine lückenlose Erhebung aller bestehenden Maßnahmenanbieter und der jeweiligen Maßnahmen sichergestellt werden. Die gefundenen Maßnahmenanbieter wurden in einer Datentabelle in Excel aufgenommen. Diese diente als Grundlage für weiterführende Darstellungen und Auswertungen in SPSS.

Die institutionelle Landkarte bildet den Recherchevorgang ab, der sich über die gesamte Erhebungsphase erstreckte. Zudem gibt sie einen Überblick über die erhobenen Institutionen und Angebote. Im Gegensatz zum Maßnahmenkatalog, der die Maßnahmen abbildet, werden auf der institutionellen Landkarte nur die relevanten Institutionen dargestellt. Im Zentrum der Karte stehen Jugendliche mit einem problematischen NEET-Status. Von diesen ausgehend werden alle relevanten Ministerien genannt, die Angebote in unterschiedlicher Form für diese Gruppe bereitstellen. Es handelt sich dabei um konventionierte Vereine (asbl) und Institutionen, die Maßnahmen für Jugendliche mit einem NEET-Status bereitstellen. Die jeweiligen Anbieter wurden je nach Konventionierung miteinander verbunden, um so die Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Institutionen und Maßnahmenträgern zu visualisieren. Zur Darstellung der institutionellen Landkarte wurde das Office-Programm Visio 2016 verwendet. Auf der Webseite jugend-in-luxemburg.lu findet sich eine Abbildung der institutionellen Landkarte.

3.2.3 *Quantitative Befragungen und Datensatz*

Im Zuge der leitfadengestützten Expert*inneninterviews wurde unter anderem auch erfragt, welche Anforderungen ein Maßnahmenkatalog erfüllen muss, um in der Praxis nützlich zu sein. Aus den Daten der Interviews wurde ein Kriterienkatalog erstellt, der bestimmt, welche Informationen zu den verschiedenen Maßnahmen erhoben werden müssen.

Die besagten Informationen wurden sowohl durch intensive Recherche als auch im Zuge von Interviews mit Expert*innen bezüglich einzelner Maßnahmen gesammelt. Durch den Einsatz eines Fragebogens wurden alle recherchierten Maßnahmen standardisiert erhoben (Diekmann, 2007; Jacob et al., 2013). Die Befragung erfolgte per computergestützter Telefon-Umfrage. Obwohl Personen bzw. Expert*innen zu den einzelnen Maßnahmen befragt wurden, wurden keine sensiblen Daten erfasst. Ein spezieller Datenschutzhinweis bzw. eine schriftliche Einverständniserklärung wurde somit nicht benötigt, da weder Namen noch Telefonnummer der Person in unserem Fragebogen gespeichert wurden. Dieses Vorgehen ist konform mit den universitätsinternen Datenschutzbestimmungen sowie der geltenden EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO).

Da es sich um eine deskriptive Erhebung der Maßnahmen handelt, stand vor allem die Effizienz der Erhebung im Vordergrund. Dies impliziert – unter der Bedingung, dass die offiziellen Homepages der Institutionen aktuell und komplett waren –, dass nicht für alle Maßnahmen ein Telefoninterview geführt werden musste. War diese Bedingung erfüllt, konnte ein Fragebogen auch anhand der auf den Webseiten auffindbaren Informationen ausgefüllt werden. Somit wurden auch offizielle Webseiten als Informationsquelle herangezogen; in solchen Fällen wurde allerdings, wenn möglich, dennoch mit einer verantwortlichen Person der Institution abgeklärt, ob die Informationen tatsächlich dem aktuellsten Stand entsprechen.

Alle recherchierten Maßnahmen wurden in eine Excel-Tabelle eingepflegt. Neben der Maßnahme wurden die Organisation sowie die Kontaktperson(en) erhoben. Nach der Recherchephase (Stand 31.10.2019) waren insgesamt 731 Maßnahmen in der Tabelle aufgeführt.

In einem darauffolgenden Arbeitsprozess wurde mit Hilfe von insgesamt drei studentischen Hilfskräften jede Organisation systematisch angerufen und zu ihren Maßnahmen befragt. Die studentischen Mitarbeiter*innen waren im Vorfeld geschult worden, nach welchen Kriterien Maßnahmen erhoben, zusammengefasst und verworfen werden. In zahlreichen Fällen stellte sich dabei heraus, dass die anhand der Homepage recherchierten Maßnahmen nicht den tatsächlich angebotenen Maßnahmen einer Organisation entsprachen. Diese wurden anhand der Interviews angepasst und entsprechend in die Tabelle eingepflegt.

Erhoben wurden deskriptive Angaben zur Maßnahme, wobei – gemäß den Ergebnissen der Expert*innengespräche – darauf geachtet wurde, die aus dem Feld genannten Problemfelder zu berücksichtigen. Neben den Standorten der Maßnahmen wurden die Zielgruppen, die Altersangaben, die Form, die Vergabe von Zertifikaten sowie die Sprache(n) erhoben. Zudem

wurde der Zugang zu einer Maßnahme erhoben, das bedeutet, ob eine Maßnahme direkt über einen Verein gebucht werden kann oder die Einschreibung bzw. Vermittlung durch andere Institutionen (wie zum Beispiel ADEM) geregelt wird.

Nachdem die Erhebungsphase abgeschlossen war, wurden die Daten zu jeder einzelnen Maßnahme nochmals im Detail kontrolliert und gegebenenfalls angepasst. Im Zuge dessen wurden noch weitere Maßnahmen nachrecherchiert, zusammengefasst oder unterteilt. Maßnahmen, die nicht vollständig erhoben werden konnten, da beispielsweise keine zuständige Person erreichbar war, die Homepage unvollständig war oder Angaben verweigert wurden, werden im Katalog als *non-response* geführt.

3.2.4 Fokusgruppe

Am Ende der Datenerhebung wurde eine Fokusgruppendifkussion durchgeführt (Berg, 1998; Bohnsack, 2008; Schulz et al., 2012; Zwick & Schröter, 2012). Ziel war es, die bis dahin erzielten Ergebnisse nochmals mit Expert*innen aus dem Feld abzugleichen. Die Fokusgruppe war dabei aus Praktiker*innen und Vertreter*innen diverser staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen zusammengesetzt. Durch die Methode der Fokusgruppe konnten die Ergebnisse im Forschungsprozess überprüft werden, indem sie einem Fachpublikum zur kritischen Diskussion vorgelegt wurden. Die Fokusgruppe besaß somit eine wichtige Korrektivfunktion und ermöglichte eine umfassendere Perspektive auf das Forschungsfeld.

Wie bei den leitfadengestützten Expert*inneninterviews wurde auch die Diskussion in der Fokusgruppe mittels der Software F4 transkribiert und daraufhin mit Hilfe von ATLAS.ti ausgewertet. Auch hier erfolgte die Auswertung auf Grundlage von Mayrings qualitativer Inhaltsanalyse (Liebold & Trinczek, 2009; Mayring, 2010, 2016). Die Ergebnisse der Auswertung dienten der Prüfung der bisherigen Zwischenergebnisse und bildeten eine Grundlage für etwaige Nachjustierungen.

Der inhaltliche Fokus lag dabei auf der Erhebung der Maßnahmen sowie auf den bereits erhobenen Maßnahmen. Die im Forschungsprojekt verwendete Definition der Zielgruppe sowie die formulierten Kriterien für die Maßnahmen des Kataloges wurden nicht abgefragt. Der Fragebogenleitfaden für die Fokusgruppe ist dem Anhang zu entnehmen.

Die Fokusgruppe sollte aus Personen zusammengesetzt sein, die entweder einer großen gemeinnützigen Organisation (asbl) angehören, die spezifische Maßnahmen für Jugendliche mit einem NEET-Status anbietet, oder an ein Ministerium angebunden sind, das in diesem Bereich

viele Maßnahmen anbietet. Insgesamt nahmen an der Fokusgruppe Vertreter*innen folgender Organisationen teil:

- *Office national de l'enfance (ONE)*
- *Caritas*
- *Femmes en détresse*
- *Ministère de la Famille, de l'Intégration et à la Grande Région (MFAMIGR)*
- *Service national de la jeunesse (SNJ)*
- *Inter-Actions a.s.b.l.*
- *Info-Handicap asbl*

Die Ergebnisse der Fokusgruppendifkussion werden im Kapitel 4. *Darstellung der Ergebnisse* im Detail abgebildet, wobei der Abschnitt 4.7 *Einschätzungen zum Nutzen des Kataloges* das Kernstück der Selbstevaluation darstellt. Allgemein ist festzuhalten, dass die Diskussion von den Teilnehmer*innen als sehr konstruktiv und sinnvoll bewertet wurde. Der Anklang war sogar so groß, dass einige eine jährliche Wiederholung vorgeschlagen haben. Das wissenschaftliche Vorgehen wurde größtenteils als sehr positiv und nachvollziehbar bewertet. Maßnahmen, die im Zuge der Fokusgruppe genannt wurden, waren bereits weitgehend in der Datenbank enthalten.

4 DARSTELLUNG DER ERGEBNISSE

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse des Projektes detailliert dargestellt. Die identifizierten Interessen- und Spannungsfelder der Expert*inneninterviews strukturieren die einzelnen Abschnitte, die mit quantitativen Analysen angereichert werden. Ergebnisse der Fokusgruppendifkussion fließen in die Ergebnisdarstellung ebenfalls mit ein und werden im letzten Kapitel nochmals überblicksartig zusammengefasst.

4.1 Beschreibung des Feldes

Die Feldphase war durch intensive Recherchearbeit gekennzeichnet. Diese erstreckte sich über den gesamten Forschungsprozess und war bis zum Abschluss der Datenerhebung präsent. Für die Recherchearbeit wurde eine eigene Homepage erstellt, die als Erhebungstool diente und nur für interne Zwecke entwickelt wurde.

In einem ersten Schritt wurden alle Ministerien eruiert, die gemäß der entwickelten Maßnahmendefinition Angebote haben. Folgende Ministerien wurden ermittelt:

- *Ministère du Travail, de l'Emploi et de l'Économie sociale et solidaire (MTEESS)*
- *Ministère de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse (MEN)*
- *Ministère de la Famille, de l'Intégration et à la Grande Région (MFAMIGR)*
- *Ministère de la Santé (MS)*
- *Ministère de la Justice (MJ)*
- *Ministère des Affaires étrangères et européennes (MAEE)*
- *Ministère du Logement (ML)*
- *Ministère de la Sécurité sociale (MSS)*
- *Ministère de l'Égalité entre Femmes et Hommes (MEGA)*
- *Ministère de l'Enseignement supérieur et de la Recherche (MESR)*
- *Ministère de l'Intérieur (MI)*

In einem zweiten Schritt wurde jedes identifizierte Ministerium im Detail untersucht. Das bedeutet, dass (soweit auf der Homepage ersichtlich) die Konventionierungen sowie die wesentlichen Abteilungen des Ministeriums selbst ermittelt wurden. Mit jedem Ministerium fand eine Kontaktaufnahme statt, um die erhobenen Ergebnisse zu überprüfen. Mit den relevanten Maßnahmenanbietern des Ministeriums wurde ebenfalls Kontakt aufgenommen, und es wurden Interviews durchgeführt. Im Zuge dessen wurde ermittelt, welche gemeinnützigen Organisationen (asbl) mit den zuständigen staatlichen Institutionen konventioniert sind und welche Maßnahmen und Angebote von mehreren Ministerien (interministerielle Einrichtungen) unterstützt werden. Dies wurde ebenfalls auf der Homepage festgehalten.

Zudem wurden alle 102 Gemeinden und die dazugehörigen Sozialämter (*Offices sociaux*) telefonisch kontaktiert. Jede einzelne Gemeinde wurde dazu befragt, ob sie zusätzlich zu den festgeschriebenen Angeboten noch individuelle Maßnahmen anbietet. Diese wurden ebenfalls in den Katalog aufgenommen. Selbiges wurde auch von den Sozialämtern selbst erfragt.

Weiter wurde eine Seite auf der Homepage angelegt, in der jene Maßnahmen aufgelistet werden, die auf den ersten Blick relevant erscheinen, auf den zweiten Blick aber nicht den vorab definierten Kriterien entsprechen. Hierdurch konnte eine Doppelarbeit vermieden und Zeit gespart werden. Zudem konnte nachvollziehbar dargestellt werden, mit welchen Argumenten Maßnahmen nicht in den Katalog aufgenommen wurden.

Insgesamt wurden 238 Organisationen (mit ihren etwaigen Unterorganisationen und Abteilungen) identifiziert, die relevante Maßnahmen anbieten. Die detaillierte Liste der angeführten Maßnahmenanbieter ist dem Anhang zu entnehmen. Den 238 Organisationen sind insgesamt 664 Maßnahmen zuzuordnen.

4.2 Besondere Herausforderungen der Feldarbeit

Wie bereits dargelegt wurde bei der Erhebung ein besonders breites Maßnahmenspektrum berücksichtigt. Aus diesem Grund sind in der Datenbank Angebote aus dem gesamten sozialen Sektor des Landes zu finden. Da die Problemlagen der Zielgruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit NEET-Status sehr heterogen sind, sich überlappen und teilweise gegenseitig bedingen, ist es kaum möglich, eine feste Grenze zu ziehen und klar zu definieren, aus welchen Bereichen Maßnahmen in den Katalog gehören und aus welchen sie nicht mehr relevant für die Zielgruppe sind. Hierdurch entstehen einige Graubereiche, in denen Maßnahmen teilweise nur noch indirekt relevant für die Zielgruppe sind. Maßnahmen, die in diese Kategorie fallen, wurden

jeweils detailliert im Projektteam besprochen, und es wurde für jeden Einzelfall eine Entscheidung für oder gegen die Aufnahme in die Datenbank getroffen.

Um zu verhindern, dass es durch die Aufnahme von Grenzfällen zu einer Verzerrung der Ergebnisse der Datenanalyse kommt, wurden besonders diejenigen Maßnahmen, die sehr indirekt mit der NEET-Thematik zusammenhängen, stark zusammengefasst in die Datenbank aufgenommen. Zur Veranschaulichung: Im Zuge der quantitativen Datenerhebung wurden mehrere Angebote aus dem Bereich der Reittherapie erfasst. Das Projektteam hat lange und ausführlich evaluiert, ob diese Maßnahmen für die Zielgruppe relevant sind. Da Reittherapien bei verschiedenen physischen wie auch psychischen Problemlagen hilfreich sein können und diese Problemlagen in der Zielgruppe teils stark vertreten sind, wurden die Reittherapien schließlich als relevante Maßnahmen aufgenommen. Allerdings wurden die 3 erfassten Maßnahmen in diesem Bereich zu einer Maßnahme zusammengefasst. Maßnahmen, die hingegen einen sehr direkten Bezug zur NEET-Thematik haben, etwa Maßnahmen zur Arbeitsmarktvermittlung, sozialpädagogische Betreuungsmaßnahmen oder auch Maßnahmen zum Erwerb von Bildungsabschlüssen, wurden detaillierter erfasst. Hier erscheint in der Regel jedes einzelne Angebot als eine Maßnahme in der Datenbank.

Neben den oben genannten Beispielen gab es noch weitere Angebote, bei denen zusammengefasst wurde bzw. die in den erwähnten Graubereich fielen. Hierzu gehören:

(1) Freizeitangebote und *Centres de loisirs*: Diese wurden nur dann in der Datenbank erfasst, wenn das Konzept der jeweiligen Angebote über das Ziel der reinen Freizeitgestaltung hinausgeht. So wurden beispielsweise Freizeitangebote für junge Menschen mit Behinderung, für Geflüchtete und Migrant*innen sowie für andere vulnerable Gruppen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind, als Maßnahmen erfasst. Auch Freizeitangebote im Bereich Streetwork wurden, der gleichen Logik folgend, erfasst. Nicht erfasst wurden Freizeit- und Ferienangebote ohne erkennbaren sozialpädagogischen Hintergrund. Auch Sportvereine wurden nicht als relevante Maßnahmen gewertet. Obwohl auch diese „allgemeinen“ Freizeit- und Sportangebote sicherlich eine wichtige Rolle beispielsweise bei der sozialen Integration und Teilhabe spielen, stehen diese Ziele hier kaum im Fokus der Maßnahmenanbieter, sondern sind oft eher als Nebenprodukt zu bewerten. Aus diesem Grund entsprechen sie nicht der hier zugrunde gelegten Definition von „Maßnahmen“ und wurden dementsprechend bei der Erhebung nicht berücksichtigt.

(2) Therapeutische und psychologische Angebote: Zu den Risikogruppen, die stärker gefährdet sind, in einen NEET-Status zu geraten, gehören auch junge Menschen mit Behinderungen und/oder psychischen Problemen. Aus diesem Grund wurde eine Vielzahl von Maßnahmen erfasst, die sich an diese Zielgruppen richten. Dabei fallen jedoch insbesondere therapeutische und psychologische Angebote (z.B. Ergotherapie, Psychotherapie) in einen Graubereich. Auch wenn diese Therapieangebote zweifelsohne relevant sind, stellte sich die Frage, inwiefern privat geführte Praxen als Maßnahmenanbieter berücksichtigt werden sollten. Da als Kriterium für die Maßnahmen im Projekt festgelegt worden war, dass diese nicht gewinnorientiert sein dürften, fiel die Entscheidung gegen die Aufnahme dieser Praxen. Angebote von Krankenhäusern, (staatlichen) Therapiezentren und gemeinnützigen Vereinen (asbl) wurden hingegen berücksichtigt.

(3) Schulen, Ausbildungen und Arbeitsplätze: Personen mit einem NEET-Status haben per Definition keine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle und gehen nicht zur Schule. Folglich könnte argumentiert werden, dass Regelschulen, Ausbildungen und Arbeitsplätze wirksame Maßnahmen sind, um den NEET-Status zu beenden. Allerdings werden diese hier als angestrebte Ziele und nicht als Maßnahmen definiert. Maßnahmen sind solche Angebote, die auf direktem oder indirektem Wege (z.B. indem sie vordergründige Hindernisse beseitigen) dazu beitragen sollen, diese Ziele zu erreichen – also in die Schule zurückzukehren, eine Ausbildung zu beginnen oder einen Arbeitsplatz zu finden. Aus diesem Grund wurden Schulen, Ausbildungen und Arbeitsplätze hier nicht als Maßnahmen aufgenommen. Sozialpädagogische Angebote in diesem Bereich wurden hingegen als Maßnahmen gewertet – so z.B. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die zum Ziel haben, Arbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren; Ausbildungen in Ateliers, die mit einer individuellen sozial-pädagogischen und/oder therapeutischen Betreuung einhergehen; Internate, die zusätzlich zum Schulcurriculum Tagesstruktur vermitteln und individuelle Betreuung der Schüler*innen leisten; schulische Angebote der Erwachsenenbildung (z.B. *die École nationale pour adultes*).

(4) Weiterbildungen: Angebote aus dem Bereich der Weiterbildung wurden dann aufgenommen, wenn die vermittelten Inhalte zu einer signifikanten Verbesserung der Stellung der Teilnehmer*innen auf dem ersten Arbeitsmarkt beitragen. Als große Maßnahmenanbieter in diesem Bereich sind vor allem das Office House Capellen sowie das House of Training zu nennen. Dabei bietet das House of Training vorrangig

Weiterbildungen für Personen an, die sich bereits in einem Arbeitsverhältnis befinden. In den meisten Fällen übernimmt der*die Arbeitgeber*in die Kosten der Weiterbildung. Allerdings ist es auch möglich, die Angebote als Privatperson wahrzunehmen. Die absolvierten Weiterbildungen können dann zu einer besseren Stellung auf dem Arbeitsmarkt beitragen und so prekären Arbeitsverhältnissen vorbeugen oder entgegenwirken. Aus diesem Grund wurden die Angebote des House of Training zwar aufgenommen, der oben ausgeführten Logik folgend aber zu nur einer Maßnahme zusammengefasst. Die Weiterbildungen des Office House Capellen richten sich zu großen Teilen auch an unqualifizierte Arbeiter*innen und Migrant*innen. Weiterbildungen werden hier zudem in mehreren Sprachen angeboten. Somit sind die Maßnahmen des Office House Capellen als relevanter für die hier anvisierte Zielgruppe zu bewerten und wurden folglich in der Datenbank etwas differenzierter erfasst. Da das Maßnahmenangebot allerdings einem ständigen Wandel unterliegt, wurden nicht die einzelnen Weiterbildungskurse als Maßnahmen aufgenommen, sondern die Themenbereiche, in denen Weiterbildungen angeboten werden. Zusätzlich zu den Angeboten dieser beiden großen Anbieter wurden auch einzelne Weiterbildungen von anderen Trägern erfasst. Nicht aufgenommen wurden Kurse, die nicht auf arbeitsmarktrelevante Kompetenzen abzielen, sondern auf Hobbies und Freizeitgestaltung, etwa Malkurse, Sportkurse etc.

Zusätzlich ergaben sich besondere Herausforderungen im Zuge der Feldarbeit. Hierbei handelte es sich im Wesentlichen um Institutionen und Maßnahmen, die im Hinblick auf die Zielgruppe der jungen Menschen mit NEET-Status eine Schlüsselrolle einnehmen und bei denen sich aus verschiedenen Gründen im Zuge des Forschungsprozesses bestimmte Fragestellungen oder Problematiken ergaben. Im Sinne der Transparenz wird hier deshalb der Umgang mit diesen Herausforderungen dargestellt. Dazu werden die Institutionen bzw. Maßnahmen in Kürze vorgestellt und es wird dargelegt, nach welcher Forschungslogik die entsprechenden Angebote erhoben wurden:

(1) *Agence pour le développement de l'emploi (ADEM)*: Die luxemburgische Arbeitsagentur ADEM ist die zentrale Anlaufstelle für Arbeitsuchende (und für Arbeitgeber*innen) und somit auch für viele junge Menschen mit einem NEET-Status.

Auf der Plattform für Bürgerservice des luxemburgischen Staates (www.guichet.lu) werden die allgemeinen Aufgaben der Agentur wie folgt beschrieben:

„Die ADEM untersteht dem Ministerium für Arbeit, Beschäftigung und Sozial- und Solidarökonomie (Ministère du Travail, de l'Emploi et de l'Économie sociale et solidaire), hat ihren Hauptsitz in Luxemburg-Stadt und mehrere Regionalbüros (Diekirch, Esch-sur-Alzette, Differdange, Dudelange, Wiltz und Wasserbillig). Die Aufgabe der ADEM besteht insbesondere darin, Meldungen von Arbeitsuchenden entgegen zu nehmen, ihre Ansprüche auf Arbeitslosengeld zu bestimmen, ihnen dieses zu zahlen und sie in den Genuss der Maßnahmen gelangen zu lassen, die sie einsetzt, um ihre Wiedereingliederung auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Zwecks persönlicher Betreuung müssen die Arbeitsuchenden entsprechend ihrem Wohnsitz das zuständige Regionalbüro auf der Website der Arbeitsagentur bestimmen“ (Le Gouvernement du Grand-Duché du Luxembourg, 2021).

Die ADEM ist ebenfalls maßgeblich an der Umsetzung der bereits mehrfach erwähnten Jugendgarantie beteiligt:

„Jede Person, die die Voraussetzungen erfüllt, in Luxemburg einer beruflichen Tätigkeit nachgehen zu können und dem luxemburgischen Arbeitsmarkt unmittelbar zur Verfügung steht, kann sich bei der ADEM arbeitsuchend melden“ (Le Gouvernement du Grand-Duché du Luxembourg, 2019).

Wie genau der Zugang zur ADEM geregelt ist, wird detailliert in Kapitel 4.6.14 erläutert. Wer sich bei der ADEM arbeitsuchend meldet, wird auf eine von zwei Arten betreut: (1) reguläre Betreuung – hier geht es darum, die Arbeitsuchenden so schnell wie möglich in ein Arbeitsverhältnis zu vermitteln; (2) intensive Betreuung – hierbei werden etwaige Hindernisse, die einer direkten Vermittlung auf den Arbeitsmarkt im Wege stehen, beseitigt. Die Art des Betreuungsverhältnisses kann sich im Laufe der Zeit ändern (siehe ebd.). Darüber hinaus leitet die ADEM Arbeitsuchende an externe Partner und deren Maßnahmen weiter. Diese externen Maßnahmen sind in der Datenbank erfasst. Hierbei wird jeweils angegeben, dass der Zugang ausschließlich über die ADEM möglich ist. Weiter bietet auch die ADEM selbst eigene Maßnahmen an, die für die Zielgruppe der jungen Menschen mit NEET-Status relevant sind. Da die ADEM in diesen Fällen sehr darauf bedacht ist, selbst ein Profiling potentieller Teilnehmer*innen zu erstellen und auf dieser Grundlage eine Auswahl geeigneter Maßnahmen zu treffen, wurden die einzelnen Maßnahmen, die direkt von der ADEM angeboten werden, nicht in den öffentlichen Katalog aufgenommen. Dennoch wurden diese Maßnahmen zum Zweck der quantitativen Analysen in die Datenbank eingetragen, sodass es hier nicht zu einer Verzerrung der quantitativen Ergebnisse kam. Es handelt sich um insgesamt 10 Maßnahmen und zu

diesen wurden anhand der online verfügbaren Informationen neben einer kurzen Maßnahmenbeschreibung Zielvariablen, Standorte und Altersbeschränkungen (sofern zutreffend) eingefügt.

In der Fokusgruppe wurde betont, wie wichtig und zentral die Angebote der ADEM für den geplanten Katalog sind:

„Kann ich noch ganz kurz was sagen, auch für das Protokoll? Ich wäre froh, wenn das jetzt auch da reinkommt. Ich würde es wirklich sehr, sehr, sehr, sehr schade finden, wenn die Maßnahmen von der ADEM hier nicht drinnen wären. Ich kenne ihr Argument, wieso sie das nicht möchten, weil wir immer sagen, na gut wir vermitteln dann ... aber wenigstens die Professionellen müssen wissen, was es gibt.“ (FG01)

Das Argument des*der Fokusgruppenteilnehmer*in ist, dass für einen Katalog, der sich speziell an Jugendliche richtet, die einzelnen Maßnahmen der ADEM nicht relevant sind. Im Gegenteil: Ein detailliertes Wissen könnte zu Frustration führen, da Angebote und Maßnahmen nicht direkt gewählt werden können. Allerdings sollten alle relevanten Maßnahmen, darunter auch die der ADEM, in einem Katalog für Professionelle aus dem Feld (Sozialarbeiter*innen, Jugendarbeiter*innen usw.) enthalten sein. Dieses Kenntnis würde eine größere Transparenz und ein besseres Verständnis für das Vorgehen der ADEM ermöglichen.

(2) Service national de la jeunesse (SNJ): Der SNJ ist eine staatliche Organisation, welche den Bereich der non-formalen Jugendarbeit verwaltet und für diesen zuständig ist. Neben aufsuchender Jugendarbeit liegt der Fokus des SNJ auch auf der Umsetzung der Jugendgarantie (*Le Gouvernement du Grand-Duché du Luxembourg, 2014*). Im Jugendbereich ist der SNJ demnach eine zentrale Einrichtung, die insbesondere für Jugendliche mit NEET-Status viele Unterstützungsleistungen anbietet, wobei er sich durch seinen niederschweligen Zugang auszeichnet. Zum einen sind die Angebote des SNJ selbst zu nennen, in denen viel mit Jugendlichen, die einen NEET-Status aufweisen, gearbeitet wird. Zum anderen vernetzt und koordiniert der SNJ unterschiedliche Einrichtungen, die in diesem Bereich tätig sind. Der SNJ sowie seine Unterorganisationen sind dabei jeweils unbürokratisch erreichbar. Sie arbeiten teils aufsuchend, teils nach dem Prinzip der „offenen Tür“ und teils nach Terminabsprache (die dann unkompliziert über Telefon oder Mail erfolgt).

(3) Jugendhäuser: Die Jugendhäuser in Luxemburg sind für das vorliegende Vorhaben aufgrund der durch sie erreichten Zielgruppen interessant. Laut Gesetz richtet sich das Angebot an 12- bis 26-Jährige. Tatsächlich ist in den Jugendhäusern des Landes meist eine jüngere Klientel im Alter zwischen etwa 12 und 19 Jahren anzutreffen. Typische Jugendhausbesucher*innen sind meist männlich und weisen tendenziell einen Migrationshintergrund auf. Zudem werden die Jugendhäuser eher von jungen Menschen mit geringen Bildungsambitionen und niedrigen Bildungsabschlüssen besucht (Schroeder, 2013; Willems et al., 2013). Somit handelt es dort häufig um Jugendliche, die einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind, in eine NEET-Situation zu geraten (Hauret, 2017b).

Für die Datenerhebung wurde eine Liste mit allen Jugendhäusern in Luxemburg erstellt. Anschließend wurden alle Jugendhäuser zu ihren Maßnahmen befragt. Dabei wurde die entwickelte Maßnahmendefinition (siehe Kapitel 2.4) herangezogen und mit den Angeboten der Jugendhäuser abgeglichen.

Wie im Nationalen Rahmenplan (*Ministère de l'Education nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse, Université du Luxembourg et al., 2018*) festgehalten wird, sind die Jugendhäuser gesetzlich dazu verpflichtet, bestimmte Aufgaben zu erfüllen, die unter anderem auch für die Zielgruppe der Jugendlichen in einer NEET-Situation große Relevanz besitzen:

„Die allgemeinen Zielsetzungen der Jugendhäuser beinhalten die Förderung der Selbstentfaltung der Jugendlichen; die Unterstützung der sozialen und beruflichen Integration, die Stärkung des Selbstwertes und der Solidarität und die aktive Partizipation der Jugendlichen (Règlement grand-ducal du 28 janvier 1999 concernant l'agrément gouvernemental à accorder aux gestionnaires de services pour jeunes; article 6).“ (ebd.:80)

Eine Maßnahme, die in der luxemburgischen Gesetzgebung verankert ist und von allen Jugendhäusern angeboten wird, wurde „individuelle Beratung und Orientierung (*projet de vie*)“ genannt. Im Zuge eines längeren Gespräches mit einem*einer Leiter*in eines Jugendhauses wurde dieser Terminus genannt und in weiterer Folge von allen kontaktierten Jugendhäusern bestätigt. Aus diesem Grund sind in der Standortbeschreibung der Maßnahme „individuelle Beratung und Orientierung (*projet de vie*)“ alle Jugendhäuser innerhalb Luxemburgs angeführt. Teilnehmer*innen der Fokusgruppe befürworten zwar die Aufnahme der Maßnahme „*projet de vie*“ im Katalog,

für einen Katalog, der direkt für Jugendliche nutzbar gemacht werden soll, wird diese Bezeichnung allerdings als problematisch angesehen. Es handle sich dabei eher um einen Auftrag der Jugendarbeiter*innen, den sie im Zuge ihrer Arbeit berücksichtigen sollen, als um eine konkrete Maßnahme, die gebucht werden kann. Dieser Zwiespalt wird im folgenden Zitat verdeutlicht:

„Ja, ich finde das schwierig, wenn ich mir jetzt vorstelle, ich gebe einen Katalog einem Jugendlichen und der sucht das und der geht ins erste Jugendhaus und sagt, ja ich komme her, weil ich möchte ein Projet de vie machen. (Allgemeines Gelächter) So funktioniert es nicht.“ (FG01)

Jedes Jugendhaus bietet zudem noch eine Reihe von individuellen *Ateliers*, Beratungen und Workshops an. Es wurden aus dieser Fülle von Angeboten nur jene katalogisiert, die sich spezifisch an Jugendliche mit einem NEET-Status richten und die gemäß den vorab definierten Kriterien in den Maßnahmenkatalog aufgenommen werden können.

(4) Centre d'Initiative et de Gestion Local/Régional (CIGL/CIGR): In Luxemburg gibt es derzeit insgesamt 16 *Centres d'Initiative et de Gestion Local* (CIGL) und 7 *Centres d'Initiative et de Gestion Régional* (CIGR). CIGLs befinden sich in folgenden Gemeinden bzw. Ortschaften: Bettemburg, Differdingen, Düdelingen, Esch/Alzette, Hesperingen, Kayl, Monnerich, Petingen, Roeserbann, Rümelingen, Sassenheim, Schifflingen, Steinfort, Strassen und Walferdingen; CIGRs befinden sich in: Dippach, Kanton Grevenmacher, Müllerthal, „Nordstad“ (Colmar-Berg, Diekirch, Mertzig, Schieren), Reckingen/Garnich (DiReGa), Steinsel/Lorentzweiler, Syrdall und Wiltz.

Die Aufgaben der CIGLs und CIGRs sind deckungsgleich. Ziel ist es, eine Arbeit für von Arbeitslosigkeit betroffene Menschen zu schaffen und gleichzeitig Gemeindearbeit zu leisten. Das bedeutet, dass auf der einen Seite Arbeitsplätze geschaffen werden sollen und auf der anderen Seite ein gesellschaftlicher Beitrag geleistet werden soll. Personen, die beim CIGL angestellt werden, können dort höchstens für zwei Jahre beschäftigt sein. Mittels unterschiedlicher Maßnahmen werden verschiedene Gruppen der Gesellschaft angesprochen. Zum einen werden Dienste für ältere Menschen angeboten (Fahrdienste, Einkaufsservice, Essen auf Rädern usw.), zum anderen werden für Menschen ohne Erwerbsarbeit Leistungen zur Verfügung gestellt. Hierbei handelt es sich um Angebote wie beispielsweise das Vermitteln auf den Arbeitsmarkt, eine temporäre Anstellung von Arbeitsuchenden, Bewerbungstrainings, aber auch Computerkurse und das Zur-

Verfügung-Stellen eines Computer- und Internetzugangs. Zudem werden Gartenarbeiten und Gestaltungsarbeiten innerhalb der Gemeinde angeboten. Einige CIGLs bieten auch Waschservices für Personen, die sich keine eigene Waschmaschine leisten können, einen Secondhandmarkt und die Restauration alter Möbel an.

Zusammengefasst besteht die Aufgabe von CIGLs darin, in jenen Bereichen zu unterstützen, in denen Menschen aufgrund von geringen finanziellen und sozialen Ressourcen keine Partizipationsmöglichkeiten haben. Alle CIGLs sind mit dem Arbeitsministerium (*Ministère du Travail, de l'Emploi et de l'Économie sociale et solidaire*) und der jeweiligen Gemeinde konventioniert.

Für den Katalog wurden nur solche Maßnahmen aufgenommen, die sich konkret auf die in unserem Kontext relevanten erstellten Kriterien beziehen. Zudem wurden Maßnahmen, die in leicht modifizierter Form in unterschiedlichen CIGLs zu finden sind, zusammengefasst.

(5) Ateliers protégés: Angebote der *Ateliers protégés* (Behindertenwerkstätten), die eine Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt anvisieren, wurden in den Katalog aufgenommen, da sie für Menschen mit einer Beeinträchtigung maßgeblich zur Integration in den Arbeitsmarkt beitragen. Die Aufnahme der *Ateliers protégés* gestaltete sich allerdings sehr schwierig. Teilweise vergeben *Ateliers* einen CDI (*contrat à durée indéterminée*) und es ist vorgesehen, dass Personen, die einen solchen unbefristeten Vertrag erhalten haben, bis zur Rente dieser Arbeit nachgehen. Diese *Ateliers protégés* wurden nicht in den Katalog aufgenommen. Allerdings gibt es auch *Ateliers*, die zwar einen CDI vergeben, um ihre Angestellten zu schützen, aber das Ziel haben, diese in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Diese Maßnahmen wurden in den Katalog aufgenommen, da sie junge Erwachsene dabei unterstützen, auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Um dies abzuklären, wurden alle *Ateliers protégés* angerufen. Sofern dies sinnvoll erschien, wurden Maßnahmen teilweise zusammengefasst; nicht zusammengefasst wurden Maßnahmen, die zwar das gleiche Angebot aufweisen, aber unterschiedliche Trägern haben. In solchen Fällen wurde nach Anbietern differenziert, da davon ausgegangen wurde, dass sich die *Ateliers* je nach Zielgruppe unterscheiden.

(6) Gemeinden: In Luxemburg gibt es zurzeit (Stand Juni 2019) 102 Gemeinden. Die Organisation der Kommunen findet nach dem Prinzip der Dezentralisierung statt (Décret du 14 décembre 1789 relatif à la constitution des municipalités, 1789/28.12.1789).

Aufgrund der geographischen Größe gibt es in Luxemburg keine Provinzen oder Bundesländer. Administrative Angelegenheiten unterliegen somit entweder der Verantwortung des Staates oder der Gemeinden.

Als autonome Gemeinschaft mit territorialer Basis (Décret du 14 décembre 1789 relatif à la constitution des municipalités, 1789/28.12.1789) untersteht jede Gemeinde der Kontrolle des Großherzogs und des Innenministeriums. Die Hauptaufgabe der Kommunen ist es, das tägliche Leben zu regeln und Sicherheit, Ruhe und Gesundheit zu gewährleisten. Die kommunalen Befugnisse werden in obligatorische und optionale Aufgaben unterteilt.

Die obligatorischen Hauptaufgaben der Kommunen bestehen unter anderem darin, Vorschriften zu erlassen, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten, die Bevölkerung mit Trinkwasser zu versorgen, Hausmüll zu entsorgen, kommunale Straßen zu bauen und instand zu halten, Organisation von Grundbildung und außerschulischer Aufsicht, Zivilstand, Bestattungen und Friedhofsmanagement sowie Sozialhilfe anzubieten. Diese Aufgaben werden von jeder Gemeinde gewährleistet. Die Sozialhilfeangebote in den Gemeinden werden im nächsten Abschnitt (7) genauer erläutert.

Zusätzlich zu diesen Pflichtaufgaben steht es den Gemeinden frei, ihren Bewohner*innen weitere Dienstleistungen anzubieten, die sie organisieren, ohne gesetzlich dazu verpflichtet zu sein. Dabei handelt es sich in der Regel um für die Bürger*innen praktische oder angenehme Dinge, die aber nicht unerlässlich sind und die die Kommunen nur dann einrichten können, wenn sie über die notwendigen finanziellen Ressourcen verfügen (Einnahmenüberschuss). Zu diesen optionalen Aufgaben können beispielsweise die Einrichtung und der Betrieb von Sport-, Kultur-, und Tourismuseinrichtungen gehören. Die Entscheidungen werden in jeder Gemeinde entsprechend den Bedürfnissen und Interessen der Bevölkerung und den finanziellen Ressourcen der Gemeinde getroffen.

Diese unterschiedlichen Möglichkeiten führen dazu, dass jede Gemeinde eine eigene Angebotslandschaft etablieren kann. Da dies stets auch eine Frage der Finanzen ist, haben große bzw. bevölkerungsreiche Gemeinden wie Luxemburg-Stadt oder Esch/Alzette mehr Angebote als kleinere bzw. bevölkerungsärmere Gemeinden. Im Zuge der Recherchen ließ sich feststellen, dass sich die Angebote der Gemeinden oft an Jugendliche (z.B. Babysitter-Kurse, Formation animateur), Erwachsene (z.B. Sprachkurse) oder Senior*innen (z.B. Kultur- und Freizeitangebote) richten. Des

Weiteren vernetzen sich einige Gemeinden untereinander, um ihre Dienstleistungen effizienter anbieten zu können, wie z.B. die Gemeinden Lintgen, Lorentzweiler, Mersch, Steinsel und Walferdange, die sich zur „Uelzechtdall Konventioun“ zusammengeschlossen haben und in diesem Rahmen u.a. Sprachkurse anbieten.

Ein Großteil der Angebote der Gemeinden wird in Kooperation mit bzw. von Vereinen (asbl) und Jugendhäusern angeboten. Bei manchen besteht eine Konvention mit einem Ministerium (Sprachkurse sind z.B. teilweise mit dem Bildungsministerium konventioniert). Kleinere Gemeinden leiten Interessent*innen oft in nahe gelegene größere Gemeinden weiter, die ein breiteres Angebot haben. Es wurden vor allem Angebote aus den Bereichen Sprach-, Informatik- und Mathematikurse, betreutes Wohnen und Sozialarbeit aufgenommen.

(7) Sozialämter (*Offices sociaux*): Luxemburgweit gibt es 30 Sozialämter, die gemäß dem Gesetz *Loi du 18 décembre 2009 organisant l'aide sociale* organisiert sind, das auch die Aufgaben der Sozialämter festhält, die primär Sozialhilfe leisten. Die Sozialämter unterstehen dem Familienministerium und den Gemeinden, wobei 16 von der *Croix-Rouge luxembourgeoise* geleitet werden. In den Sozialämtern arbeiten Sozialarbeiter*innen, die den Klient*innen bei jeder Art von sozialen Problemen zur Seite stehen sollen. Jede Person in einer sozialen Notlage kann sich an das für sie zuständige Sozialamt wenden. Jedes Sozialamt ist für eine oder mehrere Gemeinden zuständig. Das betreuende Sozialamt leitet sich aus dem Wohnsitz des*der Klienten*in ab. Im Gesetzestext ist folgendes Ziel festgehalten:

„L'aide sociale [...] assure aux personnes dans le besoin et à leur famille l'accès aux biens et aux services adaptés à leur situation particulière, afin de les aider à acquérir ou à préserver leur autonomie.“ (Art. 2) (Aide sociale, 2009/29.12.2019).

Diese Art von Sozialhilfe ist von palliativer, kurativer oder präventiver Natur.

„Elle est axée sur un accompagnement social à court, moyen ou long terme; en cas de nécessité, cet accompagnement sera assorti d'une aide matérielle en nature ou en espèces.“ (Art. 3) (Aide sociale, 2009/29.12.2019).

Prinzipiell kann sich jede Person, die in Luxemburg angemeldet ist oder einen Flüchtlingsstatus besitzt, für jegliche Hilfe an das für sie zuständige Sozialamt wenden. Personen ohne Obdach haben die Möglichkeit, sich an der Adresse des Sozialamtes

anzumelden, um soziale Leistungen beziehen zu können.¹ Das Sozialamt arbeitet aktiv und intensiv mit den Klient*innen zusammen, um deren soziale Situation auf möglichst lange Zeit zu verbessern. Voraussetzung hierfür ist eine Kooperation der Klient*innen. In speziellen Fällen sind Personen gezwungen, mit dem Sozialamt zusammenzuarbeiten, z.B. wenn dieses aufgrund einer gerichtlichen Verordnung das Vermögen des*der Klienten*in verwalten muss.

Als hauptsächlicher Anbieter sozialer Hilfe in Luxemburg sind die Sozialämter nicht nur eine wesentliche Anlaufstelle für Personen in Not, sondern auch eine wichtige Vermittlungsstelle zu weiteren Maßnahmen. So sind die Sozialämter auch in die Organisation staatlicher Geldleistungen eingebunden, etwa des *Revenu d'inclusion sociale* (REVIS). Diese Leistungen werden im nächsten Abschnitt näher beschrieben.

(8) *Revenu d'inclusion sociale* (REVIS): Seit dem 1. Januar 2019 ersetzt das REVIS in Luxemburg das garantierte Mindesteinkommen (*Revenu minimum garanti*, RMG). Diese Reform wurde im Gesetzestext vom 28. Juli 2018 festgehalten. Neben den Fachausdrücken hat sich damit auch die Organisation des Mindesteinkommens verändert. In diesen Prozess sind maßgeblich die ADEM, der Nationale Solidaritätsfonds (*Fonds national de solidarité*, FNS), das Nationale Amt für soziale Eingliederung (*Office national d'inclusion sociale*, ONIS) sowie die Sozialämter involviert. Jede Person, die in Luxemburg angemeldet ist, mindestens 25 Jahre alt ist und nicht über ein (regelmäßiges) Einkommen verfügt, kann den REVIS beantragen. Zudem können junge Menschen unter 25 Jahren, die bereits eigene Kinder haben, Anspruch auf REVIS erheben. Dies ist direkt über den FNS, über ein Internetformular oder mit Hilfe eines*einer Sozialarbeiters*in des Sozialamts möglich. Die Geldleistungen bestehen aus der Eingliederungszulage und einer Aktivierungszulage. Die Eingliederungszulage ist abhängig von der Haushaltszusammensetzung, der Betrag für Alleinerziehende mit Kindern wurde durch die Gesetzesänderung erhöht. Die Aktivierungszulage wird ausbezahlt, wenn man an einer Aktivierungsmaßnahme teilgenommen hat. Allgemein steht die neue Reform nicht nur für die reine Existenzsicherung, sondern auch für die gezielte Aktivierung von nicht erwerbstätigen Personen. Ziel ist hier die (Wieder-)Eingliederung in den (ersten) Arbeitsmarkt.

¹ Wie uns ein*e Experte*in (Mitarbeiter*in eines Ministeriums) mitteilte, ist dies in der Praxis allerdings nicht immer durchführbar.

Wie bereits erwähnt sind bei der Bearbeitung dieser Maßnahme verschiedene Institutionen involviert. So ist der FNS für die Verwaltung von Anträgen, Entscheidungen, Zahlungen, Rückerstattungen und Wiedereinziehungen verantwortlich. Jede Person, deren Antrag auf REVIS bewilligt wurde, muss einen Termin zum Profiling bei der ADEM wahrnehmen. Bei diesem Termin wird ermittelt, ob die Person reguläre oder intensive Betreuung benötigt. Die ADEM übernimmt die reguläre Betreuung, welche der üblichen Prozedur der Arbeitsagentur entspricht. Personen, die nicht (sofort) in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können, erhalten eine intensive Betreuung durch das ONIS. Diese Betreuung übernimmt nicht das ONIS selbst, sondern von diesem entsandte Regionalbeauftragte für soziale Eingliederung (*Agents régionaux d'inclusion sociale*, ARIS), die in den Sozialämtern arbeiten. In jedem Sozialamt arbeitet ein ARIS, der die REVIS-Begünstigten betreut. Ziel ist es hier, die soziale Situation der Personen zu stabilisieren, sie zu aktivieren und dazu anzuregen, an Fort- oder Weiterbildungen teilzunehmen. Sobald befunden wird, dass eine Person in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden kann, kann diese sich für eine reguläre Betreuung bei der ADEM einschreiben.

Das REVIS wird in den Maßnahmenkatalog aufgenommen, da es durch gezielte Aktivierungsmaßnahmen und intensive Begleitung der Personen über eine reine staatliche Geldleistung hinausgeht. Die intensive Betreuung richtet sich dabei auch gezielt an Jugendliche mit NEET-Status und versucht, diese in den ersten Arbeitsmarkt zu (re-)integrieren.

(9) Service Logement en Milieu Ouvert (SLEMO): SLEMO bietet jungen Menschen in einer schwierigen Situation und/oder Krise eine Unterkunft in Form eines Zimmers, eines Studios oder einer Wohnung. Die Unterkünfte werden jungen Erwachsenen gemäß ihren Bedürfnissen, Projekten und finanziellen Mitteln für einen bestimmten Zeitraum zur Verfügung gestellt.

Die Recherche zu dieser Maßnahme bzw. den Anbietern der Maßnahme gestaltete sich recht kompliziert und erforderte einen erheblichen Zeitaufwand. Das Konzept des *SLEMO* wird in Luxemburg von einer Vielzahl von Organisationen angeboten. Im Zuge der Recherche wurde deutlich, dass das Konzept des *SLEMO* trägerübergreifend gleich ist. Aus diesem Grund wurde entschieden, *SLEMO* als eine einzelne Maßnahme mit mehreren Anbietern in der Datenbank zu erfassen. Die anbietenden Organisationen sind:

Maison d'enfants de l'État, ARCUS asbl, Solidarité Jeunes a.s.b.l., Fondation Caritas, Association EPI asbl, Fondation Lëtzebuerger Kannerduerf, Fondation Kannerschlass, Croix-Rouge luxembourgeoise, TÉLOS-éducation asbl, La Main tendue asbl Angela, Foyer St. Martin Jeunes (gehört zu Fondation Maison de la Porte Ouverte, FMPO), Services d'Aide à l'Enfance et à la Famille - Anne asbl.

4.3 Das NEET-Konzept in der Praxis des Feldes

Im Zuge der Expert*inneninterviews zeigte sich, dass sich die Einschätzungen des NEET-Begriffs durch die Jugendarbeiter*innen zu weiten Teilen mit den Ergebnissen aus der Fachliteratur decken (Holte, 2017; Yates & Payne, 2006). Im Vordergrund stand für die Jugend- und Sozialarbeiter*innen der*die Jugendliche als Individuum mit seinen*ihren jeweiligen Problemlagen. Während der NEET-Begriff und das damit einhergehende Konzept bis auf eine Ausnahme allen Interviewten geläufig war, hatte er gleichsam kaum Relevanz für die alltägliche Arbeitspraxis und insbesondere den Kontakt mit der jugendlichen Klientel. Nur eine*r der interviewten Expert*innen gab an, das NEET-Konzept habe einen leitenden Einfluss auf die Arbeit mit den Teilnehmer*innen der Maßnahme. Allgemein wurde der NEET-Begriff von den Befragten als stigmatisierend betrachtet:

„Na ja, ich bin da so ... Der NEET-Begriff, der hängt so nahe an Niete. Und das klingt so negativ irgendwie ... Und deswegen vermeide ich den Begriff NEET, weil es klingt so negativ ...“ (CMN - 04)

Zusätzlich zu dieser Stigmatisierung wirke der Begriff demotivierend auf die Jugendlichen, da es sich beim NEET-Konzept um eine Negativkategorie handle. Zudem wurde das Konzept als wenig sinnvoll für die alltägliche Jugend- bzw. Sozialarbeit erachtet, da das Label „NEET“ Gefahr laufe, andere, tiefer liegende Probleme und Bedürfnisse der Jugendlichen zu verschleiern. Die meisten Interviewten gaben entsprechend an, dass sie in ihrer Arbeit bemüht sind, Labels und Kategorisierungen zu vermeiden, und stattdessen versuchen, jede*n junge*n Erwachsene*n in ihrer Maßnahme als Person in einer individuellen Situation und mit individuellen Bedürfnissen wahrzunehmen.

„B1: De Konzept en ass net sou ... B2: Et ass net megaprésent. Also mir kennen den Begrëff, dat ass kloer, mir kennen d'Theorie dozou, mee et ass awer elo net dat mer soen, mir müssen lo konkret dat maachen fir sie an sie. Mir huelen villäicht méi Rücksicht bei verschiddene Saachen dorop. Wann mer den XXXX organisieren oder sou dann kann ech mech erënneren, dat mer mol sou Saachen soten, ‚Komm pass op, mir denken net ze vill un eng Kategorie vun Jonken.‘ Mee dat ass fir alles am Fong, wann mir oder den Reseau sech ze vill

drop fokusséiert, probéieren mer dat ganzt awer rëm op ze maachen. Also ech hunn d'Gefill mir géifen einfach fir all Jonken schaffen.

B1: Jo voilà. Ech wëll am Fong – bon, de Konzept NEET, bon dat ass gutt fir eis ze wëssen, mee bon mir wëssen souwisou datt en existéiert konkret um Terrain, well mir gesinn se all Dag. Mee et ass eng Etikett fir den Jugendlechen. Ech wéilt kee Projet maachen just fir NEETs, soss klasséieren ech déi Jugendlechen an eng Kategorie vun näischt – keng Aarbecht, keng Education, keng ... An et ass e bësschen, ech weess net ...

B2: D'ass schonn hire Problem

B1: Jo! Voilà! Ech wéilt se net an een Case apart klasséieren. Mir hunn Jugendlecher, déi heihin kommen – egal wat fir Probleemer, wou sie sinn, wat sie maachen. Sie sinn all Jugendlecher an sie kënnen kommen fir egal wat ze froen. Mir wëssen, datt souwisou meeschtens sinn et NEETs – dat ass kloer. Mee sie sinn net sou als NEET konsidéiert. Dat ass fir mech eppes, wat wichteg ass. well sie hunn villäicht aner Kompetenzen. Voilà.

B2: Dat ass , denken ech, megawichteg fir eis och. Dat ass ongesond, wann een sech ze vill op eng Kategorie vun Jonken fixéiert, schafft een automatesch an dem Sënn, sou dat een villäicht (...) onpraktescht Behuelen och mëscht oder sou Saachen denkt, wou een sech seet, – et ass guer net oppen am Fong, wann ech driwwer nodenken. Ech selwer soen schonn, komm mir maachen e bësschen méi einfach, villäicht packen sie et net – mee nee, mir müssen sie grad pushen, fir hinnen ze weisen, datt se et kënnen. An dat ,ech gesinn dech op Aenhéicht' sou wéi ech jiddereen op Aenhéicht gesinn, ass wichteg, fir sie selwer einfach ze mierken ,ech kommen hei net op eng Platz, déi extra fir mech geduecht ass. Mee ech kommen op eng Platz, wou lauter aner Leit och kënnen kommen'.“ (CMN-02)

Die Aussagen aus den Expert*inneninterviews wurden auch durch die teilnehmenden Jugendarbeiter*innen bei der NEET-Konferenz des DLJ (Daachverband vun de Lëtzebuerger Jugendstrukturen) bestätigt.² In verschiedenen Arbeitsgruppen wurde die stigmatisierende Wirkung des NEET-Begriffs hervorgehoben. Betont wurde dabei vor allem, dass das Konzept den Fokus auf Defizite lege, anstatt vorhandene Ressourcen in den Blick zu nehmen. Zudem wurden das Setzen von unrealistischen (Vor-)Bildern und Zielen sowie der Leistungsdruck und der Fokus auf wirtschaftliche Verwertbarkeit kritisiert. Zudem hatten viele Teilnehmer*innen den Eindruck, dass NEET-Konzept sei zu stark auf individuelle Faktoren fokussiert und verdecke damit die strukturellen Faktoren, die der „NEET-Problematik“ zugrunde liegen. Genannt wurden hier der

² Internationaler Austausch über Jugendarbeit mit Jugendlichen in NEET-Situation, 23. bis 26. Oktober 2018, Veranstalter: DLJ (ehemals EGMJ).

Leistungsdruck, der durch bestehende Strukturen im Bildungssystem wie auch auf dem Arbeitsmarkt erzeugt werde, gesellschaftliche Normen, die einige Jugendliche nicht erfüllen könnten, sowie fehlende Räume für alternative Lebensläufe und besondere Bedürfnisse.

4.4 Allgemeine Herausforderungen in der Praxis des Feldes

Die Interviewten berichteten von einer Reihe von Herausforderungen in der Arbeit mit Jugendlichen in Problemsituationen. Hierzu gehörten fehlendes Personal in den jeweiligen Maßnahmen sowie fehlende Vernetzungen und unzureichender Informationsaustausch zwischen verschiedenen Maßnahmenanbietern.

Hinzu kommt, dass einzelne Maßnahmen häufig auf nur ein vordergründiges Thema ausgerichtet sind, die Jugendlichen aber meist vielschichtige Problemlagen mitbringen. Die Jugendarbeiter*innen bemühen sich dann, die Jugendlichen zu anderen Maßnahmen weiterzuleiten, die besser auf deren Hauptproblemlagen passen. Durch die fehlende Vernetzung und den geringen Informationsaustausch (auch aufgrund des Datenschutzes) müssen die Jugendlichen so immer wieder neue Vertrauensverhältnisse zu neuen Sozial- und Jugendarbeiter*innen aufbauen. Dies kann zu Frustrationen führen und den allgemeinen Fortschritt der Betroffenen verlangsamen.

*B: „Ja, ich arbeite seit über 20 Jahren in dem gleichen Bereich. Ich weiß, was ich selber machen kann, ich weiß, wo ich die hinschicke, wenn ich nicht mehr weiter kann, aber wenn jemand mir vertraut und der sagt mir, ich bin in der und der Lage und mir hilft niemand, weil die Sozialarbeiterin sagt, ja sie wäre ja nicht zuständig, weil der Jugendliche zuletzt irgendwo anders angemeldet war. Also ist die andere Gemeinde zuständig. Die Eltern, mit denen sind die Jugendlichen dann so verkracht, dass die dann gar nichts mehr geht und wenn mir dann vertraut, dann versuche ich erst einmal, dem zu helfen ... Aber wie gesagt, das sollen wir jetzt nicht, wir sollen die jetzt gleich weiterschicken, wobei dann einfach die Hemmschwelle auftaucht, der hat mir gesagt was los ist, bekommt von mir gesagt, ja ich kann dir ja nicht helfen ... Bevor der dann Mut fasst, dann woanders wieder seine ganze Story zu erzählen, wieder um Hilfe zu bitten, wieder riskieren, nein gesagt zu bekommen, das bringt ja nichts ...“
(CMN - 06)*

Auch die angebotenen Maßnahmen selbst wurden teils sehr kritisch bewertet. So wurde darauf hingewiesen, dass die Teilnahme an Maßnahmen durchaus auch einen negativen Effekt haben kann, nämlich dann, wenn die Maßnahmen nicht zu den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Jugendlichen passen oder wenn Jugendliche über einen zu langen Zeitraum in Maßnahmen verweilen bzw. zu viele Maßnahmen hintereinander absolvieren. Dies, so berichteten einige

Interviewte, kann dann bei potentiellen Arbeitgeber*innen einen negativen Eindruck entstehen lassen. Auch besteht die Gefahr, dass Jugendliche Maßnahmen zwar besuchen und diese Teilnahme auch zertifiziert bekommen, dies aber ohne tatsächlich die Ziele der Maßnahme erreicht zu haben. Hierdurch können bei Arbeitgeber*innen falsche Erwartungen entstehen, die die Jugendlichen nicht erfüllen können. Kritisiert wurde zudem, dass einige Maßnahmen nicht der Realität des Arbeitsmarktes entsprächen. So werden laut einigen der Befragten besonders in den *ateliers pratiques* praktische Fähigkeiten vermittelt, die auf dem Arbeitsmarkt kaum benötigt werden oder zu denen man in Luxemburg mittlerweile kaum noch Ausbildungsangebote findet (z.B. Nähen). Darüber hinaus sehen einige der Befragten in diesem Bereich ein Überangebot an Maßnahmen.

B3: „Und das Problem ist, das, was in den Ateliers auch noch angeboten wird, das gefällt verschiedenen Jugendlichen, z.B. Stricken/Nähen. Die wollen darin 'ne Ausbildung machen und das gibt es hier im Land gar nicht mehr. D.h. das bereitet nicht mehr auf den realen Arbeitsmarkt vor. Da kommen Vorstellungen auf und Wünsche und wir sitzen hier dann manchmal und wir sind dann diejenigen, die mit der Nadel die Seifenblase platzen lassen.“ (CMN-08)

Schließlich wiesen die Interviewten auf einige strukturelle Faktoren hin, die das Risiko, in einen NEET-Status zu gelangen, erhöhten bzw. es erschwerten, den NEET-Status wieder zu verlassen. Hierzu gehörten der hohe Konkurrenzdruck auf dem luxemburgischen Arbeitsmarkt sowie die fehlende Infrastruktur besonders im Bereich der Mobilität im ländlichen Raum, wodurch einige Arbeits-, Ausbildungs- und Maßnahmenangeboten von verschiedenen Jugendlichen kaum wahrgenommen werden können.

I: „Aber d.h. der Führerschein ist wichtig?“

B: „Absolut wichtig. Vor allem hier im ländlichen Raum. (...) Selbst beim Ausbildungsplatz (...) da hat man dann Schwierigkeiten, sich zu organisieren, um dann dahin zu kommen (...) Das meiste ist nun mal in Luxemburg-Stadt und im Süden. Das andere Problem dann wieder, dass ganz viele Leute aus dem Grenzgebiet kommen und den niedrigen Lohn in Kauf nehmen und nicht meckern und das durchziehen. Da kann ein Jugendlicher nicht mithalten.“ (CMN07)

Mehrmals wurde auch auf die großen administrativen Hürden und die langen Wartezeiten hingewiesen, um Hilfen in bestimmten Bereichen zu erlangen. Besonders wurden hier die Bereiche psychologische Hilfen sowie Wohnstrukturen genannt.

B: „Doch die gibt es, doch dann muss der Jugendliche einen Antrag stellen, und daran scheitern die meisten, weil die mit den ganzen Papieren nicht zurechtkommen. Die verstehen

die Unterlagen zum Teil nicht, weil die auf Französisch sind und dann eben keine deutsche Übersetzung vorliegt, und hier an der Mosel sprechen die meistens besser Deutsch als Französisch ...“ (CMN-06)

Ebenfalls als problematisch wurde der Anschluss an absolvierte Maßnahmen beurteilt. So wurde mehrfach berichtet, dass absolvierte Praktika trotz guter Leistungen häufig nicht zu Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnissen führen bzw. dass auch nach erfolgreichem Absolvieren verschiedener Maßnahmen oft keine bessere Perspektive für die Betroffenen entsteht, sodass diese sich im Anschluss oft in ihrer Ausgangssituation wiederfinden.

B3: „Wir haben das ganz oft, (...) dass nach dem Praktikum das Ganze wieder im Wasser verläuft. Das ist nicht nur Schuld des Jugendlichen (...), sondern auch des Ausbilders, der dann sagt ‚aber wir haben jetzt doch keinen Platz mehr. Das kostet aber zu viel‘. Und dann kann ich die Jugendlichen auch ganz gut nachvollziehen, dass das frustet. Da baut sich Frust und auch Wut auf – Enttäuschung.“ (CMN-08)

Ein weiterer Faktor, der das Risiko, in eine NEET-Situation zu gelangen, erhöht, ist die falsche oder auch fehlende Orientierung der Schüler*innen im Bildungssystem. Die Wahl von unpassenden schulischen Ausbildungswegen, so die Befragten, führe bei einigen Schüler*innen zu erheblichem Frust, was das Risiko eines Schulabbruchs erhöhe und somit auch jenes, in eine NEET-Situation zu gelangen.

B2: „Könnte sein, aber auch die cellule d'orientation im Lycée sollte eigentlich die Schüler besser orientieren, dass sie nicht ... also das Problem mit den Schulen ist ... das ist jetzt informell, das wird jetzt auch Ihnen keiner offiziell bestätigen, aber das Problem ist, Schulen haben verschiedene Klassen ... zehnte Klassen, und die wollen auch, dass die zehnten Klassen bei ihnen bleiben. Das heißt, wenn die jetzt eine zehnte Klasse Büroangestellte anbieten. Das ist eine Vollzeitklasse, wo die Schüler Vollzeit in der Schule sind, und wenn die jetzt nur sieben bis acht Schüler haben, dann kann das Ministerium sagen, ja das reicht nicht ... diese Klasse wird eure Schule nicht anbieten können ... und deshalb versuchen verschiedene Schulen, bewusst oder unbewusst, auf verschiedene Schüler automatisch in ihre Klassen zu orientieren. Das heißt ... und deshalb sind verschiedene Schüler jetzt doch nicht so gut orientiert und dann brechen die ab, weil die sagen ja, das ist ja etwas, das ich gar keine Lust habe zu machen ...“ (CMN06)

4.5 Netzwerke und Kooperationen

Alle befragten Sozialarbeiter*innen gaben in den Interviews an, mehr oder weniger große Netzwerke mit anderen Strukturen und Anbietern aus dem sozialen Sektor zu haben. Allerdings

waren die Kooperationen zwischen verschiedenen Strukturen meist informell und stark personengebunden. Bei einem Personalwechsel wird die Zusammenarbeit dementsprechend unterbrochen und Beziehungen müssen wieder neu hergestellt werden. Zudem fanden die angegebenen Kooperationen eher auf lokaler Ebene statt. Manche der Befragten gaben auch an, wenig Wissen zu Strukturen in anderen Regionen oder in anderen sozialen Bereichen zu haben, die nicht direkt mit der eigenen Arbeit zusammenhängen.

B: „Jo, also well een d'Servicer net all kennt, d'ass wierklech relativ schwéier an dann sou op lokaler Ebene geet et. Et muss een natierlech ëmmer selwer sech erënneren, ech muss villäicht en acte de présence dohinner maachen goen an dohinner, datt se dech net vergiessen. Bei verschiddenen Servicer, wou een och oft am Austausch ass, ass dat dann net de Fall. Jo an da kommen och oft sou nei Strukturen dobäi oder d'Personal wat oft wiesselt, da weess een rëm net méi, wien ass dat. Dat muss een ëmmer rëm maachen, fällt mer op. Dat däerf een net vernoléisseg.“ (CMN-01)

B3: „Das Hauptproblem damit ist, das steht und geht mit den Leuten, d.h. wenn in bestimmten Dienststellen dann Leute gehen, dann bricht auf einmal der Kontakt ab, und dann muss man das wieder neu aufbauen.“ (CMN-08)

Im Zusammenhang mit Vernetzungen zwischen verschiedenen Strukturen im sozialen Bereich wurde des Öfteren auch angemerkt, dass der Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Sozialarbeiter*innen, die eine*n Jugendliche*n betreuen, meist kaum gegeben ist. In einigen Fällen wissen die einzelnen Sozialarbeiter*innen gar nicht, welche anderen Personen den*die Jugendliche*n ebenfalls betreuen. Auch ist kaum bekannt, welche Maßnahmen diese anderen Stellen anwenden bzw. welche Teilbereiche gegebenenfalls bereits auf welche Art bearbeitet wurden. Dies kann dazu führen, dass Jugendliche in mehrere Maßnahmen zu gleichen Themen geschickt werden und sich Bemühungen an verschiedenen Stellen wiederholen. Dies birgt ein gewisses Frustrationspotential für die Jugendlichen.

B: „Also ich denke, ein großes Problem mit diesen Zertifizierungen ist eben, dass manche Junge dieser Zielgruppe mehrere Maßnahmen durchlaufen, mehrmals das Gleiche gemacht wird und keiner vom anderen weiß. Also die gehen zu Schläifmillen zum Beispiel, die machen ja eine Kompetenzbilanzierung schon, sie gehen noch einmal zum Arbeitsamt, ja wenn der Jugendliche das Dokument nicht vorweist, ja dann wird das nochmal gemacht und das empfinden die Jugendlichen als nicht sehr spannend ... na die sagen dann, das hab' ich schon einmal gemacht, das hat nichts gebracht.“ (CMN-03)

Es ist zu vermuten, dass hierbei die Einhaltung des Datenschutzes eine erhebliche Rolle spielt. Die Befragten äußerten zum Teil den Wunsch nach einer gemeinsamen Akte der Jugendlichen, zu der alle involvierten Sozialarbeiter*innen Zugang haben. Auch wurde mehrfach betont, dass es an einer koordinierenden Stelle fehle, welche die Situation der jeweiligen Jugendlichen und deren verschiedene Betreuungsverhältnisse überblickt. Die an der NEET-Konferenz des DLJ teilnehmenden Jugendarbeiter*innen bestätigten in ihren Schilderungen die Problematiken bezüglich der Netzwerkarbeit im sozialen Bereich und äußerten in diesem Zusammenhang ähnliche Ideen und Wünsche wie die interviewten Expert*innen.

Zusätzlich zu den Kooperationen mit anderen Maßnahmenanbietern haben beinahe alle Befragten auch mit steuernden Verwaltungen und Institutionen zu tun. Um welche Stellen es sich dabei handelt, ist stark von den Zielen der jeweiligen Maßnahmen abhängig. Die interviewten Sozialarbeiter*innen hatten vor allem mit dem ONE und der ADEM Kontakt; auch das Jugendgericht und das ONA (*Office national de l'accueil*) spielten bei manchen eine Rolle. Die Art der Zusammenarbeit sowie die Bewertung derselben fielen dabei sehr unterschiedlich aus. Während einige von reibungslosen Abläufen und guten Kooperationen berichteten, hatten andere ein eher kritisches Verhältnis zu diesen Organisationen.

4.6 Darstellung der erhobenen Maßnahmen

Im Folgenden werden die qualitativen und quantitativen Ergebnisse zur Maßnahmenlandschaft insgesamt und speziell zu den im Projekt erhobenen Maßnahmen detailliert dargestellt. Die Einschätzungen und Hinweise der Expert*innen aus den Interviews sowie der Fokusgruppe strukturierten dabei die quantitative Analyse des Datensatzes. Darüber hinaus werden Auffälligkeiten und andere interessante Resultate, die sich aus der Analyse der erhobenen Maßnahmen ergeben, detailliert dargestellt und interpretiert.

4.6.1 Verteilung nach Hauptzielen

In der folgenden Tabelle wird aufgeschlüsselt, mit welcher Häufigkeit die Hauptziele der Maßnahmen angegeben wurden. In dieser sowie in den darauffolgenden Tabellen werden zum einen die Prozente in Bezug auf alle Angaben angeführt (Anzahl der Angaben), die aufgrund von Mehrfachnennungen stark variieren können, zum anderen jene, die sich auf die 665 erhobenen Maßnahmen beziehen (Anteil der Fälle). Diese Unterscheidung sowie die Darstellung beider Ergebnisse ist wichtig, da dadurch differenzierte Resultate und Vergleiche möglich sind. Es kann dadurch aufgezeigt werden, in welcher Relation die Ziele in Bezug auf die gesamten Angaben, die durch Mehrfachnennungen stark variieren, stehen. Die Spalte N gibt die Gesamtzahl der

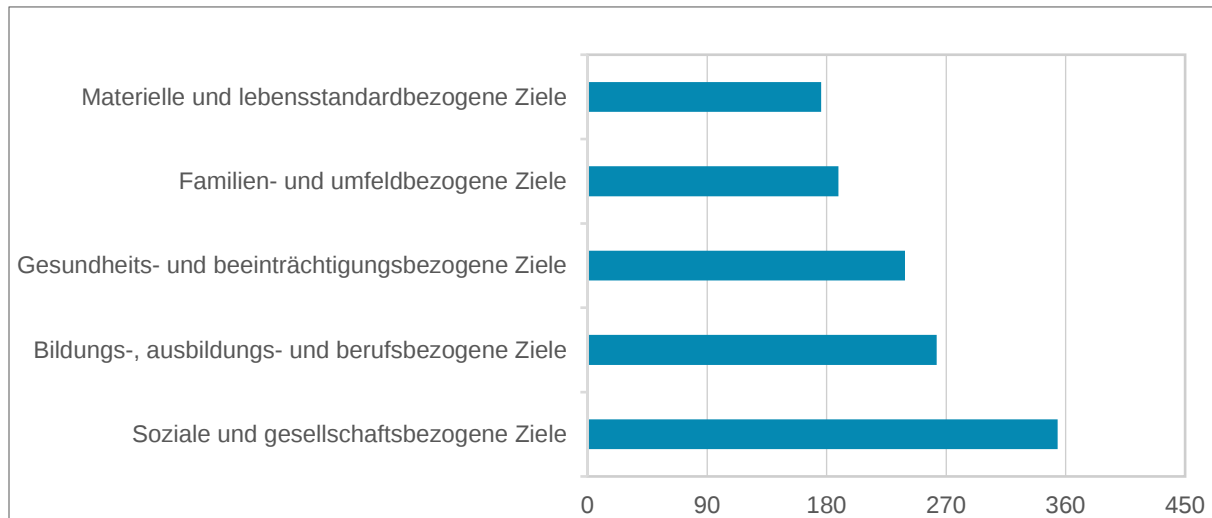
Maßnahmen an, die einem Ziel zugeordnet wurden. Die Prozentangaben beziehen sich auf den Anteil aller Maßnahmen zu einem Unterziel, die in den jeweiligen Sprachen angeboten werden. Dabei ist zu beachten, dass es sich in den meisten Fällen um Mehrfachnennungen handelt.

Tabelle 13: Häufigkeiten der Hauptziele (Mehrfachnennungen möglich)

Hauptziele	Anzahl der Angaben (N=1221)		Anteil der Fälle (N=665)
	N	Prozent	Prozent
Soziale und gesellschaftsbezogene Ziele	354	29 %	55 %
Bildungs-, ausbildungs- und berufsbezogene Ziele	263	21,5 %	40,8 %
Gesundheits- und beeinträchtigungsbezogene Ziele	239	19,6 %	37,1 %
Familien- und umfeldbezogene Ziele	189	15,5 %	29,3 %
Materielle und lebensstandardbezogene Ziele	176	14,4 %	27,3 %
Total	1221	100 %	189,6 %

Der folgenden Grafik sind die Häufigkeiten der Hauptzielnennungen zu entnehmen. Es gilt zu beachten, dass durch die Mehrfachnennungen die Anzahl der Angaben bei 1221 liegt.

Abbildung 1: Häufigkeiten der Hauptziele (Anzahl der Angaben)



Bei Betrachtung der Verteilung nach Hauptzielen fällt auf, dass mit 29 % der größte Anteil der angegebenen Ziele auf soziale und gesellschaftsbezogene Ziele entfällt. 21,5 % der Angaben beziehen sich auf bildungs-, ausbildungs- und berufsbezogene Ziele, dicht gefolgt von gesundheits- und beeinträchtigungsbezogenen Zielen, auf die 19,6 % der Angaben entfallen. 15,5 % der angegebenen Hauptziele beziehen sich auf familien- und umfeldbezogene Ziele. Materielle und lebensstandardbezogene Ziele machen 14,4 % der Angaben aus.

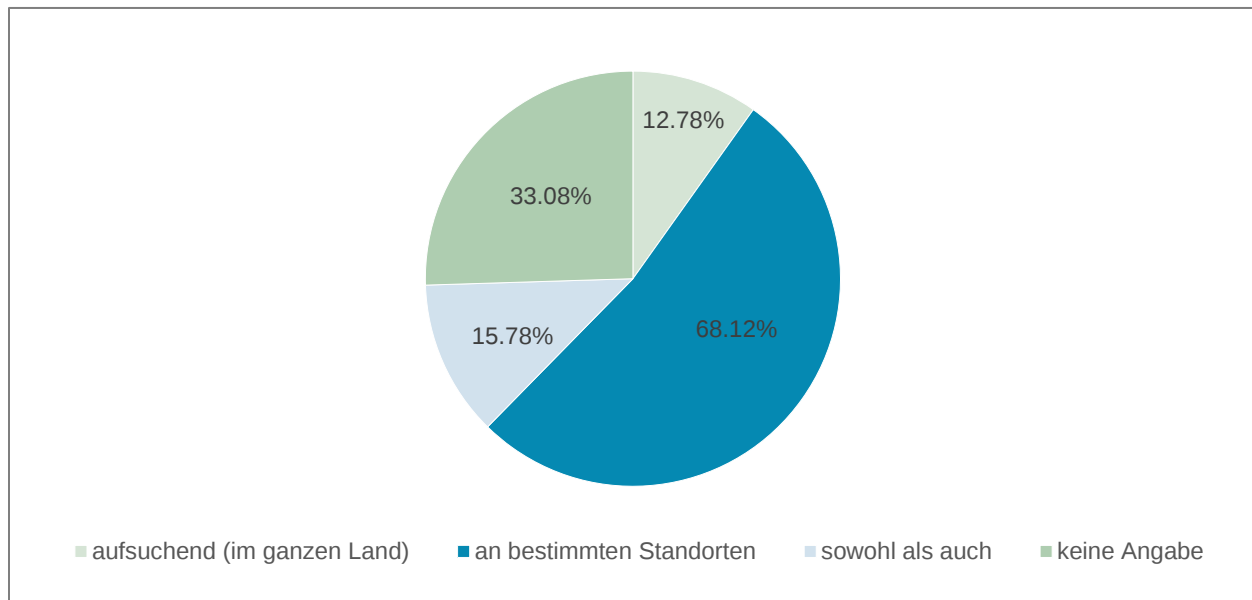
Zu beachten ist dabei, dass es hier in den meisten Fällen zu Mehrfachnennungen kam. Das bedeutet, dass einzelne Maßnahmen meist mehreren Hauptzielen zuzuordnen sind. In welchen Kombinationen die Hauptziele auftreten, wird weiter unten detailliert aufgeführt.

Unter Berücksichtigung der Mehrfachnennungen lässt sich feststellen, dass in 55 % der Maßnahmen ein oder mehrere soziale und gesellschaftsbezogene Ziele verfolgt werden. Bildungs-, ausbildungs- und berufsbezogene Ziele werden in 40,8 % der Maßnahmen verfolgt. 37,1 % der Maßnahmen richten sich auf gesundheits- und beeinträchtigungsbezogene Ziele. Familien- und umfeldbezogene Ziele finden sich in 29,3 % der Maßnahmen und 27,3 % der Maßnahmen zielen darauf ab, die materielle oder lebensstandardbezogene Situation der Teilnehmer*innen zu verbessern.

4.6.2 Geografische Verteilung

Ein interessanter Aspekt, der sich aus den Expert*inneninterviews ergibt, ist der der geographischen Verteilung der Maßnahmen. Laut den Interviewten sind die Angebote nicht gleichmäßig über die verschiedenen Regionen verteilt. Die befragten Sozialarbeiter*innen hatten teilweise den Eindruck, dass Maßnahmen vor allem im Zentrum sowie im Süden des Landes angeboten würden. Somit hätten Jugendliche vor allem aus ländlichen Gegenden im Osten und im Norden einen erschwerten Zugang zum Maßnahmenangebot. In der Fokusgruppe wurde ebenfalls der Wunsch formuliert, in den Auswertungen darzustellen, in welchen Regionen Luxemburgs es ein Über- bzw. Unterangebot an Maßnahmen gibt und wie die Angebotslandschaft in Luxemburg generell geographisch verteilt ist.

Abbildung 2: Häufigkeiten lokaler/überregionaler Angebote in % (N=665)



„Im Katalog könnte man wahrscheinlich dann immer sehen, welche Maßnahme, welche ... wo es ein Überangebot an Maßnahmen gibt und wo ist nicht genug Angebot – auch geographisch müsste man dann die Landkarte dann mal richtig visualisieren, dass man sehen kann, ah im Norden fehlt mir im grünen Bereich, das fehlt mir, aber im Süden haben wir dann zu vieles im gelben Bereich.“ (FG07)

Die Einschätzung der interviewten Expert*innen deckt sich mit den quantitativen Angaben zu den erhobenen Maßnahmen.

Während bei 68 % der Maßnahmen ein oder mehrere feste Standorte angegeben wurden, an denen die Maßnahme angeboten wird, wurden 16 % sowohl an einem festen Standort angeboten als auch aufsuchend an verschiedenen Orten im ganzen Land. In 13 % der Maßnahmen wird ausschließlich aufsuchend gearbeitet, das Angebot findet also in Privathaushalten oder an wechselnden Standorten im ganzen Land statt (z.B. in Schulen, Jugendhäusern).

Verteilung der Maßnahmen nach Regionen

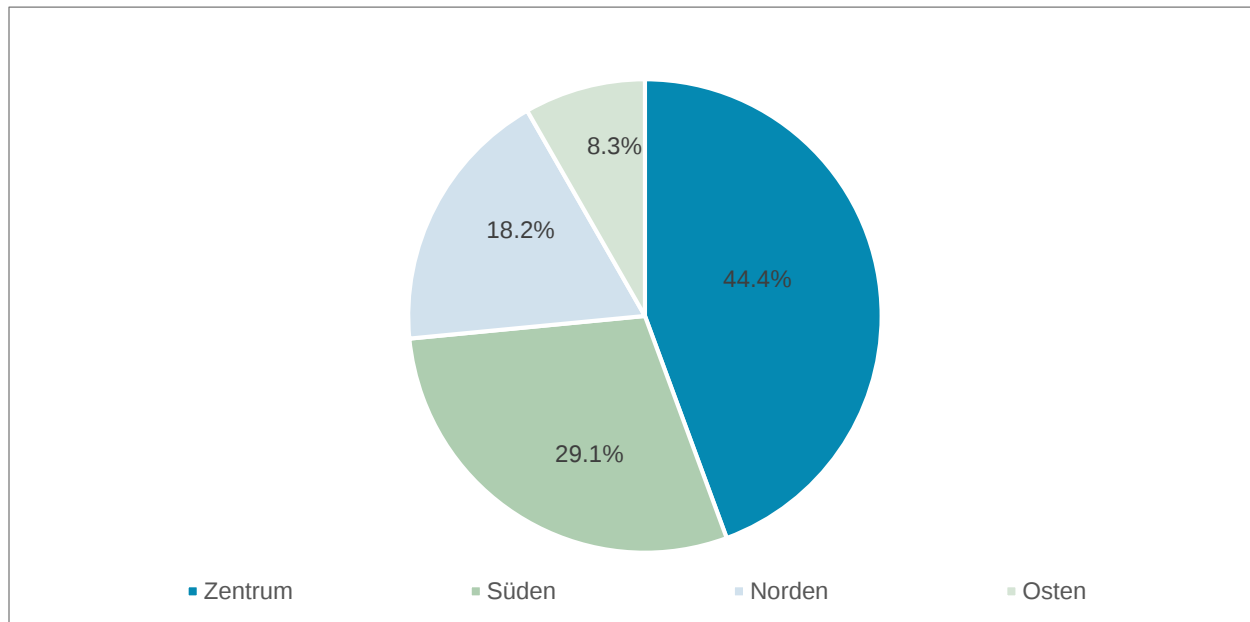
Die Einteilung in die Regionen Norden, Osten, Süden und Zentrum entspricht der Einteilung der Wahlbezirke in Luxemburg. Diese Einteilung ist für die Auswertung der Daten sinnvoll, da ein guter Überblick gegeben werden kann, in welchen Regionen viele bzw. wenige Maßnahmen zu finden sind. Für den Katalog ist es hingegen zielführender, die Maßnahmen anhand der Gemeinden darzustellen. Im Folgenden werden für eine bessere Übersichtlichkeit die Maßnahmen anhand der Wahlbezirke dargestellt.

Tabelle 14: Häufigkeiten der Maßnahmen pro Region (Mehrfachnennungen möglich)

Regionen	Anzahl der Angaben (N=780)		Anteil der Fälle (N=665)
	N	Prozent	Prozent
Zentrum	385	49,4 %	57,9 %
Süden	203	26 %	30,5 %
Norden	135	17,3 %	20,3 %
Osten	57	7,3 %	8,6 %
Total	780	100 %	117,3%

Wie aus der Tabelle deutlich hervorgeht, ist mit 57,9 % aller Maßnahmen der Großteil der erhobenen Maßnahmen (mit einem oder mehreren Standorten) im Zentrum vertreten. 30,5 % der Maßnahmen haben mindestens einen Standort im Süden und 20,3 % im Norden des Landes. Im Osten sind hingegen nur 8,6 % der Maßnahmen vertreten. Dieses Gesamtbild bleibt auch bestehen, wenn zudem die Anzahl der Standorte der jeweiligen Maßnahmen pro Region mitberücksichtigt wird:

Abbildung 3: Häufigkeiten der Standorte pro Region Anzahl der Standorte in % (N=1327)



Dem Diagramm ist zu entnehmen, dass der überwiegende Anteil der Standorte im Zentrum (44,4 %) zu finden ist, gefolgt vom Süden (29,1 %) und dem Norden (18,2 %). Mit Abstand am wenigsten Standorte befinden sich im Osten mit 8,3 %.

Tabelle 15: Häufigkeiten aufsuchende Maßnahmen pro Region

Regionen	Anzahl der Angaben (N=456)	
	N	Prozent
Standort Osten	124	27,2 %
Standort Norden	122	26,8 %
Standort Süden	112	24,6 %
Standort Zentrum	98	21,5 %
Total	456	100 %

Neben den festen Standorten, an denen die verschiedenen Maßnahmen angeboten werden, arbeiten einige Maßnahmen auch aufsuchend. Die obige Tabelle veranschaulicht, in welchen Regionen Maßnahmen (auch) aufsuchend angeboten werden. Im Vergleich zur Standortverteilung verteilen sich die aufsuchenden Angebote wesentlich gleichmäßiger über die vier definierten Regionen.

Die Verteilung der Standorte nach Regionen ändert sich auch bei Betrachtung der regionalen Verteilung nach Angabe verschiedener Hauptziele kaum. Wie die nachfolgenden Tabellen verdeutlichen, findet sich auch hier ein Großteil der Standorte im Zentrum und im Süden des Landes, während im Osten die wenigsten Standorte zu finden sind.

Bildungs-, ausbildungs- und berufsbezogene Ziele nach Regionen

Von den 263 Maßnahmen, die bildungs-, ausbildungs- und berufsbezogene Ziele verfolgen, haben 43,3 % Standorte im Zentrum, 31,1 % im Süden, 17,3 % im Norden und 8,2 % im Osten des Landes.

Tabelle 16: Häufigkeiten der Standorte pro Region – Maßnahmen im Bereich der bildungs-, ausbildungs- und arbeitsmarktbezogenen Ziele

Regionen	Anzahl der Standorte (N=669)	
	N	Prozent
Zentrum	290	43,3 %
Süden	208	31,1 %
Norden	116	17,3 %
Osten	55	8,2 %
Total	669	100 %

Soziale und gesellschaftsbezogene Ziele nach Regionen

29 % der Angaben zu den Hauptzielen entfallen auf soziale und gesellschaftsbezogene Ziele. Dies entspricht einer Gesamtzahl von 354 Maßnahmen, in denen soziale und gesellschaftsbezogene Ziele verfolgt werden. Diese 354 Maßnahmen verteilen sich auf insgesamt 785 Standorte im Land, wobei sich 42,2 % der Standorte im Zentrum des Landes befinden, 29,4 % im Süden, 20 % im Norden und nur 8,4 % im Osten.

Tabelle 17: Häufigkeiten der Standorte pro Region – Maßnahmen im Bereich der sozialen und gesellschaftsbezogenen Ziele

Regionen	Anzahl der Standorte (N=785)	
	N	Prozent
Zentrum	331	42,2 %
Süden	231	29,4 %
Norden	157	20,0 %
Osten	66	8,4 %
Total	785	100 %

Familien- und umfeldbezogene Ziele nach Regionen

Zu 15 % verfolgen die Maßnahmen familien- und umfeldbezogene Ziele. Diese 189 Maßnahmen werden an insgesamt 398 Standorten im Land angeboten. Von diesen befinden sich 45,2 % im Zentrum, 30,7 % im Süden, 13,6 % im Norden und 10,6 % im Osten Luxemburgs.

Tabelle 18: Häufigkeiten der Standorte pro Region – Maßnahmen im Bereich der familien- und umfeldbezogenen Ziele

Regionen	Anzahl der Standorte (N=398)	
	N	Prozent
Zentrum	180	45,2 %
Süden	122	30,7 %
Norden	54	13,6 %
Osten	42	10,6 %
Total	398	100 %

Materielle und lebensstandardbezogene Ziele nach Regionen

In 176 Maßnahmen werden materielle und lebensstandardbezogene Ziele verfolgt. Die entsprechenden 413 Standorte dieser Maßnahmen befinden sich zu 42,1 % im Zentrum, zu 32 % im Süden, zu 16,2 % im Norden und zu 9,7 % im Osten des Landes.

Tabelle 19: Häufigkeiten der Standorte pro Region – Maßnahmen im Bereich der materiellen und lebensstandardbezogenen Ziele

Regionen	Anzahl der Standorte (N=413)	
	N	Prozent
Zentrum	174	42,1 %
Süden	132	32 %
Norden	67	16,2 %
Osten	40	9,7 %
Total	413	100 %

Gesundheits- und beeinträchtigungsbezogene Ziele nach Regionen

Zu 20 % werden in den erhobenen Maßnahmen gesundheits- und beeinträchtigungsbezogene Ziele verfolgt. Die entsprechenden 239 Maßnahmen verteilen sich auf insgesamt 382 Standorte. Diese befinden sich zu 45 % im Zentrum, zu 23,6 % im Süden, zu 23,6 % im Norden und zu 7,9 % im Osten Luxemburgs.

Tabelle 20: Häufigkeiten der Standorte pro Region – Maßnahmen im Bereich der gesundheits- und beeinträchtigungsbezogenen Ziele

Regionen	Anzahl der Standorte (N=382)	
	N	Prozent
Zentrum	172	45 %
Süden	90	23,6 %
Norden	90	23,6 %
Osten	30	7,9 %
Total	382	100 %

Die detaillierte Analyse der Verteilung der Maßnahmen nach Regionen hat die initiale Einschätzung der interviewten Expert*innen bestätigt. Ein Großteil der erhobenen Maßnahmen wird im Zentrum angeboten, gefolgt vom Süden des Landes. Im Norden findet sich insgesamt ein etwas geringeres Maßnahmenangebot. Die wenigsten Maßnahmen sind im Osten Luxemburgs vertreten. Interessant ist dabei, dass sich diese allgemeine Verteilung über die Regionen auch

dann nicht grundlegend verändert, wenn die regionale Verteilung der Maßnahmen nach angegebenen Hauptzielen betrachtet wird. Es ist also nicht der Fall, dass nur in bestimmten Bereichen mehr Maßnahmen im Zentrum und im Süden des Landes angeboten werden. Im Gegenteil: Es ergibt sich das Bild, dass die soziale Infrastruktur des Landes insgesamt ungleichmäßig verteilt bzw. ausgebaut ist. Die Ballungszentren im Zentrum und im Süden des Landes bieten dabei das größte Maßnahmenangebot, während vor allem im Osten des Landes teilweise auffällig wenige Maßnahmen zur Verfügung stehen.

Diese Ergebnisse sind besonders mit Blick auf die zum Teil stark eingeschränkte Mobilität der Zielgruppe relevant. Die Expert*innen berichteten in den Interviews, dass viele Jugendliche und junge Erwachsene kaum Mobilitätsmöglichkeiten haben, da sie zum einen häufig keinen Führerschein besitzen und zum anderen vor allem in den ländlichen Regionen des Landes der öffentliche Verkehr nicht ausreichend ausgebaut ist. So ist also mit Blick auf die Ergebnisse zur regionalen Verteilung der Maßnahmen anzunehmen, dass besonders Jugendliche im Norden und im Osten des Landes einen erschwerten Zugang zu adäquaten Maßnahmen haben.

4.6.3 Verteilung nach Unterzielen

Der Tabelle 30 (siehe Anhang) ist eine Übersicht zu den angestrebten Unterzielen der erhobenen Maßnahmen zu entnehmen. Dabei ist zu beachten, dass in den meisten Fällen Mehrfachnennungen vorgenommen wurden.

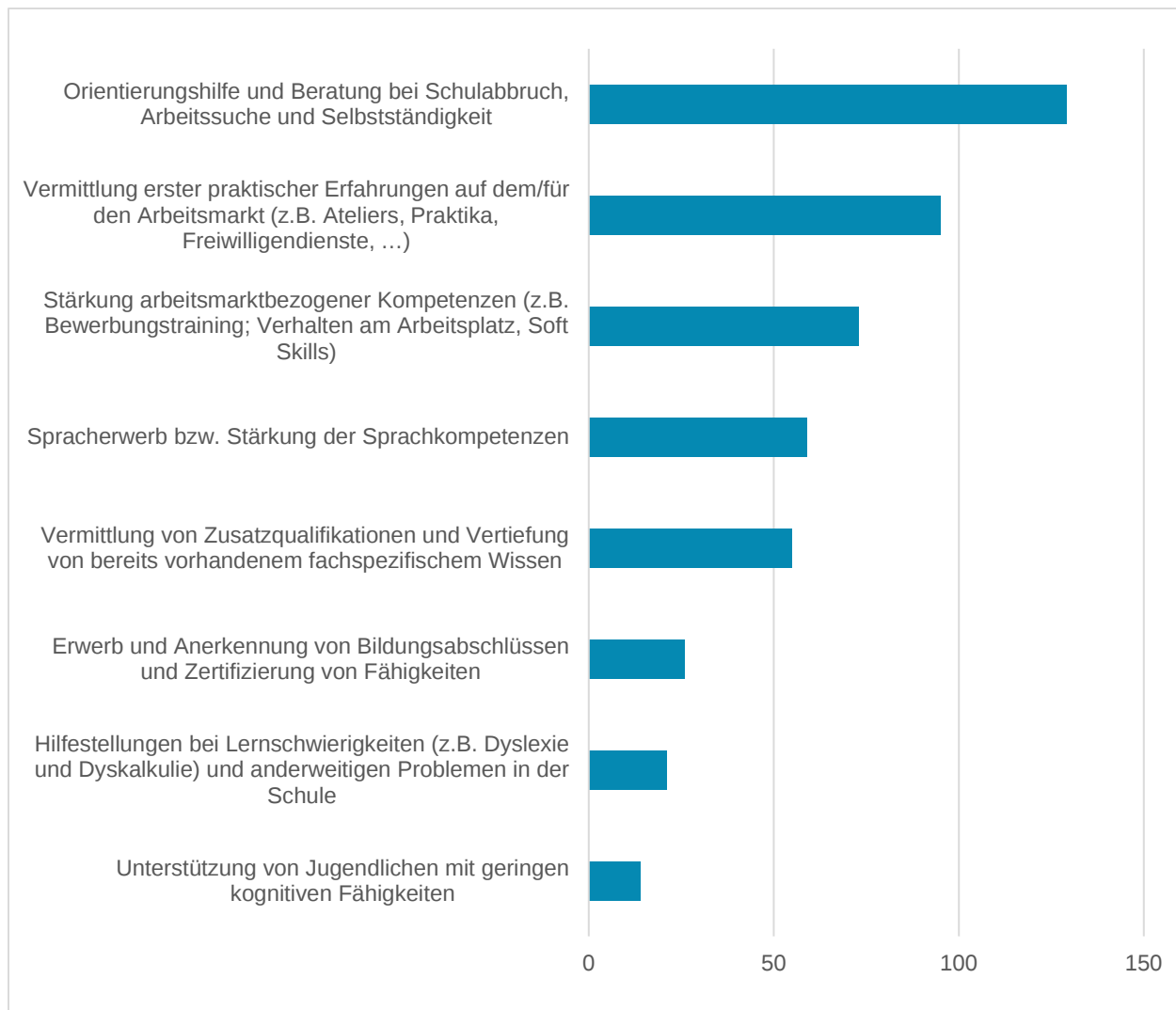
In den Tabellen 21 bis 25 werden die Unterziele der einzelnen Hauptziele im Detail dargestellt.

Unterziele von Hauptziel 1: Bildungs-, ausbildungs- und berufsbezogene Ziele

Tabelle 21: Häufigkeiten der Unterziele im Bereich bildungs-, ausbildungs- und arbeitsmarktbezogene Ziele (Mehrfachnennungen möglich)

Unterziele	Anzahl der Angaben (N=472)		Anteil der Fälle (N=665)
	N	Prozent	Prozent
Orientierungshilfe und Beratung bei Schulabbruch, Arbeitssuche und Selbstständigkeit	129	27,3 %	19,4 %
Vermittlung erster praktischer Erfahrungen auf dem/für den Arbeitsmarkt (z.B. Ateliers, Praktika, Freiwilligendienste, ...)	95	20,1 %	14,3 %
Stärkung arbeitsmarktbezogener Kompetenzen (z.B. Bewerbungstraining; Verhalten am Arbeitsplatz, Soft Skills)	73	15,5 %	11 %
Spracherwerb bzw. Stärkung der Sprachkompetenzen	59	12,5 %	8,9 %
Vermittlung von Zusatzqualifikationen und Vertiefung von bereits vorhandenem fachspezifischem Wissen	55	11,7 %	8,3 %
Erwerb und Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Zertifizierung von Fähigkeiten	26	5,5 %	3,9 %
Hilfestellungen bei Lernschwierigkeiten (z.B. Dyslexie und Dyskalkulie) und anderweitigen Problemen in der Schule	21	4,4 %	3,2 %
Unterstützung von Jugendlichen mit geringen kognitiven Fähigkeiten	14	3 %	2,1 %
Total	472	100 %	71 %

Abbildung 4: Häufigkeiten der Unterziele im Bereich bildungs-, ausbildungs- und arbeitsmarktbezogene Ziele Anzahl der Angaben (N=472)



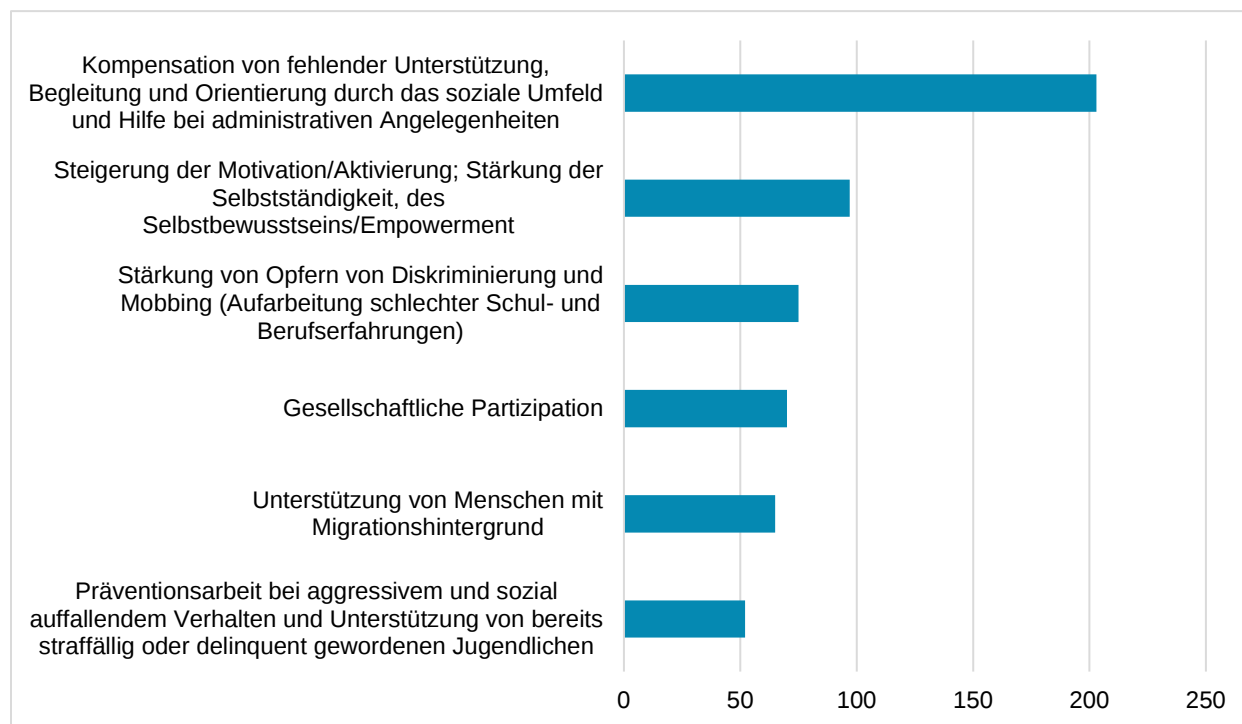
Wie die Grafik zeigt, sind im Bereich der bildungs-, ausbildungs- und berufsbezogenen Ziele Orientierungshilfen und Beratungen bei der Arbeits- und Ausbildungssuche bzw. zur schulischen Weiterqualifizierung mit 27,3 % aller Unterziele besonders stark vertreten – dies entspricht 129 Maßnahmen (19,4 % aller Maßnahmen), die (unter anderem) einen Fokus auf diese Ziele legen. In 95 Maßnahmen (20,1 % der Angaben) erhalten die Teilnehmer*innen erste praktische Erfahrungen für den oder auf dem Arbeitsmarkt. Dabei handelt es sich häufig um die Vermittlung von Praktika, aber auch um Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Freiwilligendienste. 11 % der Maßnahmen (15,5 % der Angaben) zielen darauf ab, die arbeitsmarktbezogenen Kompetenzen zu stärken. Hierzu gehören beispielsweise Bewerbungstraining, Unterstützung beim Erstellen von Bewerbungsunterlagen und Hilfestellungen in Bezug auf das Bewerbungsverfahren.

Das Ziel der Stärkung und/oder Vermittlung einer oder mehrerer Landessprachen findet sich in 59 Maßnahmen (12,5 % der Angaben) wieder. Die Vermittlung von Zusatzqualifikationen findet in 55 Maßnahmen statt (11,7 % der Angaben); dazu gehören z.B. die Vermittlung zusätzlicher Sprachkenntnisse (über die Landessprachen hinaus), aber auch Computerkurse und sonstige Vermittlungen von arbeitsmarktrelevanten Fähigkeiten und Weiterbildungen. Deutlich weniger oft geht es in den Maßnahmen um den Erwerb oder die Anerkennung von Bildungsabschlüssen bzw. um die Zertifizierung bereits vorhandener Fähigkeiten. Insgesamt wurde dieses Unterziel bei nur 26 Maßnahmen (5,5 % der Angaben) angegeben. Mit nur insgesamt 21 Maßnahmen (4,4 % der Angaben) ebenfalls sehr schwach vertreten sind Maßnahmen, die sich zum Ziel gesetzt haben, Hilfestellungen bei Lernschwierigkeiten (etwa Dyslexie oder Dyskalkulie) oder bei anderen Schwierigkeiten in der Schule zu geben. Besonders wenig Angebot findet sich schließlich für Jugendliche mit geringen kognitiven Fähigkeiten. Nur 14 Maßnahmen (3 % der Angaben) haben das Ziel, Unterstützung für diese Zielgruppe zu bieten; dabei geht es um Jugendliche und junge Erwachsene, die über eine sehr geringe kognitive Leistungsfähigkeit verfügen, jedoch nicht in den Bereich der geistigen Behinderung fallen.

Tabelle 22: Häufigkeiten der Unterziele im Bereich soziale und gesellschaftsbezogene Ziele

Unterziele	Anzahl der Angaben (N=472)		Anteil der Fälle (N=665)
	N	Prozent	Prozent
Kompensation von fehlender Unterstützung, Begleitung und Orientierung durch das soziale Umfeld und Hilfe bei administrativen Angelegenheiten	203	36,1 %	30,5 %
Steigerung der Motivation/Aktivierung; Stärkung der Selbstständigkeit, des Selbstbewusstseins/Empowerment	97	17,3 %	14,6 %
Stärkung von Opfern von Diskriminierung und Mobbing (Aufarbeitung schlechter Schul- und Berufserfahrungen)	75	13,3 %	11,3 %
Gesellschaftliche Partizipation	70	12,5 %	10,5 %
Unterstützung von Menschen mit Migrationshintergrund	65	11,6 %	9,8 %
Präventionsarbeit bei aggressivem und sozial auffallendem Verhalten und Unterstützung von bereits straffällig oder delinquent gewordenen Jugendlichen	52	9,3 %	7,8 %
Total	562	100 %	84,5 %

Abbildung 5: Häufigkeiten der Unterziele im Bereich soziale und gesellschaftsbezogene Ziele.
Anzahl der Angaben (N=472)



Im Bereich der sozialen und gesellschaftsbezogenen Ziele wurden besonders Unterziele zur Kompensation bei fehlender Unterstützung durch das soziale Umfeld sowie Hilfestellungen bei administrativen Angelegenheiten angegeben. Bei insgesamt 203 Maßnahmen (36,1 % der angegebenen Unterziele) werden demnach Aufgaben übernommen, die sonst häufig durch das soziale Umfeld abgedeckt werden, wie etwa die Begleitung zu verschiedenen Institutionen oder auch emotionale Unterstützung. Ebenfalls werden hier Hilfestellungen bei administrativen Angelegenheiten geboten. Dazu gehören vor allem Hilfen beim Ausfüllen von Formularen und die Beratung bzw. Begleitung bei administrativen Prozessen. In 97 Maßnahmen (17,3 % der Angaben) wird auf Motivation, Aktivierung und/oder Empowerment der Teilnehmer*innen abgezielt. Dabei geht es meist um junge Erwachsene, die als inaktiv bezeichnet werden können und die in einem ersten Schritt dazu animiert werden müssen, hinsichtlich etwaiger Problemlagen sowie auch in Bezug auf ihre Zukunftsplanung aktiv zu werden.

Das Ziel, Opfern von Diskriminierung und Mobbing zu helfen, wurde zu 13,3 % genannt (75 Maßnahmen). Dabei geht es um Hilfestellungen für verschiedene Zielgruppen – etwa Opfer von Diskriminierung aufgrund von Hautfarbe, religiöser Zugehörigkeit, sexueller Orientierung und/oder Gender-Identität sowie aufgrund von Behinderungen. Auch Hilfen für Opfer von Mobbing werden hierbei aufgenommen. In 70 Maßnahmen (12,5 % der Angaben) wird das Ziel

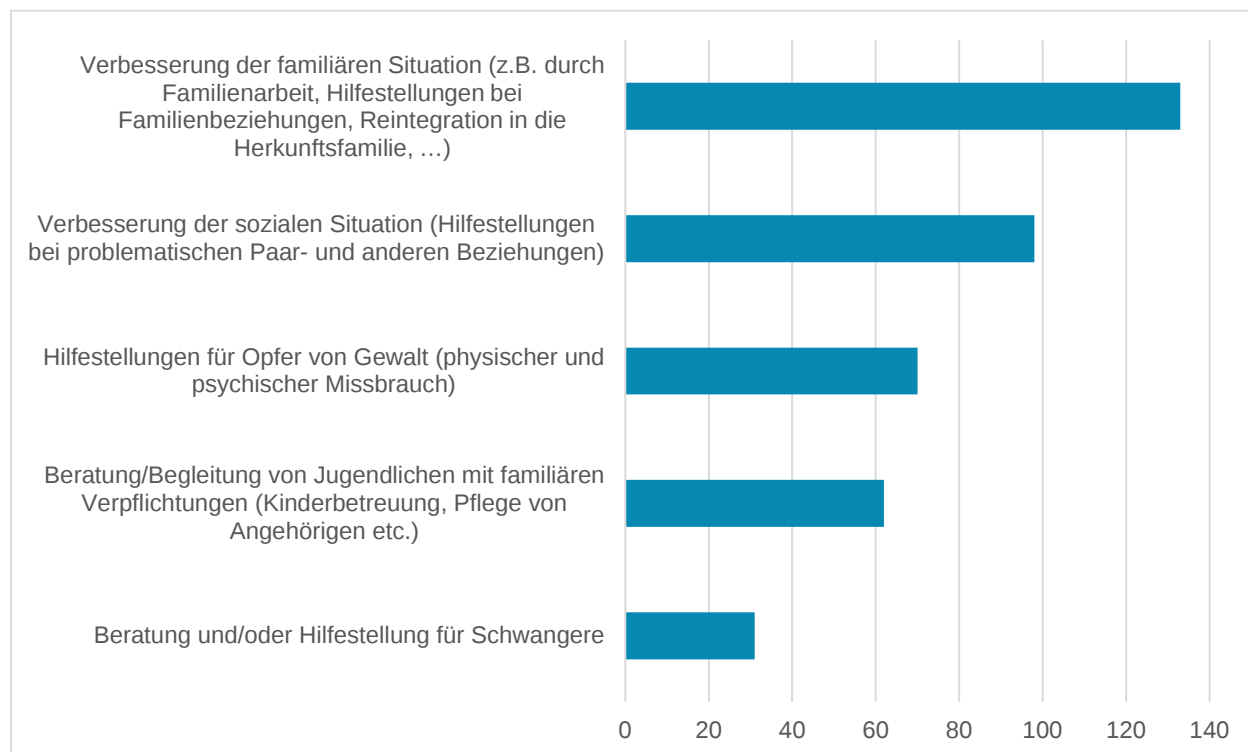
der gesellschaftlichen Partizipation verfolgt; dabei geht es zum einen um die Inklusion vulnerabler Gruppen und von Menschen mit Migrationshintergrund, zum anderen aber auch um gesellschaftliche Teilhabe durch politische Bildung und das Vermitteln von Kompetenzen (z.B. zur Teilnahme in sozialen Netzwerken) und das Zur-Verfügung-Stellen von Hilfsmitteln (z.B. für Menschen mit Beeinträchtigungen). 65 Maßnahmen (11,6 % der Angaben) verfolgen explizit das Ziel, Unterstützungen für Menschen mit Migrationshintergrund zu bieten. Davon zielt ein großer Teil insbesondere auf die Unterstützung von Geflüchteten ab. Schließlich entfallen 9,3 % der Angaben auf das Ziel, Präventionsarbeit bei aggressivem und sozial auffallendem Verhalten und Unterstützung von straffällig oder delinquent gewordenen Jugendlichen zu leisten. In den insgesamt 52 Maßnahmen geht es etwa um Gewaltprävention, aber auch um die Begleitung und Reintegration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die bereits straffällig geworden sind.

Unterziele von Hauptziel 3: Familien- und umfeldbezogene Ziele

Tabelle 23: Häufigkeiten der Unterziele im Bereich familien- und umfeldbezogene Ziele

Unterziele	Anzahl der Angaben (N=394)		Anteil der Fälle (N=665)
	N	Prozent	Prozent
Verbesserung der familiären Situation (z.B. durch Familienarbeit, Hilfestellungen bei Familienbeziehungen, Reintegration in die Herkunftsfamilie, ...)	133	33,8 %	20 %
Verbesserung der sozialen Situation (Hilfestellungen bei problematischen Paar- und anderen Beziehungen)	98	24,9 %	14,7 %
Hilfestellungen für Opfer von Gewalt (physischer und psychischer Missbrauch)	70	17,8 %	10,5 %
Beratung/Begleitung von Jugendlichen mit familiären Verpflichtungen (Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen etc.)	62	15,7 %	9,3 %
Beratung und/oder Hilfestellung für Schwangere	31	7,9 %	4,7 %
Total	394	100 %	59,2 %

Abbildung 6: Häufigkeiten der Unterziele im Bereich familien- und umfeldbezogene Ziele. Anzahl der Angaben (N=394)



Hilfestellungen zur Verbesserung der familiären Situation (z.B. durch Familienarbeit, Hilfestellungen bei Familienbeziehungen, Reintegration in die Herkunftsfamilie) machen mit 33,8 % der Nennungen den größten Teil der Unterziele im Bereich der familien- und umfeldbezogenen Ziele aus. In den insgesamt 133 Maßnahmen geht es häufig um Familienarbeit. Im Zentrum steht die allgemeine Verbesserung von problematischen familiären Situationen. Dabei ist das Ziel meist die Verhinderung einer Heimplatzierung der Kinder oder aber die Reintegration von fremdplatzierten Kindern in ihre Herkunftsfamilien. 98 Maßnahmen (24,9 % der Angaben) verfolgen das Ziel, die soziale Situation der Teilnehmer*innen zu verbessern, zum Beispiel bei einem schlechten Einfluss durch die Peergroup (etwa bei einer Drogenproblematik oder delinquentem Verhalten) oder bei problematischen Paarbeziehungen (häusliche Gewalt, Scheidungen/Trennungen etc.). 17,8 % der Nennungen entfallen auf das Ziel der Unterstützung von Opfern von Gewalt. In den insgesamt 70 Maßnahmen geht es meist darum, Opfer von häuslicher Gewalt (durch Erziehungsberechtigte oder Partner*innen) zu begleiten und zu unterstützen. In 62 Maßnahmen (15,7 % der Angaben) erhalten die Teilnehmer*innen Unterstützung bei familiären Verpflichtungen, so zum Beispiel, wenn die jungen Erwachsenen selbst Kinder haben oder sich um andere Familienangehörige kümmern müssen (z.B. Pflegefälle

in der Familie). Beratung und Unterstützung von Schwangeren findet in 31 Maßnahmen statt (7,9 % der Angaben).

Unterziele von Hauptziel 4: Materielle und lebensstandardbezogene Ziele

Tabelle 24: Häufigkeiten der Unterziele im Bereich materielle und lebensstandardbezogene Ziele

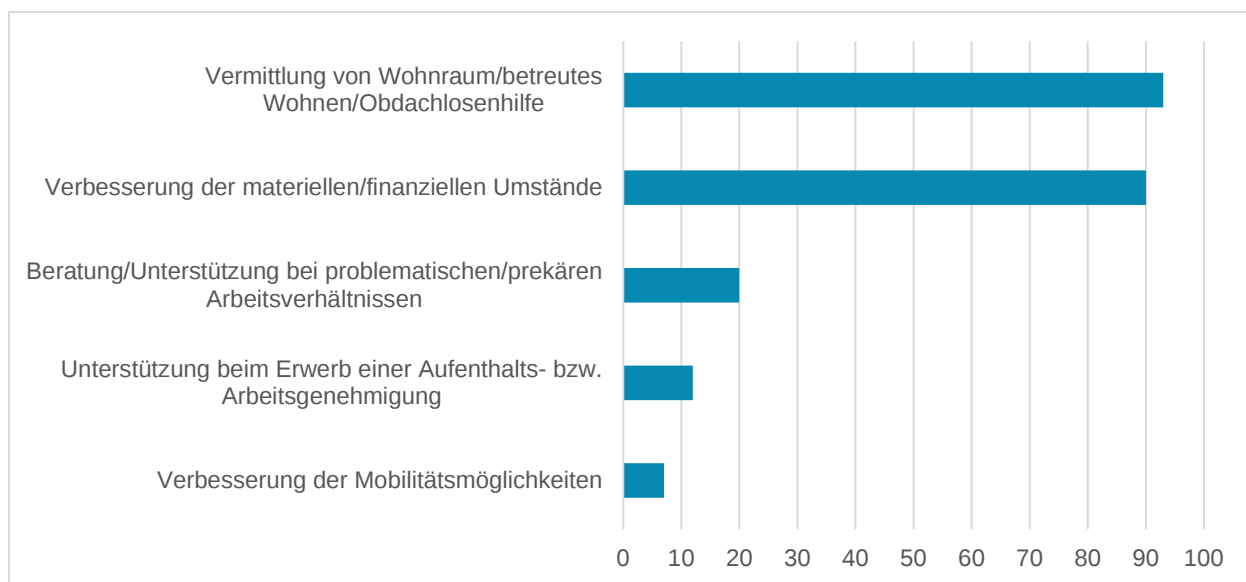
Unterziele	Anzahl der Angaben (N=222)		Anteil der Fälle (N=665)
	N	Prozent	Prozent
Vermittlung von Wohnraum/betreutes Wohnen/Obdachlosenhilfe	93	41,9 %	14 %
Verbesserung der materiellen/finanziellen Umstände	90	40,5 %	13,5 %
Beratung/Unterstützung bei problematischen/prekären Arbeitsverhältnissen	20	9,0 %	3 %
Unterstützung beim Erwerb einer Aufenthalts- bzw. Arbeitsgenehmigung	12	5,4 %	1,8 %
Verbesserung der Mobilitätsmöglichkeiten	7	3,2 %	1,1 %
Total	222	100 %	33,4 %

Bei den materiellen und lebensstandardbezogenen Zielen sind mit 41,9 % der Nennungen vor allem Hilfen in Bezug auf das Wohnen und im Bereich der Obdachlosenhilfe stark vertreten. Die entsprechenden 93 Maßnahmen zielen darauf ab, Wohnraum zu vermitteln oder bereit zu stellen (betreutes und nicht-betreutes Wohnen) und/oder Menschen, die von Obdachlosigkeit betroffen sind, zu unterstützen. In Kapitel 4.6.5 wird auf diese Thematik noch einmal näher eingegangen. Mit 40,5 % der Nennungen ebenfalls stark vertreten sind Maßnahmen, die darauf abzielen, die materiellen und finanziellen Umstände zu verbessern. In den 90 Maßnahmen, die diesem Unterziel entsprechen, werden zum einen Sachspenden oder vergünstigte Waren (z.B. Kleiderstube) angeboten, zum anderen werden auch finanzielle Hilfen geleistet. Dies kann in Form von konkreten Geldleistungen geschehen oder indirekt durch die Unterstützung bei der Beantragung staatlicher Mittel.

Weitaus weniger stark vertreten sind Maßnahmen, die Unterstützung bei prekären Arbeitsverhältnissen anbieten. Dieses Unterziel wurde nur zu 9 % angegeben und wird in 20

Maßnahmen verfolgt. Noch schwächer vertreten sind Maßnahmen, die Unterstützung beim Erwerb einer Aufenthalts- oder Arbeitsgenehmigung bieten (12 Maßnahmen, 5,4 % der Angaben), und solche, die zum Ziel haben, die Mobilität der Betroffenen zu verbessern (7 Maßnahmen, 3,2 % der Angaben), wobei letzteres entweder Verbesserungsmöglichkeiten durch Transport (z.B. von Menschen mit Beeinträchtigungen) oder Hilfen zur eigenständigen Mobilität (z.B. Unterstützung beim Erwerb eines Führerscheins, Zur-Verfügung-Stellen eines Fahrrads) bedeuten kann. Siehe hierzu auch die Anmerkungen im Kapitel 4.6.6.

Abbildung 7: Häufigkeiten der Unterziele im Bereich materielle und lebensstandardbezogene Ziele.
Anzahl der Angaben (N=222)

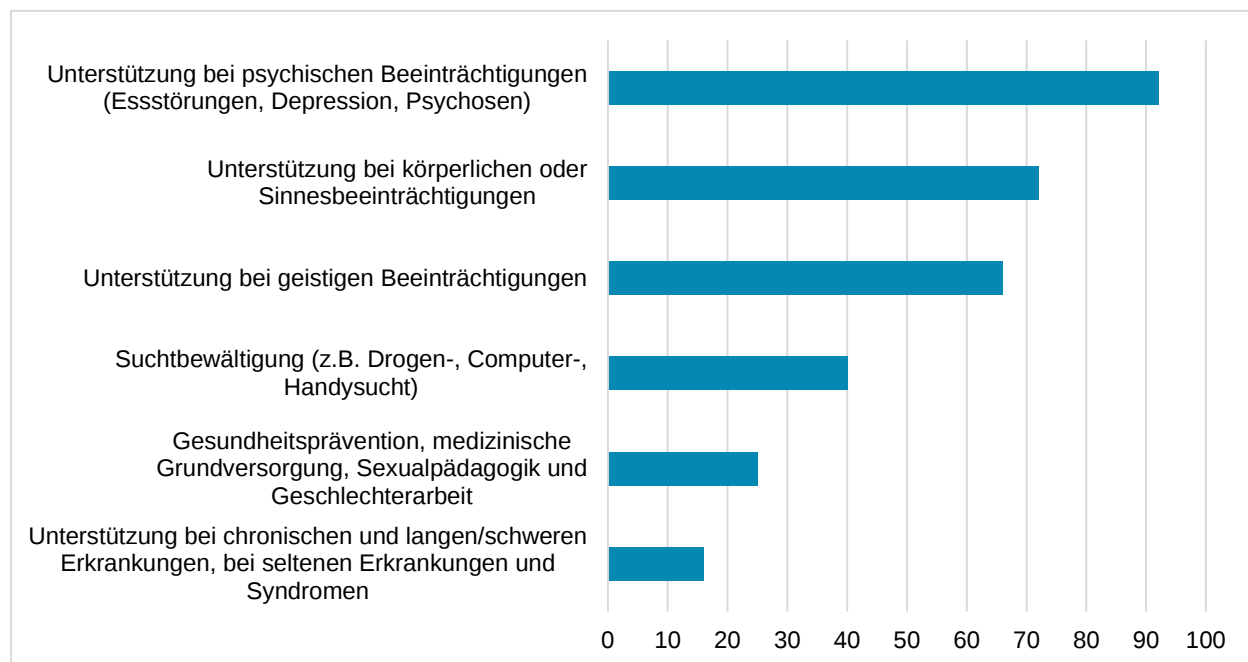


Unterziele von Hauptziel 5: Gesundheits- und beeinträchtigungsbezogene Ziele

Tabelle 25: Häufigkeiten der Unterziele im Bereich gesundheits- und beeinträchtigungsbezogene Ziele

Unterziele	Anzahl der Angaben (N=311)		Anteil der Fälle (N=665)
	N	Prozent	Prozent
Unterstützung bei psychischen Beeinträchtigungen (Essstörungen, Depression, Psychosen)	92	29,6 %	13,8 %
Unterstützung bei körperlichen oder Sinnesbeeinträchtigungen	72	23,2 %	10,8 %
Unterstützung bei geistigen Beeinträchtigungen	66	21,2 %	9,9 %
Suchtbewältigung (z.B. Drogen-, Computer-, Handysucht)	40	12,9 %	6,0 %
Gesundheitsprävention, medizinische Grundversorgung, Sexualpädagogik und Geschlechterarbeit	25	8 %	3,8 %
Unterstützung bei chronischen und langen/schweren Erkrankungen, bei seltenen Erkrankungen und Syndromen	16	5,1 %	2,4 %
Total	311	100 %	46,8 %

Abbildung 8: Häufigkeiten der Unterziele im Bereich gesundheits- und beeinträchtigungsbezogene Ziele.
Anzahl der Angaben (N=311)



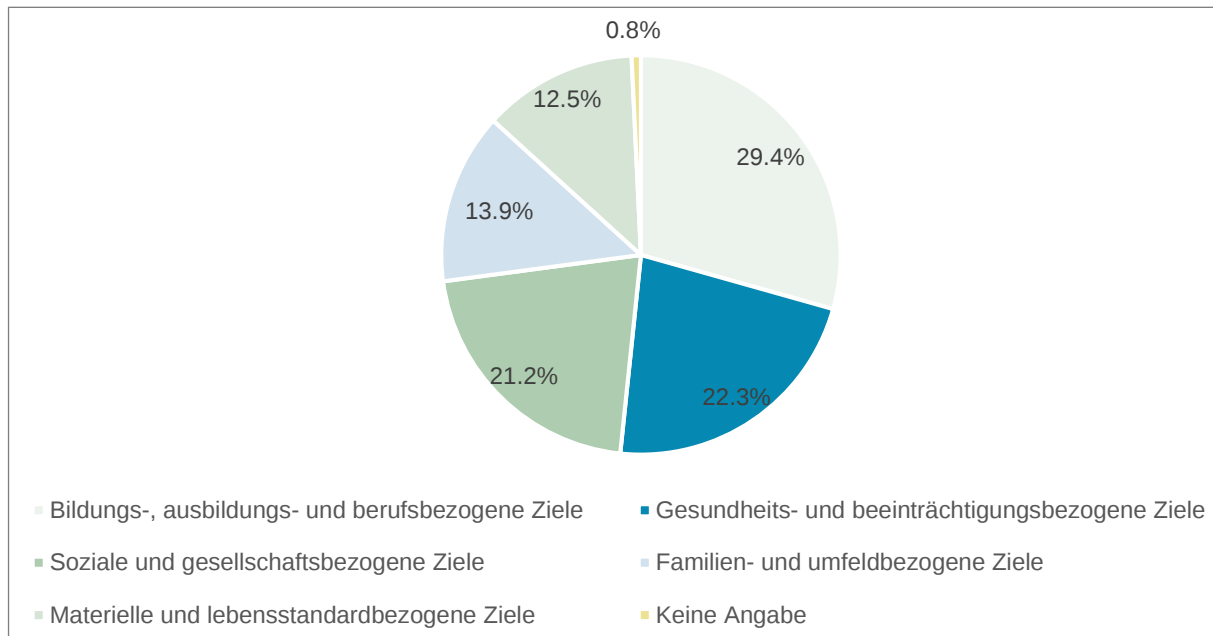
Im Bereich der gesundheits- und beeinträchtigungsbezogenen Ziele sind vor allem solche Maßnahmen stark vertreten, die Unterstützung für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen sowie deren Angehörige anbieten. Sie machen mit 92 Maßnahmen insgesamt 29,6 % der Nennungen in diesem Bereich aus. Unterstützungen für Menschen mit körperlichen und/oder Sinnesbeeinträchtigungen und deren Angehörige sind zu 23,2 % mit 72 Maßnahmen vertreten. Dabei geht es um Unterstützungen im Bereich Wohnen, Mobilität, Freizeitgestaltung, Autonomie, Beratung und Begleitung sowie um bildungs- und arbeitsmarktbezogene Ziele. Die genaue Aufschlüsselung zur Überschneidung mit anderen Unterzielen findet sich weiter unten. Ebenso heterogen sind auch die Maßnahmen, die Unterstützung für Menschen mit geistigen Beeinträchtigungen und ihre Angehörigen anbieten. Sie machen mit 66 Maßnahmen 21,2 % der hier genannten Unterziele aus. 40 der erhobenen Maßnahmen (12,9 % der Angaben) betreffen den Bereich der Suchtbewältigung. Dabei geht es um Unterstützung für Menschen mit verschiedenen Suchtproblematiken (etwa Drogen-, aber auch Computer- und Handysucht) und deren Angehörige. Gesundheitsprävention, medizinische Grundversorgung, Sexualpädagogik und Geschlechterarbeit sind das Ziel von insgesamt 25 Maßnahmen, die nur 8 % der Nennungen ausmachen. Hierbei sind unterschiedliche Hilfestellungen und Aktionen zusammengefasst, wie z.B. gesundheitliche Aufklärung (allgemein und von bestimmten Risikogruppen), das Anbieten medizinischer Grundversorgung (z.B. von

Obdachlosen und anderen vulnerablen Gruppen), das Zur-Verfügung-Stellen von medizinischen Hilfsmitteln, Medikamenten und Präservativen, sexuelle Aufklärung und Sensibilisierung sowie Geschlechterarbeit (z.B. im Hinblick auf geschlechtliche Identität und sexuelle Orientierung). Am schwächsten vertreten sind schließlich Maßnahmen, die Unterstützung bei chronischen und langen/schweren Erkrankungen oder bei seltenen Erkrankungen und Syndromen anbieten. Nur insgesamt 16 Maßnahmen (5,1 % der Angaben) sind in diesem Bereich aktiv. Dabei geht es um Hilfen für Menschen mit schweren und/oder chronischen Krankheiten (wie z.B. HIV/Aids, Krebs) und die Unterstützung ihrer Angehörigen. Auch Hilfen für Menschen mit Erkrankungen oder Syndromen wie etwa ADHS fallen unter dieses Unterziel.

4.6.4 Zentrale Haupt- und Unterziele

Wie die vorangegangenen Ausführungen verdeutlicht haben, verfolgen fast alle Maßnahmen mehrere Unterziele, die häufig unterschiedlichen Bereichen (Hauptziele) zugeordnet werden können. Allerdings bleibt oft unklar, welche dieser Ziele im Zentrum einer Maßnahme stehen und welche weiteren Ziele unter Umständen nur peripher berücksichtigt werden. Aus diesem Grund wurden im Anschluss an die Datenerhebungsphase und die Zuordnung der Maßnahmen zu den jeweils auf sie zutreffenden Haupt- und Unterzielen allen erhobenen Maßnahmen noch einmal ein einziges zentrales Unterziel und das entsprechende Hauptziel zugeordnet. Die Zuordnung zu je nur einem Unterziel hatte dabei allerdings einige Tücken, da bei einer nicht unerheblichen Anzahl von Maßnahmen tatsächlich zwei oder mehr Unterziele als zentral betrachtet werden können. Eine detaillierte Differenzierung innerhalb des Datenmaterials (z.B. Maßnahmen mit einem zentralen Unterziel und Maßnahmen mit mehreren zentralen Unterzielen) war nicht möglich. Das Ergebnis zeigt für die Verteilung der zentralen Haupt- und Unterziele das folgende Bild:

Abbildung 9: Häufigkeiten der zentralen Hauptziele Anzahl der Fälle in % (N=664)



Bei den zentralen Hauptzielen wurde am häufigsten der Bereich der bildungs-, ausbildungs- und berufsbezogenen Ziele angegeben. Etwas unerwartet ist, dass der Bereich der gesundheits- und beeinträchtigungsbezogenen Ziele am zweithäufigsten vertreten ist. Dies lässt sich vor allem darauf zurückführen, dass sich viele Angebote an Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen richten. Dabei werden aber meistens auch weitere zentrale Ziele – wie etwa Wohnen, Verbesserung der familiären Situation etc. – verfolgt. Soziale und gesellschaftsbezogene Ziele sind ebenfalls recht stark vertreten, wohingegen familien- und umfeldbezogene sowie materielle und lebensstandardbezogene Ziele am seltensten eine zentrale Rolle in den Maßnahmen einnehmen.

Wie Tabelle 31 (siehe Anhang) zu entnehmen ist, sind bei den zentralen Unterzielen die Verbesserung der familiären Situation (Unterziel 3.1), Orientierungshilfe bei Schulabbruch und Arbeitssuche (Unterziel 1.1) sowie Vermittlung von Wohnraum, Wohnangebote und Obdachlosenhilfe (Unterziel 4.1) am stärksten vertreten.

4.6.5 Bereich Wohnen

Luxemburg hat seit etwa den 1980er-Jahren eine Wohnungsproblematik. Mit dem rasanten Bevölkerungsanstieg im Land entstand eine Schieflage zwischen Nachfrage und Angebot. Dementsprechend ist der Wohnraum knapp und teuer (Reuter, 2017; Stoldt, 2013). Besonders

junge Leute verweilen lange im Elternhaus. Für Jugendliche in einer NEET-Situation hat diese allgemeine Problematik eine nochmals verschärfte Relevanz (Willems et al., 2015) .

Vor diesem Hintergrund verwundert es kaum, dass in den Interviews mit den Expert*innen die fehlenden Maßnahmen im Bereich des betreuten Wohnens bzw. der allgemein knappe Wohnraum für Jugendliche immer wieder zur Sprache kam.

B: „Also ich denke, die Wohnungssuche – also Obdachlosigkeit und prekäre Wohnverhältnisse – Wohnstrukturen für Jugendliche gibt es nicht sehr viele und ich denke, dass oft, die Wohnungsverhältnisse sind oft ein großes Problem für Jugendliche, die nicht in Arbeit oder Ausbildung sind ... Also viele ... oft ist es so, dass es ist ... die müssten aus dem Elternhaus hinaus ... weil es da so viele Spannungen gibt oder weil es niemandem mehr gut tut – weder den Jugendlichen noch den Eltern. Aber es gibt nur sehr wenige Möglichkeiten, und dann verharren die Jugendlichen notgedrungen in dieser Situation ... und das, ja das verschlimmert ganz oft ihre Situation, weil sich das eben hochschaukelt ... Der Jugendliche, der nicht will oder nicht kann ... die Eltern, die aber plötzlich Forderungen stellen, nachdem sie – monatelang war es in Ordnung, aber jetzt, nein, jetzt muss er Geld verdienen und da hat man ganz oft keine Möglichkeit, den irgendwohin zu schicken.“ (CMN-03)

B: „Also interessant ass op alle Fall de Logement. Mee de Probleem ass, also jo, vill vun den jonken NEETs (...) wunnen ënner ganz schlechte Konditiounen, wëllen och doheem raus, mee d'Wunnengen sinn all sou geréng, dat heescht, do ass een Lien. Mir ass awer opgefall, wann ech lo bei sou engem Service uruffen (...) soen ech hunn ee Jonken, dee Jonken mellst sech dann, an dann sinn erëm sou vill Prozeduren dru gebonnen, eng Waardelëscht an sou an sou. Also datt ech bis lo nach net een Jonken lo ënner Dach bruet hunn. Well dat ass wierklech eng ganz speziell Klientell, déi ech do hunn. Dat heescht, dat ass dann rëm d'Ausdauer, déi net bleift an dann jo ... Mee dat ass am Fong ganz ganz wichteg, also Wunnengen sinn elementar fir déi Zilgrupp, an déi sinn nach net genuch do.“ (CMN-01)

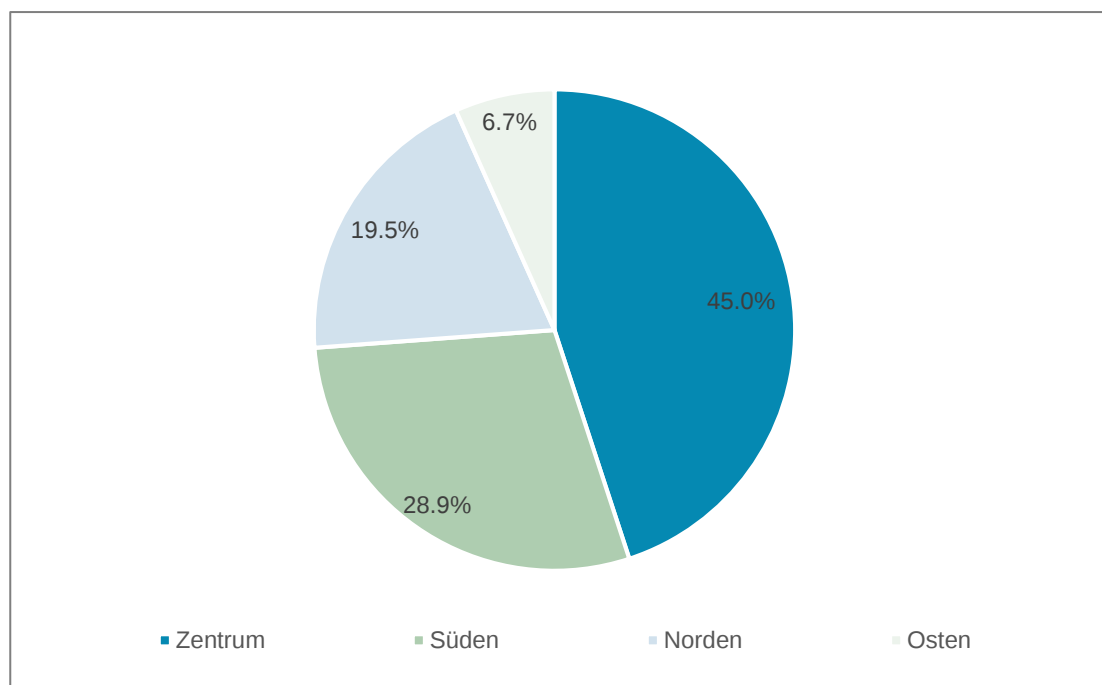
Aus der quantitativen Analyse geht hervor, dass insgesamt 93 Maßnahmen (14 % der Maßnahmen) unter anderem die Vermittlung von Wohnraum, betreutes Wohnen oder Obdachlosenhilfe zum Ziel haben. Diese Maßnahmen umfassen alle erhobenen Angebote, in denen eine Wohnmöglichkeit vermittelt oder zur Verfügung gestellt wird sowie Hilfen für Obdachlose, also neben Einrichtungen für Menschen mit einer Behinderung auch Frauenhäuser, Notschlafstellen, SLEMO-Angebote (*Service Logement en Milieu Ouvert* / *Service de logement social encadré*), Jugendwohnen und Notschlafquartiere. Tabelle 38 im Anhang führt alle Maßnahmenanbieter in diesem Bereich auf. An dieser Stelle ist besonders zu betonen, dass die Zahlen mit Vorsicht gelesen werden müssen. SLEMO beispielsweise wurde gemäß der vorab

definierten Forschungslogik als eine einzige Maßnahme zusammengefasst. Wie in Kapitel 4.2 dargestellt wurde, handelt es sich hierbei um Einrichtungen, die jungen Menschen in einer schwierigen Situation und/oder Krise eine Unterkunft in Form eines Zimmers, eines Studios oder einer Wohnung bieten. Es gibt in Luxemburg 13 unterschiedliche Träger, die diese Maßnahme anbieten. Das bedeutet, dass es sich um eine in Luxemburg weit verbreitete Maßnahme handelt, die Jugendlichen mit einem NEET-Status und Wohnungsnot als wichtige Anlaufstelle dient. In den Statistiken taucht sie allerdings nur als eine einzige Maßnahme auf und wird dementsprechend analysiert. Dies muss bei einer Interpretation der Zahlen berücksichtigt werden.

Bei einer detaillierteren Betrachtung der Maßnahmen zeigt sich, dass nur insgesamt 68 Maßnahmen aktiv betreutes Wohnen und Wohnstrukturen anbieten. Dieser Anteil von 10,4 % aller Maßnahmen ist in Anbetracht der Tatsache, dass mangelnde Wohnstrukturen ein wichtiges politisches und gesellschaftliches Thema in Luxemburg sind, gering.

Maßnahmen im Bereich betreutes Wohnen und Wohnstrukturen sind auf 149 Standorte verteilt. Der Statistik ist zu entnehmen, dass mit Abstand am meisten Wohnungsangebote im Zentrum (45 %) zu finden sind, gefolgt vom Süden (28,9 %) und vom Norden (19,5 %) des Landes. Der Osten weist mit 6,7 % die wenigsten Wohnungsangebote auf.

Abbildung 10: Häufigkeiten der Standorte pro Region – Wohnstrukturen Anzahl der Standorte in % (N=149)



In einem weiteren Schritt wurden Überschneidungen der Angebotsform Wohnen mit allen Unterzielen ermittelt. Das bedeutet, dass der Frage nachgegangen wurde, in welchen Bereichen bei Wohnungsangeboten noch weitere Unterstützungsleistungen erbracht werden. Da in den Expert*innengesprächen immer wieder auf die massive Wohnungsproblematik für Jugendliche hingewiesen wurde, ist es sinnvoll, in diesem Bereich detailliertere Analysen durchzuführen und zu ermitteln, ob die Angebote in der Wohnungsvermittlung zusätzlich auf die heterogenen Probleme der Jugendlichen eingehen.

Tabelle 26: Häufigkeiten der Unterziele in den Wohnstrukturen

Unterziele	Anzahl der Angaben (N=281)		Anteil der Fälle (N=665)
	N	Prozent	Prozent
Vermittlung von Wohnraum/betreutes Wohnen/Obdachlosenhilfe	65	23,1 %	9,8 %
Kompensation von fehlender Unterstützung, Begleitung und Orientierung durch das soziale Umfeld und Hilfe bei administrativen Angelegenheiten	58	20,6 %	8,7 %
Verbesserung der familiären Situation (z.B. durch Familienarbeit, Hilfestellungen bei Familienbeziehungen, Reintegration in die Herkunftsfamilie, ...)	25	8,9 %	3,8 %
Verbesserung der sozialen Situation (Hilfestellungen bei problematischen Paar- und anderen Beziehungen)	15	5,3 %	2,3 %
Hilfestellungen für Opfer von Gewalt (physischer und psychischer Missbrauch)	13	4,6 %	2 %
Orientierungshilfe und Beratung bei Schulabbruch, Arbeitssuche und Selbstständigkeit	12	4,3 %	1,8 %
Verbesserung der materiellen/finanziellen Umstände	11	3,9 %	1,7 %
Präventionsarbeit bei aggressivem und sozial auffallendem Verhalten und Unterstützung von bereits straffällig oder delinquent gewordenen Jugendlichen	9	3,2 %	1,4 %
Steigerung der Motivation/Aktivierung; Stärkung der Selbstständigkeit, des Selbstbewusstseins/Empowerment	9	3,2 %	1,4 %
Beratung/Begleitung von Jugendlichen mit familiären Verpflichtungen (Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen etc.)	8	2,8 %	1,2 %

Unterstützung bei geistigen Beeinträchtigungen	8	2,8 %	1,2 %
Unterstützung bei psychischen Beeinträchtigungen (Essstörungen, Depression, Psychosen)	8	2,8 %	1,2 %
Beratung und/oder Hilfestellung für Schwangere	6	2,1 %	0,9 %
Unterstützung von Menschen mit Migrationshintergrund	5	1,8 %	0,8 %
Unterstützung bei körperlichen oder Sinnesbeeinträchtigungen	5	1,8 %	0,8 %
Hilfestellungen bei Lernschwierigkeiten (z.B. Dyslexie und Dyskalkulie) und anderweitigen Problemen in der Schule	4	1,4 %	0,6 %
Stärkung von Opfern von Diskriminierung und Mobbing (Aufarbeitung schlechter Schul- und Berufserfahrungen)	4	1,4 %	0,6 %
Gesellschaftliche Partizipation	3	1,1 %	0,5 %
Unterstützung beim Erwerb einer Aufenthalts- bzw. Arbeitsgenehmigung	3	1,1 %	0,5 %
Suchtbewältigung (z.B. Drogen-, Computer-, Handysucht)	3	1,1 %	0,5 %
Stärkung arbeitsmarktbezogener Kompetenzen (z.B. Bewerbungstraining; Verhalten am Arbeitsplatz, Soft Skills)	2	0,7 %	0,3 %
Spracherwerb bzw. Stärkung der Sprachkompetenzen	2	0,7 %	0,3 %
Erwerb und Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Zertifizierung von Fähigkeiten	1	0,4 %	0,2 %
Unterstützung von Jugendlichen mit geringen kognitiven Fähigkeiten	1	0,4 %	0,2 %
Beratung/Unterstützung bei problematischen/prekären Arbeitsverhältnissen	1	0,4 %	0,2 %
Total	281	100 %	42,3 %

Wird der Blick auf die unterschiedlichen Unterziele gerichtet, so wird deutlich, dass in der Kategorie „Vermittlung von Wohnraum, betreutes Wohnen und Obdachlosenhilfe“ am häufigsten die Form „Wohnen“ angeführt wurde (23,1 %). Dies betrifft beispielsweise auch Jugendliche, die aufgrund von Gewalterfahrungen aus ihren Familien genommen wurden, Frauenhäuser und Unterkünfte für Obdachlose.

Insgesamt 12 Maßnahmen (4,3 %) bieten den Jugendlichen neben Wohnraum auch Orientierungshilfe und Beratung bei Schulabbruch, Arbeitssuche und Selbstständigkeit. Diese Maßnahmen sind insbesondere für Jugendliche mit NEET-Status relevant. Hierunter werden auch jene Wohnungsangebote für Jugendliche zusammengefasst, die an ein Projekt gekoppelt sind, daran also, dass der*die Jugendliche in einer Beschäftigung sein muss bzw. plant, diese zeitnah aufzunehmen.

Jugendliche mit (geistigen, körperlichen und psychischen) Beeinträchtigungen werden ebenfalls in ihren Wohneinrichtungen zusätzlich unterstützt und betreut (insgesamt 7,4 %). Hierunter fallen beispielsweise Wohneinrichtungen, die an Ateliers angeschlossen sind sowie Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderung und betreute Wohneinrichtungen für Menschen mit einer psychischen Erkrankung.

Zudem werden in Wohneinrichtungen Unterstützungen im Bereich von Suchtverhalten, zum Erwerb einer Aufenthaltsgenehmigung, bei einem problematischen und prekären Arbeitsverhältnis, zur Verbesserung der materiellen und finanziellen Umstände sowie zur Kompensation fehlender Unterstützung durch das soziale Umfeld angeboten. Zu beachten ist, dass bei den Zielangaben auch Mehrfachnennungen möglich waren.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Angebote im Bereich Wohnen für Jugendliche mit einem NEET-Status sehr vielfältig sind. Zusätzlich zum Wohnraum werden viele andere Bereiche mitbetreut, mit denen die Jugendlichen Schwierigkeiten und Probleme haben. Die Ergebnisse könnten allerdings ein Hinweis darauf sein, dass es quantitativ an Wohnraum mangelt und wesentlich mehr Wohnraum für die Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden sollte.

4.6.6 *Verbesserung der Mobilität*

Wie bereits oben ausgeführt wurde in den Interviews mehrfach berichtet, dass besonders in ländlichen Gegenden fehlende Mobilitätsmöglichkeiten problematisch sind. Junge Menschen sind häufig auf einen Führerschein und ein Fahrzeug angewiesen, damit Maßnahmen sowie Ausbildungs- und Arbeitsplätze erreicht werden können. Der öffentliche Transport ist hier oft nur lückenhaft vorhanden und/oder die Anfahrtszeiten mit Bus und Bahn dauern unverhältnismäßig

lange. Aufgrund der oft schwachen finanziellen Situation gerade von Jugendlichen in einer NEET-Situation ist häufig kein Führerschein und/oder Fahrzeug vorhanden, wodurch die Möglichkeiten der Betroffenen stark eingeschränkt werden. Laut einigen der Befragten gibt es nicht genügend Maßnahmen, die Abhilfe schaffen.

B: „Nee, er hat keine öffentlichen Verbindungen. Mobilität ist absolut ein Thema. Also wenn der Bus nur alle zwei Stunden kommt und er zehn Minuten bei der ADEM ist, dann versuchen Sie ihm mal zu erklären, warum er vier Stunden unterwegs sein soll, um zehn Minuten bei der ADEM zu sein. Inklusive anderthalb Stunden Wartezeit. Dann haben Sie ... dann fehlen mir die Argumente.“ (CMN-11)

Wie die Tabelle 30 im Anhang zeigt, bestätigen sich die Einschätzungen der Expert*innen. Nur insgesamt 7 der erhobenen Maßnahmen haben zum Ziel, die Mobilität der Betroffenen zu verbessern. Von diesen 7 Maßnahmen richten sich 2 nur an Menschen mit einem Flüchtlingsstatus (davon 1 nur an geflüchtete Frauen). 2 weitere Maßnahmen richten sich an Menschen mit Behinderungen, wobei sich eine speziell an Menschen mit Multipler Sklerose richtet. Somit zielen nur 3 Maßnahmen auf die Verbesserung der Mobilität ab, ohne sich dabei an spezifische Zielgruppen zu wenden. Es handelt sich dabei um folgende Angebote: (1) die Sozialhilfe der Sozialämter, die unter anderem auch dazu dient, die Mobilitätsmöglichkeiten der Bezieher*innen zu gewährleisten; (2) der Vëlosbutikk des CIGL Differdange, der bedürftigen Menschen restaurierte Fahrräder zur Verfügung stellt, wobei der Zugang über das Sozialamt geregelt ist, das einen Berechtigungsschein ausstellt; (3) die Maßnahme ACT! (*Accompagnement et Coaching pour le Travail*) von *Inter-Actions* a.s.b.l., die den Teilnehmer*innen eine Vorfinanzierung des Führerscheins anbietet.

4.6.7 *Jugendliche mit multiplen Problemlagen und Bedürfnissen*

Jugendliche und junge Menschen haben, wie bereits ausführlich dargelegt, in den meisten Fällen multiple Problemlagen und Bedürfnisse. Häufig bedingen sich diese gegenseitig und in vielen Fällen muss in anderen Bereichen eine Hilfestellung erfolgen, bevor der*die Betroffene arbeitsmarktgerichtete Maßnahmen besuchen kann. Laut den Expert*innen spiegelt sich in vielen Bereichen diese Heterogenität nicht im Angebot der Maßnahmen wider. Maßnahmen, so die Befragten, zielen häufig nur auf eine einzige Problematik bzw. ein bestimmtes Ziel ab, sodass es zum Teil schwierig ist, junge Menschen mit multiplen Bedürfnissen in passende Maßnahmen zu vermitteln. Dieses inhaltliche Feedback zu den Maßnahmen, das nicht unmittelbar mit der

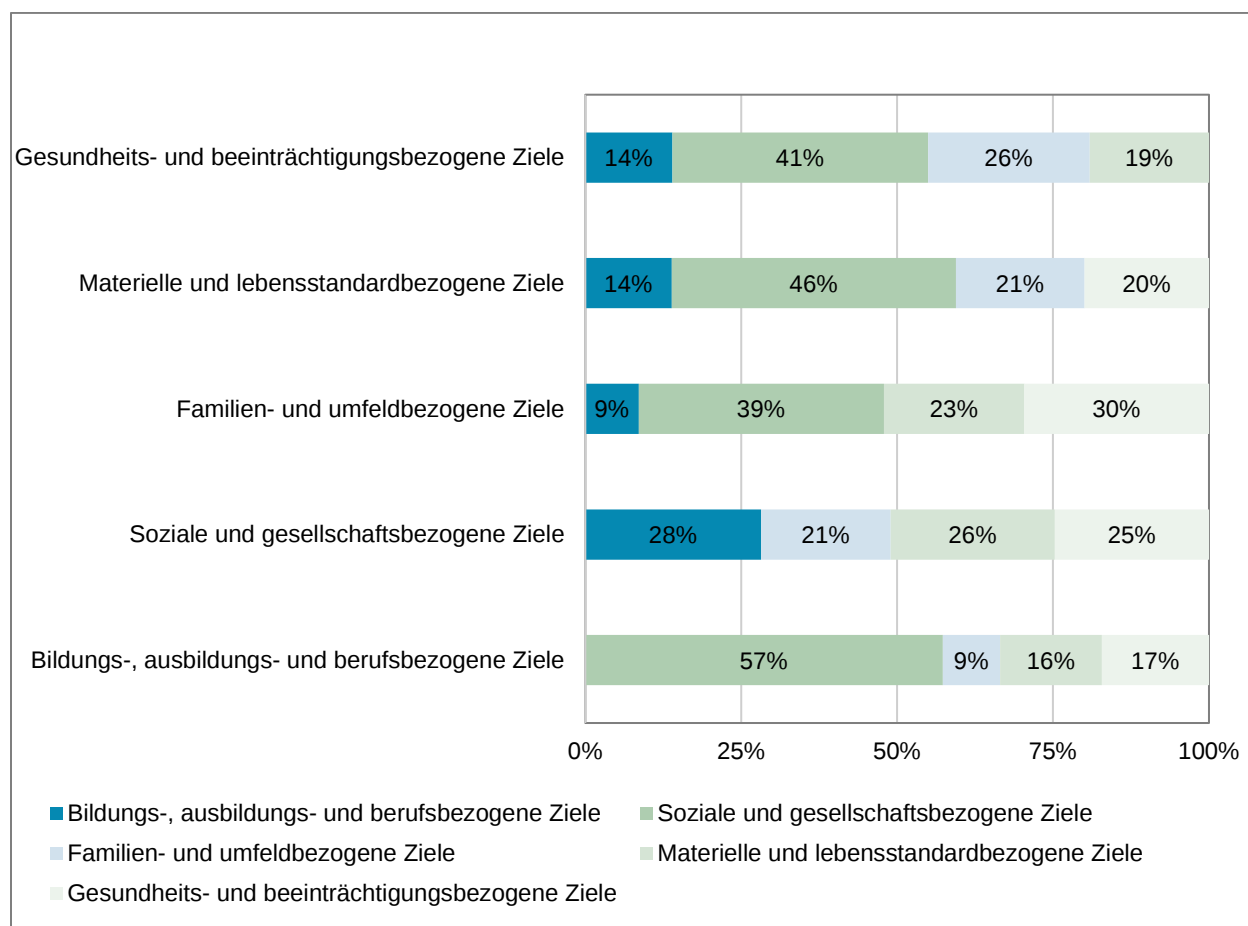
Erstellung des Kataloges zusammenhängt, aber dennoch ein sehr zentrales Ergebnis der Studie ist, wurde ebenfalls in der Fokusgruppe diskutiert.

B: „(U)nd die Realität ist mehr auf dem Feld, ist genau die, wenn jemand eine Drogenproblematik hat, aber psychisch krank auch noch da ist, findet er weder seine Unterstützung und seine Hilfe im psychiatrischen Hilfsbereich noch im Drogenhilfsbereich und so wird er ... und somit kann er ganz viele Adressen haben und ich habe dennoch keine Maßnahme, die bei ihm aber andockt.“ (FG-02)

Der Frage nach Maßnahmen, die multiple Problemlagen der Teilnehmer*innen adressieren, wird im Folgenden nachgegangen, indem die Überschneidungen zwischen den Unterzielen der Maßnahmen näher untersucht werden.

Abbildung 12 bietet einen Überblick zu den Überschneidungen zwischen den angegebenen Hauptzielen der erhobenen Maßnahmen:

Abbildung 11: Überschneidungen der Hauptziele



Bei Betrachtung der Überschneidungen zwischen den Hauptzielen fällt auf, dass sich besonders die sozialen und gesellschaftsbezogenen Unterziele stark mit denen der anderen Hauptkategorien überschneiden. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass diese Ziele im Bereich der Sozial- und Jugendarbeit häufig zusätzlich zu anderen zu erreichenden Zielen Berücksichtigung finden. Am häufigsten wurde im Bereich der sozialen und gesellschaftsbezogenen Ziele das Unterziel 2.4 „Kompensation von fehlender Unterstützung, Begleitung und Orientierung durch das soziale Umfeld (Orientierungshilfen, Schaffen von Tagesstrukturen) und Hilfe bei administrativen Angelegenheiten (Beantragen von staatlichen Leistungen; Ausfüllen von Formularen, Orientierungshilfe bei administrativen Vorgängen; Post/Rechnungen etc.)“ angegeben. Diese Unterstützungsleistungen spielen in verschiedenen Maßnahmen häufig zusätzlich zu anderen Problemlagen eine Rolle. Die Übersichtstabelle zu allen Überschneidungen zwischen den angegebenen Unterzielen findet sich im Anhang (Tabelle 32).

Das Unterziel 2.4 hat auch allgemein die meisten Überschneidungen mit anderen Unterzielen. Am häufigsten überschneidet es sich mit dem Unterziel 4.1 „Vermittlung von Wohnraum/betreutes Wohnen/Obdachlosenhilfe“. Insgesamt wurden 68 Maßnahmen erhoben, in denen beide Ziele anvisiert werden. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass unter dem Unterziel 4.1 Angebote zu finden sind, die stark darauf ausgerichtet sind, fehlende Familienstrukturen oder abweichendes Verhalten etwa aufgrund von einer Suchterkrankung zu kompensieren bzw. zu korrigieren. Angebote für Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen werden hier ebenfalls subsumiert. Diese arbeiten häufig darauf hin, die Autonomie der Betroffenen zu erhalten oder zu vergrößern. Eine detailliertere Übersicht zu den Maßnahmen mit dem Unterziel 4.1 ist dem Kapitel 4.6.5. zu entnehmen.

Das Unterziel 2.4 überschneidet sich auch stark mit dem Unterziel 4.2 „Verbesserung der materiellen/finanziellen Umstände (z.B. staatliche Leistungen; juristische Beratung; (Sach-)Spenden; Zur-Verfügung-Stellen von benötigten Materialien – Computer, Handy, Kleidung etc.)“. Insgesamt wurde für 56 Maßnahmen angegeben, dass beide Ziele verfolgt werden. Dies lässt sich auch dadurch erklären, dass zur Verbesserung der finanziellen Umstände häufig die Beantragung von finanziellen Leistungen bei bestimmten Institutionen notwendig ist – Unterziel 2.4 deckt diejenigen Maßnahmen ab, in denen Hilfestellungen beim Beantragen von staatlichen Leistungen gegeben werden.

Eine weitere starke Überschneidung – ebenfalls mit 68 Maßnahmen – besteht zwischen den Unterzielen 3.1 „Verbesserung der familiären Situation“ und 3.2 „Verbesserung der sozialen

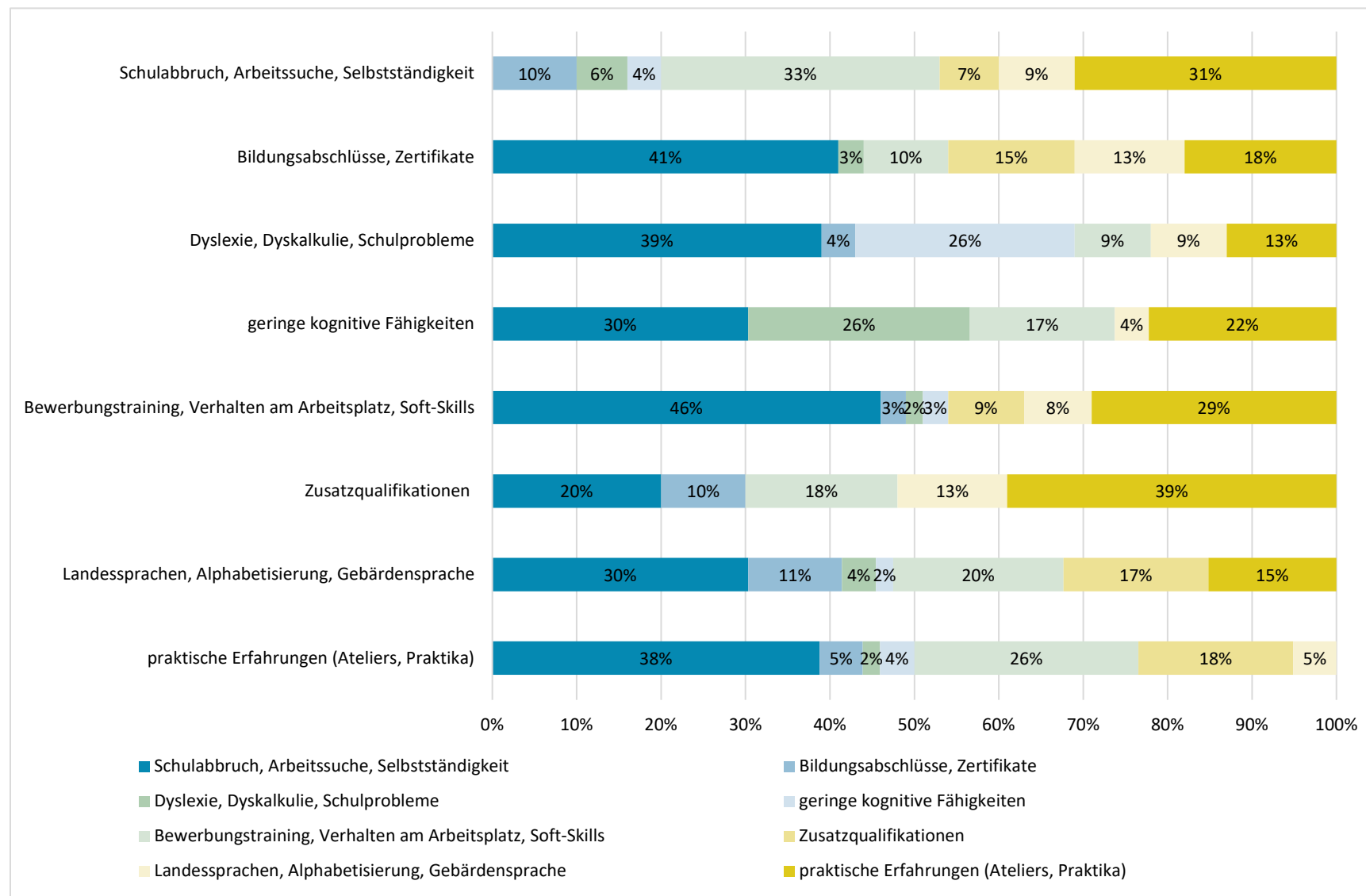
Situation“. Dieser Umstand lässt sich vermutlich darauf zurückführen, dass sich beide Unterziele sehr ähnlich sind. Während Unterziel 3.1 sich auf Probleme im familiären sozialen Umfeld bezieht, ist Unterziel 3.2 auf ähnliche soziale Probleme im außerfamiliären sozialen Bereich bezogen (z.B. Probleme innerhalb einer Paarbeziehung oder in der Peergroup).

Insgesamt überschneiden sich die Unterziele unter Hauptziel 3 „Familien- und umfeldbezogene Ziele“ stark. Dies trifft vor allem auf die bereits genannten Unterziele 3.1 und 3.2 zu, aber auch auf das Unterziel 3.3 „Hilfestellungen für Opfer von Gewalt (physischer und psychischer Missbrauch)“. Dieses überschneidet sich besonders stark mit den Unterzielen 3.1 (54 Maßnahmen) und 3.2 (47 Maßnahmen). Der Grund für diese Zusammenhänge liegt darin, dass familiäre wie auch soziale Probleme häufig auch mit physischer und psychischer Gewalt einhergehen.

Bezogen auf die Zielgruppe der vorliegenden Studie ist die Kategorie „Bildungs-, ausbildungs- und berufsbezogene Ziele“ diejenige mit der höchsten Relevanz. Hier lässt sich feststellen, dass zwischen den Unterzielen 1.1 „Orientierungshilfe und Beratung bei Schulabbruch, Arbeitssuche und Selbstständigkeit“ und 1.5 „Stärkung arbeitsmarktbezogener sozialer Kompetenzen (z.B. Bewerbungstraining; Verhalten am Arbeitsplatz, Soft Skills)“ die stärkste Überschneidung besteht: In insgesamt 54 Maßnahmen werden beide Ziele verfolgt. Ebenso besteht eine starke Überschneidung zwischen dem Unterziel 1.1 und 1.8 „Vermittlung erster praktischer Erfahrungen auf dem/für den Arbeitsmarkt“. Hier finden sich 50 Maßnahmen, die beide Ziele anvisieren. Der Zusammenhang zwischen den genannten Unterzielen verwundert dabei kaum, da Maßnahmen, die die Arbeitsmarktintegration der Teilnehmer*innen im Fokus haben, häufig mit mehreren Methoden arbeiten. Die Kombination aus Orientierungshilfe, der Vermittlung erster praktischer Erfahrungen (z.B. durch Praktika) und der Stärkung arbeitsmarktbezogener sozialer Kompetenzen (z.B. durch ein Bewerbungstraining) erscheint dabei schlüssig.

Die folgende Grafik (Abbildung 12) bietet einen Überblick aller Überschneidungen innerhalb der Kategorie „Bildungs-, ausbildungs- und berufsbezogene Ziele“:

Abbildung 12: Überschneidungen innerhalb der Kategorie bildungs-, ausbildungs, und berufsbezogene Ziele



In den informellen Gesprächen, den Expert*inneninterviews und der Fokusgruppendiskussion wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass die Angebotslandschaft für bestimmte Zielgruppen – vor allem für Jugendliche mit multiplen Problemlagen – teilweise lückenhaft ist. Im Folgenden werden die Überschneidungen bei den Angeboten für diese Zielgruppen genauer dargestellt.

4.6.7.1. *Jugendliche mit geringen kognitiven Fähigkeiten (Unterziel 1.4)*

Ein weiterer Bereich, in dem laut den Interviewten das aktuelle Angebot nicht ausreicht, sind Maßnahmen für kognitiv schwache Jugendliche. Damit sind diejenigen jungen Menschen gemeint, die eine kognitiv schwache Leistungsfähigkeit haben, allerdings nicht in den Bereich der geistigen Behinderung fallen. Diese Gruppe, so die Befragten, fällt zwischen den ersten und zweiten Arbeitsmarkt, da sie die Anforderungen des ersten Arbeitsmarktes kaum erfüllen kann, für die Behindertenwerkstätten aber wiederum kognitiv zu stark ist. Die Betroffenen haben somit erhebliche Schwierigkeiten, auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen und haben gleichzeitig keinen Anspruch auf die Teilnahme an Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen oder auf den Behindertenstatus bei der ADEM (*travailleur handicapé*).

„Und das ist dann das nächste Thema. Aber für die fehlt auch eine Struktur, weil wir haben die ateliers thérapeutiques. Das ist für die ganz Schwachen – Handicap (...) mit einem niedrigen IQ (...) ateliers protégés eher. Und eigentlich bräuchten wir ganz, ganz nötig noch was da drüber, weil es gibt viele, die sind zu gut für die ateliers protégés und wirklich zu schwach für einen – selbst für einen CCP. Die haben keine Chance, auf dem Arbeitsmarkt zu bestehen. Keine Chance. Die gehen da unter. Und von denen redet danach keiner mehr, weil die haben keine Lobby, die haben nichts.“ (CMN-07)

Im Rahmen der Fokusgruppe wurde Ähnliches berichtet. Für Jugendliche, die kognitiv schwach sind, aber keinen Behindertenstatus zugesprochen bekommen, ist es schwer, passende Maßnahmen zu finden.

„Das ist auch im Behindertenbereich, ja, wir haben auch sehr oft beim XXX Behinderungen, die grenzwertig sind, und da die richtigen Behinderten, einige nehmen sie nicht, weil sie nicht genug behindert sind, und die ALF, das ist zu viel behindert, die Grauzonen sind wirklich hinderlich. (FG-07)

In ganz Luxemburg konnten nur 14 Maßnahmen identifiziert werden, die eine Unterstützung von Jugendlichen mit geringen kognitiven Fähigkeiten zum Ziel haben. Die geringe Anzahl der Maßnahmen in diesem Bereich wird offensichtlich, wenn die gesamte Anzahl von 665 Maßnahmen herangezogen wird. Bereits in der Feldphase wurde von Jugendarbeiter*innen die

unzureichende Anzahl an unterstützenden Maßnahmen in diesem Bereich thematisiert. In den Gesprächen wurde klar darauf hingewiesen, dass es hier eine Lücke gibt, in der Jugendliche, die geistig zu stark sind um einen Behindertenstatus zu erlangen aber kognitiv zu schwach sind, um am Arbeitsmarkt zu reüssieren, zu wenig unterstützt werden. Weitere Studien zu dieser Thematik wären daher sinnvoll. Diese 14 Maßnahmen überschneiden sich am stärksten mit den Unterzielen 2.3 „Steigerung der Motivation/Aktivierung; Stärkung der Selbstständigkeit, des Selbstbewusstseins/Empowerment“ (9 Maßnahmen) und 2.4 „Kompensation von fehlender Unterstützung, Begleitung und Orientierung durch das soziale Umfeld und Hilfe bei administrativen Angelegenheiten“ (8 Maßnahmen). Wird der Blick auf die bildungs-, ausbildungs- und arbeitsmarktbezogenen Ziele gerichtet, so finden sich vor allem Überschneidungen mit dem Unterziel 1.1 „Orientierungshilfe und Beratung bei Schulabbruch, Arbeitssuche und Selbstständigkeit“ (7 Maßnahmen), 1.3 „Hilfestellungen bei Lernschwierigkeiten (z.B. Dyslexie und Dyskalkulie) und anderweitigen Problemen in der Schule“ (6 Maßnahmen), 1.8 „Vermittlung erster praktischer Erfahrungen auf dem/für den Arbeitsmarkt“ (5 Maßnahmen) und 1.5 „Stärkung arbeitsmarktbezogener sozialer Kompetenzen (z.B. Bewerbungstraining; Verhalten am Arbeitsplatz, Soft Skills)“ (4 Maßnahmen). Eine Übersicht der Überschneidungen findet sich im Anhang.

*4.6.7.2. Jugendliche mit Lernschwierigkeiten und Schüler*innen, die Schwierigkeiten in der Schule haben (Unterziel 1.3)*

Auch für die Zielgruppe junger Menschen mit Lernschwierigkeiten und/oder anderweitigen Problemen in der Schule gibt es laut den interviewten Expert*innen zu wenige Maßnahmen.

Wie Tabelle 30 im Anhang zeigt, finden sich in diesem Bereich tatsächlich nur insgesamt 21 Maßnahmen. Dies entspricht 3 % aller erhobenen Maßnahmen.

Hier ist allerdings zu beachten, dass sich unter den 21 Maßnahmen auch die Angebote des CePAS (Centre psycho-social et d'accompagnement scolaire) befinden, der in allen Schulen des Landes aktiv ist und somit eine besonders große Reichweite hat. Zudem ist das Angebot des CePAS recht vielfältig. Es werden Beratungen von Lehrpersonal, Erziehungsberechtigten und Schüler*innen vorgenommen, Orientierungshilfen gegeben und Hilfestellungen bei psychosozialen Problemen oder auch Lernschwierigkeiten geleistet. Vor diesem Hintergrund kann die vorhandene Angebotsstruktur für diese Zielgruppe wesentlich positiver bewertet werden. Neben den Angeboten des CePAS befinden sich unter den 21 identifizierten Maßnahmen auch Angebote der Hausaufgabenhilfe und Lernbetreuung sowie Beratungsangebote und pädagogische Betreuung in verschiedenen Internaten.

Die Maßnahmen für die hier besprochene Zielgruppe überschneiden sich am stärksten mit dem Unterziel 2.4 „Kompensation von fehlender Unterstützung, Begleitung und Orientierung durch das soziale Umfeld (Orientierungshilfen, Schaffen von Tagesstrukturen) und Hilfe bei administrativen Angelegenheiten (Beantragen von staatlichen Leistungen; Ausfüllen von Formularen, Orientierungshilfe bei administrativen Vorgängen; Post/Rechnungen etc.)“ (12 Maßnahmen).

4.6.7.3. *Jugendliche mit sogenannten geistigen Behinderungen (Unterziel 5.3)*

In den Expert*inneninterviews wurde zum Teil berichtet, dass es für junge Menschen mit Behinderung kaum Möglichkeiten zur Weiterbildung gebe. Zwar existierten Maßnahmen, die Berufsausbildungen und Arbeitserfahrungen ermöglichten, der Bereich der beruflichen Weiterbildung bleibe dieser Gruppe jedoch weitgehend verschlossen. In der Fokusgruppe wurde ähnliches berichtet. Auch im Behindertenbereich gibt es Jugendliche mit einem problematischen NEET-Status. Hier werden sehr wenige Maßnahmen angeboten, die diese Jugendlichen (mit NEET-Status und Behinderten-Status) auffangen.

Die Aussagen der Expert*innen bezogen sich dabei meist auf junge Menschen mit Behinderungen allgemein. Sie gelten also sowohl für Jugendliche mit geistigen Behinderungen als auch für junge Menschen mit körperlichen oder Sinnesbeeinträchtigungen. Hier wird der Blick zunächst auf die erhobenen Maßnahmen für Jugendliche mit geistigen Behinderungen gerichtet. Das Maßnahmenangebot für Jugendliche mit Sinnes- und körperlichen Behinderungen wird im folgenden Abschnitt genauer beschrieben.

Insgesamt wurden 66 Maßnahmen identifiziert, die sich an Jugendliche mit einer geistigen Behinderung richten. Dabei lässt sich eine starke Überschneidung mit Maßnahmen für sinnes- und körperbehinderte Jugendliche feststellen. In 42 Maßnahmen werden beide Zielgruppen angesprochen., 18 der 66 Maßnahmen bieten „Kompensation von fehlender Unterstützung, Begleitung und Orientierung durch das soziale Umfeld (Orientierungshilfen, Schaffen von Tagesstrukturen) und Hilfe bei administrativen Angelegenheiten (Beantragen von staatlichen Leistungen; Ausfüllen von Formularen, Orientierungshilfe bei administrativen Vorgängen; Post/Rechnungen etc.)“ an und 13 der 66 Maßnahmen zielen auf gesellschaftliche Teilhabe ab (Unterziel 2.1).

Wird der Blick auf die Kategorie der bildungs-, ausbildungs- und arbeitsmarktbezogenen Ziele gerichtet, so fällt auf, dass Überschneidungen hier vor allem zu den Unterzielen 1.8 „Vermittlung erster praktischer Erfahrungen auf dem/für den Arbeitsmarkt“ (14 Maßnahmen) sowie 1.1 „Orientierungshilfe und Beratung bei Schulabbruch, Arbeitssuche und Selbstständigkeit“ (12

Maßnahmen) bestehen. Dies entspricht 21 % (für Unterziel 1.8) bzw. 18 % (für Unterziel 1.1) der Maßnahmen in diesem Bereich. Wie die Expert*innen richtig eingeschätzt hatten, gibt es kaum Weiterbildungsmöglichkeiten für Jugendliche mit geistigen Behinderungen. Tatsächlich konnte hier nur eine einzige Maßnahme identifiziert werden: Informatikkurse für Menschen mit Behinderung, die von Inter-Actions angeboten werden.

Auch zu den anderen bildungs-, ausbildungs- und arbeitsmarktbezogenen Zielen bestehen kaum Überschneidungen. Jeweils 2 Maßnahmen für Jugendliche mit geistigen Behinderungen werden zu den folgenden Unterzielen angeboten: 1.2 „Erwerb und Anerkennung von Bildungsabschlüssen (durch einen zweiten Bildungsweg) und Zertifizierung von Fähigkeiten“, 1.3 „Hilfestellungen bei Lernschwierigkeiten (z.B. Dyslexie und Dyskalkulie) und anderweitigen Problemen in der Schule“, und 1.5 „Stärkung arbeitsmarktbezogener sozialer Kompetenzen (z.B. Bewerbungstraining; Verhalten am Arbeitsplatz, Soft Skills)“. Weiterhin konnte nur eine Maßnahme identifiziert werden, die den „Spracherwerb bzw. die Stärkung der Sprachkompetenzen in den Landessprachen“ (Unterziel 1.7) für Jugendlichen mit geistigen Behinderungen anbietet. Diese Maßnahme von Schrëtt fir Schrëtt zielt auf die Alphabetisierung der Teilnehmer*innen (in der deutschen Sprache) ab.

4.6.7.4. Jugendliche mit körperlichen oder Sinnesbeeinträchtigungen (Unterziel 5.2)

Bei den Maßnahmen für Jugendliche mit körperlichen oder Sinnesbeeinträchtigungen ergibt sich ein ähnliches Bild wie bei der Angebotslandschaft für Jugendliche mit geistigen Behinderungen.

Insgesamt konnten hier 72 Maßnahmen identifiziert werden. Diese überschneiden sich im Bereich der bildungs-, ausbildungs- und arbeitsmarktbezogenen Ziele ähnlich wie bei den Maßnahmen für Jugendliche mit geistigen Beeinträchtigungen besonders stark mit den Unterzielen 1.1 (14 Maßnahmen) und 1.8 (12 Maßnahmen). Zu den anderen Unterzielen der Kategorie gibt es auch hier nur sehr wenige Überschneidungen.

Auch hier scheint sich die Einschätzung der Expert*innen zu bestätigen. Allerdings ist zu beachten, dass die genannten Zahlen sich lediglich auf diejenigen Maßnahmen beziehen, die sich explizit an die Zielgruppe (junger) Menschen mit Behinderungen richten. Aus den verfügbaren Daten geht hingegen nicht hervor, inwiefern allgemeine Angebote im Bereich der bildungs-, ausbildungs- und arbeitsmarktbezogenen Ziele auch für Teilnehmer*innen mit verschiedenen Beeinträchtigungen zugänglich und zielführend sind.

4.6.7.5. *Jugendliche mit psychischen Beeinträchtigungen (Unterziel 5.4)*

Während sich teils große Überschneidungen zwischen den Maßnahmen für Jugendliche mit geistigen Beeinträchtigungen und denen für Jugendliche mit körperlichen bzw. Sinnesbeeinträchtigungen beobachten lassen – 42 Maßnahmen sprechen beide Zielgruppen an (63,6 % aller Maßnahmen für Jugendliche mit geistigen Behinderungen und 58,3 % aller Maßnahmen für Jugendliche mit Sinnes-/Körperbeeinträchtigungen) –, überschneiden sich die Maßnahmen für Jugendliche mit psychischen Beeinträchtigungen nur wenig mit den anderen Maßnahmen in der Kategorie gesundheits- und beeinträchtigungsbezogene Ziele. Von den insgesamt 92 Maßnahmen für die Zielgruppe der Jugendlichen mit psychischen Beeinträchtigungen überschneiden sich nur 5 Maßnahmen mit denen für die Zielgruppe geistig beeinträchtigter Jugendlicher und nur 6 Maßnahmen mit denen für Jugendliche mit Sinnes- oder Körperbeeinträchtigungen.

Die stärkste Übereinstimmung findet sich hier mit dem Unterziel 3.1 „Verbesserung der familiären Situation“ (38 Maßnahmen). Außerdem überschneidet sich das Angebot für Jugendliche mit psychischen Beeinträchtigungen stark mit dem Unterziel 3.2 „Verbesserung der sozialen Situation“ (25 Maßnahmen), ebenfalls aus der Kategorie der familien- und umfeldbezogenen Ziele. In beiden Fällen besteht ein direkter Zusammenhang, da psychische Beeinträchtigungen einerseits der Auslöser, andererseits aber auch das Resultat dysfunktionaler Familien- und Paarbeziehungen sein können.

Mit Blick auf die bildungs-, ausbildungs- und arbeitsmarktbezogenen Ziele fällt auf, dass es hier kaum Angebote gibt. Die Überschneidungen mit den Maßnahmen für Jugendliche mit psychischen Beeinträchtigungen sind in diesem Bereich noch geringer als bei Maßnahmen, die sich an geistig, körperlich oder sinnesbeeinträchtigte Jugendliche richten. Nur 6 der insgesamt 92 Maßnahmen für psychisch beeinträchtigte Jugendliche haben die Orientierung und Beratung bei Schulabbruch, Arbeitssuche oder Selbstständigkeit (Unterziel 1.1) zum Ziel. 3 Maßnahmen für die besagte Zielgruppe vermitteln erste praktische Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt (Unterziel 1.8), 2 der entsprechenden Maßnahmen zielen auf die Stärkung arbeitsmarktbezogener sozialer Kompetenzen (Unterziel 1.5) ab und in nur 1 Maßnahme, die sich explizit an Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen richtet, können Zusatzqualifikationen erworben werden (Unterziel 1.6). Zu den anderen bildungs-, ausbildungs- und berufsbezogenen Unterzielen bestehen keine Überschneidungen.

4.6.7.6. Jugendliche mit Suchterkrankungen (Unterziel 5.1)

Insgesamt wurden 40 Maßnahmen erhoben, die sich an (junge) Menschen mit Suchterkrankungen und/oder deren Angehörige richten. Von diesen überschneiden sich 18 mit dem Unterziel 2.4 „Kompensation von fehlender Unterstützung, Begleitung und Orientierung durch das soziale Umfeld und Hilfe bei administrativen Angelegenheiten“. Weitere Übereinstimmungen gibt es im Bereich der familien- und umfeldbezogenen Ziele: Hier finden sich 11 Maßnahmen, die neben der Unterstützung bei Suchtverhalten auch auf die Verbesserung der familiären Situation abzielen (Unterziel 3.1) und 8, die auf die Verbesserung der sozialen Situation (Unterziel 3.2) für Suchterkrankte und deren Angehörige abzielen.

Auffällig ist der Mangel an Maßnahmen für Jugendliche mit Suchtverhalten im Bereich der bildungs-, ausbildungs- und arbeitsmarktbezogenen Ziele. Hier finden sich lediglich 4 Überschneidungen mit dem Unterziel 1.1 „Orientierungshilfe und Beratung bei Schulabbruch, Arbeitssuche und Selbstständigkeit“ und 1 Überschneidung mit dem Unterziel 1.5 „Stärkung arbeitsmarktbezogener sozialer Kompetenzen“. Dabei handelt es sich hier um nur 4 Maßnahmen, von denen eine auf die Ziele 1.1, 1.5 und 5.1 abzielt.

Ebenfalls auffällig ist, dass es insgesamt nur 5 Maßnahmen gibt, die im Bereich Vermittlung von Wohnraum, betreutes Wohnen und Obdachlosenhilfe aktiv sind und sich an Suchterkrankte wenden. Von diesen 4 Maßnahmen bieten nur 2 Wohnraum für Menschen mit einer Suchterkrankung an. Dies scheint insbesondere vor dem Hintergrund des allgemeinen Wohnungsmangels in Luxemburg eine Lücke in der Angebotslandschaft zu sein. Auch die Expert*innen aus den Leitfadeninterviews und aus der Fokusgruppe wiesen bereits auf den Mangel in diesem Bereich hin. Weitere Details zum Maßnahmenangebot im Bereich „Wohnen“ finden sich im Kapitel 4.6.5.

4.6.7.7. Jugendliche mit chronischen, langen/schweren und/oder seltenen Erkrankungen und Syndromen (Unterziel 5.5)

Von den insgesamt 16 Maßnahmen mit dem Ziel der „Unterstützung bei chronischen und langen/schweren Erkrankungen, bei seltenen Erkrankungen und Syndromen“ (Unterziel 5.5) visieren nur 2 Maßnahmen auch Unterziele aus dem Bereich der bildungs-, ausbildungs- und arbeitsmarktbezogenen Ziele an. Dabei handelt es sich um eine Maßnahme, die Unterstützung für Schüler*innen mit ADHS und deren Familien anbietet und dabei auch präventiv tätig ist, um einen Schulabbruch zu verhindern, sowie um eine weitere Maßnahme, die die berufliche Wiedereingliederung nach langer Krankheit zum Ziel hat.

Inwiefern die spezifischen Bedürfnisse junger Menschen, die an chronischen und langen/schweren Erkrankungen bzw. an seltenen Erkrankungen und Syndromen leiden, in anderen Maßnahmen – z.B. solchen, die sich an Menschen mit Behinderungen wenden – mitberücksichtigt werden, ist aus den vorliegenden Daten nicht ersichtlich.

4.6.7.8. Jugendliche mit hohem Bildungsabschluss und Studienabbrecher*innen

Eine weitere Zielgruppe, die laut den Interviewten zu wenig Beachtung findet, ist die der Jugendlichen mit NEET-Status, die einen sehr hohen Bildungsgrad aufweisen, und der Studienabbrecher*innen.

B: „Nieft der Situatioun, datt een mat ville Leit ze dinn huet lo an eise Projeten, déi villäicht aus der Schoul gefall sinn oder déi villäicht net vill Ausbildung hunn, hunn mer en Contrepartie och immens vill Leit mat immens ville Zertifikater an immens villen Diplomer an déi hunn nach well keng Aarbecht. An déi sinn dann och an der NEET-Situatioun. Déi ginn dann och villäicht net direkt erkannt, well se villäicht och net an enger prekärer Situatioun sinn, well se nach kënnen doheem sinn an do eben e Kader hunn. Mee déi sinn och ganz schwéier ze erreechen, well se eben an engem geschützte Kader souzesoen nach kënnen liewen an awer näischt ... an der nämmelechter Situatioun sinn wéi déi aner.“ (CMN-09)

Insgesamt konnten 11 Maßnahmen identifiziert werden, die sich an Jugendliche und junge Erwachsene mit hohem Bildungsabschluss bzw. Studierende und Studienabbrecher*innen richten. Das entspricht 1,7 % aller erhobenen Maßnahmen.

Bei den erhobenen Maßnahmen für diese Zielgruppe handelt es sich größtenteils um solche, die zum Ziel haben, die Teilnehmer*innen bezüglich ihrer Studienwahl zu orientieren. Zusätzlich finden sich hier Maßnahmen für Geflüchtete mit hohen Bildungsabschlüssen (Ermöglichen eines Studiums in Luxemburg) und Studierende mit Migrationshintergrund. Schließlich wurde jeweils 1 Maßnahme im Bereich Wohnen für Studierende und im Bereich gesellschaftliche Partizipation erhoben. Auffallend ist dabei, dass sich keine der erhobenen Maßnahmen explizit an Studienabbrecher*innen bzw. Jugendliche mit NEET-Status und hohem Bildungsabschluss wendet. Hier müsste nochmals vertiefend nachgeforscht werden, inwiefern andere existierende Maßnahmen diese Zielgruppe implizit mitberücksichtigen.

4.6.7.9. Geflüchtete und Jugendliche mit Migrationshintergrund (Unterziel 2.6)

65 Maßnahmen bieten Unterstützung für Menschen mit Migrationshintergrund an. Von diesen überschneiden sich 28 mit dem Unterziel 1.7 „Spracherwerb bzw. Stärkung der Sprachkompetenzen bezogen auf eine der luxemburgischen Landessprachen; Alphabetisierung,

Gebärdensprache, Braille“. Das bedeutet, dass 47,5 % der Maßnahmen mit dem Unterziel 1.7 sich explizit an Menschen mit Migrationshintergrund wenden (bei den übrigen Maßnahmen handelt es sich meist um allgemeine Sprachkurse).

Einen Zusammenhang gibt es zudem zwischen Maßnahmen für Menschen mit Migrationshintergrund und solchen, die auf gesellschaftliche Partizipation abzielen. Hier können 27 Maßnahmen identifiziert werden, die beide Ziele verfolgen.

Richtet man den Blick auf den Bereich der bildungs-, ausbildungs- und arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen, so lässt sich feststellen, dass insgesamt 15 Maßnahmen Orientierungshilfe und Beratung bei Schulabbruch, Arbeitssuche und Selbstständigkeit (Unterziel 1.1) für Menschen mit Migrationshintergrund anbieten. 7 Maßnahmen für die besagte Zielgruppe zielen auf den Erwerb und die Anerkennung von Bildungsabschlüssen und die Zertifizierung von Fähigkeiten ab (Unterziel 1.2), weitere 7 vermitteln erste praktische Erfahrungen auf dem/für den Arbeitsmarkt (Unterziel 1.8). 5 Maßnahmen für die Zielgruppe zielen darauf ab, die arbeitsmarktbezogenen Kompetenzen der Teilnehmer*innen zu verbessern (Unterziel 1.5) und 4 Maßnahmen in diesem Bereich vermitteln Zusatzqualifikationen und Weiterbildungen (Unterziel 1.6).

Wie diese Zahlen zeigen, gibt es im Bereich der bildungs-, ausbildungs- und berufsbezogenen Ziele relativ wenige Maßnahmen, die sich explizit an Menschen mit Migrationshintergrund richten. Allerdings gibt es eine Reihe von Maßnahmen, die nicht zielgruppengebunden sind, aber durch die Sprachen, in denen sie angeboten werden, besonders auch für Menschen mit Migrationshintergrund interessant und zugänglich sind. Eine detaillierte Analyse der Sprachen, in welchen die Maßnahmen mit verschiedenen Unterzielen angeboten werden, findet sich im folgenden Abschnitt.

4.6.8 Sprachen, in denen die Maßnahmen angeboten werden

Tabelle 35 und 36 im Anhang zeigt, wie viele Maßnahmen pro angegebenem Unterziel jeweils in welchen Sprachen angeboten werden.

Unter „Andere Sprachen“ wurden dabei die folgenden genannten Sprachen zusammengefasst: Albanisch, Bengali, Chinesisch, Dänisch, Farsi, Gebärdensprache, Griechisch, Hindu, Kapverdisches Kreol, Koreanisch, Kurdisch, Mankanja, Nepalesisch, Niederländisch, Panjabi, Philippinisch, Polnisch, Rumänisch, Russisch, Slowakisch, Somali, Swahili, Thailändisch, Tigrinya, Tschechisch, Türkisch, Ukrainisch, Ungarisch, Urdu und Wolof.

Zudem wurde bei 6 Maßnahmen unter der Variable „Andere Sprachen“ angegeben, dass die Sprachen, die innerhalb der Maßnahme gesprochen werden, denjenigen Sprachen entsprechen, die die Mitarbeiter*innen sprechen. Dies wirft eine Reihe von Fragen auf. In den Fällen, in denen das Sprachangebot von den Mitarbeiter*innen abhängig ist, ist davon auszugehen, dass hier starke Fluktuationen entstehen, da die Maßnahme jeweils mit dem Wechsel der Mitarbeiter*innen für Teilnehmer*innen mit verschiedenen Sprachkenntnissen geöffnet bzw. geschlossen wird. Unklar ist auch, inwiefern sich die in der Tabelle dargestellten Angaben auf formale Sprachangebote beziehen und inwiefern hier die jeweiligen Sprachkenntnisse der Mitarbeiter*innen gemeint sind. Ist letzteres der Fall, handelt es sich entsprechend nur um eine „Momentaufnahme“, da die Sprachen, in denen die Maßnahmen angeboten werden, mit den Mitarbeiter*innen zusammenhängen. Darüber hinaus bleibt auch unklar, ob verschiedene Maßnahmen informell noch in weiteren Sprachen angeboten werden, da Mitarbeiter*innen diese Sprachen beherrschen, dies aber im Zuge der Befragung nicht angegeben wurde. Um diese Unschärfe im Bereich der erhobenen Sprachen zu beseitigen, müssten die jeweiligen Maßnahmen bzw. Maßnahmenanbieter diesbezüglich noch einmal eingehender befragt werden.

Besonders mit Blick auf die Zahl der Maßnahmen, die auf Portugiesisch angeboten werden, stellt sich die Frage, ob hier durch Mitarbeiter*innen, die Portugiesisch sprechen, nicht doch zumindest informell eine weit größere Zahl von Maßnahmen auch für Portugiesisch sprechende Teilnehmer*innen zugänglich sind.

Im Hinblick auf die drei Landessprachen Luxemburgisch, Französisch und Deutsch ergibt sich folgendes Bild: In den meisten Bereichen (bezogen auf die verschiedenen Unterziele) werden mehr Maßnahmen (auch) in Französisch angeboten als in den anderen beiden Sprachen. Nur bei 7 Unterzielen ist das Angebot in Luxemburgisch ein wenig größer. Dies trifft insbesondere auf die Unterziele im Bereich der familien- und umfeldbezogenen Ziele zu. Die Anzahl der Maßnahmen, die unter anderem auf Deutsch angeboten werden, liegt in fast allen Bereichen hinter den Zahlen zu Französisch und Luxemburgisch zurück, allerdings nur sehr leicht. Die einzige Ausnahme bilden die 7 Maßnahmen zum Unterziel 4.5 „Verbesserung der Mobilitätsmöglichkeiten“. Hier werden alle 7 Maßnahmen auf Deutsch und Französisch angeboten, aber nur 6 auf Luxemburgisch. Alles in allem ergibt sich zwischen den drei Landessprachen aber eine recht ausgewogene Verteilung ohne allzu große Abweichungen.

Angesichts des hohen Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund in der luxemburgischen Bevölkerung sind neben den offiziellen Landessprachen auch die Muttersprachen der Zugewanderten für eine Analyse interessant. Besonders groß ist der Bevölkerungsanteil mit

portugiesischer Staatsbürgerschaft. Diese Gruppe macht 15,6 % der Gesamtbevölkerung aus. Eine zweite große Bevölkerungsgruppe mit ausländischer Staatsbürgerschaft und einer Muttersprache, die nicht auch eine der Landessprachen ist, sind italienische Staatsbürger*innen, welche 3,6 % der Gesamtbevölkerung ausmachen. Hinzu kommen 7,4 % der Gesamtbevölkerung, die Nicht-EU-Bürger*innen sind (Quelle: STATEC). Bei dieser Gruppe lässt sich aus den verfügbaren Daten nicht genau ableiten, wie die jeweiligen Muttersprachen verteilt sind. Es ist aber anzunehmen, dass hierunter auch eine große Anzahl von Geflüchteten sind, deren Muttersprache Arabisch ist. Diese letzte Gruppe ist im Hinblick auf das vorliegende Forschungsinteresse relevant, da es sich bei den jüngeren Mitgliedern der Gruppe um Menschen handelt, die in besonderem Maße gefährdet sind, in einen NEET-Status zu geraten und die zu einem Großteil Unterstützung benötigen, um einen Einstieg in den luxemburgischen Arbeitsmarkt zu finden.

Wie in den Tabellen 35 und 36 zu entnehmen ist, werden verhältnismäßig wenige Maßnahmen auf Italienisch, Portugiesisch und Arabisch angeboten. Für weitere und vertiefende Forschungen in diesem Bereich wäre es interessant, noch einmal genauer nachzuforschen, inwiefern sich dies auf die Nutzung der Maßnahmen in verschiedenen Bereichen durch Migrant*innen mit den entsprechenden Muttersprachen auswirkt.

4.6.9 Zugänge zu Hilfen und Maßnahmen

Besonders interessant war für die befragten Sozialarbeiter*innen der Zugang zu den verschiedenen Maßnahmen. Immer wieder wurde in den Interviews betont, dass dieser oft nicht offen ersichtlich ist bzw. dass die Wege in bestimmte Maßnahmen in manchen Fällen mit hohem administrativem und zeitlichem Aufwand verbunden seien. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, zu schauen, zu welchem Anteil Maßnahmen direkt zugänglich und zu welchem Anteil sie nur über andere Institutionen erreichbar sind. Zudem ist es wichtig, zu ermitteln, welche Institutionen vorrangig den Zugang zu Maßnahmen regeln.

Die Zugänge zu den Maßnahmen wurden auch in der Fokusgruppe sehr stark diskutiert. Eine Angabe im Katalog, durch welche Institutionen/Organisationen die Maßnahmen zugänglich sind, wurde auch hier als zentral beschrieben.

*„Was ich noch interessant fände, wenn ich jetzt als Professioneller mit diesem Tool arbeiten möchte, ist, dass ich auch direkt sehe, wie ist dieser Dienst oder diese Maßnahme zugänglich.“
(FG-02)*

In der Fokusgruppe wurde die Annahme formuliert, dass bei einem großen Teil der Maßnahmen kein direkter Zugang möglich ist, sondern dass die Anbieter die Jugendlichen in diese vermitteln.

Tabelle 27: Häufigkeiten – Art des Zugangs

Art des Zugangs	Anzahl der Angaben (N=665)	
	N	Prozent
Direkter Zugang	336	50,5 %
Zugang nur durch eine andere Institution	190	28,6 %
Sowohl als auch	120	18 %
Keine Angabe	19	2,9 %
Total	665	100 %

Wird der Blick allerdings nur auf Hauptziel 1, also auf bildungs-, ausbildungs- und berufsbezogene Ziele gerichtet, dann wird von den insgesamt 263 Maßnahmen in diesem Bereich der Zugang zu 97 Maßnahmen über eine andere Institution geregelt. Das entspricht 37 % der Maßnahmen in diesem Bereich. Wird der Fokus stärker auf die arbeitsmarktbezogenen Unterziele „Orientierungshilfe und Beratung bei Schulabbruch, Arbeitssuche und Selbstständigkeit“, „Stärkung arbeitsmarktbezogener Kompetenzen (z.B. Bewerbungstraining; Verhalten am Arbeitsplatz, Soft Skills)“ und „Vermittlung erster praktischer Erfahrungen auf dem/für den Arbeitsmarkt (z.B. Ateliers, Praktika, Freiwilligendienste, ...)“ gelegt, dann wird offensichtlich, dass in diesem Bereich der Zugang sehr stark über andere Institutionen geregelt wird.

Im Detail sieht dies folgendermaßen aus: Insgesamt sind bei Orientierungshilfe und Beratung bei Schulabbruch 129 Maßnahmen angegeben. Davon ist der Zugang bei 55 Maßnahmen über eine andere Institution geregelt; das entspricht 43 %. Bei Stärkung arbeitsmarktbezogener Kompetenzen (z.B. Bewerbungstraining; Verhalten am Arbeitsplatz, Soft Skills) wurden insgesamt 73 Maßnahmen angegeben. Davon ist der Zugang zu 42 Maßnahmen über eine andere Institution geregelt; das entspricht 58 %. Bei Vermittlung erster praktischer Erfahrungen auf dem/für den Arbeitsmarkt (z.B. Ateliers, Praktika, Freiwilligendienste) wurden insgesamt 95 Maßnahmen angeführt, davon sind 58 Maßnahmen nur über eine andere Institution zugänglich; das entspricht 61 %. Diese Ergebnisse zeigen, dass tatsächlich bei Maßnahmen, die auf eine Transition auf den Arbeitsmarkt abzielen, der Zugang stark von anderen Institutionen geregelt wird.

Im Zuge der Datenerhebung wurde deutlich, dass einige Institutionen und Organisationen eine zentrale Rolle bezüglich des Angebots für Jugendliche mit NEET-Status bzw. hinsichtlich des Zugangs zu diesen Maßnahmen einnehmen. Diese Institutionen werden im Folgenden im Detail dargestellt.

Tabelle 28: Häufigkeiten der Institutionen, die den Zugang regeln

Institutionen	Anzahl der Angaben (N=452)		Anteil der Fälle (N=665)
	N	Prozent	Prozent
ADEM	64	23,5 %	9,6 %
ONE	32	11,8 %	4,8 %
Schule, Maison Relais, SEPAS	30	11 %	4,5 %
Sozialarbeiter*innen/assistants sociaux	28	10,3 %	4,2 %
Jugendgericht, SCAS	17	6,3 %	2,6 %
Office Social	16	5,9 %	2,4 %
Jugendhaus	14	5,1 %	2,1 %
ONIS	13	4,8 %	2 %
Betreutes Wohnen, Frauenhaus, Flüchtlingsunterkunft	12	4,4 %	1,8 %
Arzt, Facharzt, Hebamme, Krankenhaus; Psychiatrie	11	4 %	1,7 %
Zugang nur für Mitglieder oder Teilnehmer*innen einer übergeordneten Maßnahme (z.B. Heimbewohner*innen)	11	4 %	1,7 %
Polizei, Gericht bzw. Staatsanwaltschaft	8	2,9 %	1,2 %
ONA	5	1,8 %	0,8 %
SNJ	4	1,5 %	0,6 %
Centre de compétences	3	1,1 %	0,5 %
Fonds National de Solidarité	3	1,1 %	0,5 %
Andere Institution	1	0,4 %	0,2 %
Total	272	100 %	40,9 %

Die erhobenen Maßnahmen haben teils sehr unterschiedliche Zugänge. Während einige Angebote niederschwellig angelegt und somit direkt zugänglich sind, wird der Zugang bei anderen durch übergeordnete Institutionen geregelt. Im letzteren Fall muss also in der Regel ein Antrag oder Ähnliches bei einer dieser Institutionen gestellt werden, bevor eine Teilnahme an der Maßnahme möglich ist. In manchen Fällen obliegt es somit übergeordneten Strukturen, zu entscheiden, an welcher Maßnahme eine Person teilnehmen soll oder kann. In anderen Fällen ist der Zugang zu einer Maßnahme zwar auch direkt möglich, übergeordnete Institutionen vermitteln aber zusätzlich Teilnehmer*innen oder es kann die Finanzierung der Teilnahme bei diesen Strukturen beantragt werden.

Schulen, Maisons Relais und Jugendhäuser nehmen eine wichtige Rolle ein, insofern es eine Vielzahl von Maßnahmen gibt, die aufsuchend in diesen Institutionen tätig sind. Das bedeutet, dass diese Maßnahmen nicht individuell zugänglich sind, sondern der Zugang nur durch diese „zwischengeschalteten“ Institutionen möglich ist. Ähnliches gilt für betreute Wohnstrukturen, Frauenhäuser und Flüchtlingsunterkünfte. Eine Reihe von Maßnahmen operiert auch hier aufsuchend in diesen Einrichtungen. Gleichzeitig gibt es Maßnahmen, die von den Trägern dieser Wohnstrukturen angeboten werden und die ausschließlich für die Bewohner*innen zugänglich sind. Schließlich finden sich vor allem bei Maßnahmen mit Zielen im gesundheits- und beeinträchtigungsbezogenen Bereich einige Angebote, die nur nach medizinischer Indikation bzw. mit ärztlichem Attest zugänglich sind. Hier regelt also medizinisches Fachpersonal indirekt den Zugang zu den Maßnahmen.

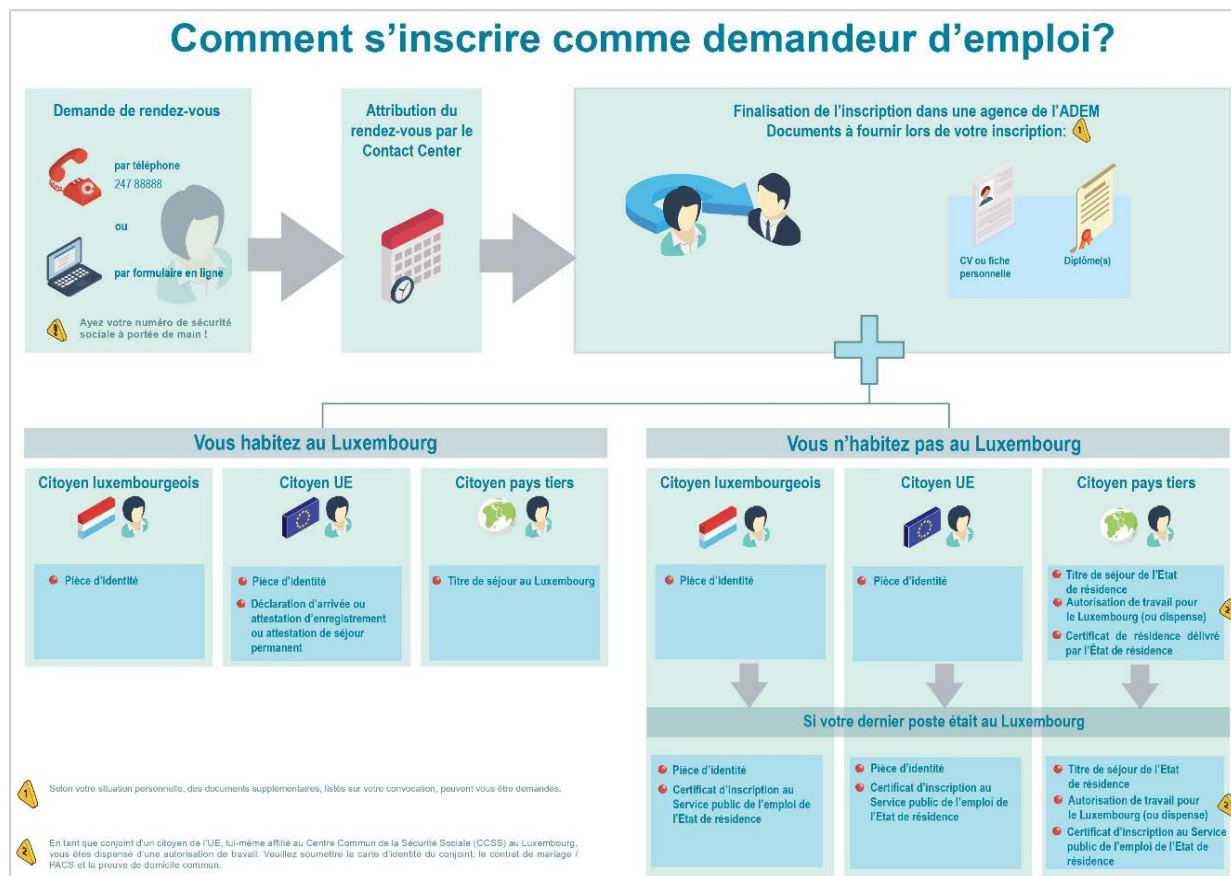
Bei den Organisationen, die formal den Zugang regeln, lassen sich jedoch noch weitere Hauptakteure identifizieren:

a) *Agence pour le Développement de l'Emploi (ADEM)*

Die nationale Arbeitsagentur (ADEM), die bereits detailliert in Kapitel 4.2 beschrieben wurde, regelt Zugänge zu verschiedenen Maßnahmen im Bereich der Weiterbildung, der beruflichen Orientierung und der Vermittlung auf den Arbeitsmarkt. Hierzu zählen sowohl die Maßnahmen, die von der ADEM direkt angeboten werden als auch Maßnahmen von kooperierenden Anbietern. Bei vielen dieser Maßnahmen ist es zwingend notwendig, dass die Teilnehmer*innen bei der ADEM als arbeitsuchend gemeldet sind.

Wie die folgende Grafik zeigt, ist ein Erstkontakt mit der ADEM recht unkompliziert per Telefon oder Onlineformular möglich, woraufhin eine Terminvergabe zur Arbeitsuchendmeldung vor Ort stattfindet.

Abbildung 13: Comment s'inscrire comme demandeur d'emploi? (ADEM) (Le Gouvernement du Grand-Duché du Luxembourg, 2022)

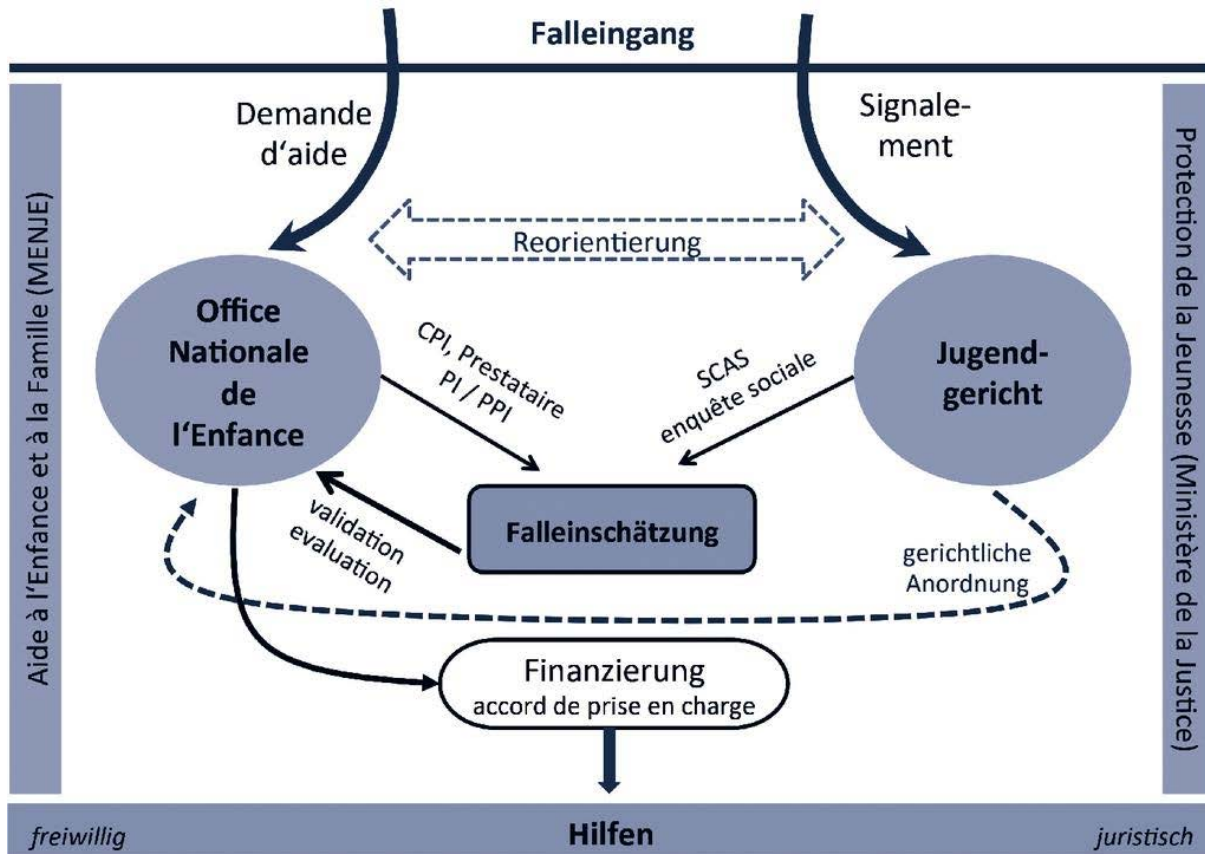


b) Office National de l'Enfance (ONE) und Jugendgericht

Das luxemburgische Jugendamt ONE und das Jugendgericht sind zuständig für den Zugang zu Maßnahmen der Kinder- und Familienhilfe. Das Anmelden von Schutzbedarf beim ONE, dem Jugendgericht oder der Staatsanwaltschaft kann durch den betroffenen jungen Menschen selbst, durch gesetzliche Vertreter, durch Familienmitglieder oder durch Professionelle erfolgen (Jäger & Peters, 2017). Dazu wird entweder ein Formular zur Beantragung beim ONE genutzt oder aber Professionelle, die bereits in den entsprechenden Fall involviert sind, stellen eine „Proposition de Projet d'Intervention“ (siehe ebd.). Hilfesuche können auch mittels eines formlosen Schreibens direkt beim Jugendgericht eingereicht werden, das sogenannte „Signalement“ (ebd.). ONE und Jugendgericht können die jeweiligen Anfragen nach Prüfung gegebenenfalls umorientieren, d.h. entsprechend an die jeweils andere Institution weiterleiten. Die Falleinschätzungen werden durch die *Enquête sociale des Service Central d'Assistance Sociale* (SCAS, beim Jugendgericht angesiedelt) und/oder das *Projet d'Intervention* (beim ONE angesiedelt) vorgenommen. Für die

Finanzierung der Maßnahmen ist das ONE zuständig. Die folgende Grafik veranschaulicht die möglichen Zugänge im Bereich der Kinder- und Familienhilfe:

Abbildung 14: Zugang zu Maßnahmen der Kinder- und Familienhilfe (Jäger & Peters, 2017, S. 36)



c) Sozialämter (*Offices sociaux*)

Die Sozialämter des Landes, die teils direkt von den Gemeinden und teils vom Croix-Rouge geführt werden, sind für die Bewilligung von Sozialhilfe zuständig. Hierzu gehören direkte finanzielle Leistungen, aber auch der Zugang zu vergünstigten Angeboten, beispielsweise Gutscheine bzw. Bescheinigungen für den Einkauf in Sozialläden und Kleiderstuben. Die Sozialhilfe bzw. etwaige Bescheinigungen und Berechtigungen werden direkt bei dem für den jeweiligen Wohnsitz zuständigen Sozialamt beantragt. Bei der Beantragung ist es auch möglich, auf Hilfestellungen von Sozialarbeiter*innen der Sozialämter oder von anderen Trägern zurück zu greifen.

d) Jugendhäuser

Jugendhäuser zeichnen sich durch einen besonders niederschweligen Zugang aus. Das bedeutet, dass sie für alle Jugendlichen zwischen 12 und 26 Jahren offen sind. In den Jugendhäusern unterstützen Sozial- und Jugendarbeiter*innen Jugendliche in unterschiedlichen Bereichen ihres Lebens. Ziel dabei ist es unter anderem, Jugendliche, die gefährdet sind, in einen NEET-Status zu geraten, nachhaltig zu unterstützen. In solchen Fällen werden zahlreiche niederschwellige Hilfen angeboten (z.B. Kontakt zur ADEM, Vermittlung in Maßnahmen, Erstellen eines Lebenslaufes, Gespräche mit Vertrauenspersonen usw.). Jugendzentren sind demnach sehr wichtige Einrichtungen und Ansprechpartner für Jugendliche mit einem problematischen NEET-Status. Aus diesem Grund wurden alle in Luxemburg registrierten Jugendzentren kontaktiert. Unterstützungsleistungen für Jugendliche mit einem problematischen NEET-Status wurden unter der Maßnahme „Projet de vie“ subsumiert, als Organisation wurden alle Jugendzentren innerhalb Luxemburgs angeführt. Zudem wurden die einzelnen Jugendzentren dazu befragt, welche Maßnahmen in diesem Bereich sie zusätzlich regelmäßig anbieten. Neben der sozialen Arbeit, die von den Jugendarbeiter*innen innerhalb des Jugendzentrums angeboten wird, bieten auch externe Einrichtungen in regelmäßigen Abständen Maßnahmen in den Jugendhäusern an. In solchen Fällen wurde das Jugendhaus als diejenige Institution angegeben, die den Zugang zu den besagten Maßnahmen regelt. Zu den Maßnahmen, die in Jugendhäusern von externen Anbietern durchgeführt werden, gehören vor allem Workshops zum Anti-Gewalt-Training, Sexualpädagogik und Genderarbeit sowie verschiedene Angebote, um die (arbeitsmarktbezogenen) Kompetenzen der Jugendlichen zu eruieren bzw. zu verbessern.

4.6.10 Zertifikate

Mittels der standardisierten Befragungen wurde erhoben, welche und wie viele Maßnahmen Zertifikate vergeben. Darüber hinaus wurde festgestellt, um welche Art von Zertifikat es sich handelt. Unterschieden wurde dabei zwischen Zertifikaten, die eine arbeitsmarktrelevante Zusatzqualifikation bestätigen, und solchen, die andere Zwecke verfolgen (z.B. die Stärkung des Selbstbewusstseins der Teilnehmer*innen). Unter arbeitsmarktrelevanten Zusatzqualifikationen wurden solche verstanden, die über die Qualifikationen, die in einer Berufsausbildung o.Ä. erworben werden, hinausgehen und einen unmittelbaren Nutzen auf dem Arbeitsmarkt bieten. Dazu gehören z.B. Computerfähigkeiten, Fremdsprachenzertifikate und Soft Skills (wie etwa Präsentations- und Kommunikationsfähigkeiten).

Insgesamt wurden bei 143 der insgesamt 665 Maßnahmen arbeitsmarktrelevante Zertifikate ermittelt; das entspricht 21,7 % aller erhobenen Maßnahmen. 139 Zertifikate (97,2 % aller Zertifikate) werden in Maßnahmen vergeben, die ein bildungs-, ausbildungs- oder berufsbezogenes Ziel verfolgen. 3 Zertifikate finden sich bei Maßnahmen, die auf die Integration von Migrant*innen abzielen (Integrationskurse). 1 Zertifikat ist einer Maßnahme zuzuordnen, die im Bereich des freiwilligen Engagements zu verorten ist. Es handelt sich dabei um den International Award for Young People, der als aktivierende Maßnahme für junge Menschen in der Datenbank erfasst wurde. Obwohl die Inhalte nicht direkt arbeitsmarktbezogen sind, erwerben die Teilnehmenden dennoch wichtige Soft Skills, die für das spätere Berufsleben relevant sind. Aus diesem Grund wurde das entsprechende Zertifikat als arbeitsmarktrelevant eingestuft.

Wie bereits erwähnt findet sich der Großteil der Zertifikate im Bereich der bildungs-, ausbildungs- und arbeitsmarktbezogenen Ziele. Insgesamt wurden in 263 Maßnahmen Ziele in diesem Bereich angegeben. Somit lässt sich feststellen, dass 52,9 % der Maßnahmen, die auf Ziele in diesem Bereich fokussiert sind, Zertifikate vergeben. In der folgenden Tabelle wird dargestellt, wie sich die betreffenden Maßnahmen innerhalb der Kategorie verteilen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es hier (wie bei fast allen Maßnahmen) zu Mehrfachnennungen kam.

Tabelle 29: Häufigkeiten der Unterziele – Maßnahmen, die Zertifikate vergeben

Unterziele	Anzahl der Angaben (N=267)		Anteil der Fälle (N=665)
	N	Prozent	Prozent
Vermittlung erster praktischer Erfahrungen auf dem/für den Arbeitsmarkt (z.B. Ateliers, Praktika, Freiwilligendienste, ...)	66	24,7 %	9,9 %
Orientierungshilfe und Beratung bei Schulabbruch, Arbeitssuche und Selbstständigkeit	53	19,9 %	8 %
Vermittlung von Zusatzqualifikationen und Vertiefung von bereits vorhandenem fachspezifischem Wissen	46	17,2 %	6,9 %
Stärkung arbeitsmarktbezogener Kompetenzen (z.B. Bewerbungstraining; Verhalten am Arbeitsplatz, Soft Skills)	41	15,4 %	6,2 %
Spracherwerb bzw. Stärkung der Sprachkompetenzen	34	12,7 %	5,1 %
Erwerb und Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Zertifizierung von Fähigkeiten	18	6,7 %	2,7 %
Unterstützung von Jugendlichen mit geringen kognitiven Fähigkeiten	6	2,2 %	0,9 %
Hilfestellungen bei Lernschwierigkeiten (z.B. Dyslexie und Dyskalkulie) und anderweitigen Problemen in der Schule	3	1,1 %	0,5 %
Total	267	100 %	40,2 %

4.7 Einschätzungen zum Nutzen des Kataloges

Der geplante Katalog wurde von den interviewten Sozialarbeiter*innen allgemein als sinnvoll und nützlich erachtet. Dabei wurde vor allem hervorgehoben, dass ein Maßnahmenkatalog das Potential besitzt, Wissen zu verstetigen und die Vernetzung zwischen den Akteuren im sozialen Sektor zu fördern. Darüber hinaus wurde der Nutzen des Kataloges für Berufsanfänger*innen betont. Zudem gaben einige der Befragten an, dass sie zwar bereits einen relativ guten Überblick über die Maßnahmen in ihrem eigenen Bereich oder ihrer eigenen Region besäßen, jedoch kaum Wissen über Angebote und Strukturen in anderen Regionen oder anderen sozialen Bereichen hätten. Ein Maßnahmenkatalog könnte hier Abhilfe schaffen.

B2: „Wenn es ein Angebot gibt und ich habe zu dem Zeitpunkt keinen Jugendlichen, den ich sofort dahin schicken könnte, dann vergisst man das mit der Zeit auch wieder. Man muss sich immer wieder Sachen in Erinnerung rufen (...) und es ist schon sinnvoll, wenn man da was hat, wo man schauen kann.“ (CMN-08)

B: „Ech erkennen et och bei mir, datt et sou vill Projeten, Initiativen am Land ginn, datt ech lo net den Iwwerbléck hunn. Och wann dat lo net den Fokus a menger Aarbecht ass, misst ech awer e gudden Iwwerbléck hunn an et entdeckt een ëmmer nei Projeten, ëmmer nei Strukturen, déi Saachen maache, wou een nach net wousst oder wou een nach näischt héieren huet. An dat ass ëmmer schued, well mer wierklech een op den aneren ugewisen sinn, fir sou Aarbechten ze maachen, virun allem wann et em schwéier erreechbar Populatiounen geet an do kéinte mer – ech weess datt mer net alleguer kënnen zesumme schaffen, mee wann een d'Synergien lues ähm lues opbaut tëschent deene Saachen, déi et ginn, dann erreecht een och eppes wat méi unhält. Soss ass een ëmmer op sou punktuell Aktiounen ugewisen an et weess een net wierklech, op dat lo unhält an op do e Suivi ass an op och een wou een orientéiert, op deen och wierklech do ukënnt, wou e soll ukommen, dat weess een och net. (...) Also fir d'éischt muss ee mol gutt informéiert sinn iwwert déi Saachen an bei der Populatioun ass et jo och wierklech, datt Demanden kënnen vun A bis Z goen an dat heescht, et ass een quasi drop ugewisen och vun A bis Z alles ze wëssen, wéi d'Saachen organiséiert sinn am Land an wat et alles gëtt, soss kann een se jo net verweisen oder informéieren. An voilà dat ass wierklech eng Erausforderung do up-to-date ze bleiwen. An wann een do sou Tools hätt, wou schonn eng Viraarbecht gemaach wier – et ass jo och just een éischte Schratt (...) e Referenzblock ze hunn, um Pabeier oder digital, dat wär scho super.“ (CMN-09)

Die Interviewten gaben durchweg an, dass sie den Katalog in einer digitalen bzw. mobilen Version bevorzugten. Ein Katalog in Buch- oder Broschürenform wurde als wenig sinnvoll erachtet, da die

enthaltenen Informationen zu schnell veralteten. Betont wurde auch, dass der Katalog eine Suchfunktion haben sollte, in die Schlagwörter eingegeben werden können. Allgemein sollte der Katalog simpel gehalten werden und nur die wichtigsten Informationen beinhalten, damit die Übersichtlichkeit gewährleistet bleibt. Selbiges wurde bei der Fokusgruppe betont. Es ist also zentral, dass der Katalog übersichtlich gestaltet und gut strukturiert ist. Den Sozial- und Jugendarbeiter*innen soll ein Tool vermittelt werden, das ihre Arbeit erheblich erleichtert.

Laut den Befragten sollte ein Katalog unbedingt die folgenden Informationen enthalten:

- Maßnahmen für Jugendliche mit multiplen Problemlagen und Bedürfnissen
- Zugangsbedingungen
- Standorte
- Alter
- Kontaktperson oder Kontaktstelle
- Träger der Maßnahme
- Ziele und Schwerpunkte sowie eine Kurzbeschreibung des Angebots

Ebenso wie bei den Expert*innengesprächen wurde in der Fokusgruppe der Katalog sehr positiv bewertet. Insbesondere die wissenschaftliche Vorgehensweise und die Art der Erhebung der Maßnahmen wurden positiv aufgenommen.

Der Katalog in seiner derzeitigen Form solle nur Professionellen aus dem Feld und nicht Jugendlichen bzw. deren Eltern zugänglich gemacht werden. Argumente dafür sind, dass Jugendliche nicht selbst abschätzen können, welche Maßnahmen für sie passend sind. Ein Katalog könne demnach nicht die Arbeit von Sozial- und Jugendarbeiter*innen ersetzen. Zudem könne ein Katalog in dieser Form Frustration bei Jugendlichen hervorrufen, da sie durch restriktive Zugänge möglicherweise nicht in die gewünschte Maßnahme aufgenommen würden. Ferner bestünde die Gefahr, dass Maßnahmenanbieter zu viele Anfragen bekämen und Jugendliche daraufhin abweisen müssten.

„(...) und das soll es ja nicht sein, dass dann die Organisationen überlaufen werden, weil sie jetzt plötzlich sichtbar sind mit ihrem Angebot, deshalb wäre es ganz gut, wenn dabei steht, wie der Zugang ist.“ (FG-04)

Der Katalog dürfe nicht als „Selbstbedienungskatalog“ gehandhabt werden.

„... das soll ja nicht bißchen so wie booking.com irgendwann einmal werden, dass die Leute da kommen, oh, das gefällt mir aber sehr, dort sieht es noch besser aus, als bei dem. Na ... da muss man sehr aufpassen und ein Gleichgewicht zwischen einem Angebot zu machen was Sinn macht.“ (FG-07)

Jugendliche können sich größtenteils nicht selber aussuchen, zu welcher Maßnahme sie vermittelt werden. In den meisten Fällen werden die Jugendlichen zu großen Organisationen vermittelt, die sie dann evaluieren und in ihre jeweiligen Maßnahmen weiterleiten. Das heißt, dass für Jugendliche die Anlaufstellen (Organisationen) relevanter sind als die Maßnahmen selbst. Dabei kann es sich bei den jeweiligen Anlaufstellen sowohl um die Träger der Maßnahme als auch um externe Institutionen handeln.

Im Zuge der Fokusgruppe wurde die Idee entwickelt, zwei verschiedene Kataloge zur Verfügung zu stellen: einen für Jugendliche (der nur die relevanten Institutionen bzw. Anlaufstellen enthält) und einen für Professionelle (der auch als Plattform genutzt werden sollte).

Für einen Katalog, der direkt die Zielgruppe ansprechen soll, ist es wichtig, nochmals ins Feld zu gehen und Gespräche mit Jugendlichen zu führen. Das bedeutet, dass die Perspektive der Betroffenen selbst eingearbeitet werden sollte. Es geht nicht nur um eine jugendgerechte Aufbereitung des Kataloges, sondern auch darum, den konkreten Anforderungen der betroffenen Jugendlichen mit einem problematischen NEET-Status gerecht zu werden.

„Ich finde das einfach ein bisschen ... also es wäre wahrscheinlich interessant, wenn wir denken wir haben ... wir machen einen Maßnahmen ... einen Katalog für Jugendliche ... dann fände ich interessant, die Jugendlichen zu fragen, was sie eigentlich brauchen, und was für eine Information, was für eigentliche Information brauchen sie, brauchen sie eine Liste nur ... ist vielleicht nicht so interessant, vielleicht mehr als eine Liste, also das fände ich wirklich interessant.“ (FG-05)

Ferner soll ein Katalog für Jugendliche und deren Eltern sprachlich deutlich vereinfacht werden. Nach Einschätzung der Teilnehmer*innen der Fokusgruppe ist die jetzige Terminologie für diese Zielgruppe selbst viel zu kompliziert aufgebaut und sprachlich formuliert. Die Formulierung der Ziele beispielsweise wurde als sehr sperrig bewertet. Es bestand die Vermutung, dass Jugendliche sich hier keine genaue Vorstellung davon machen könnten, was in der Maßnahme jeweils konkret geschieht. Ein Katalog für Jugendliche soll sprachlich wesentlich niederschwelliger sein als der Katalog in seiner derzeitigen Form.

„Ich glaube, das Sinnvollste wäre ein ganz basales App und irgendwo etwas Einfaches zu machen, was auf dem Handy ... wo ich Telefonnummern finde, Adressen wo ich Hilfe, Beratung ...“ (FG-07)

„... mit Schlagwörtern.“ (FG-04)

„Ja genau, mit Farben einfach, Grün ist für Wohnen, Rot ist für das, Blau ist für das. Das war so eine Grundidee, wo mir im Kopf geschwant hat, was einfach sehr visuell, sehr einfach gestrickt, also nach KISS-Methode, also keep it simple and stupid, also ganz einfach, jeder sollte es verstehen, der einfachste Jugendliche soll es irgendwo mitbekommen. Ja und das, glaub ich, wäre das Ziel für diese Zielgruppe an sich.“ (FG-07)

Im Zuge der Fokusgruppe wurden auch einige Graubereiche wie beispielsweise Sportvereine, Freizeitangebote, Therapeuten/Psychologen, Schulen usw. identifiziert.

(...) fannen ech, well wanns de lo kucks, datt 85 % vun de Jugendlechen an England an engem Sportveräin sinn, ass et eng logesch Folleg, datt déi och missten do dra sinn. (FG-07)

Es ist nicht zu leugnen, dass ein Katalog, der in der hier beschriebenen Form entwickelt wurde, keine klare Trennung zwischen den einzelnen Maßnahmen ziehen kann. Jede Angebotsform wurde nach den vorab formulierten Maßnahmenkriterien evaluiert und entsprechend in die Homepage und die Datenbank eingepflegt. Dadurch konnten die identifizierten Graubereiche zwar nicht nivelliert, aber nachvollziehbar gemacht werden.

Es wurden aber im Rahmen der Fokusgruppe auch Fälle genannt, die gemäß einigen Teilnehmer*innen nicht in den Katalog aufgenommen werden sollten. Beispielhaft sei hier das House of Training genannt; dessen Angebote wurden als zu spezifisch und nicht adäquat für die Zielgruppe der Jugendlichen mit einem problematischen NEET-Status bezeichnet. Viel eher handle es sich um Maßnahmen für aktive Arbeitnehmer*innen. Weiterbildungen dieser Art sind dem „Lifelong-Learning Portal“ zu entnehmen³ und so wurde vorgeschlagen, dieses Portal stellvertretend für alle Weiterbildungsmaßnahmen für Arbeitnehmer*innen im Katalog anzuführen. Die Anregungen aus der Fokusgruppe wurden geprüft und es wurde entschieden, das House of Training dennoch als eigenen Maßnahmenanbieter in die Datenbank aufzunehmen. Grund dafür ist, dass die Weiterbildungen, die hier angeboten werden, sich zwar – wie von der Fokusgruppe richtig eingeschätzt – zu einem großen Teil an Arbeitnehmer*innen richten, die Weiterbildungen aber auch unabhängig von einem bestehenden Arbeitsverhältnis gebucht

³ <https://www.lifelong-learning.lu>

werden können. Somit fallen die Maßnahmen des House of Training auch in den Bereich der Vorbeugung bzw. Behebung von prekären Arbeitsverhältnissen, welche wiederum ein hohes Risiko bergen, in einen NEET-Status (zurück) zu fallen. Da die Maßnahmen wie bereits erwähnt aber eher selten in diesem Sinne genutzt werden, sind sie als „Maßnahmen im Graubereich“ einzuschätzen. Dementsprechend wurde hier sehr stark zusammengefasst. Alle Weiterbildungen und sonstigen Angebote erscheinen folglich als eine einzige Maßnahme in der Datenbank (siehe hierzu auch Kapitel 4.2).

Nach Ansicht von Teilnehmer*innen unterschiedlicher Organisationen sollten auch die Lycées in den Katalog aufgenommen werden. Diese hätten eine sehr wichtige Funktion, wenn es darum geht, vorzeitigen Schulabbrüchen vorzubeugen. Sie könnten die Jugendlichen noch rechtzeitig abfangen bzw. Hilfestellungen in diversen Bereichen bieten. Zudem sind schließlich auch Internate sowie Angebote der Universität in den Katalog aufgenommen. Obwohl es sich hierbei um einen berechtigten Einwand aus der Fokusgruppe handelt, wurde die Vorgehensweise beibehalten. Schulen als Bestandteil des formalen Bildungssystems wurden ebenso wenig in die Datenbank aufgenommen wie Ausbildungsplätze oder Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt. Dies liegt in der spezifischen Perspektive des Forschungsprojektes begründet: Die Fragestellung bezieht sich auf die Transition junger Menschen zwischen formalem Bildungssystem (Schule, Universität, Ausbildung) und dem ersten Arbeitsmarkt. Als Maßnahmen angesehen werden hier deshalb nur solche Angebote, die zusätzlich und unterstützend wirken, um diese Transition erfolgreich zu gestalten. Somit fallen Schulen, Universitäten, Ausbildungs- und Arbeitsplätze als Maßnahmen aus der Datenbank heraus. Internate wurden aufgenommen, weil sie unterstützende Maßnahmen anbieten, die über das Angebot der Regelschule hinausgehen. Ähnlich verhält es sich bei den Angeboten der Universität: Normale Studiengänge fallen nicht in den Datenbereich; zusätzliche Angebote, die sich explizit auf einen oder mehrere der formulierten Risikofaktoren beziehen, werden jedoch berücksichtigt.

Positiv wurde angemerkt, dass der Katalog Chancen zur besseren Vernetzung der Institutionen im Jugendbereich bzw. im sozialen Bereich allgemein biete – für eine Einrichtung sei es sehr wichtig, die Angebote der anderen Institutionen zu kennen. Der Katalog könne zudem hilfreich für eine Netzwerkarbeit zwischen den Institutionen sein. Das bedeutet, dass Professionelle aus dem Feld die Möglichkeit haben sollten, den Katalog ebenfalls mit Informationen zu speisen. Diese Informationen sollten dabei nicht nur die eigene(n) Maßnahme(n) betreffen, sondern auch neue Maßnahmen, die der Allgemeinheit noch nicht bekannt sind. In diesem Sinne entstehe eine

Synergie von Informationen, die den Katalog zu einer sich permanent aktualisierenden und an die gesellschaftlichen Situationen anpassenden Plattform entwickle.

„Ich würde es schön finden, für die Weiterführung des Kataloges, dass man sich vielleicht eine Funktion überlegt oder einbaut, wo man sagt, ok die Professionellen dürfen das auch speisen ... weil die haben ja auch ganz viele Informationen. Also wenn ich jetzt ... bei der ALJ zum Beispiel müssen sie jetzt ständig updaten, was gibt es Neues. Ich meine, das ist für andere Institutionen nicht anders ... und dann mit den Daten ... jemand kontrolliert das nochmal und dann wird es irgendwo freigeschaltet über den Katalog.“ (FG-01)

Ein*e Teilnehmer*in der Fokusgruppe, die einer größeren gemeinnützigen Organisation (asbl) angehört, berichtete zudem, dass viele Mitarbeiter*innen die vielfältigen Angebote ihrer eigenen Einrichtung nicht kennen. Auch in einem solchen Fall wäre ein umfassender Katalog sehr hilfreich.

„In unserer Selbstorganisation wissen wir nicht immer, was die verschiedenen Teile von unserer Organisation machen. Für mich brauchen wir einen zentralen Punkt, wo die Leute vielleicht ein bisschen mehr Kenntnisse haben von alledem, und da kannst du dann reingehen (...).“ (FG-05)

Allgemeiner Konsens der Fokusgruppe war, dass Angebote der ADEM unbedingt in einem Katalog für Professionelle enthalten sein sollten; auf lange Sicht sollte es das Ziel sein, diese zu integrieren.

Mitarbeiter*innen einer der größten sozialen Organisationen des Landes haben folgende Gründe erhoben, die ausschlaggebend für einen NEET-Status sind: Drogen, Alkohol, Motivation, Gefängnis, fehlende Kompetenzen, psychische Krankheiten, Ausschluss und Bettverlust (in einer Wohnstruktur). Diese genannten Risikofaktoren decken sich sehr gut mit den für den Katalog formulierten Risikofaktoren und bestätigten das wissenschaftliche Vorgehen. Zudem wurde es von Teilnehmer*innen als typisch für Jugendliche mit einem problematischen NEET-Status bezeichnet, eine Arbeitsstelle anzunehmen und diese nach einer Woche wieder zu verlieren (Stichwort: „Stammklientel“). In dem Katalog wurde dieser Gruppe begegnet, indem auch Maßnahmen für Personen, die Gefahr laufen (wieder) in einen NEET-Status zu geraten, aufgenommen wurden.

5 REFLEXION DES FORSCHUNGSPROZESSES

Am Beginn des Forschungsprozesses stand der Forschungsauftrag, einen Katalog für Jugendliche mit NEET-Status zu erstellen. Schon früh zeigte sich, dass eine intensive explorative Phase vonnöten ist, um den NEET-Begriff genauer zu definieren und für das Forschungsvorhaben greifbar zu machen. In diesem Kapitel werden noch einmal jene Punkte zusammengefasst, mit denen das Forschungsteam im Laufe des Prozesses konfrontiert war und die einer eingehenden Reflexion bedürfen. Dabei soll nicht nur der Forschungsverlauf nachvollziehbar dargestellt werden, sondern auch bewusst auf die identifizierten Spannungsfelder hingewiesen werden. Der Katalog, der aktuell als Datensatz verfügbar ist, stellt das eigentliche Destillat der Forschungsarbeit dar. Die Studie, in der die qualitativen und quantitativen Ergebnisse zusammengefügt, ausgewertet und einander gegenübergestellt werden, ermöglicht es, auf jene Bereiche hinzuweisen, in denen Unklarheiten, Graubereiche und Spannungsfelder auftreten. Genau diese zeichnen eine intensive Auseinandersetzung mit der Thematik aus, denn so heterogen die Zielgruppe der Jugendlichen mit einem NEET-Status ist, so heterogen sind auch die Maßnahmen, die für diese Gruppe relevant sind, und desto herausfordernder ist es, diese in einem Katalog zusammenzufügen und darzustellen.

Im letzten Abschnitt „Ausblick und weiterer Forschungsbedarf“ wird deutlich, dass dieses Themenfeld bei Weitem noch nicht vollständig erschlossen ist und weitere Studien aufbauend auf den hier dargestellten Ergebnissen durchgeführt werden können.

5.1 Darstellung von Spannungsfeldern

In diesem Kapitel werden die zentralen Spannungsfelder, die sich im Zuge des Forschungsprozesses ergeben haben, zusammenfassend dargestellt und einer kritischen Reflexion unterzogen. Allgemein muss darauf hingewiesen werden, dass die Ergebnisse der Datenanalyse zu den Angeboten in verschiedenen sozialen Bereichen lediglich Tendenzen aufzeigen können. Bei der Datenerhebung wurde aufgrund des konkreten Forschungsauftrags eine sehr spezifische Zielgruppe zugrunde gelegt, sodass sich die quantitativen Ergebnisse nicht ohne Weiteres verallgemeinern lassen. Dennoch bieten die dargestellten Daten einen sehr guten ersten Anhaltspunkt, um potentielle Problemlagen bezüglich der Maßnahmenlandschaft in Luxemburg zu identifizieren. In jedem Fall empfiehlt es sich, hierzu noch weitere vertiefende Studien durchzuführen.

Der NEET-Begriff: Sowohl in der gesichteten wissenschaftlichen Literatur als auch im Zuge der Expert*innengespräche wurde das Akronym NEET kritisch hinterfragt und ein vorsichtiger Umgang mit dem Term nahegelegt. Zum einen handelt es sich um einen stark etikettierenden Begriff, der nicht auf die Heterogenität der Zielgruppe eingeht. Zum anderen können durch die Fixierung auf eine erfolgreiche und baldige Transition auf den Arbeitsmarkt bzw. eine (Wieder-)Eingliederung in das Bildungssystem vorgeschaltete Probleme (wie beispielsweise Depressionen, finanzielle Notlagen, familiäre Verpflichtungen usw.) übersehen werden. Bereits zu Beginn der Forschungsarbeit wurde ein adäquater Weg gesucht, um mit diesem Problem umzugehen. Aus diesem Grund fand eine ganz bewusste Erweiterung des NEET-Begriffs statt. Anstatt nur Maßnahmen in den Blick zu nehmen, die auf eine erfolgreiche Transition auf den Arbeitsmarkt bzw. eine erfolgreiche (Rück-)Führung ins Bildungssystem abzielen, wurden zunächst Risikofaktoren identifiziert, die für einen problematischen NEET-Status (mit)verantwortlich sein können. In einem zweiten Schritt wurden landesweit alle Angebote und Maßnahmen identifiziert, die genau bei diesen Risikofaktoren ansetzen. Durch dieses Vorgehen entstand ein Katalog, der sehr weit gefasst ist und daher weit mehr Maßnahmen und Angebote abbildet als die anfangs erwarteten 300. Im Gegensatz zu dem hier verfolgten Ansatz bezüglich der NEET-Terminologie und der entsprechenden Maßnahmen wäre es auch denkbar gewesen, lediglich auf die (Wieder-)Eingliederung ins Bildungssystem bzw. in den Arbeits- oder Ausbildungsmarkt zu fokussieren. Bei einer derartigen Herangehensweise wären dann nur Maßnahmen relevant gewesen, die sich auf bildungs-, ausbildungs- oder arbeitsmarktbezogene Ziele beziehen. Werden lediglich diejenigen Maßnahmen betrachtet, die einem oder mehreren Unterzielen dieser Kategorie zugeordnet werden können, bestätigt sich die initiale Einschätzung hinsichtlich der Anzahl zu erhebender Maßnahmen: Insgesamt können hier 263 Maßnahmen identifiziert werden, die 39,5 % aller erhobenen Maßnahmen ausmachen. Wie bereits dargelegt sprechen alle Ergebnisse der qualitativen Erhebung dafür, den NEET-Begriff weiter zu fassen und auch diejenigen Problemlagen aus anderen Bereichen zu berücksichtigen, die eine erfolgreiche Transition auf den Bildungs- bzw. Arbeitsmarkt verhindern. Aus dieser Perspektive betrachtet liegt hierin eine Stärke des vorliegenden Kataloges, da er erstmals erlaubt, Problemlagen verschiedenster Art miteinander in Relation zu setzen. Durch die Aufteilung der Unterziele in die 5 Hauptkategorien bleibt es möglich, Differenzierungen vorzunehmen. Die Entscheidung für oder gegen die Aufnahme verschiedener Maßnahmen – insbesondere dann, wenn sie einem der beschriebenen Graubereiche zuzuordnen sind – wurde stets auf Grundlage intensiver Reflexionen und Diskussionen innerhalb des Forschungsteams getroffen. Sicherlich wäre eine Forschungsgruppe mit anderer personeller Besetzung teilweise zu anderen

Entscheidungen gelangt. Genau aus diesem Grund werden die Entscheidungsprozesse im vorliegenden Bericht transparent und nachvollziehbar dargestellt. So bleibt der erstellte Katalog offen und handhabbar für andere Personen bzw. Stellen, die ihn im Anschluss an das Projekt übernehmen. Bei der weiteren Bearbeitung des Kataloges können so bei Bedarf Änderungen vorgenommen und nicht aufgenommene Maßnahmen nachgetragen bzw. vorhandene Einträge wieder entfernt werden.

Qualitätskontrollen: Insbesondere im Zuge der Fokusgruppe wurde kritisch angemerkt, dass in den Katalog Maßnahmen aufgenommen werden, die nicht zertifiziert und qualitätskontrolliert sind. Dadurch könnten auch kontraproduktive Handlungen evoziert werden, beispielsweise indem Jugendliche eine Maßnahme in Anspruch nehmen, die nicht passend ist bzw. zu der es eine qualitativ bessere Alternative gäbe. Dazu ist allerdings anzumerken, dass – obschon dies bei der Datenerhebung nicht als explizites Kriterium formuliert wurde – nahezu alle erhobenen Maßnahmen von Institutionen und Vereinen angeboten werden, die mit einem oder mehreren Ministerien konventioniert sind. Da die Konventionierungen an die Einhaltung gewisser Qualitätsstandards gebunden sind, kann davon ausgegangen werden, dass die im Katalog enthaltenen Maßnahmen qualitativ hochwertig sind. Darüber hinaus kann und soll der vorgelegte Katalog die Arbeit der Sozial- und Jugendarbeiter*innen nicht ersetzen. Bezüglich der Auswahl passender Maßnahmen und der Einschätzung des jeweils individuellen Nutzens der hier erhobenen Angebote ist das Fachwissen und die professionelle Einschätzung der zuständigen Sozial- und Jugendarbeiter*innen unabdingbar.

Zielgruppe des Kataloges: Zu Beginn des Forschungsprozesses war noch unklar, an welche Zielgruppe sich der fertige Katalog richten soll. Im Laufe des Projektes wurde immer wieder zur Diskussion gestellt, ob der Katalog (auch) für die betroffenen Jugendlichen zugänglich gemacht werden soll. Maßnahmen, die konkret auf eine erfolgreiche Transition auf den Arbeitsmarkt fokussieren, sind stark über eine Einschreibung in eine externe Institution geregelt (beispielsweise die ADEM). Jugendliche mit einem NEET-Status werden in solchen Fällen von den Institutionen in eine adequate Maßnahme vermittelt und können sich diese nicht direkt aussuchen. Dieser Sachverhalt wird als Argument dafür verwendet, dass für die Betroffenen selbst ein Katalog mit allen Maßnahmen nicht sinnvoll wäre, da sie sich nicht direkt in diese einschreiben können. Für einen Katalog, der sich direkt an Jugendliche richtet, ist es zudem notwendig, nochmals ins Feld zu gehen und mit der Zielgruppe selbst Gespräche zu führen. Dabei sollte die Frage im Mittelpunkt stehen, was die Wünsche der Jugendlichen sind. Das bedeutet, dass die Perspektive der Zielgruppe selbst in den Fokus genommen werden sollte. Der

derzeitige Katalog beinhaltet die Sichtweise der Jugend- und Sozialarbeiter*innen, die Begrifflichkeiten sind der Fachliteratur und den Expert*innengesprächen entnommen und nicht jugendadäquat. Für die Verbreitung eines Kataloges in der Zielgruppe der Jugendlichen selbst muss das erarbeitete Wissen zunächst zielgruppengerecht aufbereitet werden. Als Lösungsansatz könnten zwei Kataloge entwickelt werden: Ein Katalog für die Jugendlichen und deren Angehörige, der nur die Anlaufstellen (Institutionen und Organisationen) enthält und zielgruppengerecht aufbereitet ist, und ein Katalog für Professionelle im Feld, der alle identifizierten Maßnahmen enthält. Wie in der Fokusgruppe betont wurde ist es für Sozial- und Jugendarbeiter*innen wichtig, Kenntnis darüber zu haben, welche Maßnahmen für die Zielgruppe in Luxemburg existieren, auch wenn diese nicht direkt gebucht werden können (wie beispielsweise bei der ADEM).

5.2 Ausblick und weiterer Forschungsbedarf

Die Erstellung des Kataloges stellte eine Pionierarbeit in diesem Bereich dar. Nie zuvor waren die für diese Zielgruppe relevanten Angebote und Maßnahmen systematisch erfasst worden. Dass dadurch weitere Forschungsthemen und interessante Folgefragen auftauchen, liegt auf der Hand. Im Folgenden werden weitere Themenfelder vorgestellt, die nicht direkt mit der Erstellung des Kataloges zusammenhängen, sondern vielmehr ein allgemeines Feedback zur Maßnahmenlandschaft in Luxemburg darstellen. Eventuelle Lücken in der Angebotslandschaft werden an dieser Stelle noch einmal aufgelistet. Weitere Forschungen zu diesen Bereichen wären nötig, um ein tieferes Verständnis der jeweiligen Hintergründe und Implikationen zu entwickeln.

Jugendliche mit multiplen Problemlagen: Es fehlt an Organisationen, die auf die multiplen Problematiken der Jugendlichen mit NEET-Status eingehen. Insbesondere im Rahmen der Fokusgruppe wurde erwähnt, dass Jugendliche, die über einen längeren Zeitraum einen NEET-Status aufweisen, oft mit vielen unterschiedlichen Problemen konfrontiert sind (als Beispiele wurden Drogensucht und Depression genannt). Das vorliegende Datenmaterial weist darauf hin, dass es in Luxemburg an Maßnahmen mangelt, die auf diese Facettenhaftigkeit der Problemlagen der Jugendlichen eingehen.

Jugendliche mit geringen kognitiven Fähigkeiten: Bereits in den Expert*innengesprächen wurde ein Mangel an Maßnahmen für Jugendliche mit geringen kognitiven Fähigkeiten genannt. Die Auswertung des Datensatzes bestätigt diese Annahme. Insgesamt richten sich nur 14 der 665 erhobenen Maßnahmen an kognitiv schwache Jugendliche. Insbesondere die

Sozialarbeiter*innen sehen in diesem Mangel ein großes Problem, da es für betroffene Jugendliche kaum Möglichkeiten gibt, eine adäquate Stelle auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden.

Jugendliche mit Beeinträchtigungen, langen/schweren Erkrankungen, seltenen Erkrankungen und Syndromen: Wie die Ergebnisse der Analyse (in Kapitel 4.6.7) gezeigt haben, gibt es nur wenige Maßnahmen, die sich explizit an Jugendliche mit verschiedenen Beeinträchtigungen (geistige, körperliche, psychische und/oder Sinnesbeeinträchtigungen) richten und gleichzeitig bildungs-, ausbildungs- und arbeitsmarktbezogene Ziele verfolgen. Unklar ist dabei allerdings, inwiefern die Maßnahmen aus diesem Bereich allgemein auch für Menschen mit verschiedenen Beeinträchtigungen zugänglich sind bzw. inwiefern die dort vermittelten Inhalte die Lebenssituation dieser Gruppe berücksichtigen. Hierzu müssen noch weitere Forschungen angestellt werden. Auf Grundlage der vorliegenden Daten ist aber zu vermuten, dass die Transition auf den Arbeitsmarkt für Jugendliche mit Behinderungen besondere Herausforderungen bereithält und es deshalb (zumindest teilweise) notwendig ist, hier ein spezialisiertes Maßnahmenangebot wahrzunehmen. Ähnliches gilt für Jugendliche mit chronischen und langen/schweren Erkrankungen bzw. mit seltenen Erkrankungen und Syndromen. Insgesamt konnten nur zwei Maßnahmen aus dem Bereich der bildungs-, ausbildungs- und arbeitsmarktbezogenen Ziele identifiziert werden, die sich explizit an diese Zielgruppe richten. Allerdings muss hier nachgeforscht werden, inwiefern Angebote für Menschen mit Behinderungen auch für diese Zielgruppe relevant und zugänglich sind.

Jugendliche mit Suchterkrankungen: Sowohl in den Expert*inneninterviews als auch in der Fokusgruppe wurden Jugendliche mit einer Drogenproblematik des Öfteren als Beispielgruppe für Jugendliche mit multiplen Problemlagen allgemein angeführt. Die beispielhaften Anekdoten der Expert*innen sollten dabei veranschaulichen, wie schwierig es ist, passende Maßnahmen für diese Jugendlichen zu finden. Besonders Wohnangebote für Jugendliche mit einer Drogenproblematik, so die Expert*innen, seien sehr rar. Tatsächlich bestätigen die erhobenen Daten diese Einschätzung. Insgesamt konnten nur 2 Wohnangebote für Jugendliche mit einer Suchterkrankung identifiziert werden. Auch im Bereich der bildungs-, ausbildungs- und arbeitsmarktbezogenen Ziele gibt es nur sehr wenige Maßnahmen für diese Zielgruppe. In diesem Bereich muss noch einmal vertiefend geforscht werden.

Wohnen/Wohnraum: In Luxemburg mangelt es an Wohnraum für Jugendliche. Insbesondere in den Expert*innengesprächen wurde diese Problematik immer wieder erwähnt. Die Ergebnisse des Datensatzes bestätigen dieses Bild. Jugendliche, die über kein finanzielles Kapital verfügen

und nicht arbeiten, bekommen nur sehr schwer eine eigene Wohnung oder ein Zimmer in einer Wohngemeinschaft zur Verfügung gestellt. Allerdings zeigen die Ergebnisse auch, dass die zusätzlichen Angebote und Betreuungsformen zum Thema Wohnen vielfältig sind und die Jugendlichen in unterschiedlichen Bereichen zusätzlich unterstützt werden.

Mobilität: Ein weiterer Bereich, in dem viele der befragten Expert*innen einen Mangel an Maßnahmen diagnostizierten, ist der der Verbesserung der Mobilität. Tatsächlich konnten hierzu insgesamt nur 7 Maßnahmen identifiziert werden, die sich teilweise auch nur an ganz bestimmte Zielgruppen richten (z.B. Menschen mit einer bestimmten Beeinträchtigung). Fehlende Mobilität ist vor allem für Jugendliche in ländlichen Gegenden ein großes Problem, da hier der öffentliche Verkehr teilweise nur sehr schlecht ausgebaut ist, gleichzeitig aber besonders viele Maßnahmenangebote ihre Standorte in den Ballungszentren im Zentrum und Süden des Landes haben. Hinzu kommt, dass auch Angebote des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes nur eingeschränkt wahrgenommen werden können, wenn der Transport zum Arbeits- oder Ausbildungsplatz nicht organisiert werden kann. Es bietet sich an, in diesem Bereich weitere Forschungen anzustellen, um das Ausmaß sowie die Implikationen dieser Problematik besser zu durchleuchten und Handlungsoptionen zu entwickeln.

Geographische Verteilung: Die erhobenen Maßnahmen wurden den Regionen Norden, Osten, Süden und Zentrum zugeordnet. Dabei wurde offensichtlich, dass Luxemburg sehr zentralistisch organisiert ist. An die 90 % der Maßnahmen werden unter anderen im Zentrum angeboten, aber nur 17 % im Osten. Angebote für kognitiv schwache Jugendliche werden beispielsweise im Osten überhaupt nicht angeboten. Wird dies mit der Erkenntnis verknüpft, dass es für diese Jugendlichen wenige Mobilitätsmöglichkeiten gibt bzw. Jugendliche (wie in den Expert*innengesprächen berichtet wurde) Hemmungen haben, in die Stadt Luxemburg zu fahren, dann wird deutlich, dass es zum einen zu wenig Unterstützungsmaßnahmen für diese Jugendlichen gibt und zum anderen die bestehenden Maßnahmen nur schwer erreicht werden können.

Sprachen: Die meisten der erhobenen Maßnahmen werden in mehreren Landessprachen angeboten. Allerdings gibt es auch Maßnahmen, die z.B. nur auf Französisch zugänglich sind. Darüber hinaus gibt es in verschiedenen Bereichen nur wenig Angebote in den Muttersprachen der größeren Migrant*innengruppen des Landes (vor allem Portugiesisch und Italienisch, aber auch Arabisch). Dies ist im Hinblick auf die Zielgruppe der jungen Menschen mit NEET-Status insbesondere aus dem Grund problematisch, dass fehlende Sprachkompetenzen einen wichtigen Risikofaktor darstellen. Sprachliche Hürden können den Zugang zu den Maßnahmen

erschweren. Darüber hinaus bleibt in Bezug auf die erhobenen Daten zu den Sprachen, in denen die Maßnahmen angeboten werden, unklar, inwiefern sich die Angaben auf das formale Sprachangebot der Maßnahmen bezieht – also auf die Sprachen, in denen die Maßnahme immer angeboten wird – und inwiefern hier auch informelle Sprachangebote angegeben wurden – also die Möglichkeit, etwa mit einzelnen Mitarbeiter*innen, die bestimmte Sprachen beherrschen, in diesen zu kommunizieren. Ist letzteres der Fall, ist das sprachliche Angebot stark von der jeweiligen Mitarbeiter*innenstruktur abhängig und wechselt mit dem eingestellten Personal. Hier sollte noch einmal genauer nachgeforscht und differenziert werden.

Wiederkehrender NEET-Status: Jugendliche, die immer wieder in einen NEET-Status zurückfallen, stellen eine sehr große Problematik und eine Herausforderung in der realen Sozialarbeit dar. Es fehlt an Maßnahmen für Jugendliche, die zwar erfolgreich auf den Arbeitsmarkt vermittelt wurden, aber nach nur wenigen Wochen oder Monaten wieder in einen NEET-Status zurückkehren.

Übergabe und Weiterführung des Kataloges: Der Katalog in seiner derzeitigen Form ist als Datensatz verfügbar. In diesem sind die erhobenen Maßnahmen anhand der relevanten Kriterien (Zielgruppe, Standort, Sprachen usw.) erfasst. Um den Katalog für Professionelle oder Jugendliche zugänglich zu machen, muss er nun aufbereitet und zielgruppengerecht z.B. auf einer Homepage verfügbar gemacht werden. In Kapitel 4.7 finden sich Hinweise für die Aufbereitung des Kataloges für Professionelle aus dem Feld. Allem voran wünschten sich die interviewten Expert*innen die Möglichkeit einer Schlagwortsuche, um so auch Maßnahmen für Jugendliche mit multiplen Problemlagen gezielt herausfiltern zu können. Nach Einschätzungen der Expert*innen wie auch der beteiligten Forscher*innen bietet der Katalog auch das Potential, im Feld Synergien zu erzeugen. Im Zuge der Fokusgruppe wurde der Wunsch nach einer zentralen Anlaufstelle geäußert, in der das Wissen zu den relevanten Maßnahmen gebündelt wird und bei der sich Sozial- und Jugendarbeiter*innen Informationen bzw. Beratung holen können. Diese Anlaufstelle sollte nicht nur Informationen an Professionelle weitergeben, sondern auch permanent ihr Wissen aktualisieren. Das heißt, dass ein aktiver Austausch zwischen den unterschiedlichen Akteur*innen stattfinden sollte. Eine jährliche Fokusgruppe wurde ebenfalls angedacht, um Maßnahmen zu besprechen und sich gegenseitig auszutauschen. Auch die interviewten Jugend- und Sozialarbeiter*innen sowie die Teilnehmer*innen der NEET-Konferenz des DLJ (2018) bemängelten wiederholt den fehlenden Austausch zwischen verschiedenen Maßnahmenträgern sowie eine fehlende Koordination der Maßnahmenlandschaft.

Vor diesem Hintergrund sollte die Verwaltung des Kataloges neben einer permanenten Aktualisierung der Daten auch eine Drehscheibe der Wissensvermittlung darstellen. Durch die ständige Aktualisierung des Kataloges entsteht ein profundes Wissen zur Angebotslandschaft in Luxemburg, das eine gute Basis für Netzwerkarbeit im Sozial- und Jugendbereich darstellt.

5.3 Besonderheiten der Datenbank

Die in der Datenbank enthaltenen Maßnahmen wurden zwischen Februar 2019 und April 2020 erhoben. Die enthaltenen Angaben zu den Maßnahmen entsprechen jeweils dem Stand des Erhebungszeitpunkts. Das Datum der jeweiligen Erhebung befindet sich in der ersten Spalte der Datentabelle. Besonders bei Maßnahmen, deren Erhebung weiter zurückliegt, empfiehlt es sich, vor Veröffentlichung die Aktualität der Angaben noch einmal zu überprüfen.

Einige der enthaltenen Variablen erwiesen sich im Zuge der Datenerhebung als herausfordernd, einerseits weil die jeweiligen Ansprechpartner*innen teilweise keine verlässlichen Informationen liefern konnten, andererseits weil die Variablenformulierungen sich in einigen Fällen als unpraktikabel erwiesen. Zudem gab es einige Angaben, die sich nur schwer quantifizieren ließen, da die dahinterstehenden Prozesse hierfür zu komplex sind.

Dies betrifft insbesondere die folgenden Variablen:

(1) Dauer: Im Zuge der Datenerhebung sollte erfasst werden, wie häufig die einzelnen Maßnahmen angeboten werden und wie lange die Teilnahme an der Maßnahme dauert. Die Erhebung dieser Variable erwies sich allerdings als besonders schwierig, da hier in der Praxis des Feldes erhebliche Unterschiede auftreten. Einige Maßnahmen werden dauerhaft angeboten und die Teilnahme ist nicht klar zeitlich begrenzt (z.B. Angebote mit „offener Tür“), andere Maßnahmen operieren aufsuchend und nach Nachfrage und finden deshalb nur äußerst unregelmäßig statt; wiederum andere Maßnahmen finden nur saisonal statt usw. Durch diese großen Unterschiede war es beinahe unmöglich, die verschiedenen Ausprägungen mit einer überschaubaren Anzahl von Variablen zu erfassen. Im Ergebnis sind die erfassten Daten häufig unscharf oder laufen Gefahr, einen falschen Eindruck zu erwecken. Für einen geplanten Katalog könnte es deshalb sinnvoll sein, diese Angaben noch einmal qualitativ zu erfassen und z.B. in Textform erklärend zu ergänzen.

(2) Bildungsabschluss: Mit dieser Variable sollte erfasst werden, welche Maßnahmen einen Mindestbildungsabschluss der Teilnehmer*innen als Zugangsbedingung voraussetzen. Hier wurden allerdings kaum Beschränkungen genannt: Der allergrößte Teil der erhobenen Maßnahmen scheint keinen Bildungsabschluss vorauszusetzen. Dieses Ergebnis überrascht

zunächst. Es wird jedoch vermutet, dass hier bei einer Reihe von Maßnahmen doch implizit ein gewisses Bildungsniveau vorausgesetzt wird, dieses aber nicht formalisiert ist. Hier sollte deshalb noch einmal genauer nachgeforscht werden, welche bildungsbezogenen Voraussetzungen die Teilnehmer*innen erfüllen müssen. Denkbar ist auch, dass die Variable „Bildungsabschluss“ zur Erfassung nicht geeignet ist, da es sich bei den Voraussetzungen weniger um formalisierte Bildungsabschlüsse handelt und vielmehr um die Voraussetzung bildungsbezogener Fähigkeiten (z.B. Lesen und Schreiben oder ein bestimmtes Sprachniveau in einer oder mehrerer der Sprachen, in denen die Maßnahmen angeboten werden).

(3) Kosten: Im Prozess der Datenerhebung sollte auch erfasst werden, ob und welche Kosten mit der Teilnahme an den verschiedenen Maßnahmen verbunden sind. Dies ließ sich aber kaum einheitlich erfassen, da hier meist recht komplexe administrative Bestimmungen und Vorgänge im Hintergrund stehen. Die Kosten für die Teilnehmer*innen passen sich in den meisten Fällen der Lage der Betroffenen an, wobei die Institutionen, über die die Personen in eine Maßnahme vermittelt werden, ebenso eine erhebliche Rolle spielen wie die individuelle finanzielle und soziale Situation. Aus diesem Grund war es hier nahezu unmöglich, die Angaben zu quantifizieren. Auch die Aussagen der Befragten sind in diesem Zusammenhang wenig zuverlässig. So wurde beispielsweise häufig angegeben, dass Maßnahmen für die Teilnehmer*innen kostenfrei sind. In vielen Fällen entspricht dies zwar der Praxis in der Maßnahme (z.B. weil alle Teilnehmer*innen sich für eine Kostenübernahme durch eine andere Institution qualifizieren), ist aber dennoch formal nicht korrekt, da es theoretisch durchaus Fälle geben kann, in denen die Teilnehmer*innen die Kosten selber tragen müssen.

Die offenen Variablen (String-Variablen), jene Variablen also, die einen freien Text enthalten, wurden vor der Übergabe nur geringfügig bearbeitet. Hierbei wurden vor allem grobe Schreibfehler und unverständliche Formulierungen korrigiert. Ansonsten wurden die Angaben in ihrer Rohform belassen. Hintergrund dessen ist, dass zum Zeitpunkt der Datenbearbeitung noch unklar war, in welcher Form die Datenbank nach Projektende weiterverarbeitet werden soll. Eine zielgenaue Datenbearbeitung war daher nicht möglich. Die jetzige Form bewahrt daher die Rohform der Aussagen aus dem Feld. Dies hat den großen Vorteil, dass kein Datenverlust entsteht und die Daten zu einem späteren Zeitpunkt genauso angepasst werden können, wie es für die weitere Nutzung am sinnvollsten und praktikabelsten ist.

6 ANHANG

6.1 Ziele der Maßnahmen

1. Bildungs-, ausbildungs- und berufsbezogene Ziele

1. Orientierungshilfe und Beratung bei Schulabbruch, Arbeitssuche und Selbstständigkeit (Firmengründung)
2. Erwerb und Anerkennung von Bildungsabschlüssen (durch einen zweiten Bildungsweg) und Zertifizierung von Fähigkeiten
3. Hilfestellungen bei Lernschwierigkeiten (z.B. Dyslexie und Dyskalkulie) und anderweitigen Problemen in der Schule
4. Unterstützung von Jugendlichen mit geringen kognitiven Fähigkeiten
5. Stärkung arbeitsmarktbezogener sozialer Kompetenzen (z.B. Bewerbungstraining; Verhalten am Arbeitsplatz, Soft Skills)
6. Vermittlung von Zusatzqualifikationen und Vertiefung von bereits vorhandenem fachspezifischem Wissen (z.B. Kurse in speziellen Bereichen wie Finanz, Bankenwesen, usw., Erste Hilfekurse)
7. Spracherwerb bzw. Stärkung der Sprachkompetenzen (bzgl. einer der luxemburgischen Landessprachen; Alphabetisierung, Gebärdensprache, Braille)
8. Vermittlung erster praktischer Erfahrungen auf dem/für den Arbeitsmarkt (z.B. Ateliers; Praktika; Freiwilligendienste; Babysitterkurse; CDD; CAE; CIE ...)

2. Soziale und gesellschaftsbezogene Ziele

1. Gesellschaftliche Partizipation (soziale Teilhabe von marginalisierten Gruppen)
2. Präventionsarbeit bei aggressivem und sozial auffallendem Verhalten (Verhalten in der Gruppe, in der Schule und am Arbeitsplatz) und Unterstützung von bereits straffällig oder delinquent gewordenen Jugendlichen
3. Steigerung der Motivation/Aktivierung; Stärkung der Selbstständigkeit, des Selbstbewusstseins/Empowerment (Anregung Ziele zu definieren und Projekte umzusetzen, Vermittlung von Vertrauen in sich selbst, Förderung der Kreativität)

4. Kompensation von fehlender Unterstützung, Begleitung und Orientierung durch das soziale Umfeld (Orientierungshilfen, Schaffen von Tagesstrukturen) und Hilfe bei administrativen Angelegenheiten (Beantragen von staatl. Leistungen; Ausfüllen von Formularen, Orientierungshilfe bei administrativen Vorgängen; Post/Rechnungen etc.)
5. Stärkung von Opfern von Diskriminierung (ethnische Zugehörigkeit, Hautfarbe, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Behinderung ...) und Mobbing (Aufarbeitung schlechter Schul- und Berufserfahrungen)
6. Unterstützung von Menschen mit Migrationshintergrund (soziale und kulturelle Integration, allgemeine Beratungs- und Unterstützungsangebote)

3. Familien- und umfeldbezogene Ziele

1. Verbesserung der familiären Situation → dysfunktionale Familie (z.B. durch Familienarbeit; Hilfestellungen bei Familienbeziehungen, Reintegration in die Herkunftsfamilie, Prävention bei Gewalt in der Familie)
2. Verbesserung der sozialen Situation (z.B. Hilfestellungen bei problematischen Paar- und anderen Beziehungen, z.B. schlechter Einfluss der Peergroup)
3. Hilfestellungen für Opfer von Gewalt (physischer und psychischer Missbrauch)
4. Beratung/Begleitung von Jugendlichen mit familiären Verpflichtungen (Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen etc.)
5. Beratung und/oder Hilfestellungen für Schwangere

4. Materielle und lebensstandardbezogene Ziele

1. Vermittlung von Wohnraum/betreutes Wohnen/Obdachlosenhilfe
2. Verbesserung der materiellen/finanziellen Umstände (z.B. staatl. Leistungen; juristische Beratung; (Sach-)Spenden); Zur-Verfügung-Stellen von benötigten Materialien – Computer, Handy, Kleidung etc.)
3. Beratung/Unterstützung bei problematischen/prekären Arbeitsverhältnissen
4. Unterstützung beim Erwerb einer Aufenthalts- bzw. Arbeitsgenehmigung
5. Verbesserung der Mobilitätsmöglichkeiten

5. Gesundheits- und beeinträchtigungsbezogene Ziele

1. Unterstützung bei Suchtverhalten (z.B. Drogen-, Computer, Handysucht) (der Betroffenen und ihrer Angehörigen)
2. Unterstützung bei körperlichen oder Sinnesbeeinträchtigungen (der Betroffenen und ihrer Angehörigen)
3. Unterstützung bei geistigen Beeinträchtigungen (der Betroffenen und ihrer Angehörigen)
4. Unterstützung bei psychischen Beeinträchtigungen (der Betroffenen und ihrer Angehörigen – z.B. bei Essstörungen, Depression, Psychosen, Trauma)
5. Unterstützung bei chronischen und langen/schweren Erkrankungen, bei seltenen Erkrankungen und Syndromen (der Betroffenen und ihrer Angehörigen)
6. Gesundheitsprävention, medizinische Grundversorgung, Sexualpädagogik und Geschlechterarbeit

6.2 Häufigkeiten der Unterziele

Tabelle 30: Häufigkeiten aller Unterziele

Ziele	Anzahl der Angaben (N=1961)		Anteil der Fälle (N=665)
	N	Prozent	Prozent
Bildungs-, ausbildungs- und arbeitsmarktbezogene Ziele			
Orientierungshilfe und Beratung bei Schulabbruch, Arbeitssuche und Selbstständigkeit	129	4,1 %	19,4 %
Erwerb und Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Zertifizierung von Fähigkeiten	26	0,8 %	3,9 %
Hilfestellungen bei Lernschwierigkeiten (z.B. Dyslexie und Dyskalkulie) und anderweitigen Problemen in der Schule	21	0,7 %	3,2 %
Unterstützung von Jugendlichen mit geringen kognitiven Fähigkeiten	14	0,4 %	2,1 %
Stärkung arbeitsmarktbezogener Kompetenzen (z.B. Bewerbungstraining; Verhalten am Arbeitsplatz, Soft Skills)	73	2,3 %	11 %
Vermittlung von Zusatzqualifikationen und Vertiefung von bereits vorhandenem fachspezifischem Wissen	55	1,7 %	8,3 %
Spracherwerb bzw. Stärkung der Sprachkompetenzen	59	1,9 %	8,9 %
Vermittlung erster praktischer Erfahrungen auf dem/für den Arbeitsmarkt (z.B. Ateliers, Praktika, Freiwilligendienste, ...)	95	3 %	14,3 %
Soziale und gesellschaftsbezogene Ziele			
Gesellschaftliche Partizipation	70	2,2 %	10,5 %
Präventionsarbeit bei aggressivem und sozial auffallendem Verhalten und Unterstützung von bereits straffällig oder delinquent gewordenen Jugendlichen	52	1,6 %	7,8 %
Steigerung der Motivation/Aktivierung; Stärkung der Selbstständigkeit, des Selbstbewusstseins/Empowerment	97	3 %	14,6 %
Kompensation von fehlender Unterstützung, Begleitung und Orientierung durch das soziale Umfeld und Hilfe bei administrativen Angelegenheiten	203	6,4 %	30,5 %

Stärkung von Opfern von Diskriminierung und Mobbing (Aufarbeitung schlechter Schul- und Berufserfahrungen)	75	2,4 %	11,3 %
Unterstützung von Menschen mit Migrationshintergrund	65	2 %	9,8 %
Familien- und umfeldbezogene Ziele			
Verbesserung der familiären Situation (z.B. durch Familienarbeit, Hilfestellungen bei Familienbeziehungen, Reintegration in die Herkunftsfamilie, ...)	133	4,2 %	20 %
Verbesserung der sozialen Situation (Hilfestellungen bei problematischen Paar- und anderen Beziehungen)	98	3,1 %	14,7 %
Hilfestellungen für Opfer von Gewalt (physischer und psychischer Missbrauch)	70	2,2 %	10,5 %
Beratung/Begleitung von Jugendlichen mit familiären Verpflichtungen (Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen etc.)	62	1,9 %	9,3 %
Beratung und/oder Hilfestellung für Schwangere	31	1 %	4,7 %
Materielle und lebensstandardbezogene Ziele			
Vermittlung von Wohnraum/betreutes Wohnen/Obdachlosenhilfe	93	2,9 %	14 %
Verbesserung der materiellen/finanziellen Umstände	90	2,8 %	13,5 %
Beratung/Unterstützung bei problematischen/prekären Arbeitsverhältnissen	20	0,6 %	3 %
Unterstützung beim Erwerb einer Aufenthalts- bzw. Arbeitsgenehmigung	12	0,4 %	1,8 %
Verbesserung der Mobilitätsmöglichkeiten	7	0,2 %	1,1 %
Gesundheits- und beeinträchtigungsbezogene Ziele			
Suchtbewältigung (z.B. Drogen-, Computer-, Handysucht)	40	1,3 %	6 %
Unterstützung bei körperlichen oder Sinnesbeeinträchtigungen	72	2,3 %	10,8 %
Unterstützung bei geistigen Beeinträchtigungen	66	2,1 %	9,9 %

Unterstützung bei psychischen Beeinträchtigungen (Essstörungen, Depression, Psychosen)	92	2,9 %	13,8 %
Unterstützung bei chronischen und langen/schweren Erkrankungen, bei seltenen Erkrankungen und Syndromen	16	0,5 %	2,4 %
Gesundheitsprävention, medizinische Grundversorgung, Sexualpädagogik und Geschlechterarbeit	25	0,8 %	3,8 %
Total	1961	100 %	294,9 %

6.3 Häufigkeiten der zentralen Unterziele

Tabelle 31: Häufigkeiten der zentralen Unterziele

Unterziele	Anzahl der Fälle (N=664)	
	N	Prozent
Familiäre Situation	59	8,9 %
Orientierungshilfe	57	8,6 %
Wohnen/Obdachlosenhilfe	57	8,6 %
Psychische Beeinträchtigungen	44	6,6 %
Praktische Arbeitserfahrungen	37	5,6 %
Migrationshintergrund	34	5,1 %
Zusatzqualifikationen	30	4,5 %
Landessprachen	29	4,4 %
Gesellschaftliche Partizipation	29	4,4 %
Fehlende Unterstützung	29	4,4 %
Geistige Beeinträchtigungen	28	4,2 %
Motivation/Aktivierung	26	3,9 %
Suchtbewältigung	26	3,9 %
Materielle/finanzielle Unterstützung	23	3,5 %
Körperliche oder Sinnesbeeinträchtigungen	20	3 %
Gesundheitl. Prävention/Grundversorgung	19	2,9 %
Arbeitsmarktbezogene Kompetenzen	17	2,6 %
Bildungsabschlüsse	16	2,4 %
Opfer von Gewalt	15	2,3 %

Aggressives Verhalten	14	2,1 %
Chronische, lange/schwere oder seltene Erkrankungen	12	1,8 %
Familiäre Verpflichtungen	9	1,4 %
Lernschwierigkeiten	8	1,2 %
Diskriminierung, Mobbing	8	1,2 %
Hilfe für Schwangere	6	0,9 %
Soziale Situation	3	0,5 %
Verbesserung der Mobilitätsmöglichkeiten	2	0,3 %
Geringe kognitive Fähigkeiten	1	0,2 %
Problematische/prekäre Arbeitsverhältnisse	1	0,2 %
Aufenthalts- bzw. Arbeitsgenehmigung	0	0 %
Keine Angabe	5	0,8 %
Total	664	100 %

6.4 Übersichtstabelle Überschneidungen zwischen den Unterzielen

Tabelle 32: Überschneidungen aller Unterziele

Überschneidungen aller Unterziele										
Unterziele	Anzahl der Überschneidungen in N									
	Orientierung	Abschlüsse	Lernschwierigkeiten	Geringe kognitive Fähigkeiten	Arbeitsmarktbezogene Kompetenzen	Zusatzqualifikationen	Landessprachen	Praktische Arbeitserfahrungen	Gesellschaftliche Partizipation	Aggressives Verhalten
Bildungsabschlüsse	16									
Lernschwierigkeiten	9	1								
Geringe kognitive Fähigkeiten	7	0	6							
Arbeitsmarktbezogene Kompetenzen	54	4	2	4						
Zusatzqualifikationen	12	6	0	0	11					
Landessprachen	14	5	2	1	9	8				
Praktische Arbeitserfahrungen	50	7	3	5	34	24	7			
Gesellschaftliche Partizipation	6	3	2	0	4	6	14	5		
Aggressives Verhalten	6	1	4	4	3	0	0	1	4	
Motivation/Aktivierung	40	3	7	9	32	10	1	37	15	13
Fehlende Unterstützung/Administrative Angelegenheiten	50	5	12	8	37	4	9	24	21	34
Opfer von Diskriminierung und Mobbing	16	2	5	3	9	1	7	10	14	14
Menschen mit Migrationshintergrund	15	7	1	1	5	4	28	7	27	0
Verbesserung der familiären Situation	8	0	2	1	2	0	2	0	0	23
Verbesserung der sozialen Situation	14	0	2	3	8	0	1	2	2	32
Hilfestellungen für Opfer von Gewalt	5	0	1	0	3	0	1	0	0	18
Jugendliche mit familiären Verpflichtungen	5	0	0	0	3	0	2	0	1	2
Beratung/Hilfestellung für Schwangere	5	0	0	0	2	0	2	0	0	1
Wohnen/Obdachlosenhilfe	14	1	1	1	5	0	3	1	4	11
Verbesserung der materiellen/finanziellen Umstände	14	3	0	0	10	0	5	5	9	7
Problematische/prekäre Arbeitsverhältnisse	11	0	0	0	9	1	1	3	0	1
Erwerb einer Aufenthalts- bzw. Arbeitsgenehmigung	2	1	0	0	1	0	2	0	2	1
Verbesserung der Mobilitätsmöglichkeiten	4	0	0	0	1	0	1	1	1	0
Suchtbewältigung	4	0	0	0	1	0	0	0	2	6
Körperliche oder Sinnesbeeinträchtigungen	14	2	2	0	2	2	4	12	12	1
Geistige Beeinträchtigungen	12	2	2	0	2	1	1	14	13	1
Psychische Beeinträchtigungen	6	0	0	0	2	1	0	3	4	10
Chronische, lange/schwere oder seltene Erkrankungen	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0
Gesundheitl. Prävention/Grundversorgung, Sexualpädagogik	0	0	0	0	0	0	1	0	2	0

Tabelle 33: Überschneidungen aller Unterziele

Überschneidungen aller Unterziele

Unterziele	Anzahl der Überschneidungen in N									
	Motivation/Aktivierung	Fehlende Unterstützung /Administrative Angelegenheiten	Opfer von Diskriminierung und Mobbing	Menschen mit Migrationshintergrund	Verbesserung der familiären Situation	Verbesserung der sozialen Situation	Opfer von Gewalt	Jugendliche mit familiären Verpflichtungen	Beratung/Hilfestellung für Schwangere	Wohnen/ Obdachlosenhilfe
Fehlende Unterstützung/Administrative Angelegenheiten	48									
Opfer von Diskriminierung und Mobbing	15	27								
Menschen mit Migrationshintergrund	3	22	15							
Verbesserung der familiären Situation	3	47	17	0						
Verbesserung der sozialen Situation	10	46	26	0	68					
Hilfestellungen für Opfer von Gewalt	3	32	18	1	54	47				
Jugendliche mit familiären Verpflichtungen	2	16	5	0	46	23	22			
Beratung/Hilfestellung für Schwangere	1	9	10	0	21	18	13	19		
Wohnen/Obdachlosenhilfe	12	68	6	7	31	21	19	14	10	
Verbesserung der materiellen/finanziellen Umstände	9	56	9	12	16	14	15	11	7	24
Problematische/prekäre Arbeitsverhältnisse	6	10	3	2	4	4	3	2	1	3
Erwerb einer Aufenthalts- bzw. Arbeitsgenehmigung	1	11	3	9	2	1	2	1	0	5
Verbesserung der Mobilitätsmöglichkeiten	1	3	1	2	1	1	0	1	1	1
Suchtbewältigung	2	18	2	0	8	11	3	2	2	5
Körperliche oder Sinnesbeeinträchtigungen	5	11	7	1	3	0	0	8	0	5
Geistige Beeinträchtigungen	5	18	5	0	2	0	0	7	0	8
Psychische Beeinträchtigungen	10	36	14	4	38	25	14	10	8	12
Chronische, lange/schwere oder seltene Erkrankungen	2	6	3	0	2	0	0	3	2	0
Gesundheitl. Prävention/Grundversorgung, Sexualpädagogik	0	4	6	2	1	1	0	0	5	1

Tabelle 34: Überschneidungen aller Unterziele

Überschneidungen aller Unterziele

Unterziele	Anzahl der Überschneidungen in N								
	Verbesserung der materiellen Umstände	Problematische Arbeitsverhältnisse	Erwerb einer Aufenthalts-/Arbeitsgenehmigung	Verbesserung der Mobilitätsmöglichkeiten	Suchtbewältigung	Körperliche oder Sinnesbeeinträchtigungen	Geistige Beeinträchtigungen	Psychische Beeinträchtigungen	Chronische, lange/schwere oder seltene Erkrankungen
Problematische/prekäre Arbeitsverhältnisse	7								
Erwerb einer Aufenthalts- bzw. Arbeitsgenehmigung	7	4							
Verbesserung der Mobilitätsmöglichkeiten	3	3	1						
Suchtbewältigung	6	0	0	0					
Körperliche oder Sinnesbeeinträchtigungen	5	2	0	2	1				
Geistige Beeinträchtigungen	5	2	0	1	2	42			
Psychische Beeinträchtigungen	7	3	1	1	12	6	5		
Chronische, lange/schwere oder seltene Erkrankungen	5	1	0	0	1	4	3	3	
Gesundheitl. Prävention/Grundversorgung, Sexualpädagogik	3	0	0	0	1	1	1	1	3

6.5 Sprachen

Tabelle 35: Sprachen, in denen die Maßnahmen angeboten werden – aufgeschlüsselt nach Unterzielen der Maßnahmen

Sprachen, in denen die Maßnahmen angeboten werden - aufgeschlüsselt nach Unterzielen der Maßnahmen											
Unterziele	Luxemburgisch			Deutsch		Französisch		Portugiesisch		Englisch	
	N	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
Orientierungshilfe	129	116	89.9%	104	80.6%	117	90.7%	20	15.5%	74	57.4%
Bildungsabschlüsse	26	21	80.8%	17	65.4%	24	92.3%	2	7.7%	17	65.4%
Lernschwierigkeiten	21	20	95.2%	20	95.2%	20	95.2%	6	28.6%	14	66.7%
Geringe kognitive Fähigkeiten	14	13	92.9%	13	92.9%	14	100.0%	4	28.6%	8	57.1%
Arbeitsmarktbezogene Kompetenzen	73	62	84.9%	59	80.8%	68	93.2%	11	15.1%	36	49.3%
Zusatzqualifikationen	55	41	74.5%	36	65.5%	44	80.0%	16	29.1%	30	54.5%
Landessprachen	59	42	71.2%	28	47.5%	50	84.7%	8	13.6%	30	50.8%
Praktische Arbeitserfahrungen	95	84	88.4%	69	72.6%	79	83.2%	12	12.6%	42	44.2%
Gesellschaftliche Partizipation	70	60	85.7%	56	80.0%	68	97.1%	18	25.7%	49	70.0%
Aggressives Verhalten	52	52	100.0%	49	94.2%	49	94.2%	26	50.0%	33	63.5%
Motivation/Aktivierung	97	94	96.9%	83	85.6%	89	91.8%	26	26.8%	55	56.7%
Fehlende Unterstützung	203	192	94.6%	178	87.7%	197	97.0%	64	31.5%	131	64.5%
Diskriminierung, Mobbing	75	65	86.7%	61	81.3%	73	97.3%	25	33.3%	54	72.0%
Migrationshintergrund	65	43	66.2%	31	47.7%	62	95.4%	12	18.5%	52	80.0%
Familiäre Situation	133	131	98.5%	128	96.2%	131	98.5%	53	39.8%	98	73.7%
Soziale Situation	98	98	100.0%	95	96.9%	97	99.0%	39	39.8%	74	75.5%
Opfer von Gewalt	70	70	100.0%	69	98.6%	69	98.6%	33	47.1%	54	77.1%
Familiäre Verpflichtungen	62	62	100.0%	58	93.5%	59	95.2%	24	38.7%	43	69.4%
Hilfe für Schwangere	31	31	100.0%	29	93.5%	30	96.8%	14	45.2%	22	71.0%
Wohnen/Obdachlosenhilfe	93	90	96.8%	78	83.9%	90	96.8%	35	37.6%	59	63.4%
materielle/finanzielle Unterstützung	90	85	94.4%	81	90.0%	89	98.9%	33	36.7%	72	80.0%
Problematische/prekäre Arbeitsverhältnisse	20	17	85.0%	17	85.0%	20	100.0%	5	25.0%	12	60.0%
Aufenthalts- bzw. Arbeitsgenehmigung	12	9	75.0%	7	58.3%	12	100.0%	2	16.7%	11	91.7%
Verbesserung der Mobilitätsmöglichkeiten	7	6	85.7%	7	100.0%	7	100.0%	2	28.6%	4	57.1%
Suchtbewältigung	40	40	100.0%	39	97.5%	40	100.0%	15	37.5%	28	70.0%
Körperliche oder Sinnesbeeinträchtigungen	72	64	88.9%	54	75.0%	55	76.4%	9	12.5%	23	31.9%
Geistige Beeinträchtigungen	66	59	89.4%	49	74.2%	51	77.3%	6	9.1%	23	34.8%
Psychische Beeinträchtigungen	92	88	95.7%	85	92.4%	86	93.5%	34	37.0%	51	55.4%
Chronische, lange/schwere oder seltene Erkrankungen	16	15	93.8%	14	87.5%	15	93.8%	6	37.5%	9	56.3%
Gesundheitl. Prävention/Grundversorgung	25	24	96.0%	21	84.0%	21	84.0%	12	48.0%	18	72.0%

Tabelle 36: Sprachen, in denen die Maßnahmen angeboten werden – aufgeschlüsselt nach Unterzielen der Maßnahmen

<i>Sprachen, in denen die Maßnahmen angeboten werden - aufgeschlüsselt nach Unterzielen der Maßnahmen</i>													
Unterziele	Spanisch			Italienisch		Arabisch		Bosnisch/Kroatisch/Serbisch		Dolmetscher		andere Sprache	
	N	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
Orientierungshilfe	129	7	5.4%	9	7.0%	6	4.7%	6	4.7%	3	2.3%	5	3.9%
Bildungsabschlüsse	26	1	3.8%	1	3.8%	1	3.8%	1	3.8%	1	3.8%	1	3.8%
Lernschwierigkeiten	21	0	0.0%	2	9.5%	0	0.0%	0	0.0%	0	0.0%	0	0.0%
Geringe kognitive Fähigkeiten	14	0	0.0%	0	0.0%	0	0.0%	0	0.0%	0	0.0%	0	0.0%
Arbeitsmarktbezogene Kompetenzen	73	3	4.1%	5	6.8%	5	6.8%	4	5.5%	1	1.4%	2	2.7%
Zusatzqualifikationen	55	6	10.9%	1	1.8%	5	9.1%	0	0.0%	0	0.0%	4	7.3%
Landessprachen	59	1	1.7%	3	5.1%	3	5.1%	3	5.1%	1	1.7%	6	10.2%
Praktische Arbeitserfahrungen	95	2	2.1%	1	1.1%	4	4.2%	0	0.0%	0	0.0%	1	1.1%
Gesellschaftliche Partizipation	70	1	1.4%	5	7.1%	5	7.1%	4	5.7%	4	5.7%	5	7.1%
Aggressives Verhalten	52	3	5.8%	6	11.5%	2	3.8%	5	9.6%	1	1.9%	2	3.8%
Motivation/Aktivierung	97	4	4.1%	5	5.2%	4	4.1%	3	3.1%	1	1.0%	4	4.1%
Fehlende Unterstützung	203	12	5.9%	19	9.4%	8	3.9%	11	5.4%	11	5.4%	12	5.9%
Diskriminierung, Mobbing	75	2	2.7%	7	9.3%	0	0.0%	3	4.0%	6	8.0%	2	2.7%
Migrationshintergrund	65	1	1.5%	4	6.2%	7	10.8%	5	7.7%	11	16.9%	10	15.4%
Familiäre Situation	133	9	6.8%	16	12.0%	1	0.8%	5	3.8%	4	3.0%	11	8.3%
Soziale Situation	98	10	10.2%	14	14.3%	2	2.0%	6	6.1%	5	5.1%	4	4.1%
Opfer von Gewalt	70	9	12.9%	12	17.1%	1	1.4%	5	7.1%	4	5.7%	6	8.6%
Familiäre Verpflichtungen	62	5	8.1%	11	17.7%	1	1.6%	2	3.2%	2	3.2%	3	4.8%
Hilfe für Schwangere	31	3	9.7%	6	19.4%	1	3.2%	1	3.2%	4	12.9%	0	0.0%
Wohnen/Obdachlosenhilfe	93	5	5.4%	12	12.9%	3	3.2%	8	8.6%	5	5.4%	5	5.4%
materielle/finanzielle Unterstützung	90	7	7.8%	10	11.1%	4	4.4%	6	6.7%	9	10.0%	12	13.3%
Problematische/prekäre Arbeitsverhältnisse	20	2	10.0%	1	5.0%	1	5.0%	0	0.0%	1	5.0%	3	15.0%
Aufenthalts- bzw. Arbeitsgenehmigung	12	0	0.0%	2	16.7%	1	8.3%	1	8.3%	5	41.7%	4	33.3%
Verbesserung der Mobilitätsmöglichkeiten	7	0	0.0%	0	0.0%	1	14.3%	1	14.3%	2	28.6%	1	14.3%
Suchtbewältigung	40	3	7.5%	5	12.5%	2	5.0%	1	2.5%	0	0.0%	1	2.5%
Körperliche oder Sinnesbeeinträchtigungen	72	0	0.0%	0	0.0%	0	0.0%	2	2.8%	1	1.4%	4	5.6%
Geistige Beeinträchtigungen	66	0	0.0%	0	0.0%	0	0.0%	0	0.0%	1	1.5%	1	1.5%
Psychische Beeinträchtigungen	92	7	7.6%	7	7.6%	3	3.3%	4	4.3%	5	5.4%	9	9.8%
Chronische, lange/schwere oder seltene Erkrankungen	16	2	12.5%	1	6.3%	0	0.0%	0	0.0%	0	0.0%	2	12.5%
Gesundheitl. Prävention/Grundversorgung	25	4	16.0%	5	20.0%	2	8.0%	2	8.0%	5	20.0%	2	8.0%

6.6 Liste der Organisation

Tabelle 37: Übersicht aller Maßnahmenanbieter (übergeordnete Organisationen)

	Organisationen	Anzahl der Maßnahmen
1	<i>4 Motion asbl</i>	7
2	<i>Aarbechtshëllef asbl</i>	1
3	<i>Action Luxembourg Ouvert et Solidaire – Ligue des Droits de l'Homme a.s.b.l. (ALOS-LDH)</i>	1
4	<i>actTogether asbl</i>	4
5	<i>ADEM – Agence pour le développement de l'emploi</i>	11
6	<i>Agence du Bénévolat Luxembourg asbl</i>	2
7	<i>Agence Nationale pour l'Information des Jeunes (ANIJ)</i>	1
8	<i>Agence pour la transition vers une vie autonome (ATVA)</i>	1
9	<i>ALANON</i>	1
10	<i>ALATEEN</i>	1
11	<i>Alcooliques Anonymes</i>	1
12	<i>ALIVE PLUS Service F.A.M.I.L asbl</i>	3
13	<i>Ama.lu – Alcool Médicaments addiction</i>	2
14	<i>American Chamber of Commerce in Luxembourg asbl</i>	1
15	<i>Amitié Plurielle asbl</i>	1
16	<i>Anonym Glécksspiller</i>	4
17	<i>Anorexics & Bulimics Anonymous (ABA)</i>	1
18	<i>Antenne d'écoute asbl</i>	2
19	<i>Anti-Gewalt-Training Luxembourg</i>	3
20	<i>Arcus asbl</i>	8
21	<i>Association d'Aide aux personnes épileptiques AAPE</i>	1
22	<i>Association de Soutien aux Travailleurs Immigrés (ASTI)</i>	7

23	<i>Association des cercles d'étudiants luxembourgeois (ACEL)</i>	1
24	<i>Association des Familles ayant un proche atteint de Psychose au Luxembourg</i>	1
25	<i>Association des Parents d'Enfants Mentalement Handicapés (APEMH Fondation)</i>	7
26	<i>Association EPI: Encouragement, promotion, intégration</i>	4
27	<i>Association Luxembourg Alzheimer</i>	2
28	<i>Association Luxembourgeoise d'aide aux personnes atteintes de maladies neuromusculaires et de maladies rares (ALAN) asbl</i>	2
29	<i>Association Luxembourgeoise de Pédiatrie Sociale (ALUPSE)</i>	4
30	<i>Association Narin</i>	1
31	<i>Association nationale des victimes de la route (AVR)</i>	2
32	<i>Association pour la création de foyers pour jeunes asbl</i>	1
33	<i>Association pour le Spina Bifida</i>	1
34	<i>Association thérapie équestre (ATELUX)</i>	1
35	<i>Atelier Kräizbiërg S.C.</i>	1
36	<i>Autisme Luxembourg asbl</i>	7
37	<i>Barreau de Luxembourg, Ministère de la Justice</i>	1
38	<i>BEE Secure in Kooperation mit Level 2</i>	1
39	<i>Bibliotherapy asbl</i>	1
40	<i>BIRK – Beschäftigungs Initiativ Réimecher Kanton</i>	2
41	<i>Caritas Accueil et Solidarité</i>	8
42	<i>Caritas Jeunes et Familles</i>	12
43	<i>Caritas Luxembourg Fondation</i>	19
44	<i>Casa asbl</i>	3
45	<i>Cellule d'accueil scolaire pour élèves nouveaux arrivants (CASNA)</i>	1

46	<i>Centre Avicenne Luxembourg asbl</i>	2
47	<i>Centre d'Animation Pédagogique et de Loisirs CAPEL</i>	2
48	<i>Centre d'information gay et lesbien (CIGALE) (gehört zu Rosa Lëtzebuerg asbl)</i>	5
49	<i>Centre d'Initiative et de Gestion Local (CIGL) und Centre d'Initiative et de Gestion Régional (CIGR)</i>	5
50	<i>Centre d'orientation socio-professionnelle asbl (COSP)</i>	5
51	<i>Centre de Documentation et d'Information sur l'Enseignement Supérieur (CEDIS)</i>	4
52	<i>Centre de Formation Lucien Huss (CFLH)</i>	3
53	<i>Centre de Médiation asbl</i>	4
54	<i>Centre de Prévention des Toxicomanies (CePT)</i>	2
55	<i>Centre de Rencontre d'Information et d'Animation pour jeunes (CRIAJ)</i>	1
56	<i>Centre Hospitalier de Luxembourg</i>	1
57	<i>Centre Hospitalier Emile Mayrisch</i>	1
58	<i>Centre Hospitalier Neuro-Psychiatrique (CHNP)</i>	11
59	<i>Centre national de formation professionnelle continue (CNFPC)</i>	9
60	<i>Centre pour l'égalité de traitement</i>	1
61	<i>Centre pour le développement des compétences relatives à la vue (CDV)</i>	4
62	<i>Centre pour le développement intellectuel (CDI)</i>	1
63	<i>Centre psycho-social et d'accompagnement scolaires (CePAS)</i>	8
64	<i>Centre socio-éducatif de l'État</i>	1
65	<i>Chambre des métiers</i>	3
66	<i>CNS – d'Gesondheetskees</i>	1
67	<i>Co-Labor</i>	1

68	<i>Cohabit'Age</i>	1
69	<i>Comité de liaison des associations étrangers (CLAE)</i>	4
70	<i>Comité des Étudiants Africains du Luxembourg</i>	1
71	<i>Comité National de Défense Sociale (CNDS)</i>	11
72	<i>Communes</i>	52
73	<i>Confédération de la Communauté Portugaise au Luxembourg</i>	2
74	<i>Conseil National des Femmes du Luxembourg</i>	2
75	<i>Coopérations (Société coopérative, SCOP)</i>	2
76	<i>Coopérations asbl</i>	3
77	<i>Corps grand-ducal d'incendie et de secours Institut National de Formation des Secours (INFS)</i>	1
78	<i>Croix-Rouge Luxembourgeoise</i>	21
79	<i>Croix-Rouge Luxembourgeoise de la Jeunesse</i>	6
80	<i>Cultur'all</i>	1
81	<i>Delta asbl</i>	1
82	<i>Digital Inclusion asbl</i>	4
83	<i>Dysphasie.lu asbl</i>	1
84	<i>École nationale pour adultes (ENAD)</i>	6
85	<i>ECPAT Luxembourg</i>	1
86	<i>Elisabeth</i>	11
87	<i>Ennerdach asbl Deifferdeng</i>	1
88	<i>ENS – Eng nei Schaff asbl</i>	1
89	<i>Ensemble asbl</i>	1
90	<i>Ensemble petite italie Schmelz (gehört zu Inter-Actions asbl)</i>	1
91	<i>EquiMotion</i>	1
92	<i>Erzéiongs- a Familljeberodung – AFP Solidarité Famille asbl</i>	6

93	<i>EUPAX (Fachverband Phaemoberatung, Phaemotherapie, Gewaltberatung und Tätertherapie)</i>	1
94	<i>Familljen Center</i>	6
95	<i>Femmes en Détresse asbl</i>	18
96	<i>Fondation Autisme Luxembourg (FAL)</i>	6
97	<i>Fondation Cancer</i>	2
98	<i>Fondation Hôpitaux Robert Schuman</i>	4
99	<i>Fondation Jugend- an Drogenhëllef</i>	7
100	<i>Fondation Kannerschlass</i>	6
101	<i>Fondation Kräizbiërg s.c.</i>	2
102	<i>Fondation Kriibskrank Kanner</i>	2
103	<i>Fondation Lëtzebuerger Blannevereenegung</i>	4
104	<i>Fondation Lëtzebuerger Kannerduerf SOS Village d'Enfants Luxembourg</i>	5
105	<i>Fondation Maison de la Porte Ouverte (FMPO)</i>	17
106	<i>Fondation pour l'accès au logement</i>	1
107	<i>Fondation Pro Familia</i>	4
108	<i>Fondation Sclérose en Plaques Luxembourg (F.S.P.L.)</i>	3
109	<i>Fondation Solina</i>	1
110	<i>Fonds national de solidarité</i>	1
111	<i>Forum pour l'emploi asbl</i>	4
112	<i>Foyer de la femme asbl</i>	4
113	<i>Foyer Eisleker Heem asbl</i>	3
114	<i>Graffiti asbl</i>	1
115	<i>Hariko</i>	1
116	<i>Haus 89 – Liewens-Partner – Famillje Berodung Asbl</i>	3

117	<i>Hippohaff</i>	1
118	<i>Horizon asbl</i>	1
119	<i>House of Training (Chambre de commerce/Association des banques et banquiers, Luxembourg ABBL)</i>	1
120	<i>IKL – Centre d'éducation interculturelle</i>	1
121	<i>Info Handicap asbl</i>	1
122	<i>infoMann (gehört zu actTogether asbl)</i>	3
123	<i>Initiativ Liewensufank</i>	2
124	<i>Initiativ Rëm Schaffen</i>	4
125	<i>Institut National des Langues</i>	3
126	<i>Inter-Actions asbl</i>	15
127	<i>Internat Fieldgen</i>	1
128	<i>Internate, die an Schulen angeschlossen sind (Internat LTHAH, Internat du ALR)</i>	1
129	<i>Intersex & Transgender Luxembourg asbl</i>	1
130	<i>Jacques Brocquart asbl</i>	2
131	<i>Johanniter Hëllefsgemeinschaft Lëtzebuerg</i>	1
132	<i>Jongenheem asbl</i>	2
133	<i>Jonk Entrepreneuren Luxembourg asbl</i>	2
134	<i>Jugendbureau Eislek – Prabbeli</i>	1
135	<i>Konterbont asbl</i>	1
136	<i>L'Association d'aide par le travail thérapeutique pour personnes psychotiques asbl (ATP)</i>	1
137	<i>La Main Tendue asbl Angela</i>	5
138	<i>Landakademie</i>	3
139	<i>Learn for Success (L4S)</i>	1
140	<i>Léieren et Savoir asbl</i>	2

141	<i>Lëlljer Gaart (Atelier protégé)</i>	1
142	<i>Lëtzebuerger AngschtStéierungen Hëllef – L.A.S.H. asbl</i>	1
143	<i>Lëtzebuerger Association vun de Cochlear Implantéierten asbl (LACI)</i>	1
144	<i>Lieu d'initiatives et de services des étudiants au Luxembourg (LISEL)</i>	2
145	<i>Liewen Dobaussen</i>	4
146	<i>Ligue HMC coopérative s.c.</i>	1
147	<i>Ligue Luxembourgeoise d'Hygiène Mentale asbl</i>	9
148	<i>Ligue Luxembourgeoise pour le Secours aux Enfants, aux Adolescents et aux Adultes mentalement ou cérébralement handicapés (Ligue HMC)</i>	6
149	<i>Ligue Médico-Sociale</i>	8
150	<i>Luxembourg Accueil Information asbl</i>	1
151	<i>Luxembourg Lifelong Learning Center</i>	1
152	<i>Maison d'Afrique</i>	11
153	<i>Maison d'enfants de l'État (MEE)</i>	2
154	<i>Maison de l'Orientation (MO)</i>	1
155	<i>Maison des Associations</i>	2
156	<i>Maison des Jeunes Bissen ("A Stenges")</i>	1
157	<i>Maison des Jeunes Differdange</i>	1
158	<i>Maison des Jeunes Dudelange</i>	1
159	<i>Maison des Jeunes Hesperange</i>	1
160	<i>Maison des Jeunes Kayl/Tétange</i>	1
161	<i>Maison des Jeunes Kärjeng (SABA)</i>	2
162	<i>Maison des Jeunes Norden (Jugendtreff Nord)</i>	1
163	<i>Maison des Jeunes Pétange</i>	1
164	<i>Maison des Jeunes Remich (Jugendwave)</i>	2

165	<i>Maison des Jeunes Rumelange</i>	2
166	<i>Maison des Jeunes Schifflange</i>	3
167	<i>Maison des Jeunes Wiltz</i>	1
168	<i>Maisons des Jeunes Luxembourg (alle Jugendhäuser – verschiedene Träger)</i>	1
169	<i>Mathëllef asbl (Mutterter Haff)</i>	1
170	<i>Médecins du Monde</i>	3
171	<i>Mérite Jeunesse</i>	1
172	<i>Ministère du Logement</i>	2
173	<i>Mir wëllen iech ons Heemecht weisen asbl</i>	1
174	<i>Mobbing asbl</i>	1
175	<i>Moien asbl</i>	4
176	<i>Mouvement Écologique</i>	1
177	<i>Mouvement pour l'égalité des chances - MEC asbl</i>	1
178	<i>Multiple Sclérose Lëtzebuerg (MSL)</i>	3
179	<i>Nëmme Mat Eis! asbl</i>	1
180	<i>Nordstadjugend asbl</i>	3
181	<i>Nouvelles Perspectives Emploi asbl</i>	1
182	<i>Objektiv Famill asbl</i>	1
183	<i>Office House Capellen</i>	9
184	<i>Office national de l'accueil (ONA)</i>	2
185	<i>Office National de l'Enfance (ONE)</i>	4
186	<i>Offices sociaux (30 in ganz Luxemburg)</i>	2
187	<i>OGBL: Abteilung Behinderte Arbeitnehmer</i>	1
188	<i>Ombuds-Comité fir d'Rechter vum Kand (ORK)</i>	1
189	<i>OMEGA 90 asbl</i>	1

190	<i>Op der Schock asbl</i>	5
191	<i>Overeaters Anonymous – (OA)</i>	1
192	<i>Päerds Atelier – Propädeutisches und berufliches Zentrum Liewenshaff</i>	3
193	<i>Panik.lu asbl</i>	1
194	<i>Passerell</i>	4
195	<i>Paticka asbl – lutte contre SIDA et VOH</i>	1
196	<i>Patiente Verriedung asbl</i>	1
197	<i>Phoenix asbl</i>	1
198	<i>Planning Familial</i>	4
199	<i>Point Info Jeunes (PIJ) (gehört zum Centre de Rencontre et d'Information pour Jeunes, CRIJ Esch)</i>	3
200	<i>Premier Secours de l'Ordre de Malte Luxembourg asbl</i>	1
201	<i>Pro Actif asbl</i>	1
202	<i>Refugee Youth Support and Empowerment (RYSE)</i>	1
203	<i>Réseau pour le travail et la promotion humaine (RTPH)</i>	2
204	<i>Réseau PSY – Psychesch Hëllef Dobaussen asbl</i>	6
205	<i>Schrëtt fir Schrëtt asbl</i>	3
206	<i>Serve the City Luxembourg</i>	1
207	<i>Service Central d'Assistance Sociale (SCAS) – Parquet Général</i>	1
208	<i>Service d'accompagnement tuteur asbl (S.A.T.)</i>	1
209	<i>Service de Consultation et d'Aide Psychomotrice (SCAP)</i>	1
210	<i>Service de la formation des adultes (SFA)</i>	1
211	<i>Service Moyens Accessoires asbl (SMA)</i>	2
212	<i>Service National de la Jeunesse (SNJ)</i>	16
213	<i>Services d'Aide à l'Enfance et à la Famille – Anne asbl</i>	2
214	<i>SIKOR – Syndikat Intercommunal Kordall</i>	1

215	Solidarität mit Hörgeschädigten asbl	3
216	<i>Solidarité Jeunes asbl</i>	5
217	<i>SOS Détresse asbl</i>	2
218	<i>SOS Radicalisation asbl – Centre contre la radicalisation – respect.lu</i>	1
219	<i>Stëmm vun der Strooss asbl</i>	10
220	<i>TÉLOS-éducation</i>	2
221	<i>Trauerwee asbl</i>	1
222	<i>Treffpunkt ADHS asbl</i>	1
223	<i>Tricentenaire asbl</i>	4
224	<i>Trisomie 21 Lëtzebuerg asbl</i>	2
225	<i>Tutelle an Curatelle Service asbl (T.A.C.S.)</i>	1
226	<i>UMEDO - Unité Médico-Légale de documentation des violences (gehört zu Laboratoire National de Santé LNS)</i>	1
227	<i>Universität Luxemburg</i>	3
228	<i>Ville d'Esch</i>	6
229	<i>Ville de Differdange</i>	2
230	<i>Ville de Luxembourg</i>	7
231	<i>Wäisse Rank Lëtzebuerg</i>	1
232	<i>Women in Digital Empowerment (WIDE)</i>	2
233	<i>Wunnéngshëllef asbl</i>	3
234	<i>Young Caritas</i>	8
235	<i>Youth 4 Work</i>	1
236	<i>Zarabina asbl</i>	6
237	<i>Zesummen Aktiv (ZAK)</i>	1
238	<i>Zesummen fir Inklusioun (Zefi) asbl</i>	1

6.7 Maßnahmenanbieter im Bereich Wohnen und Obdachlosenhilfe

Tabelle 38: Maßnahmenanbieter im Bereich Wohnen und Obdachlosenhilfe

Anbieter	Anzahl der Maßnahmen
<i>Arcus asbl</i>	2
<i>Association EPI asbl</i>	1
<i>Association des Parents d'Enfants Mentalement Handicapés (APEMH Fondation)</i>	1
<i>Association pour la création de foyers pour jeunes asbl</i>	1
<i>Aufnahmezentrum Norbert Ensich (gehört zu Croix-Rouge luxembourgeoise)</i>	3
<i>Autisme Luxembourg asbl</i>	1
<i>Caritas Accueil et Solidarité</i>	6
<i>Caritas Jeunes et Familles</i>	1
<i>Caritas Luxembourg Fondation</i>	1
<i>Centre socio-éducatif de l'État</i>	1
<i>Cohabit'Age</i>	1
<i>Comité National de Défense Sociale (CNDS)</i>	4
<i>Commune de Hesperange</i>	1
<i>Commune de Mondercange</i>	1
<i>Commune de Mondorf-les-Bains</i>	1
<i>Conseil National des Femmes du Luxembourg</i>	1
<i>Coopérations asbl</i>	1

<i>Croix-Rouge luxembourgeoise</i>	4
<i>Drogenhilfezentrum Abridado (gehört zu Comité National de Défense Sociale – CNDS)</i>	2
<i>Elisabeth</i>	1
<i>Ennerdach asbl Deifferdeng</i>	1
<i>Ensemble petite italie Schmelz (gehört zu Inter-Actions asbl)</i>	1
<i>Femmes en Détresse asbl</i>	4
<i>Fondation Autisme Luxembourg (FAL)</i>	1
<i>Fondation Caritas</i>	1
<i>Fondation Jugend- an Drogenhëllef</i>	1
<i>Fondation Kannerschlass</i>	2
<i>Fondation Kräizbiërg s.c.</i>	1
<i>Fondation Lëtzebuerger Blannevereenegung</i>	1
<i>Fondation Lëtzebuerger Kannerduerf SOS Village d'Enfants Luxembourg</i>	3
<i>Fondation Maison de la Porte Ouverte (FMPO)</i>	2
<i>Fondation pour l'accès au logement</i>	1
<i>Fondation Pro Familia</i>	1
<i>Foyer Eisleker Heem asbl</i>	1
<i>Foyer Maternal (gehört zu Fondation Maison de la Porte Ouverte, FMPO)</i>	1
<i>Foyer St. Martin Jeunes (gehört zu Fondation Maison de la Porte Ouverte, FMPO)</i>	3
<i>Institut St. Joseph (gehört zu Caritas Jeunes et Familles)</i>	4

<i>Inter-Actions asbl</i>	1
<i>Jugendhaus „a stenges“ Bissen</i>	1
<i>Jugendtreff Norden (Regionales Jugendhaus Norden)</i>	1
<i>La Main tendue asbl Angela</i>	1
<i>Lieu d'initiatives et de services des étudiants au Luxembourg (LISEL)</i>	1
<i>Liewen Dobaussen</i>	1
<i>Ligue Luxembourgeoise d'Hygiène Mentale asbl</i>	1
<i>Ligue Luxembourgeoise pour le Secours aux Enfants, aux Adolescents et aux Adultes mentalement ou cérébralement</i>	1
<i>Maison d'enfants de l'État</i>	1
<i>Maison Rouge – Centre Parental (gehört zu Fondation Maison de la Porte Ouverte, FMPO)</i>	1
<i>Médecins du Monde</i>	1
<i>Ministère du Logement</i>	2
<i>Multiple Sclérose Lëtzebuerg (MSL)</i>	1
<i>Nordstadjugend asbl</i>	1
<i>Office National de l'Enfance (ONE)</i>	2
<i>Offices sociaux (30 in ganz Luxemburg)</i>	2
<i>Op der Schock asbl</i>	1
<i>Oxygène (gehört zu Femmes en détresse asbl)</i>	1
<i>Réseau PSY – Psychesch Hëllef Dobaussen asbl</i>	1
<i>SePAS, Office Social, ONE, services logement pour jeunes (conventionnées avec le MEN)</i>	1

<i>Service Jeunesse (gehört zu Ville d'Esch)</i>	1
<i>Services d'Aide à l'Enfance et à la Famille – Anne asbl</i>	2
<i>SIKOR – Syndikat Intercommunal Kordall</i>	1
<i>Solidarité Jeunes asbl</i>	4
<i>St. Martin Jeunes (gehört zu Fondation Maison de la Porte Ouverte, FMPO)</i>	1
<i>Stëmm vun der Strooss asbl</i>	3
<i>Structure St. Joseph (gehört zu Fondation Maison da la Porte Ouverte, FMPO)</i>	2
<i>Syrdall Schlass (gehört zum Centre Hospitalier Neuro-Psychiatrique – CHNP)</i>	1
<i>TÉLOS-éducation asbl</i>	1
<i>Ville d'Esch</i>	2
<i>Ville de Luxembourg</i>	1
<i>Wunnéngshëllef asbl</i>	3

6.8 Gesprächsleitfaden Fokusgruppe

7.11.2019; 14:00 bis 15:30 Uhr

1. Begrüßung (5 Minuten) 14:05

- Vielen Dank, dass Sie alle gekommen sind
- aufgrund des kurzen Zeitrahmens, muss ich immer wieder auf die Uhr schauen und ggf. zusammenfassen
- bitte lassen Sie einander ausreden

2. Vorstellungsrunde (5 Minuten) 14:10

- können Sie sich bitte kurz vorstellen.
 - In welchem Bereich arbeiten Sie?
 - Wo liegt Ihr Schwerpunkt?

3. Vorstellung der Studie (15 Minuten) 14:25

- Alle Teilnehmer müssen die Einverständniserklärung unterschreiben (erst danach dürfen die Tonbänder eingeschaltet werden)
- Kurze Präsentation des Projekts (PPP - Präsentation)

Es ist wichtig zu betonen, dass das Ziel der Fokusgruppe die Evaluierung unserer Arbeit ist. Das bedeutet, es geht um die erhobenen Maßnahmen und **NICHT** um Definitionen von NEETs.

- Ausgangslage: Wichtige Begriffe definieren: NEET, Maßnahmen, Risikofaktoren, Zielfaktoren, Kriterienkatalog

- Vorgehensweise: Recherchevorgang (Resolux, Agence du Bénévolat asbl.), Erstellen der Listen, Interviews, Kontrolle

→ Ziel der Studie: Erhebung aller Maßnahmen in Luxemburg für Jugendliche, die einen problematischen NEET-Status aufweisen

Zentrale Fragestellung: Entsprechen die erhobenen Maßnahmen, den von uns definierten Zielen für Jugendliche, die einen NEET – Status aufweisen?

4. Vorgehensweise (15 Minuten):

- Wie bewerten Sie unsere wissenschaftliche Vorgehensweise? (3 Min)
- Denken Sie, dass wir adäquat auf die Bedürfnisse von NEETs eingehen? (3 Min)
- Gibt es ihrer Meinung nach bei der Recherche noch Optimierungsbedarf? (3 Min)
- Haben wir wichtige Quellen übersehen? (5 Min)

5. Liste der Maßnahmen (10 Minuten)

→ (Verteilung der Liste der Maßnahmen)

Jeder Teilnehmer erhält eine Liste der Maßnahmen sowie eine Liste der definierten Ziele. Sie haben 10 Minuten Zeit sich die Liste in Ruhe anzuschauen

6. Vollständigkeit der Liste (25 Minuten):

- Haben Sie Fragen bezüglich der Liste?
- Sind die erhobenen Maßnahmen für Sie nachvollziehbar? (Entsprechen sie den vorformulierten Zielen?)
- Fehlen Ihrer Meinung nach noch entscheidenden Maßnahmen?

7. Ausblick: Was fehlt, was wäre noch wichtig (10 Minuten)

- Gibt es Bereiche, die wir noch nicht abgefragt haben?
- Wie hat Ihnen die Fokusgruppe gefallen, welche Themen hätten Sie noch gerne besprochen?

8. Zusammenfassung und Verabschiedung (5 Minuten)

- Moderator fasst die Ergebnisse der Studie zusammen
- vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben, falls Ihnen noch etwas einfällt
freuen wir uns sehr, wenn Sie Kontakt mit uns aufnehmen

7 VERZEICHNISSE

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Anteil 18- bis 24-Jähriger (in %), die sich in Ausbildung bzw. nicht in Ausbildung befinden, nach Arbeitsmarktstatus 2018 (OECD, 2019, S. 73)	21
Tabelle 2: Identifizierte Risikofaktoren	29
Tabelle 3: Risikofaktoren.....	30
Tabelle 4: Ziele.....	31
Tabelle 5: Risikofaktoren.....	32
Tabelle 6: Ziele.....	33
Tabelle 7: Risikofaktoren.....	34
Tabelle 8: Ziele.....	34
Tabelle 9: Risikofaktoren.....	35
Tabelle 10: Ziele.....	35
Tabelle 11: Risikofaktoren.....	36
Tabelle 12: Ziele.....	36
Tabelle 13: Häufigkeiten der Hauptziele	67
Tabelle 14: Häufigkeiten der Maßnahmen pro Region	70
Tabelle 15: Häufigkeiten aufsuchende Maßnahmen pro Region.....	71
Tabelle 16: Häufigkeiten der Standorte pro Region – Maßnahmen im Bereich der bildungs-, ausbildungs- und arbeitsmarktbezogenen Ziele.....	72
Tabelle 17: Häufigkeiten der Standorte pro Region – Maßnahmen im Bereich der sozialen und gesellschaftsbezogenen Ziele.....	73
Tabelle 18: Häufigkeiten der Standorte pro Region – Maßnahmen im Bereich der familien- und umfeldbezogenen Ziele.....	73
Tabelle 19: Häufigkeiten der Standorte pro Region – Maßnahmen im Bereich der materiellen und lebensstandardbezogenen Ziele.....	74
Tabelle 20: Häufigkeiten der Standorte pro Region – Maßnahmen im Bereich der gesundheits- und beeinträchtigungsbezogenen Ziele	74
Tabelle 21: Häufigkeiten der Unterziele im Bereich bildungs-, ausbildungs- und arbeitsmarktbezogene Ziele.....	76
Tabelle 22: Häufigkeiten der Unterziele im Bereich soziale und gesellschaftsbezogene Ziele.....	78

Tabelle 23: Häufigkeiten der Unterziele im Bereich familien- und umfeldbezogene Ziele	80
Tabelle 24: Häufigkeiten der Unterziele im Bereich materielle und lebensstandardbezogene Ziele	82
Tabelle 25: Häufigkeiten der Unterziele im Bereich gesundheits- und beeinträchtigungsbezogene Ziele	84
Tabelle 26: Häufigkeiten der Unterziele in den Wohnstrukturen	90
Tabelle 27: Häufigkeiten – Art des Zugangs.....	108
Tabelle 28: Häufigkeiten der Institutionen, die den Zugang regeln	109
Tabelle 29: Häufigkeiten der Unterziele – Maßnahmen, die Zertifikate vergeben	115
Tabelle 30: Häufigkeiten aller Unterziele	134
Tabelle 31: Häufigkeiten der zentralen Unterziele	137
Tabelle 32: Überschneidungen aller Unterziele	139
Tabelle 33: Überschneidungen aller Unterziele	140
Tabelle 34: Überschneidungen aller Unterziele	141
Tabelle 35: Sprachen, in denen die Maßnahmen angeboten werden – aufgeschlüsselt nach Unterzielen der Maßnahmen	142
Tabelle 36: Sprachen, in denen die Maßnahmen angeboten werden – aufgeschlüsselt nach Unterzielen der Maßnahmen	143
Tabelle 37: Übersicht aller Maßnahmenanbieter (übergeordnete Organisationen)	144
Tabelle 38: Maßnahmenanbieter im Bereich Wohnen und Obdachlosenhilfe	154

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Häufigkeiten der Hauptziele (Anzahl der Angaben in N)	68
Abbildung 2: Häufigkeiten lokaler/überregionaler Angebote in % (N=665)	69
Abbildung 3: Häufigkeiten der Standorte pro Region Anzahl der Standorte in % (N=1327)	71
Abbildung 4: Häufigkeiten der Unterziele im Bereich bildungs-, ausbildungs- und arbeitsmarktbezogene Ziele Anzahl der Angaben (N=472).....	77
Abbildung 5: Häufigkeiten der Unterziele im Bereich soziale und gesellschaftsbezogene Ziele. Anzahl der Angaben (N=472).....	79
Abbildung 6: Häufigkeiten der Unterziele im Bereich familien- und umfeldbezogene Ziele. Anzahl der Angaben (N=394).....	81
Abbildung 7: Häufigkeiten der Unterziele im Bereich materielle und lebensstandardbezogene Ziele. Anzahl der Angaben (N=222)	83
Abbildung 8: Häufigkeiten der Unterziele im Bereich gesundheits- und beeinträchtigungsbezogene Ziele. Anzahl der Angaben (N=311)	85
Abbildung 9: Häufigkeiten der zentralen Hauptziele Anzahl der Fälle in % (N=664)	87
Abbildung 10: Häufigkeiten der Standorte pro Region – Wohnstrukturen Anzahl der Standorte in % (N=149)	89
Abbildung 11: Überschneidungen der Hauptziele	94
Abbildung 12: Überschneidungen innerhalb der Kategorie bildungs-, ausbildungs, und berufsbezogene Ziele.....	97
Abbildung 13: Comment s'inscrire comme demandeur d'emploi? (ADEM) (<i>Le Gouvernement du Grand-Duché du Luxembourg, 2022</i>).....	111
Abbildung 14: Zugang zu Maßnahmen der Kinder- und Familienhilfe (Jäger & Peters, 2017, S. 36)....	112

LITERATURVERZEICHNIS

- Bacher, J., Braun, J., Burtscher, S., Dlabaja, C. & Lankmayer, T. (2014). *Unterstützung der arbeitsmarktpolitischen Zielgruppe „NEET“*. Sozialpolitische Studienreihe: Bd. 17. ÖGB Verlag.
- Berg, B. L. (1998). *Qualitative research methods for the social sciences*. Pearson/Allyn & Bacon.
- Bibliographisches Institut. (2015). *Duden: Deutsches Universalwörterbuch ; das umfassende Bedeutungswörterbuch der deutschen Gegenwartssprache* (8. Auflage). Duden. <http://gbv.ebibliothek.com/patron/FullRecord.aspx?p=4404255>
- Bohnsack, R. (2008). Gruppendiskussion. In U. Flick, E. von Kardorff & I. Steinke (Hrsg.), *Rowohlts Enzyklopädie: Bd. 55628. Qualitative Forschung: Ein Handbuch* (6. Aufl.). Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Bynner, J. & Parsons, S. (2002). Social Exclusion and the Transition from School to Work: The Case of Young People Not in Education, Employment, or Training. *Journal of Vocational Behavior*, 60(2), 289–309. <https://doi.org/10.1006/jvbe.2001.1868>
- Diekmann, A. (2007). *Empirische Sozialforschung: Grundlagen, Methoden, Anwendungen* (17. Aufl.). *Rowohlts Enzyklopädie: Bd. 55551*. Rowohlt-Taschenbuch-Verl.
- Erikson, E. H. (1973). *Identität und Lebenszyklus: Drei Aufsätze*. Suhrkamp taschenbuch wissenschaft: Bd. 16. Suhrkamp.
- European Commission. (2012). *Europe 2020 target: Early school leaving*. http://ec.europa.eu/education/news/20120531_en.htm; http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/themes/21_early_school_leaving.pdf
- European Commission (Hrsg.). (2022). *Beschäftigung, Soziales und Integration: Die verstärkte Jugendgarantie*. European Commission. <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1079&langId=de>
- European Court of Auditors. (2017). *Youth unemployment: Have EU policies made a difference? An assessment of the Youth Guarantee and the Youth Employment Initiative*. (Special Report). Publications Office of the European Union, 05.

- Furlong, A. (2006). Not a very NEET solution: Representing problematic labour market transitions among early school-leavers. *Work, Employment and Society* 0950-0170, 20(3), 553–569. <https://doi.org/10.1177/0950017006067001>
- Girtler, R. (2001). *Methoden der Feldforschung* (4. Aufl.). UTB für Wissenschaft Soziologie: Bd. 2257. Böhlau Verlag.
- Glaser, B. G. & Strauss, A. L. (1998). *Grounded theory: Strategien qualitativer Forschung*. Hans Huber Programmbereich Pflege. Huber.
- Le Gouvernement du Grand-Duché du Luxembourg. (2014). *Youth guarantee implementation plan: Luxembourg*.
- Le Gouvernement du Grand-Duché du Luxembourg. (2019). *Portail de l'emploi: Wer kann sich bei der ADEM arbeitsuchend melden*. ADEM - Agence pour le développement de l'emploi, LUXEMBOURG-City. <https://adem.public.lu/de/demandeurs-demploi/sinscrire-a-ladem/qui-peut-sinscrire.html>
- Le Gouvernement du Grand-Duché du Luxembourg (Hrsg.). (2021). *Behörden & sonstige Stellen: Arbeitsagentur*. https://guichet.public.lu/de/organismes/organismes_citoyens/administration-emploi.html
- Le Gouvernement du Grand-Duché du Luxembourg. (2022). *Portail de l'emploi: Comment s'inscrire ?* <https://adem.public.lu/fr/demandeurs-demploi/sinscrire-a-ladem/comment-sinscrire.html>
- Hauret, L. (2017a). *Etude sur le lien entre décrochage scolaire et statut de NEET* (Les Rapports du Liser). Luxembourg Institute of Socio-Economic Research (LISER); Service National de la Jeunesse (SNJ); Ministère de la Sécurité sociale. <https://men.public.lu/dam-assets/catalogue-publications/statistiques-etudes/jeunesse/etude-decrochage-scolaire-et-statut-de-neet.pdf>
- Hauret, L. (2017b). *Les NEETs au Luxembourg: Une population hétérogène* (Les Rapports du Liser). Luxembourg Institute of Socio-Economic Research (LISER); Service National de la Jeunesse (SNJ); Ministère de la Sécurité sociale. <https://liser.elsevierpure.com/ws/portalfiles/portal/19689793/Working+Paper>
- Havighurst, R. J. (1981). *Developmental tasks and education* (3. Aufl.). Longman.
- Holte, B. H. (2017). Counting and Meeting NEET Young People. *Young*, 26(1), 1–16. <https://doi.org/10.1177/1103308816677618>

- Hornstein, W. (1999). *Jugendforschung und Jugendpolitik: Entwicklungen und Strukturen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Materialien zur historischen Jugendforschung*. Juventa-Verl.
- Hurrelmann, K. & Quenzel, G. (2012). *Lebensphase Jugend: Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung* (11. Aufl.). *Grundlagentexte Soziologie*. Beltz Juventa.
- Jacob, R., Heinz, A. & Décieux, J. P. (2013). *Umfrage: Einführung in die Methoden der Umfrageforschung* (3., überarb. Aufl.). Oldenbourg.
- Jäger, J. A. & Peters, U. (2017). *Die Kinder- und Familienhilfe in Luxemburg: Strukturen und Entwicklung im Kontext von Schutz und Hilfe*. Luxemburg. Universität Luxemburg (UL); Institute for Research and Innovation in Social Work, Social Pedagogy, Social Welfare (IRISS); Integrative Research Unit on Social and Individual Development (INSIDE).
- Liebold, R. & Trinczek, R. (2009). Experteninterview. In S. Kühl, P. Strodtholz & A. Taffertshofer (Hrsg.), *Handbuch Methoden der Organisationsforschung* (S. 32–56). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91570-8_3
- Luckmann, T., Döring, H. & Zulehner, P. M. (1980). *Anonymität und persönliche Identität. Christlicher Glaube in moderner Gesellschaft: Teilbd. 25*. Herder.
- Mayring, P. (2010). *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken* (11. Aufl.). *Beltz Pädagogik*. Beltz.
- Mayring, P. (2016). *Einführung in die qualitative Sozialforschung: Eine Anleitung zu qualitativem Denken* (6. Aufl.). *Pädagogik*. Beltz.
- Meuser, M. & Nagel, U. (2010). ExpertInneninterview: Zur Rekonstruktion spezialisierten Sonderwissens. In R. Becker & B. Kortendiek (Hrsg.), *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung: Theorie, Methoden, Empirie* (3. Aufl., S. 376–379). VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91972-0_43
- Milmeister, P. & Berg, C. (2012). „NEETs“ in Luxemburg: *Explorative Studie zu Konzept und Phänomen, mit Einschätzungen von Akteuren aus dem Jugendbereich* (INSIDE Research Reports - Research Domain: Generations and Development across the Life Span). Luxemburg. Universität Luxemburg (UL); Integrative

Research Unit on Social and Individual Development (INSIDE); Ministère de la Famille et de l'Intégration (MFI).

Ministère de la Famille et de l'Intégration, Luxembourg. (2012). *Pacte pour la Jeunesse. Jugendpakt.*

http://www.jugendpakt.lu/sites/jugendpakt.lu/files/downloads/JugendPakt_Brochure_WEB.pdf

Ministère de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse. (2017). *Jugendpakt 2017-2020: Plan d'action national de la jeunesse.* <https://men.public.lu/dam-assets/catalogue-publications/jeunesse/informations-g%C3%A9n%C3%A9rales/jugendpakt-2017-2020.pdf>

Ministère de l'Education nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse, Université du Luxembourg, Charlotte Bühler Institut für praxisorientierte Kleinkindforschung, Service National de la Jeunesse (SNJ), Luxembourg & Université du Luxembourg. (2018). *Nationaler Rahmenplan zur non-formalen Bildung im Kindes- und Jugendalter.* Ministère de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse; SNJ.

Organisation for Economic Co-Operation and Development (OECD). (2019). *Bildung auf einen Blick 2019: OECD-Indikatoren.* Bielefeld. W. Bertelsmann Verlag. <https://www.bmbf.de/files/6001821mw.pdf> <https://doi.org/10.3278/6001821mw>

Residori, C., Reichert, C., Biewers, S. & Willems, H. (2015). *Gestaltung von Jugendpolitik als transversale Kooperation: Ergebnisse der Evaluation des luxemburgischen Jugendpakts.* Ministère de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse (MENJE); Universität Luxemburg (UL); Integrative Research Unit on Social and Individual Development (INSIDE). <https://orbilu.uni.lu/bitstream/10993/28014/1/Jugendpakt%20Endbericht.pdf>

Reuter, J.-P. (2017). Wohnst du schon oder suchst du noch? Über Schwierigkeiten adäquat wohnen zu dürfen und den Versuch Lösungen zu finden. *Forum für Politik, Gesellschaft und Kultur*(372), 24–26.

Schader-Stiftung. (2004). *Wandel des Lebenslaufs. Die Phase der Postadoleszenz.* <https://www.schader-stiftung.de/themen/demographie-und-strukturwandel/fokus/sozialer-wandel/artikel/wandel-des-lebenslaufs-die-phase-der-postadoleszenz>

Schäfers, B. & Scherr, A. (2005). *Jugendsoziologie: Einführung in Grundlagen und Theorien* (8. Aufl.). *Lehrbuch.* VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Schroeder, R. (2013). Offene Jugendarbeit in Luxemburg - ein Überblick über geschichtliche Entwicklungen, aktuelle Rahmenbedingungen und zukünftige Herausforderungen. In Service National de la Jeunesse (SNJ), Luxembourg (Hrsg.), *Handbuch Offene Jugendarbeit in Luxemburg* (S. 11–36).
- Schulz, M., Mack, B. & Renn, O. (Hrsg.). (2012). *Fokusgruppen in der empirischen Sozialwissenschaft: Von der Konzeption bis zur Auswertung*. Springer VS.
- Décret du 14 décembre 1789 relatif à la constitution des municipalités, Mémorial A2 113 (1789 & i.d.F.v. 28.12.1789).
<http://legilux.public.lu/eli/etat/leg/dec/1789/12/14/n1/jo>
- Loi du 18 décembre 2009 organisant l'aide sociale, Memorial A 5473 (2009 & i.d.F.v. 29.12.2019). <http://legilux.public.lu/eli/etat/leg/loi/2009/12/18/n14/jo>
- Code du travail, Memorial A (2020 & i.d.F.v. 1.2.2020).
<http://data.legilux.public.lu/eli/etat/leg/code/travail/20200201/fr/pdf>
- Service National de la Jeunesse. (2017). *Les jeunes NEETs au Luxembourg: Décrire et comprendre le phénomène pour mieux agir* (Etudes et Conférences). Luxembourg. <http://www.men.public.lu/fr/actualites/articles/communiqués-conference-presse/2017/06/13-NEETs/index.html>
- Soeffner, H.-G. (2011). Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. In U. Flick, E. von Kardorff & I. Steinke (Hrsg.), *Qualitative Forschung - Ein Handbuch* (8. Aufl., S. 164–174). Rowohlt.
- Stoldt, J. (2013, Juni). Der Markt wird's schon richten. *Forum für Politik, Gesellschaft und Kultur*(330), 22–23.
- Willems, H., Heinen, A. & Meyers, C. (2013). Jugendliche als Zielgruppe offener Jugendarbeit. In Service National de la Jeunesse (SNJ), Luxembourg (Hrsg.), *Handbuch Offene Jugendarbeit in Luxemburg* (S. 37–48).
- Willems, H., Schumacher, A. & Heinen, A. (2015). Die Konzeption des luxemburgischen Jugendberichts. In *La transition de l'adolescence vers l'âge adulte/Übergänge vom Jugend- ins Erwachsenenalter: Rapport national sur la situation de la jeunesse au Luxembourg 2015/Nationaler Bericht zur Situation der Jugend in Luxemburg 2015* (S. 33–47). Luxembourg.
- Yates, S. & Payne, M. (2006). Not so NEET? A Critique of the Use of 'NEET' in Setting Targets for Interventions with Young People. *Journal of Youth Studies*, 9(3), 329–344. <https://doi.org/10.1080/13676260600805671>

Zanardelli, M. (2015). *Les NEETs dans une perspective dynamique: Analyse à partir des données administratives* (Cahier Statistique Nr. 3). Ministère de la Sécurité sociale; Inspection générale de la sécurité sociale (IGSS).
<https://statistiques.public.lu/catalogue-publications/cahiers-IGSS/2015/cahierstatistiques2015n3.pdf>

Zwick, M. M. & Schröter, R. (2012). Konzeption und Durchführung von Fokusgruppen am Beispiel des BMBF-Projekts „Übergewicht und Adipositas bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen als systemisches Risiko“. In M. Schulz, B. Mack & O. Renn (Hrsg.), *Fokusgruppen in der empirischen Sozialwissenschaft: Von der Konzeption bis zur Auswertung* (S. 24–48). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-531-19397-7_2